

Dringlichkeitsantrag	Datum: 29.10.2019
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft	
Eva-Maria Kröger (für die Fraktion DIE LINKE.PARTEI) Sondernutzungssatzung für Elektroroller	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
06.11.2019	Bürgerschaft
Zuständigkeit	
Entscheidung	

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Bürgerschaft eine Sondernutzungssatzung für die Bereitstellung, Nutzung und das Abstellen von E-Rollern vorzulegen. Sie soll spätestens am 1. April 2020 in Kraft treten.

Sachverhalt:

Seit der Zulassung von E-Rollern kommt es vor allem in größeren Städten immer wieder zu Interessenkonflikten der verschiedenen Verkehrsteilnehmer. Dazu gehören u.a. die verbotene Nutzung auf Gehwegen, „wildes“ Abstellen und mangelnde Aufklärung der Kunden von E-Roller-Verleihern. Eine Sondernutzungssatzung kann klare Regeln zur Bereitstellung, Nutzung und zum Abstellen von E-Rollern aufstellen. Sie könnte auch eine jährliche Sondernutzungsgebühr pro E-Roller festlegen und Verbotszonen für das Nutzen dieser Roller ausweisen.

Dringlichkeit:

~~Im Zusammenhang mit der Beschlussfassung zum Antrag 2019/AN/0380 (Integration von Elektrorollern in den ÖPNV) der aktuellen Tagesordnung vom 6. November 2019, sollte im Vorfeld eine grundsätzliche Regelung zur Bereitstellung, Nutzung und für das Abstellen von E-Rollern beschlossen werden.~~

Begründung der Dringlichkeit für die Ausschüsse:

Die Informationen und rechtlichen Hinweise aus dem zuständigen Landesministerium lagen erst nach der Tages- bzw. Landungsfrist vor.

(red. Änderung im Zusammenhang m. d. B. der einreichenden Fraktion, die Angelegenheit im Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung sowie im Bau- und Planungsausschuss vorzubereiten)

gez.

Eva-Maria Kröger

Fraktionsvorsitzende



Stellungnahme	Datum:	04.11.2019
Entscheidendes Gremium:	fed. Senator/-in:	S 4, Holger Matthäus
	bet. Senator/-in:	
	bet. Senator/-in:	
Federführendes Amt: Amt für Verkehrsanlagen		
Beteiligte Ämter: Mobilitätskoordinator		
Sondernutzungssatzung für Elektroroller		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
06.11.2019	Bürgerschaft	Kenntnisnahme

Sachverhalt:

Das OVG Hamburg (Beschluss vom 19.06.2009 – 2 Bs 82/09; VG Hamburg, Urt. V. 31.03.2009, Az. 4 K 2027/08) hat in einem Beschluss in einem vorläufigen Rechtsschutzverfahren festgestellt, dass „das Abstellen von Mietfahrrädern auf öffentlichen Wegeflächen, auf denen das Abstellen von Fahrrädern straßenverkehrsrechtlich zulässig ist – wie das Aufstellen von zugelassenen und betriebsbereiten Mietwagen – Teil des Gemeingebrauchs sein (dürfte).“ Dies dürfte analog auch für Elektroroller gelten.

Ferner hat das OVG aus einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes zitiert: „Solange ein öffentlicher Weg zum Zwecke des Verkehrs genutzt wird, ist es für die straßenverkehrsrechtliche Zulässigkeit und damit für den Gemeingebrauch ohne Bedeutung, ob dieser aus privaten oder geschäftlichen Gründen genutzt wird“ (BVerwG, Urt. V. 03.06.1982, NJW 1982, 2332).

Dies gilt ausdrücklich nur für stationslose Systeme, wie auch bei Elektrorollern derzeit beabsichtigt. Das Gericht hat das Aufstellen als „Parken von Fahrrädern“ im Sinne von § 12 StVO und damit als einen zulässigen gemeingebrauchlichen Verkehrsvorgang angesehen. Der Gemeingebrauch ist überschritten, wenn das Abstellen von (einzelnen oder mehreren) Elektrorollern im öffentlichen Verkehrsraum den Gemeingebrauch anderer Verkehrsteilnehmer (z. B. der Anwohner und Fußgänger) gemessen am Widmungszweck unzumutbar beeinträchtigt und die verkehrliche Nutzung maßgeblich behindert (so auch VG Hamburg, OVG Hamburg). Dabei ist insbesondere die Behinderung von Fußgängern und mobilitätseingeschränkten Personen im Auge zu behalten.

Hierfür ist allerdings eine Regelung in der Sondernutzungssatzung entbehrlich, da dieser Zustand nicht erlaubnisfähig ist. Eine Beräumung des regelwidrigen Zustandes ist zwangsläufig die Folge und bereits jetzt möglich.

Bei Verwahrlosung im Straßenraum (Elektroroller werden nach Aufforderung nicht beseitigt, ein Ansprechpartner ist nicht angegeben) ist eine Gefahr für die öffentliche

Sicherheit und Ordnung gegeben.

Dasselbe gilt, wenn ein Anbieter Aufforderungen, erkennbare Gefahren für die öffentliche Ordnung zu beseitigen, nicht fristgerecht nachkommt.

Es sollte zunächst die Möglichkeit verfolgt werden, mit dem Anbieter im Wege einer Vereinbarung Anforderungen und Pflichten abzuklären und über die angegebenen Ansprechpartner auf dieser Grundlage tätig zu werden.

Holger Matthäus

Änderungsantrag	Datum:	14.11.2019
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft		
Eva-Maria Kröger (für die Fraktion DIE LINKE.PARTEI)		
Sondernutzungssatzung für Elektroroller		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
04.12.2019	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Im Beschlusstext wird das Wort *„Nutzung“* gestrichen.

Sachverhalt:

Der Beschlussvorschlag lautet somit:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Bürgerschaft eine Sondernutzungssatzung für die Bereitstellung und das Abstellen von E-Rollern vorzulegen. Sie soll spätestens am 1. April 2020 in Kraft treten.

Nach Information des zuständigen Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern haben Kommunen das Recht, Sondernutzungssatzungen für die Bereitstellung und das Abstellen von E-Rollern zu erlassen, jedoch nicht für die Nutzung und den Betrieb. Das dafür zuständige Bundesverkehrsministerium arbeitet gerade an rechtlichen Regelungen zur Nutzung und zum Betrieb von E-Rollern. Dankenswerterweise beschäftigt sich die Verwaltung bereits mit der Regelung des E-Roller-Verkehrs. Kritisch sehen wir, dass lediglich freiwillige Vereinbarungen mit E-Roller-Vermietern geplant sind. Wichtig wären verbindliche Regelungen für alle E-Rollerbenutzer, ob kommerziell oder privat.

Eva-Maria Kröger
Fraktionsvorsitzende



Änderungsantrag	Datum:	22.11.2019
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft		
Julia Kristin Pittasch (FDP) und Christoph Eisfeld (FDP) Sondernutzungssatzung für Elektroroller		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
04.12.2019	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ersetzt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Abschluss freiwilliger Vereinbarungen mit möglichen Anbietern von E-Scooter-Leihsystemen in Rostock voranzutreiben. Die Ergebnisse der Gespräche sind der Bürgerschaft bis 04/2020 als Informationsvorlage vorzulegen.

Sachverhalt:

Im Ausgangsantrag wird gefordert, den Oberbürgermeister zu beauftragen, der Bürgerschaft eine Sondernutzungssatzung für die Bereitstellung, Nutzung und das Abstellen von E-Rollern vorzulegen, lt. ÄÄ -02 nunmehr eben jene Satzung für die Bereitstellung und das Abstellen von E-Rollern. Eine derartige Satzung ist sowohl unnötig als auch rechtlich problematisch.

Seitens des Antragsstellers wurde bereits erkannt, dass eine Sondernutzung für etwas, das nicht Sondernutzung ist (hier Nutzung/Betrieb von E-Scootern) nicht umsetzbar ist. Anders als geschildert sind jedoch auch Sondernutzungssatzungen für die Bereitstellung und das Abstellen von E-Scootern derzeit nicht (1) bzw. nur bei sehr begrenzten Einzelthemen (2) denkbar, was im weiteren Verlauf unter genannten Nr. näher dargestellt wird. Von der Erarbeitung der geforderten Satzung sollte daher auch aufgrund der rechtlichen Angreifbarkeit dringend abgesehen werden.

Sofern zusätzliche Regelungen in der derzeitigen Situation, in der es keinen aktiven E-Scooter-Verleiher gibt und die möglichen Anbieter nur vergleichbar geringe Mengen an E-Scootern vorsehen, überhaupt als notwendig erachtet werden, sollte an freiwilligen Vereinbarungen festgehalten werden. Aktuell gibt es weder einen Missstand in Rostock noch ist dieser angesichts der Angaben der Anbieter absehbar. Proaktive, freiwillig geschlossene Vereinbarungen mit den Anbietern können jedoch dazu führen, die neuen Angebote möglichst nutzbringend in lokale Mobilitätskonzepte und in das Stadtbild zu integrieren. Solche vertraglichen Vereinbarungen wären für die Anbieter ebenfalls bindend und könnten Angaben zu bevorzugten Abstellzonen etc. enthalten. Einer Satzung bedarf es dazu nicht.

Bereits ohne Sondernutzungs-/Gemeingebrauchssatzung hat der fließende Verkehr Vorrang vor dem ruhenden Verkehr. Das heißt, dass „wildes Parken“ auf dem Gehweg und ähnliches nicht zulässig ist (3). Die Sicherstellung dieser Situation erfolgt nicht durch weitere Regelungen, sondern durch ausreichend Personal. Weiterhin gelten bereits ohne Satzung die Straßenverkehrsvorschriften. Auch insofern fehlt es - sofern zukünftig überhaupt ein Missstand erkannt wird - wenn dann an Personen, die geltendes Recht umsetzen, nicht an weiteren Regelungen. Auch vor diesem Hintergrund ist eine Vereinbarung mit den Anbietern politisch zielführender.

Zu (1) - Abstellen/Bereithalten von E-Scootern keine Sondernutzung:

Da die Nutzung der Straße zum Verkehr, einschließlich des ruhenden Verkehrs, Gemeingebrauch ist, ist das Abstellen von Fahrzeugen, einschließlich E-Rollern, im Grundsatz ebenfalls als Gemeingebrauch einzustufen.

Hierzu wird auf die höchstrichterliche Entscheidung verwiesen:

„Demnach ist auch das Parken der Kraftfahrzeuge, das § STVO § 12 STVO § 12 Absatz II StVO vom 16. 11. 1970 (BGBl I 1565, 1971, 38) als verkehrsüblichen und gemeinverträglichen Vorgang des ruhenden Verkehrs geregelt hat, hinsichtlich seiner Zulässigkeit ausschließlich nach den straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften zu beurteilen. Es setzt, wie der Senat dargelegt hat, als lediglich vorübergehende Unterbrechung des fließenden Verkehrs voraus, daß das Fahrzeug zum Verkehr zugelassen und betriebsbereit ist. Nur wenn und solange diese objektiven Merkmale der Zulässigkeit und Möglichkeit jederzeitiger Inbetriebnahme des Kraftfahrzeugs nicht gegeben sind oder das Kraftfahrzeug zu einem anderen Zweck als dem der späteren Inbetriebnahme aufgestellt ist, kann eine über den Gemeingebrauch hinausgehende Sondernutzung der Straße vorliegen, die bei fehlender Erlaubnis straßenrechtlich begründete Eingriffe möglich macht.“

In Anwendung dieser Rechtsprechung hat das Berufungsgericht das von der Klägerin beanstandete Aufstellen der Mietfahrzeuge der Beigeladenen als zulässiges Parken i. S. von § STVO § 12 STVO § 12 Absatz II StVO und damit als gemeingebrauchlichen Verkehrsvorgang angesehen, indem es festgestellt hat, dass die unstreitig zum Verkehr zugelassenen und betriebsbereiten Fahrzeuge nach dem Sinn und Ziel der gewerblichen Vermietertätigkeit der Beigeladenen zu dem Zweck auf der öffentlichen Straße aufgestellt werden, um sie alsbald wieder dem fließenden Straßenverkehr zuzuführen. Das dagegen gerichtete Vorbringen der Revision greift nicht durch.“

(BVerwG, Urteil vom 02.06.1982, 7 C 73/79, NJW 1982, 2332.)

Etwas anderes kann dann gelten, wenn die Straße nach Gesamtschau der äußerlich erkennbaren Merkmale vorwiegend nicht (mehr) zur Teilnahme am Verkehr, sondern zu anderen, v.a. gewerblichen Zwecken genutzt wird. So hatte das BVerwG für sog.

„Bierbikes“, die nicht vorwiegend dem Straßenverkehr, sondern Eventveranstaltungen dienen, entschieden, dass deren Abstellen sowie das Durchführen von Partys darauf kein Gemeingebrauch ist, sondern Sondernutzung. Dabei hat es maßgebend darauf abgestellt, dass nicht die Beförderung von Personen, sondern der Eventcharakter im Vordergrund steht.

(BVerwG, Beschluss vom 28.08.2012, 3 B 8/12, NJW 2012, 1623.)

Die Vergleichbarkeit zu „Bierbikes“ ist nach allgemeiner Einschätzung jedoch nicht gegeben. Würde man in Bezug auf E-Scooter argumentieren, dass beim Bereitstellen bzw. Abstellen der Roller auf den Gehwegen der gewerbliche Charakter, d.h. das Bereithalten einer Dienstleistung durch den Betreiber, im Vordergrund steht, wäre dies allein ein Abstellen auf die Person und den Vertriebsweg. Es kann aber keinen Unterschied machen, ob ein Betreiber oder eine Vielzahl von Einzelnutzern die E-Roller auf den Gehwegen abstellt. Im Übrigen ist mit dem oben zitierten Urteil des BVerwG deutlich, dass auch das Abstellen von Mietfahrzeugen im öffentlichen Straßenraum im Grundsatz Gemeingebrauch ist. Nichts anderes kann für das gewerbliche Bereithalten von E-Scootern gelten.

Das bloße Bereithalten und Bereitstellen von E-Rollern ist damit in aller Regel Gemeingebrauch und daher jedermann gestattet. Genau wie bei der Nutzung der E-Scooter wird hier keine Grundlage zur Einstufung als Sondernutzung gesehen. Die Einstufung kann sogar insoweit rechtlich problematisch sein, soweit versucht wird, einen Gemeingebrauch zu einer Sondernutzung zu machen. Dann widerspräche dies dem StrWG M-V und wäre durch Satzung der Stadt Rostock nicht möglich, weil letzteres als förmliches Landesgesetz Vorrang vor einer gemeindlichen Satzung hat.

Zu (2) - Sonderfälle beim Abstellen/Bereithalten von E-Scootern:

Eine Sondernutzung kann dann gegeben sein, wenn das Abstellen Ausmaße annimmt, die das bloße Bereithalten zum Verkehr überschreiten. Das wäre z.B. dann der Fall, wenn jemand ein großes Lager von E-Rollern bereithält, das z.B. die Nutzung des Gehwegs für Fußgänger stark behindert. (Vorrang des fließenden vor dem ruhenden Verkehr, § 21 Abs. 2 StrWG M-V.) Dies ist derzeit bei den angekündigten Mengen an E-Scootern und den vorhandenen Absprachen zu maximal 5 E-Scootern an einem Standort nicht absehbar und insgesamt fernliegend.

Hintergrund wäre, dass in diesem Fall nicht das Bereithalten zum Verkehr, sondern das Lagern der E-Roller im Vordergrund stünde. Argument wäre hier, dass auch ein Kiosk eine Sondernutzung wäre und ein E-Roller-Kiosk, bzw. eine Ansammlung, die dem gleichkäme, wohl auch keinen Gemeingebrauch mehr darstellen würde. Dieser Fall ist jedoch in Rostock nicht gegeben. Einer gesonderten Satzung für einen derzeit nicht vorhanden und ebenso nicht absehbaren Fall bedarf es daher nicht.

Zu (3) - Ausweisen von Verbotszonen/„wildes Abstellen“:

Für die isolierte Forderung in der Begründung des Antrages, „Verbotzonen“ einzurichten, gilt ebenfalls zuvor beschriebenes, d.h. der Gemeingebrauch ist grundsätzlich jedermann gestattet. Für das „wilde Abstellen“ gibt es ferner bereits eine gesetzliche Regelung, die handhabbar gemacht werden kann. Nach § 20 Abs. 3 KrWG unterliegen Kraftfahrzeuge ohne gültige Kennzeichen, die auf öffentlichen Flächen abgestellt sind, bei denen keine Anhaltspunkte für Entwendung oder bestimmungsgemäße Nutzung bestehen und die nicht innerhalb eines Monats nach einer am Fahrzeug angebrachten, deutlich sichtbaren Aufforderung entfernt worden sind, der Regelung des § 20 Abs. 1 KrWG. Diese sieht vor, dass die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger die Fahrzeuge als Abfall zu entsorgen haben.

Anmerkungen zum Vorgehen anderer Länder/Kommunen:

Das durch den Antragsteller vorgebrachte Vorhaben in Düsseldorf (und weiteren Kommunen) ändert nichts an der aufgeführten Beurteilung. Nach rechtlicher Prüfung sind die wesentlichen Regelungen über den Gemeingebrauch in den betreffenden Bundesländern vergleichbar, sodass sich die jeweiligen Kommunen ebenfalls auf juristisch schwierigem Terrain bewegen. Diese Einschätzung wird auch dort geteilt. Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock wäre insofern gut beraten, diesen Weg nicht zu gehen, als dass Betreiber natürlich den Rechtsweg beschreiten könnten bzw. in den genannten Fällen auch u.U. gehen werden.

gez.
Julia Kristin Pittasch

gez.
Christoph Eisfeld

Antrag	Datum: 02.10.2019
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft	
Christoph Eisfeld (FDP) und Julia Kristin Pittasch (FDP) Integration von Elektrorollern in den ÖPNV	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
17.10.2019	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung
	Vorberatung
06.11.2019	Bürgerschaft
	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit den Anbietern von Leihsystemen für E-Scooter in Rostock Gespräche aufzunehmen und eine Vereinbarung zu schließen, in der insbesondere folgende Aspekte Berücksichtigung finden:

- Möglichkeit der Ergänzung des ÖPNV-Netzes und der Verbesserung der intermodalen Nutzung durch die Stationierung von E-Scootern z.B. an Straßenbahn-/S-Bahn-/Bushaltestellen und Knotenpunkten, insbesondere auch außerhalb des Innenstadtgebiets
- Ermittlung möglicher Standorte zur Integration von E-Scootern in das ÖPNV-Netz als Mittel zur Überbrückung der sog. „ersten Meile“ und der „letzten Meile“
- Prüfung einer tariflichen Verknüpfung durch reduzierte Nutzungsgebühren oder Inklusivnutzungszeiten für ÖPNV-Kunden im Rahmen des Verkehrsverbunds Warnow oder der Rostocker Straßenbahn AG
- Berücksichtigung der Bedarfe der Einwohnerinnen und Einwohner bei der Festlegung des Geschäftsgebietes, d.h. insbesondere Anschluss von Wohnstandorten neben der touristischen Nutzung im Innenstadtkern

Sachverhalt:

Für das Betreiben von Leihsystemen für Tretroller mit Elektromotor (E-Scooter) im Free-Floating-System ohne Basis-Stationen werden keine Genehmigungen der Gemeinde benötigt. Einige Städte und Gemeinden haben jedoch proaktiv freiwillige Vereinbarungen mit den örtlichen Anbietern getroffen, um die neuen Angebote möglichst nutzbringend in lokale Mobilitätskonzepte zu integrieren. Hier besteht seitens der Hanse- und Universitätsstadt Rostock die Möglichkeit, über die Einbindung der E-Scooter in die Angebote des ÖPNV den ursprünglich angedachten ökologischen wie ökonomischen Nutzen der Elektroroller zu generieren. Als Modellprojekt kann hier auf die Hochbahn Hamburg und die Kooperation mit dem Anbieter VOI zurückgegriffen werden, welcher auch in Rostock aktiv ist. Während in vielen Städten derzeit noch keine geeigneten Konzepte für die Überbrückung der sog. „ersten Meile“ bzw. „letzten Meile“ bestehen, werden dort E-Scooter als Zubringer zur Schnellbahnhaltestelle erprobt.

Hierzu wurden bewusst Anbindungspunkte am Hamburger Stadtrand ausgewählt.

Auch in Rostock kann mittels durchdachter Verleihsysteme und einer konsequent nutzerorientierten Ausrichtung von Angeboten ein Beitrag zur Entlastung der Straßen und für den Umstieg vom PKW auf alternative Verkehrsmittel geleistet werden. Durch geeignete Vereinbarungen mit den Anbietern können E-Scooter als eine sinnvolle Ergänzung im Mobilitätsmix der Hanse- und Universitätsstadt Rostock für alle Einwohnerinnen und Einwohner etabliert werden. Als Anreize für die jeweiligen Anbieter, die Leihsysteme entsprechend der Vorgaben der Hanse- und Universitätsstadt Rostock anzupassen, sind z.B. die Unterstützung durch Stadtmarketing oder die Schaffung von Abstellanlagen und geeigneter Infrastruktur denkbar.

gez.
Christoph Eisfeld

gez.
Julia Kristin Pittasch

Stellungnahme Entscheidendes Gremium: Federführendes Amt: Mobilitätskoordinator Beteiligte Ämter: Bauamt	Datum: 10.10.2019 fed. Senator/-in: S 4, Holger Matthäus bet. Senator/-in: bet. Senator/-in:												
Integration von Elektrorollern in den ÖPNV													
Beratungsfolge: <table border="1"> <thead> <tr> <th>Datum</th> <th>Gremium</th> <th>Zuständigkeit</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>17.10.2019</td> <td>Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung</td> <td></td> </tr> <tr> <td></td> <td>Kenntnisnahme</td> <td></td> </tr> <tr> <td>06.11.2019</td> <td>Bürgerschaft</td> <td>Kenntnisnahme</td> </tr> </tbody> </table>		Datum	Gremium	Zuständigkeit	17.10.2019	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung			Kenntnisnahme		06.11.2019	Bürgerschaft	Kenntnisnahme
Datum	Gremium	Zuständigkeit											
17.10.2019	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung												
	Kenntnisnahme												
06.11.2019	Bürgerschaft	Kenntnisnahme											

Sachverhalt:

Der Antrag wird grundsätzlich befürwortet. Wir verweisen auf die Stellungnahme der Verwaltung auf die Anfrage eines Mitgliedes der Bürgerschaft zu e-Scootern (2019/AM/0219-01 (SN)).

Die Stadtverwaltung ist derzeit in Gesprächen mit drei e-Scooter-Anbietern, welche Interesse am Betrieb eines öffentlichen Sharing-Angebotes in Rostock geäußert haben. Analog Empfehlungen des Deutschen Städte- und Gemeindetages und anderen Städten bereiten wir Vereinbarungen mit den Anbietern vor, in welchen wir u.a. Flottenobergrenzen, Qualitätskriterien und Abstellverbotszonen vereinbaren. Ein „Ausrollen“ wird erst im Frühjahr 2020 erwartet.

Holger Matthäus



Antrag	Datum: 11.11.2019
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft	
Dr. Sybille Bachmann (für die Fraktion Rostocker Bund/Freie Wähler) Prüfauftrag: Bildung einer gemeinsamen Verkehrsgesellschaft für die Region Rostock	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
28.11.2019	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung
	Vorberatung
04.12.2019	Bürgerschaft
	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Bildung einer gemeinsamen Verkehrsgesellschaft für die Region Rostock hinsichtlich ihrer Machbarkeit sowie Vor- und Nachteile zu prüfen.

Sachverhalt:

Mobilität ist eine Kernaufgabe der Daseinsvorsorge. Interkommunale Zusammenarbeit im ÖPNV ist daher zu vertiefen. Zuständigkeitsgrenzen der jeweiligen Nahverkehrsbetriebe sollten nach und nach überwunden werden, bis hin zur Gründung einer gemeinsamen Gesellschaft. Zugleich spielt der ÖPNV eine entscheidende Rolle bei der Verbesserung der Lebensqualität der Menschen sowie der Erreichung klimapolitischer Ziele.

Eine verstärkte Zusammenarbeit der Verkehrsunternehmen, bis hin zu einer gemeinsamen Gesellschaft, würde weitere Synergien ermöglichen:

- Verbesserung aufeinander abgestimmter Mobilitätsangebote
- Lösung von Problemen im Pendler- und Schulverkehr
- gemeinsame Nutzung von Ressourcen
- Einsparung von Kosten, bspw. bei der Beschaffung von Fahrzeugen
- Steigerung der Effizienz bei der Erstellung von Linien- und Fahrplanangeboten
- flexiblere Planung des Personaleinsatzes
- langfristige Festigung der Verkehrsbeziehungen zwischen Stadt und Umland
- Entwicklung, Planung und Umsetzung neuer Mobilitätskonzepte
- langfristige Absicherung der Beschäftigungs- und Ausbildungsplätze
- Steigerung der Attraktivität für potentielle Fachkräfte.

Bisher besteht ein Kooperationsmodell zwischen den Verkehrsbetrieben. Dieses konnte nicht alle bestehenden Probleme lösen und verschenkt weitere Potentiale. Die Bildung einer gemeinsamen Gesellschaft ist daher anzustreben.

gez. Dr. Sybille Bachmann
Fraktionsvorsitzende

Stellungnahme Entscheidendes Gremium: Federführendes Amt: Amt für Verkehrsanlagen Beteiligte Ämter:	Datum: 19.11.2019 fed. Senator/-in: S 4, Holger Matthäus bet. Senator/-in: bet. Senator/-in:												
Prüfauftrag: Bildung einer gemeinsamen Verkehrsgesellschaft für die Region Rostock													
Beratungsfolge: <table border="1"> <thead> <tr> <th>Datum</th> <th>Gremium</th> <th>Zuständigkeit</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>28.11.2019</td> <td>Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung</td> <td></td> </tr> <tr> <td></td> <td>Kenntnisnahme</td> <td></td> </tr> <tr> <td>04.12.2019</td> <td>Bürgerschaft</td> <td>Kenntnisnahme</td> </tr> </tbody> </table>		Datum	Gremium	Zuständigkeit	28.11.2019	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung			Kenntnisnahme		04.12.2019	Bürgerschaft	Kenntnisnahme
Datum	Gremium	Zuständigkeit											
28.11.2019	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung												
	Kenntnisnahme												
04.12.2019	Bürgerschaft	Kenntnisnahme											

Sachverhalt:

Eine übergreifende Zusammenarbeit der Hanse- und Universitätsstadt Rostock mit dem Landkreis Rostock besteht auf dem Gebiet des Öffentlichen Personennahverkehrs seit längerem. Aktuell arbeiten beide Aufgabenträger an der Fortschreibung des gemeinsamen Nahverkehrsplanes, welcher Grundlage für die Ausgestaltung des ÖPNV ist. In diesem Rahmen werden auch die Organisationsstruktur und mögliche Modelle der Zusammenarbeit untersucht.

Der Verkehrsverbund Warnow GmbH (VWV) übt bereits die Funktion einer gemeinsamen Gesellschaft aus. Hier sind die Verkehrsunternehmen Rostocker Straßenbahn AG, Rebus – Regionalbus Rostock GmbH, DB Regio AG, Weiße Flotte GmbH und Mecklenburgische Bäderbahn Molli GmbH in einem Unternehmensverbund organisiert. Die von der Antragstellerin gewünschte interkommunale Zusammenarbeit zwischen den organisierten Verkehrsunternehmen ist somit bereits heute möglich. Die Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten der Aufgabenträger für den ÖPNV (Hanse- und Universitätsstadt Rostock und Landkreis Rostock) und den Schienenpersonennahverkehr (Land Mecklenburg-Vorpommern) sind nicht direkt gegeben. Diese Ausweitung wäre über einen zukünftigen Mischverbund möglich, in dem Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen gleichermaßen organisiert sind. Mittels einer Umstrukturierung des bestehenden VWV kann dies erreicht werden, die Gründung einer zusätzlichen neuen Gesellschaft wäre nicht erforderlich.

Holger Matthäus

Änderungsantrag	Datum:	27.11.2019
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft		
Dr. Sybille Bachmann (für die Fraktion Rostocker Bund/Freie Wähler) Prüfauftrag: Bildung einer gemeinsamen Verkehrsgesellschaft für die Region Rostock		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
28.11.2019	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung Vorberatung	
04.12.2019	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ersetzt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im ~~Rahmen~~ Zuge* der Fortschreibung des Gemeinsamen Nahverkehrsplanes für die Region Rostock,

1. Vorschläge für die künftige Organisationsstruktur des ÖPNV erarbeiten zu lassen
2. ein Modell prüfen zu lassen, das die Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen für den ÖPNV/SPNV über ihre bisherigen Zuständigkeitsgrenzen hinweg verbindet
3. die derzeitige Struktur der *Verkehrsverbund Warnow GmbH* dahingehend zu untersuchen, ob eine Ausweitung des Organisationsmodells die Ziele einer Zusammenarbeit der Verkehrsunternehmen und Aufgabenträger erfüllen kann.

* durch Einreicherin redaktionell geändert 03.1 Wo./ 29.11.2019

gez. Dr. Sybille Bachmann
Fraktionsvorsitzende

Antrag	Datum: 28.10.2019
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft	
Vorsitzende der Fraktionen DIE LINKE.PARTEI, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, Rostocker Bund/ Freie Wähler und Anette Niemeyer (Aufbruch 09) Finanzierung der Neubeschaffung von Straßenbahnen für die RSAG	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
21.11.2019	Finanzausschuss
28.11.2019	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung
04.12.2019	Bürgerschaft
	Zuständigkeit
	Vorberatung
	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit der RSAG bis Ende des 1. Quartal 2020 ein Konzept zur Gesamtfinanzierung zu entwickeln, das den Ersatz und die Inbetriebnahme von 39 Straßenbahnen in den Jahren 2024-2027 absichert. Die RSAG erbringt einen Eigenanteil von ca. 25 % der Gesamtfinanzierung. Zur Finanzierung der übrigen ca. 75 % sind schnellst möglich Verhandlungen mit der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern aufzunehmen, um öffentliche Zuwendungen für dieses Vorhaben ab dem Jahr 2022 ff. zu erhalten. Gleichzeitig ist auch eine Förderung durch EU und Bund zu prüfen.

Sachverhalt: Die Finanzierung für den notwendigen Ersatz von 39 Straßenbahnen ab 2022 (erste Anzahlungen fällig) ist ungeklärt und kann unter keinen Umständen von der RSAG aus eigener Finanzkraft gewährleistet werden. Die Zeit drängt, weil so eine umfangreiche Investitionsmaßnahme (Gesamtkosten 122,2 Mio. Euro) einen Vorlauf von mehreren Jahren braucht. Dazu gehören Projektvorbereitung, Sicherung der Gesamtfinanzierung, Europaweites Ausschreibungsverfahren, Projektierung, Produktion und Abnahmeverfahren durch die Technische Aufsichtsbehörde. Damit ein solches Europaweites Ausschreibungsverfahren gestartet werden kann, muss das Konzept zur Gesamtfinanzierung im 1. Quartal 2020 vorliegen.

Der Ersatz sollte auch nicht aufgeschoben werden, weil eine Laufzeit dieser Straßenbahnen, über 30 Jahre hinaus, unwirtschaftlich und z. T. technisch auch gar nicht möglich ist. Ohne öffentliche Förderung dieser Ersatzinvestition bekommt die RSAG den Straßenbahnersatz über Banken nicht finanziert und gerät spätestens 2029 in eine wirtschaftliche Schieflage, die Liquiditätshilfen notwendig machen würde. Die RSAG hat in den vergangenen Jahrzehnten bewiesen, dass sie trotz systembedingt notwendigem Verlustausgleich durch die Kommune, ein wirtschaftlich arbeitender Verkehrsbetrieb mit hoher Beförderungsqualität und wachsenden Fahrgastzahlen ist. Nur das versetzt sie auch in die Lage, 25 % dieser Ersatzinvestition selbst zu finanzieren.

Begründung Dringlichkeit (für den Finanzausschuss am 21.11.2019):

Die 7-Tagefrist musste um zwei Tage überschritten werden, weil der Aufsichtsrat der RSAG erst am heutigen Tag (13.11. 2019) zu dieser wichtigen Angelegenheit getagt hat.

gez. Eva-Maria Kröger
Fraktion DIE LINKE.PARTEI

gez. Uwe Flachsmeyer
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

gez. Dr. Steffen Wandschneider-Kastell.
Fraktion der SPD

gez. Dr. Sybille Bachmann.
Fraktion Rostocker Bund/ Freie Wähler

gez. Anette Niemeyer (Aufbruch 09)

Änderungsantrag	Datum:	19.11.2019
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft		
Dr. Sybille Bachmann (für die Fraktion Rostocker Bund / Freie Wähler) Änderungsantrag zu 2019/AN/0456 Finanzierung der Neubeschaffung von Straßenbahnen für die RSAG		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
21.11.2019	Finanzausschuss	Vorberatung
28.11.2019	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung	Vorberatung
04.12.2019	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Prüfauftrag wird um folgende Aspekte erweitert:

- Prüfung alternativer Finanzierungen
- Prüfung von Alternativen zur Ersatzbeschaffung
- Prüfung der Erweiterung des Streckennetzes (schienengebunden und nicht schienengebunden).

gez.
 Dr. Sybille Bachmann
 Fraktionsvorsitzende

Stellungnahme	Datum: 26.11.2019
Entscheidendes Gremium:	fed. Senator/-in: OB, Claus Ruhe Madsen bet. Senator/-in:
Federführendes Amt: Zentrale Steuerung	bet. Senator/-in:
Beteiligte Ämter:	

Finanzierung der Neubeschaffung von Straßenbahnen für die RSAG		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
28.11.2019	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung	
	Kenntnisnahme	
04.12.2019	Bürgerschaft	Kenntnisnahme

Sachverhalt:

Der vorliegende Antrag wird seitens der Verwaltung als Prüfauftrag interpretiert, ob eine Förderung in Höhe von 75 % zur Neuanschaffung von 39 Straßenbahnen durch das Land M-V, den Bund oder/und die EU erfolgen kann. Bei Gesamtkosten von 122,2 Mio. Euro ist demgemäß eine Förderung von 91,65 Mio. Euro zu prüfen.

Die Verwaltung wird hierzu mit der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern (mit Unterstützung der RSAG) das Gespräch suchen. Bislang mit dem Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern dazu geführte Gespräche haben noch nicht zu einem positiven Ergebnis geführt. Die im Rahmen des Regionalisierungsgesetzes durch den Bund bereitgestellten Regionalisierungsmittel werden an die Bundesländer ausgereicht und von ihnen verwaltet. Dazu ist festzustellen, dass einige Bundesländer diese Mittel auch zum Erwerb von Fahrzeugen im ÖPNV an die Kommunen ausreichen. Das Land Mecklenburg-Vorpommern tut das bislang nicht. Ob geeignete EU-Mittel eingeworben werden könnten, bedarf einer Überprüfung.

Allerdings muss an dieser Stelle auch darauf verwiesen werden, dass seitens der RSAG bislang keine Alternativkonzepte vorgelegt worden sind. Ob es gerechtfertigt ist, eine Investition mit dieser Tragweite in den Status Quo vorzunehmen, muss als derzeit unbeantwortet bewertet werden. Es ist nicht ersichtlich, ob in einer in Alternativen betrachtenden Zukunftsstrategie RSAG andere Transportmittel und -szenarien größere Vorteile für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock bringen würden.

Insofern wird es für sehr ratsam gehalten, die Entscheidung zur Anschaffung von 39 neuen Straßenbahnen einer vorherigen intensiven Alternativ-Prüfung zu unterziehen und bis dahin zurückzustellen.

Gleichzeitig sind weitere – für die nächsten Jahre – relevante Investitionsmaßnahmen (Netzausbau, Angebotserweiterung) hinsichtlich ihrer Finanzierungsbedarfe aufzuzeigen.

Im Zuge der FAG-Novelle 2020 ist angedacht, dass die bisherigen Entflechtungsmittel aus dem Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung M-V über die FAG-Mittel „Zur Förderung des ÖPNV“ an die Hanse- und Universitätsstadt Rostock ausgereicht werden. Dies betrifft im Wesentlichen Infrastrukturmittel, wie z.B. für die Errichtung von Bushaltestellen. Die Verwaltung plant, eine in diesem Kontext geplante Anhebung der Mittel in Höhe von ca. 500 TEUR jährlich vollständig an die RSAG auszureichen.

Claus Ruhe Madsen

Antrag	Datum: 14.11.2019
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft	
Vorsitzender der CDU/UFR-Fraktion, Julia Kristin Pittasch (FDP), Christoph Eisfeld (FDP) Zukunft der Rostocker Straßenbahnen	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
21.11.2019	Finanzausschuss
28.11.2019	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung
04.12.2019	Bürgerschaft
	Zuständigkeit
	Vorberatung
	Vorberatung
	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, ein Gutachten zur möglichen Sanierungs- und Instandhaltungsfähigkeit der von der Rostocker Straßenbahn AG (RSAG) eingesetzten Straßenbahnen vom Typ 6N1 mit dem Ziel einer längeren Nutzungsdauer und Variantenprüfung einzuholen. Gleichzeitig wird die RSAG gebeten eine ganzheitliche Betrachtung dieser Maßnahme unter dem Kontext der sich wesentlich verändernden technologischen Entwicklung der Beförderungsmedien (wie z. B. autonomes Fahren) sowie unter dem sich stark ändernden Nutzerverhalten der Fahrgäste vorzunehmen. Zusätzlich müssen auch die Kosten einer zukünftigen Netzerweiterung in die Gesamtbetrachtung einer Ausfinanzierung der RSAG einbezogen werden.

O. g. Unterlagen sind der Bürgerschaft bis zum Ende des 1. Quartals 2020 vorzulegen.

Begründung der Dringlichkeit für den Finanzausschuss:

Aufgrund des Ergebnisses der Sitzung des Aufsichtsrates der RSAG am 13.11.2019 ist dieser Antrag erforderlich. Außerdem besteht ein Sachzusammenhang zum Antrag 2019/AN/0456.

Sachverhalt:

Seit einigen Monaten ist die Geschäftsführung der RSAG bemüht, eine Finanzierungslösung für die Neuanschaffung und Inbetriebnahme von 39 Straßenbahnen zu erreichen.

Die geschätzten Gesamtkosten von 122,2 Millionen Euro übersteigt nach Auskunft der RSAG die finanzielle Leistungsfähigkeit des Unternehmens. Zudem gewinnt die strategisch wichtige Zielstellung des Haushaltsausgleichs für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock (HURO) durch sinkende Gewerbesteuererinnahmen sowie steigende Ausgaben im investiven und im konsumtiven Bereich in den kommenden Jahren an Bedeutung. Dadurch ist eine finanzielle Beteiligung der HURO an der Neubeschaffung der 39 Straßenbahnen in Größenordnungen äußerst fraglich. Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat darüber hinaus eine Beteiligung/Förderung bisweilen ausgeschlossen. Nunmehr wird die Verwaltung in einem anderen Antrag aufgefordert, bis zum Ende des 1. Quartals 2020 eine Gesamtfinanzierung sicherzustellen.

Vor diesem Hintergrund ist durch ein Gutachten zu ermitteln, ob eine technische Instandsetzung der bisher eingesetzten Straßenbahnen vom Typ 6N1 realisierbar ist. Dadurch ist weiterhin zu ermitteln, inwieweit eine längere Nutzungsdauer ermöglicht werden kann.

In der Landeshauptstadt Schwerin und in Kassel (Nordhessen) kommen ebenso Straßenbahnen vom Typ 6N1 zum Einsatz. In beiden Städten haben sich die Verantwortungsträger für die technische Instandsetzung entschieden.

gez.
i. V. Chris Günther
stellv. Fraktionsvorsitzende
CDU/UFR-Fraktion

gez.
Julia Kristin Pittasch
FDP

gez.
Christoph Eisfeld
FDP

Stellungnahme	Datum: 26.11.2019
Entscheidendes Gremium:	fed. Senator/-in: OB, Claus Ruhe Madsen
	bet. Senator/-in:
Federführendes Amt: Zentrale Steuerung	bet. Senator/-in:
Beteiligte Ämter:	

Zukunft der Rostocker Straßenbahnen		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
28.11.2019	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung	
	Kenntnisnahme	
04.12.2019	Bürgerschaft	Kenntnisnahme

Sachverhalt:

Die Verwaltung unterstützt den Antrag grundsätzlich. Die Entscheidung, ob 39 Straßenbahnen neu beschafft werden, ist von großer Tragweite und sollte deshalb mit weiteren Betrachtungen – wie im Antrag formuliert – untersetzt getroffen werden.

Erst mit einer mittelfristigen Gesamtbetrachtung aller Investitionsfelder – Straßenbahnersatzinvestitionen, Netzerweiterungsinvestitionen, Angebotserweiterungsinvestitionen – kann eine valide Gesamtfinanzierung mit dem Aufgabenträger und dem Land M-V finalisiert werden.

Claus Ruhe Madsen

Dringlichkeitsantrag	Datum: 26.11.2019
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft	
Kurt Massenthe (für den Ortsbeirat Gehlsdorf, Hinrichsdorf, Krummendorf, Nienhagen, Peez, Stuthof, Jürgeshof) Klärung des Standortes des Wertstoffhofes am Dierkower Damm	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
26.11.2019	Ortsbeirat Gehlsdorf, Hinrichsdorf, Krummendorf, Nienhagen, Peez, Stuthof, Jürgeshof (19)
27.11.2019	Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus
28.11.2019	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung
03.12.2019	Ortsbeirat Dierkow-Ost, Dierkow-West (17)
04.12.2019	Bürgerschaft
	Zuständigkeit
	Vorberatung
	Vorberatung
	Vorberatung
	Entscheidung

- zurückgezogen am 02.12.2019

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

1. die Standortfrage für den Verbleib des Wertstoffhofes am Dierkower Damm im Abgrenzungsbereich des Planungsgebietes zu klären
2. die notwendigen finanziellen Mittel für die baulichen Maßnahmen bereitzustellen

Begründung der Dringlichkeit:

Mit der Beschlussvorlage 2019/BV/0453 soll für das Gebiet der ehemaligen Deponie Dierkow ein Nicht-offener Realisierungswettbewerb mit vorgeschaltetem Bewerbungsverfahren zur Gestaltung eines Stadtparks durchgeführt werden. Diese Entscheidung kann nicht getroffen werden, ohne vorher die Standortfrage für den jetzigen Wertstoffhof am Dierkower Damm zu klären.

Sachverhalt:

Benötigt wird zeitnah ein neuer Standortvorschlag für einen Ersatz des Wertstoffhofes für den Großraum des Nordostens einschließlich der baulichen Umsetzung.

gez.
Kurt Massenthe
Vorsitzender

Beschlussvorlage	Datum:	22.08.2019
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft	fed. Senator/-in:	S 4, Holger Matthäus
	bet. Senator/-in:	
Federführendes Amt: Amt für Umweltschutz	bet. Senator/-in:	
Beteiligte Ämter: Hauptamt, Abt. Verwaltungsangelegenheiten Kämmereiamt Finanzverwaltungsamt Hauptamt, Abt. Personal und Recht		
Gebührensatzung für die Straßenreinigung in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
21.11.2019	Finanzausschuss	Vorberatung
28.11.2019	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung	Vorberatung
04.12.2019	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock beschließt die Gebührensatzung für die Straßenreinigung in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock (Anlage 1) und billigt die dazugehörige Kalkulation (Anlagen 2-5).

Beschlussvorschriften:

§ 22 Abs. 3 Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern

bereits gefasste Beschlüsse:

0683/05-BV, 0723/06-BV, 0720/07-BV, 0540/08-BV, 2009/BV/0509, 2010/BV/1418, 2011/BV/2449, 2012/BV/3783, 2013/BV/5089, 2014/BV/0132, 2015/BV/1116, 2016/BV/1998, 2017/BV/3028, 2018/BV/3951

Sachverhalt:

Mit der eingereichten Beschlussvorlage soll lediglich der § 4 der Gebührensatzung für die Straßenreinigung in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock geändert werden.

Im § 4 sind die Gebührensätze für die einzelnen Reinigungsklassen festgelegt.

Auf Grundlage der Gebührenkalkulation, die als Anlage 2 Bestandteil der Beschlussvorlage ist, ergeben sich für das Jahr 2020 unter Beibehaltung des Allgemeininteresses (Anlage 2, Seite 5) Gebührensätze, die in allen Reinigungsklassen zwischen 1,7 und 3,5 Prozent steigen werden.

Die Gesamtkosten für Straßenreinigung und Winterdienst werden im kommenden Jahr um 379.700,- € steigen (Anlage 2 Seite 2).

Diese Kostensteigerung ergibt sich aus gestiegenen Kosten bei der Stadtentsorgung Rostock GmbH (SR GmbH) und bei der Kehrgutentsorgung, die Kosten der Stadtverwaltung gehen dagegen zurück. Dazu ausführlich in den Abschnitten „Kosten der SR GmbH“ und „Kosten der Stadtverwaltung“.

Bei der Kalkulation der Straßenreinigungsgebühr werden die Kosten des Teams Fugengrün, der Entsorgung des Straßenkehrschutts, der Stadtverwaltung und der Zu- und Abschläge aus der Nachkalkulation 2018 auf die einzelnen Leistungsarten umgelegt (Anlage 2 Seite 3). Für die Ermittlung der Gebührensätze sind die Leistungsarten Fahrbahnreinigung, Winterdienst Fahrbahn, Gehwegreinigung und Winterdienst Gehwege relevant.

Auf der Grundlage des Vertrages über die Straßenreinigung vom 17.02.1994 und dem vorgegebenen Leistungsumfang hat die SR GmbH ihre Kosten kalkuliert und die entsprechenden Einzelpreise für 2020 ermittelt.

Durch den beratenden Ingenieur Dipl.-Ing. Dirk Henssen wurden die kalkulierten Entgelte auf die Vereinbarkeit mit den preisrechtlichen Vorschriften geprüft.

Ein entsprechender Prüfbericht (Anlage 9 der Beschlussvorlage) wurde ausgefertigt und ist Grundlage für die Übernahme der geprüften Preise in die Gebührenkalkulation.

Kosten der SR GmbH

Die Gesamtkosten der SR GmbH für Straßenreinigung und Winterdienst werden im Vergleich zu 2019 um 411.200 € steigen, das entspricht einer Kostensteigerung um 7,4 Prozent. Dafür sind unter anderem gestiegene Personalkosten, die Auflösung des Dieselkraftstoffkostenwagniskontos 2018 sowie Investitionen, die höhere Abschreibungen und Zinskosten nach sich ziehen, aber auch eine Erweiterung des Leistungsumfangs verantwortlich.

Die sechs zusätzlichen Handreiniger, die Mitarbeiter der beiden Teams Fugengrün und die beiden Abfallsauger waren bisher nur für die Monate April bis Oktober beauftragt. Deshalb wurde dieser Auftrag mit Saisonkräften bzw. mit Leiharbeitern erledigt. Einerseits wird es immer schwieriger zuverlässige Saison- bzw. Leiharbeiter auf dem Arbeitsmarkt zu erhalten, andererseits ist es auch politischer Wille, Saison- und Leiharbeit möglichst gering zu halten. Daher werden die oben genannten Mitarbeiter ab 2020 ganzjährig in Festanstellung bei der SR GmbH beschäftigt. Sie werden dann in den Monaten Januar bis März sowie November und Dezember bei entsprechender Witterung im manuellen Winterdienst eingesetzt. Ein genaues Einsatzkonzept wird durch die SR GmbH derzeit erarbeitet. Diese Maßnahme verursacht zusätzliche Kosten bei der SR in Höhe von 109.000,- €, die zu einem großen Teil nicht aus den Straßenreinigungsgebühren finanziert werden, sondern den Zuschuss der HRO erhöhen.

Für die Beschäftigten der SR GmbH wurde eine Entgelterhöhung zum 01.01.2020 mit dem 4. Änderungstarifvertrag vom 30.06.2019 zum Haustarifvertrag mit der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di vereinbart.

Die Entgelterhöhungen erfolgen für alle Lohngruppen als Erhöhung der Tabellenentgelte um 3,19%. Die Jahressonderzahlung wurde auf 80 %, des Tabellenentgelts, mindestens 1.890,- € erhöht. Zusätzlich erfolgt eine weitere Erhöhung der Entgelte ab Entgeltgruppe 8 um einen Gruppenfaktor von 15 Euro pro EG.

Bezogen auf die Lohnsumme der SR GmbH ergibt sich daraus für das Jahr 2020 eine Entgelterhöhung von 4,66 %.

Die Dieselkraftstoffkosten für das Jahr 2018 wurden durch die SR GmbH entsprechend dem Preis zum Kalkulationszeitraum (30.06.2017) mit 0,828 Euro pro/Liter kalkuliert. Der Jahresdurchschnittspreis für das Jahr 2018 betrug demgegenüber aber 0,972 Euro pro/Liter.

Die Preisdifferenz zwischen kalkulierten Dieselkraftstoffkosten gegenüber den tatsächlich eingetretenen Kosten wurden auf das Dieselkraftstoffkostenwagniskonto 2018 gebucht und für die Kalkulation der Leistungen 2020 kostenerhöhend aufgelöst.

In den Kosten für das Jahr 2020 ist die Ersatzbeschaffung einer Kehrmaschine, einer Kleinkehrmaschine, zwei Geräteträgern und zwei Absetzfahrzeugen als Räum- und Streufahrzeuge vorgesehen. Dadurch steigen die Abschreibungen und Zinskosten für das Jahr 2020 gegenüber dem Vorjahr entsprechend an.

Der Preis für die Kehrgutentsorgung steigt um 6,5 % das entspricht einer Summe von 8.000,- €. Dieser Preis wurde durch die SR GmbH wie in den Vorjahren in einem Vergabeverfahren nach UVgO im Wettbewerb ermittelt.

Kosten der Stadtverwaltung

Die Kosten der Stadtverwaltung sind gebührenfähige Kosten der Ämter, die im Rahmen des Satzungsvollzuges sowie des Gebühreneinzuges Leistungen für die Straßenreinigung und den Winterdienst erbringen. Diese Kosten werden gegenüber 2019 um 28.000,- € geringer ausfallen.

Während die Kosten des Umweltamtes und des Finanzverwaltungsamtes auf Grund tarifbedingter Erhöhungen der Personalkosten ansteigen, verringert sich die Umlage an den Kommunalen Ordnungsdienst erheblich. Die geringere Umlage an den KOD ergibt sich aus einer Analyse der Geschäftsvorfälle aus dem Einsatztagebuch, wonach der Anteil der Einsätze für Straßenreinigung und Winterdienst geringer ausfällt als im Vorjahr.

Der Anteil der Kosten der Stadtverwaltung an den Gesamtkosten beläuft sich damit im Jahr 2020 auf 9,0 %

Nicht in der Kalkulation angesetzte Leistungen

Nach den Festlegungen des § 50 Abs. 1 StrWG-MV sind die Straßen innerhalb der geschlossenen Ortslage zu reinigen. Als geschlossene Ortslage gilt hierbei der Teil des Gemeindebezirkes, der in geschlossener oder offener Bauweise zusammenhängend bebaut ist. Einzelne unbebaute oder ähnliche Grundstücke sind nicht maßgebend. Nach einem Urteil des OVG Münster (v. 23.10.79 2 A 1123/79) wird die geschlossene Ortslage dann unterbrochen, wenn der unbebaute Zwischenraum ca. 150 m oder länger ist.

In der Hanse- und Universitätsstadt Rostock sind dies z. B. solche Straßen wie die „Bäderstraße“ und die Warnemünder Straße. Für solche Straßen gelten die Festlegungen des § 50 Abs. 3 StrWG-MV, wonach die Träger der Straßenbaulast nach besten Kräften die öffentlichen Straßen von Schnee räumen bzw. bei Schnee- und Eisglätte streuen sollen. Dies ist keine gebührenfähige Straßenreinigung im Sinne des StrWG-MV und KAG MV. Aus den o. g. Gründen werden in der Gebührenkalkulation die nicht gebührenfähigen Kosten für die Reinigung und den Winterdienst von Straßen außerhalb der geschlossenen Ortslage ausgesondert.

Da ein Teil der Angebotspreise Kosten beinhalten, die insbesondere beim Winterdienst von Straßen außerhalb der geschlossenen Ortslage verursacht werden, und anteilig Verwaltungskosten, Kosten für Entsorgung von Straßenkehrsicht und Zu- und Abschläge anfallen, ist es notwendig entsprechende Kostenabgrenzungen vorzunehmen.

Das betrifft auch die Kosten für die Reinigung und den Winterdienst an Haltestellen des ÖPNV. In der vorliegenden Kalkulation sind dies 241.000,- €, die unmittelbar in den Zuschuss der HRO fließen.

Erstattung an die DB Station & Service AG

Im Bereich des Hauptbahnhofes sowie des S-Bahnhofes in Lütten-Klein werden im Auftrag der HRO von der DB Station & Service AG Reinigungsleistungen auf öffentlichen Verkehrsflächen durchgeführt.

Die entstehenden Kosten sind Bestandteil der Gesamtkosten für Straßenreinigung und Winterdienst, fließen aber nicht in die Gebührenkalkulation ein.

Kosten für zusätzliche Reinigungen

Die hier eingestellten Kosten ergeben sich aus Reinigungsleistungen, die im Rahmen von Großveranstaltungen (Hanse Sail, Weihnachtsmarkt, Ostermarkt u.s.w.) oder nach Witterungsunbilden (z. B. Stürme oder Treibsand) zusätzlich zu den geplanten Reinigungen beauftragt werden müssen. Auch diese Kosten fließen nicht in die Gebührenkalkulation ein.

Zu- und Abschläge zu den Gesamtkosten

Aus der Nachkalkulation für das Jahr 2018 ergibt sich eine Kostenüberdeckung von 143.200,- €. In der vorliegenden Gebührenkalkulation wurde von dieser Kostenüberdeckung ein Betrag in Höhe von 71.200,- € gebührenmindernd eingestellt. 72.000,- € werden in der Gebührenkalkulation für das Jahr 2021 berücksichtigt.

Im KAG M-V heißt es hierzu: „Weichen am Ende eines Kalkulationszeitraums die tatsächlichen von den kalkulierten Kosten ab, so sind Kostenüberdeckungen spätestens innerhalb von drei Jahren nach Ende des abgeschlossenen Kalkulationszeitraums auszugleichen; Kostenunterdeckungen sollen innerhalb dieses Zeitraums ausgeglichen werden.“ Die Entscheidung über den Vorschlag der Verwaltung zur Aufteilung der Überdeckung obliegt der Bürgerschaft.

Der Bürgerschaft wird vorgeschlagen, die in der Gebührenkalkulation für 2020 errechneten Gebührensätze für die einzelnen Reinigungsklassen zu beschließen.

Hierzu Tabellen:

Berechnung der Jahresgebühr für das Jahr 2020 pro Flächenmeter in den Reinigungsklassen 1-7 (Anlage 2 Seite 5)

Reinigungs- klasse	Gebührensatz 2019	Gebührensatz 2020	Änderung %
1	85,68 €	87,84 €	2,5
2	55,08 €	56,04 €	1,7
3	33,84 €	34,56 €	2,1
4	27,72 €	28,56 €	3,0
5	18,12 €	18,72 €	3,3
6	10,20 €	10,56 €	3,5
7	5,76 €	5,88 €	2,1

Finanzielle Auswirkungen:

Teilhaushalt: 73

Produkt: 54501

Bezeichnung: Straßenreinigung und Winterdienst

Haushalts- jahr	Konto / Bezeichnung	Ergebnishaushalt		Finanzhaushalt	
		Erträge	Auf- wendungen	Ein- zahlungen	Aus- zahlungen
2020	54501	4.212.500 €	6.583.400 €	4.212.500 €	6.583.400 €



Die finanziellen Mittel sind Bestandteil der zuletzt beschlossenen Haushaltssatzung.

Weitere mit der Beschlussvorlage mittelbar in Zusammenhang stehende Kosten:



liegen nicht vor.



werden nachfolgend angegeben

Claus Ruhe Madsen

Anlagen:

Anlage 1: Vierzehnte Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Straßenreinigung
In der Hanse- und Universitätsstadt Rostock

Anlage 2: Kalkulation der Straßenreinigungsgebühr 2020

Anlage 3: Kosten für Reinigung und Winterdienst auf Straßen, die nicht gebührenfähig
Sind

Anlage 4: Nachkalkulation 2018

Anlage 5.1: Kosten Amt für Umweltschutz

Anlage 5.2: Kosten Finanzverwaltungsamt

Anlage 5.3: Kosten Stadtamt

Anlage 6 : Synopse

Die Anlagen 1-6 sind Bestandteil der vorgelegten Beschlussvorlage

Anlage 7: Vertrag über die Straßenreinigung

Anlage 8: geplanter Leistungsumfang 2020

Anlage 9: Bericht über die Prüfung der Angebotspreise 2020 (Preisprüfung)

Anlage 10: Preisangebot der SR GmbH 2020 einschließlich der betrieblichen Kalkulation
und der Anlagenkartei der SR GmbH

Die Anlagen 7-10 liegen für die Mitglieder der Bürgerschaft und der Ausschüsse in einem Ordner beim Sitzungsdienst der Bürgerschaft zur Einsichtnahme (nicht öffentlich).

Gebührensatzung für die Straßenreinigung in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock

Auf der Grundlage der §§ 5 und 15 Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) vom 13. Juli 2011 (GVOBl. M-V S. 777), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Juli 2019 (GVOBl. M-V S. 467), der §§ 1,2,6 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. April 2005 (GVOBl. M-V S. 146), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Juli 2016 (GVOBl. M-V S. 584), des § 50 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (StrWG - MV) vom 13. Januar 1993 (GVOBl. M-V S. 42), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 5. Juli 2018 (GVOBl. M-V S. 221, 229), wird nach Beschlussfassung durch die Bürgerschaft am 2019 folgende Satzung erlassen:

§ 1 Gebührenerhebung

Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock erhebt Gebühren für die Inanspruchnahme der öffentlichen Straßenreinigung, soweit die Reinigungspflicht nicht nach §§ 4 und 6 der Satzung über die Straßenreinigung den Grundstückseigentümerinnen und/oder den Grundstückseigentümern bzw. den zur Nutzung dinglich Berechtigten übertragen worden ist.

§ 2 Gebührenschuldnerin, Gebührenschuldner

(1) Gebührenschuldnerin bzw. Gebührenschuldner ist, wer die mit der öffentlichen Einrichtung gebotene Leistung in Anspruch nimmt oder nach Maßgabe der Straßenreinigungssatzung zu benutzen verpflichtet ist. Dies sind insbesondere die Eigentümerinnen und/oder Eigentümer der Anlieger- und Hinterliegergrundstücke, die durch eine an die öffentliche Straßenreinigung angeschlossene Straße erschlossen werden.

(2) Anstelle der Eigentümerin und/oder Eigentümer werden Gebührenschuldnerin und/oder Gebührenschuldner:

1. die wirtschaftlichen Eigentümerinnen und/oder Eigentümer im Sinne von § 39 Abs. 2 Nummer 1 Satz 1 der Abgabenordnung,
2. die Erbbauberechtigten,
3. die Nießbraucher, sofern sie das gesamte Grundstück selbst nutzen,
4. die dinglich Wohnberechtigten, sofern ihnen das ganze Wohngebäude zur Nutzung überlassen ist,
5. die Verfügungsberechtigten, soweit Eigentumsfragen bei erstmaliger Entstehung der Gebührenschuld bzw. bei Entstehung der fortlaufenden jährlichen Gebührenschuld ungeklärt sind.

(3) Wechselt ein Grundstück seine Eigentümerin und/oder seinen Eigentümer, hat die bisherige Eigentümerin und/oder der bisherige Eigentümer die Gebühr bis zum Ablauf des Monats, in welchem der Eigentumswechsel erfolgt, zu entrichten. Bei einem Eigentumswechsel sind sowohl die bisherigen als auch die neuen Eigentümerinnen und/oder Eigentümer verpflichtet, den Wechsel anzuzeigen. Entsprechendes gilt bei Übergang oder Erlöschen einer dinglichen Berechtigung. Wird der Wechsel nicht entsprechend Satz 2 angezeigt, haften die bisherigen Eigentümerinnen und/oder Eigentümer für sämtliche Gebühren, die bis zum Zeitpunkt der Anzeige fällig geworden sind, neben den neuen Eigentümerinnen und/oder Eigentümern. Dieses gilt entsprechend für den Fall des Übergangs oder Erlöschens einer dinglichen Berechtigung.

(4) Schulden mehrere Personen die Gebühren, so haften sie gesamtschuldnerisch.

§ 3 Gebührenmaßstab

(1) Bemessungsgrundlagen der Straßenreinigungsgebühr sind:

die im Verzeichnis zu § 3 der Straßenreinigungssatzung angegebenen Reinigungsklassen, die Flächenmeter des Anlieger- oder Hinterliegergrundstückes, das durch die an die öffentliche Straßenreinigung angeschlossene Straße erschlossen wird.

(2) Flächenmeter (Flm) ist die Quadratwurzel aus der Fläche des Grundstücks.

(3) Für mehrfach erschlossene Grundstücke werden Straßenreinigungsgebühren für jede Erschließungsstraße erhoben. Als Bemessungsgrundlage werden jedoch bei

1. durch zwei Straßen erschlossenen Grundstücken 80 % der Flächenmeter,
2. durch drei Straßen erschlossenen Grundstücken 60 % der Flächenmeter,
3. durch vier Straßen erschlossenen Grundstücken 50 % der Flächenmeter

zugrunde gelegt.

§ 4 Gebührensatz

Die jährliche Straßenreinigungsgebühr beträgt je Flächenmeter in der

Reinigungsstufe 1	87,84 EUR
Reinigungsstufe 2	56,04 EUR
Reinigungsstufe 3	34,56 EUR
Reinigungsstufe 4	28,56 EUR
Reinigungsstufe 5	18,72 EUR
Reinigungsstufe 6	10,56 EUR
Reinigungsstufe 7	5,88 EUR

§ 5 Beginn und Ende der Gebührenschuld

- (1) Die Gebührenschuld entsteht erstmals mit Beginn des Monats, der auf den Anschluss des Grundstückes an die öffentliche Straßenreinigung folgt. In den Fällen des § 2 Abs. 3 entsteht sie jedoch davon abweichend mit Beginn des Monats, der auf den Wechsel oder den Übergang des Eigentums bzw. der dinglichen Berechtigung folgt.
- (2) Die fortlaufende, jährliche Gebühr entsteht am 1. Januar des betreffenden Kalenderjahres.
- (3) Die Verpflichtung zur Entrichtung der Gebühr endet mit dem Ablauf des Monats, in dem eine öffentliche Verkehrsfläche aus dem Anschlussgebiet ausscheidet.
- (4) Erhöht sich während der Dauer des Benutzungsverhältnisses die Gebühr infolge einer Änderung der Berechnungsgrundlage (z. B. Änderung der Reinigungsklasse, Neuvermessung des Grundstückes), so beginnt die Verpflichtung zur Zahlung des Mehrbetrages mit dem Beginn des auf den Eintritt des maßgeblichen Ereignisses folgenden Monats. Entsprechendes gilt, wenn sich während der Dauer des Benutzungsverhältnisses die Gebühr infolge einer Änderung der Berechnungsgrundlage ermäßigt.
- (5) Wird die Reinigung der gebührenpflichtigen Straße wegen Aufgrabungen, Bauarbeiten oder aus sonstigen Gründen, die die Hanse- und Universitätsstadt Rostock zu vertreten hat, oder wegen höherer Gewalt länger als einen Monat nicht durchgeführt, so ermäßigt sich die Gebühr. Wird aus den in Satz 1 genannten Gründen die Reinigungsleistung in einer Straße nur eingeschränkt erbracht, reduziert sich die Gebühr für die betreffenden Gebührenpflichtigen auf die Hälfte. Ist die tatsächliche Reinigungsleistung in einer Straße auf weniger als die Hälfte der nach der Straßenreinigungssatzung zu erbringenden Leistung reduziert, entfällt die Gebühr für die Dauer der Behinderung ganz. Parkende Fahrzeuge, Container oder ähnliche von Grundstückseigentümerinnen und/oder Grundstückseigentümern zu vertretende Hindernisse zählen nicht als Behinderung im Sinne dieses Absatzes.
- (6) Die Ermäßigung oder der Wegfall der Gebühr gemäß Abs. 5 wird von Amts wegen oder auf Antrag der Gebührenpflichtigen durch Gebührenbescheid festgelegt. Die volle Gebühr ist bis zum Ablauf des Monats, in dem die Reinigungsleistung erstmals eingeschränkt oder eingestellt wird, zu entrichten. Sie ist wieder nach Ablauf des Monats, in dem die Reinigungsarbeiten in vollem Umfang aufgenommen werden, zu leisten.

§ 6 Festsetzung, Fälligkeit und Einziehung der Gebühr

- (1) Die Gebühr wird durch schriftlichen Gebührenbescheid festgesetzt und erhoben. In dem Bescheid kann bestimmt werden, dass er auch für künftige Zeitabschnitte gilt, solange sich die Bemessungsgrundlage und der Gebührenbetrag nicht ändern.
- (2) Die Jahresgebühr wird in vierteljährlichen Teilbeträgen jeweils zum 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November eines jeden Jahres fällig, wenn die Gebühr 30 EUR jährlich übersteigt. Gebühren zwischen 15 EUR und 30 EUR werden jeweils zur Hälfte des Jahresbeitrages am 15. Februar und 15. August eines jeden Jahres fällig. Übersteigt die Gebühr nicht den Jahresbetrag von 15 EUR, so ist die festgesetzte Jahresgebühr in einer Summe zum 15. August eines jeden Jahres zu entrichten.

- (3) Auf Antrag der Gebührenpflichtigen kann die Straßenreinigungsgebühr abweichend von Absatz 2 in einem Jahresbetrag am 1. Juli eines jeden Jahres entrichtet werden. Der Antrag ist bis zum 31. Dezember des Vorjahres zu stellen.
- (4) Nachzuzahlende Gebühren sind innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.
- (5) Gebührenüberzahlungen werden durch Aufrechnung oder Erstattung ausgeglichen.
- (6) Rückständige Gebühren werden im Verwaltungswege (Vollstreckung) beigetrieben.

§ 7 Wohnungs- und Teileigentum

Bei Wohnungs- und Teileigentum wird die Gebühr einheitlich für das Gesamtgrundstück festgesetzt und in einem Bescheid der Verwalterin oder dem Verwalter bekannt gegeben.

§ 8 Auskunfts- und Anzeigepflicht

Die Gebührenschuldnerinnen und Gebührenschuldner sind verpflichtet, alle die Gebührenpflicht begründenden und die Höhe der Gebühr beeinflussenden Umstände der Gebührenerhebenden Stelle, Finanzverwaltungsamt, mitzuteilen. Auf Verlangen sind die zur Festsetzung der Gebühr erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

§ 9 In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

Die Gebührensatzung für die Straßenreinigung in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock tritt am 1. Januar 2020 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Gebührensatzung für die Straßenreinigung in der Hansestadt Rostock vom 02. Dezember 2005, veröffentlicht im Amts- und Mitteilungsblatt der Hansestadt Rostock Nr. 25 vom 14. Dezember 2005, zuletzt geändert durch die Dreizehnte Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Straßenreinigung in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock vom 30. November 2018, veröffentlicht im Amts- und Mitteilungsblatt der Hanse- und Universitätsstadt Rostock Nr. 24 vom 12. Dezember 2018, außer Kraft.

Rostock,

Der Oberbürgermeister
Claus Ruhe Madsen

Kostenaufstellung der Straßenreinigung und für Gebührenkalkulation

1. Leistungen	Gesamtkosten Straßenreinigung				Kosten für Gebührenkalkulation 2020			
	Menge	Maßeinheit	Einzelpreis (netto)	Plan 2020 (brutto)	Menge	Maßeinheit	Einzelpreis (netto)	Plan 2020 (brutto)
Kosten Fahrbahnreinigung	46.875	Kehrkilometer	36,29 €	2.024.300,00 €	46.698	Kehrkilometer	36,29 €	2.016.600,00 €
Gesamtkosten Winterdienst Fahrbahn, davon				1.991.300,00 €				1.837.600,00 €
Vorhaltekosten	pauschal		1.345.461,59 €	1.601.100,00 €	pauschal	92%	1.241.603,54 €	1.477.500,00 €
Pauschale Einsatz	pauschal		327.891,04 €	390.200,00 €	pauschal	92%	302.580,68 €	360.100,00 €
Kosten Gehwegreinigung RK 1-4	11.811.748	m²	17,86 €/1000 m²	251.000,00 €	11.811.748	m²	17,86 €/1000 m²	251.000,00 €
Kosten Winterdienst Gehwege RK 1-3	8.482	m²	119,3 €/100 m²	12.000,00 €	8.482	m²	119,3 €/100 m²	12.000,00 €
Kosten Reinigung HRO	8.273.325	m²	17,86 €/1000 m²	175.800,00 €	8.273.325	m²	17,86 €/1000 m²	175.800,00 €
Kosten Winterdienst HRO	304.336	m²	119,3 €/100 m²	431.900,00 €	304.336	m²	119,3 €/100 m²	431.900,00 €
Kosten Haltestellenreinigung	953.086	m²	17,86 €/1000 m²	20.300,00 €				- €
Kosten Winterdienst Haltestellen	19.409	m²	119,3 €/100 m²	27.500,00 €				- €
Kosten Team Fugengrün	pauschal		214.261,35 €	255.000,00 €	pauschal	Ergebnis Kostenumlage		247.400,00 €
Kosten sechs Handreiniger	pauschal		351.189,99 €	417.900,00 €	pauschal		351.189,99 €	417.900,00 €
Kosten Radwegewart	pauschal		76.572,83 €	91.100,00 €	pauschal		76.572,83 €	91.100,00 €
Kosten Abfallsauger	pauschal		119.802,02 €	142.600,00 €	pauschal		119.802,02 €	142.600,00 €
Reinigung und Winterdienst gesamt				5.840.700,00 €				5.623.900,00 €
Kosten Entsorgung Straßenkehricht	4.000	t	27,35 €	130.200,00 €	Ergebnis aus Kostenumlage			125.300,00 €
Leistungen gesamt				5.970.900,00 €				5.749.200,00 €
1.1 Leistungen der DBAG laut Vereinbarung								
S - Bahnhof Lütten-Klein				2.100,00 €				
Hauptbahnhof				6.100,00 €				
1. 2 Kosten für zusätzliche Reinigungen				15.000,00 €				
2. Kosten der Stadtverwaltung								
Kosten Umweltamt				233.300,00 €				
Kosten Finanzverwaltungsamt				329.800,00 €				
Kosten Kommunalen Ordnungsdienst				26.200,00 €				
Gesamtkosten Stadtverwaltung				589.300,00 €	Ergebnis aus Kostenumlage			567.200,00 €
Gesamtkosten				6.583.400,00 €				6.316.400,00 €
3. Zu- und Abschläge zu den Gesamtkosten								
Nachkalkulation 2018				71.200,00 €	Ergebnis aus Kostenumlage			68.500,00 €
Gesamt				6.512.200,00 €				6.247.900,00 €

Anmerkung: In dieser Tabelle sind in der linken Tabellenhälfte alle für 2020 geplanten Kosten für Straßenreinigung und Winterdienst dargestellt. In der rechten Tabellenhälfte wurden die Gesamtkosten um den nichtgebührenfähigen Anteil reduziert. Die zusätzlichen Kosten für den ganzjährigen Einsatz der manuellen Mitarbeiter in der Sonderbeauftragung (bisher Saisonkräfte für sieben Monate) in Höhe von 91.577,84 € netto wurden entsprechend der Anteile auf die Positionen Handreiniger, Team Fugengrün, Abfallsauger sowie auf den Winterdienst auf Gehwegen aufgeteilt (siehe hierzu auch Begründung der Beschlussvorlage).

Von den Vorhaltekosten für den Winterdienst wurden 278.420,40 € für Fremdleistungen direkt den Kosten der Leistungsart Winterdienst Gehwege zugeordnet.

Die verbliebenen Vorhaltekosten wurden der Leistungsart Winterdienst Fahrbahn zugeordnet.

Die in den Zeilen Kosten Reinigung und Winterdienst HRO dargestellten Kosten beziehen sich auf die Reinigung und den Winterdienst von Fußwegen ohne Anlieger, Fußgängerbrücken, Fußgängertunnel, Treppen, Fußgängerüberwegen sowie Radwegen und Parkplätzen. Diese Kosten werden als Bestandteil des kommunalen Anteiles von der HRO getragen. Die Kosten der Handreiniger, der Abfallsauger und des Radwegewartes sind ebenfalls Bestandteile des kommunalen Anteils.

Aus der Nachkalkulation für das Jahr 2018 ergibt sich eine Kostenüberdeckung von insgesamt 143.200,- € für die Gesamtkosten (siehe Anlage 4). In der vorliegenden Gebührenkalkulation wurde ein Betrag in Höhe von 71.200,- € gebührenmindernd eingestellt. 72.000,- € werden in der Gebührenkalkulation für das Jahr 2021 berücksichtigt. Im KAG M-V heißt es hierzu: „Weichen am Ende eines Kalkulationszeitraums die tatsächlichen von den kalkulierten Kosten ab, so sind Kostenüberdeckungen spätestens innerhalb von drei Jahren nach Ende des abgeschlossenen Kalkulationszeitraums auszugleichen; Kostenunterdeckungen sollen innerhalb dieses Zeitraums ausgeglichen werden.“

Vergleich der Kosten von 2019 zu 2020

	2019	2020	Differenz	Änderung in %
Reinigung Fahrbahn	1.942.800,00 €	2.024.300,00 €	81.500,00 €	4,2
Reinigung Gehwege gesamt	1.190.100,00 €	1.353.700,00 €	163.600,00 €	13,7
<i>davon Reinigung nach Satzung (in Gebührenkalkulation)</i>	453.600,00 €	447.100,00 €	-6.500,00 €	
<i>davon sechs Handreiniger zusätzlich</i>	299.500,00 €	417.900,00 €	118.400,00 €	
<i>davon Radwegewart</i>	83.500,00 €	91.100,00 €	7.600,00 €	
<i>davon Abfallsauger</i>	129.600,00 €	142.600,00 €	13.000,00 €	
<i>davon Team Fugengrün</i>	223.900,00 €	255.000,00 €	31.100,00 €	
Winterdienst gesamt	2.304.600,00 €	2.462.700,00 €	158.100,00 €	6,9
<i>davon WD Vorhaltekosten</i>	1.531.800,00 €	1.601.100,00 €		
<i>davon Winterdienst Fahrbahn</i>	384.800,00 €	390.200,00 €		
<i>davon Winterdienst Gehwege</i>	388.000,00 €	471.400,00 €		
Entsorgung Kehrgut	122.200,00 €	130.200,00 €	8.000,00 €	6,5
zusätzliche Reinigungen	15.000,00 €	15.000,00 €	0,00 €	0,0
Leistungen Stadtentsorgung gesamt	5.574.700,00 €	5.985.900,00 €	411.200,00 €	7,4
Kosten Umweltamt	208.600,00 €	233.300,00 €	24.700,00 €	11,8
Kosten Finanzverwaltungsamt	325.000,00 €	329.800,00 €	4.800,00 €	1,5
Kosten Kommunalen Ordnungsdienst	83.700,00 €	26.200,00 €	-57.500,00 €	-68,7
Stadtverwaltung gesamt	617.300,00 €	589.300,00 €	-28.000,00 €	-4,5
DBAG	8.200,00 €	8.200,00 €	0,00 €	0,0
Zu- und Abschläge zu den Gesamtkosten	-67.700,00 €	-71.200,00 €	-3.500,00 €	
Gesamt	6.132.500,00 €	6.512.200,00 €	379.700,00 €	6,2
Gebühreneinnahmen	4.060.100,00 €	4.212.482,86 €	152.382,86 €	3,8
Zuschuss	2.072.400,00 €	2.299.717,14 €	227.317,14 €	11,0

Umlage der Kosten des Straßenkehrrechtes, der Verwaltungskosten und der Zu- und Abschläge auf die einzelnen Leistungen

Leistungen	Kosten nach Leistungsart	anteilige Kosten in %	Umlage Kosten Straßenkehrrecht	Umlage Kosten Stadtverwaltung	Umlage Zu- und Abschläge	Umlage Kosten Team Fugengrün	Gesamtkosten (auf 100 EUR gerundet)
Fahrbahnreinigung	2.016.600	36,1%	47.007	212.758	- 25.706	85.000	2.335.700
Winterdienst Fahrbahn	1.837.600	32,9%	42.834	193.873	- 23.424		2.050.900
Gehwegreinigung	251.000	4,5%	5.851	26.481	- 3.200	95.500	375.600
Winterdienst Gehwege	12.000	0,2%	280	1.266	- 153		13.400
Reinigung HRO	175.800	3,1%	4.098	18.548	- 2.241	66.900	263.100
Winterdienst HRO	431.900	7,7%	10.068	45.567	- 5.505		482.000
sechs Handreiniger	417.900	7,5%	9.741	44.090	- 5.327		466.400
Radwegewart	91.100	1,6%	2.124	9.611	- 1.161		101.700
Abfallsauger	142.600	2,6%	3.324	15.045	- 1.818		159.200
Gesamt gebührenfähig	5.376.500		125.326	567.239	- 68.535	247.400	6.248.000
<i>Kosten, die nicht in der Kalkulation angesetzt werden:</i>							
Haltestellenreinigung	20.300	0,4%	473	2.142	- 259	7.600	30.300
Winterdienst Haltestellen	27.500	0,5%	641	2.901	- 351		30.700
Fahrbahnreinigung a.g.OL	7.600	0,1%	177	802	- 97		8.500
Winterdienst a.g.OL	153.700	2,8%	3.583	16.216	- 1.959		171.500
Gesamt n.gebührenfähig	209.100		4.874	22.061	- 2.665	7.600	241.000
Gesamtkosten	5.585.600	100%	130.200	589.300	- 71.200	255.000	6.489.000

Anmerkung: Die Kosten für die Reinigung und den Winterdienst der Haltestellen und der Fahrbahnen außerhalb der geschlossenen Ortslage sind nicht Bestandteil der Gebührenkalkulation. Die Angabe dieser Kosten in dieser Tabelle sind jedoch notwendig, um die o.g. Kosten auch auf diese Leistungen mit umzulegen.

Die Kosten des Teams Fugengrün in Höhe von 255.000,- € sind grundsätzlich ansatzfähige Kosten. Sie wurden in dieser Tabelle entsprechend den bearbeiteten Flächen zu einem Drittel den Gesamtkosten der Fahrbahnreinigung zugeschlagen. Die anderen zwei Drittel wurden prozentual auf die Gesamtkosten der Leistungsarten Gehwegreinigung, Reinigung HRO und Haltestellenreinigung aufgeteilt.

Ermittlung Teilgebühren für Fahrbahnen und für Winterdienst Fahrbahnen

Reinigungsklassen	Anzahl der wöchentlichen Reinigungen	Summe der Flächenmeter	normierte Flächenmeter
RK 1	5	1.104,76	5.523,80
RK 4	3	9.587,07	28.761,21
RK 5	3	19.619,32	58.857,96
RK 6	1	288.036,01	288.036,01
RK 7	0,5	66.199,28	33.099,64
Summe		384.546,44	414.278,62
normierte Flächenmeter Fahrbahnreinigung RK 1 und 4-7			414.278,62
Flächenmeter Winterdienst Fahrbahn RK 1 und 4-7		384.546,44	

	Winterdienst Fahrbahn	Fahrbahnreinigung
Kosten	2.050.900	2.335.700
Flächenmeter bzw. normierte Flächenmeter	384.546,44	414.278,62
Teilgebühr	5,33 €	5,64 €

Ermittlung Teilgebühren für Gehwegreinigung und für Winterdienst Gehwege

Reinigungsklassen	Anzahl der wöchentlichen Reinigungen	Summe der Flächenmeter	normierte Flächenmeter
RK 1	5	1.104,76	5.523,80
RK 2	5	2.461,02	12.305,10
RK 3	3	1.959,86	5.879,58
RK 4	1	9.587,07	9.587,07
Summe		15.112,71	33.295,55
normierte Flächenmeter Gehwegreinigung RK 1 und 4-7			33.295,55
Flächenmeter Winterdienst Gehwege RK 1, 2, 3		5.525,64	

	Winterdienst Gehwege	Gehwegreinigung
Kosten	13.400	375.600
Flächenmeter bzw. normierte Flächenmeter	5.525,64	33.295,55
Teilgebühr	2,43 €	11,28 €

Anmerkung: Die Summe der Flächenmeter sind die Flächen der Grundstücke, die durch zu reinigende Straßen erschlossen werden. Bei mehrfach erschlossenen Grundstücken erfolgt demzufolge auch eine dementsprechende Mehrfacherfassung der Grundstücke. Die Normierung erfolgt nur bei der Fahrbahn- und Gehwegreinigung auf jeweils eine Reinigung pro Woche.

Berechnung der Jahresgebühr pro Flächenmeter in den Reinigungsklassen 1 bis 7

	Teilgebühr	Rk 1	Rk 2	Rk 3	Rk 4	Rk 5	Rk 6	Rk 7
Anzahl wöchentliche Reinigungen Fahrbahn		5	0	0	3	3	1	0,5
Anzahl wöchentliche Reinigungen Gehweg		5	5	3	1	0	0	0
Winterdienst Fahrbahn		ja	nein	nein	ja	ja	ja	ja
Winterdienst Gehwege		ja	ja	ja	nein	nein	nein	nein
Teilgebühr Fahrbahnreinigung	5,64 €	28,19 €	- €	- €	16,91 €	16,91 €	5,64 €	2,82 €
Teilgebühr Winterdienst Fahrbahn	5,33 €	5,33 €	- €	- €	5,33 €	5,33 €	5,33 €	5,33 €
Teilgebühr Gehwegreinigung	11,28 €	56,40 €	56,40 €	33,84 €	11,28 €	- €	- €	- €
Teilgebühr Winterdienst Gehwege	2,43 €	2,43 €	2,43 €	2,43 €	- €	- €	- €	- €
Zwischensumme		92,35 €	58,83 €	36,27 €	33,53 €	22,25 €	10,97 €	8,15 €
abzüglich Anteil Allgemeininteresse in %		5%	5%	5%	15%	16%	4%	27%
abzüglich Anteil Allgemeininteresse in EUR		4,43 €	2,71 €	1,67 €	4,93 €	3,52 €	0,39 €	2,18 €
rechnerische Jahresgebühr je Flächenmeter		87,92 €	56,12 €	34,60 €	28,60 €	18,73 €	10,58 €	5,97 €
Gebührensätze (durch 12 teilbar)		87,84 €	56,04 €	34,56 €	28,56 €	18,72 €	10,56 €	5,88 €
Differenz		0,08 €	0,08 €	0,04 €	0,04 €	0,01 €	0,02 €	0,09 €

Gegenüberstellung der Gebührensätze 2017 und 2018

Reinigungs- klasse	Gebührensatz 2019	Gebührensatz 2020	Änderung %
1	85,68 €	87,84 €	2,5
2	55,08 €	56,04 €	1,7
3	33,84 €	34,56 €	2,1
4	27,72 €	28,56 €	3,0
5	18,12 €	18,72 €	3,3
6	10,20 €	10,56 €	3,5
7	5,76 €	5,88 €	2,1

Anmerkung: Das Allgemeininteresse ist der Anteil der Kosten, der als Bestandteil der öffentlichen Quote von der Hansestadt Rostock übernommen wird. Die Höhe des anzusetzenden Allgemeininteresses in den einzelnen Reinigungsklassen liegt unter Berücksichtigung einer öffentlichen Quote von mindestens 25% im Ermessen der Bürgerschaft soweit insgesamt eine öffentliche Quote von mindestens 25 % erreicht wird. Das in der oberen Tabelle angesetzte prozentuale Allgemeininteresse für die einzelnen Reinigungsklassen entspricht den Werten aus der Kalkulation für 2019. Daraus ergeben sich die in der unteren Tabelle dargestellten Gebührensätze für 2020. Die Verwaltung schlägt der Bürgerschaft vor, das dargestellte Allgemeininteresse zu billigen.

Einnahmesoll

Reinigungsklasse	Flächenmeter	Gebührensatz	
1	1.104,76	87,84 €	97.042,12 €
2	2.461,02	56,04 €	137.915,56 €
3	1.959,86	34,56 €	67.732,76 €
4	9.587,07	28,56 €	273.806,72 €
5	19.619,32	18,72 €	367.273,67 €
6	288.036,01	10,56 €	3.041.660,27 €
7	66.199,28	5,88 €	389.251,77 €
			4.374.682,86 €
abzüglich Mehrfacherschließung			- 162.200,00 €
Gesamteinnahmen			4.212.482,86 €

Berechnung des kommunalen Anteils

Gebührenfähige Kosten			6.248.000,00 €
Reinigung und Winterdienst HRO			- 1.472.400,00 €
Allgemeininteresse in den RK 1-7			- 389.438,82 €
Mehrfacherschließung			- 162.200,00 €
Runden der Gebührensätze			- 11.478,32 €
Gebühreneinnahmen			4.212.482,86 €
kommunaler Anteil in %			32,58%

Anmerkung: Der kommunale Anteil bei der Straßenreinigung berechnet sich aus den vier grau unterlegten Positionen in der Tabelle (Berechnung des kommunalen Anteils), daraus ergeben sich gerundet 2.035.500,- €. Dieser Wert entspricht 33% der gebührenfähigen Kosten.

In der einschlägigen Rechtsprechung des OVG Greifswald wird ein kommunaler Anteil bei der Straßenreinigung von mindestens 25% vorgeschrieben. Andererseits liegt es im Ermessen der Bürgerschaft auch einen höheren kommunalen Anteil zu beschließen. Ein geringerer kommunaler Anteil als in der vorliegenden Gebührenkalkulation ausgewiesen ist, würde jedoch zu einer weiteren Erhöhung der Straßenreinigungsgebühren führen.

Kosten für Reinigung und Winterdienst von Straßen außerhalb der geschlossenen Ortslage

In der nachfolgenden Tabelle sind die **nicht gebührenfähigen Kosten** für die Straßenreinigung und den Winterdienst außerhalb der geschlossenen Ortslage aufgeführt. Diese Kosten sind Bestandteil des Preisangebotes der SR GmbH und müssen deshalb von den gebührenfähigen Leistungen abgegrenzt werden. Gleichzeitig dienen die Ergebnisse dieser Berechnung als Grundlage dafür, um noch weitere Kostenumlagen (s. Tabelle „Umlage der Kosten des Straßenkehrrechtes, der Verwaltungskosten und der Zu- und Abschläge“) auf die einzelnen Leistungen verursachergerecht vornehmen zu können.

Preis pro Kehrkilometer Fahrbahnreinigung 36,29 €
 Preis pro Kilometer Winterdienst (Gesamtkosten Winterdienst Fahrbahn dividiert durch gesamte Fahrbahnlänge) 4.003,26 €
 mit Gesamtkosten WD Fahrbahn(netto): **1.673.361,34 €**
 Fahrbahnlänge (km): 418

Straßen mit 14- täglicher Reinigung und Winterdienst							
Straßen	Fahrbahnl. Km	Kehrkilometer	Kehrkilometer/Jahr	Kosten Fahrbahnreinigung (netto)	Kosten Fahrbahnreinigung (brutto)	Kosten Winterdienst (netto)	Kosten Winterdienst (brutto)
Hölderlinweg	0,250	0,578	15,028	545 €	649 €	1.001 €	1.191 €
Warnowallee (Schmarl)	1,600	3,7	96,200	3.491 €	4.154 €	6.405 €	7.622 €
Karl-F.-Kerner-Straße	0,515	1,19	30,940	1.123 €	1.336 €	2.062 €	2.453 €
Hinrichshagen bis Feuerwehr		0,21	5,460	198 €	236 €		
Stadthafen (Speicher)	0,490	1,133	29,458	1.069 €	1.272 €	1.962 €	2.334 €
Summe	2,855	6,811	177,086	6.426 €	7.647 €	11.429 €	13.601 €
Nur Winterdienst							
Doberaner Landstraße	2,186					8.751 €	10.414 €
Gr.-Kleiner-Allee zur Fw	0,325					1.301 €	1.548 €
Groß Kleiner Weg	1,105					4.424 €	5.264 €
Am Bahnhof Bramow	1,070					4.283 €	5.097 €
Up'n Warnowsand u. Oldendorfer Straße bis A19	3,000					12.010 €	14.292 €
Hafenbahnweg hinter Wg	0,400					1.601 €	1.906 €
Zufahrt zum Tanklager	1,400					5.605 €	6.669 €
Karl-F.-Kerner-Straße	0,515					2.062 €	2.453 €
Str.zum Südtor (Hafen)	0,680					2.722 €	3.239 €
Petersdorfer Straße	2,210					8.847 €	10.528 €
L 22 Bäderstraße	13,120					52.523 €	62.502 €
Warnemünder Str.	3,400					13.611 €	16.197 €
Summe	29,411					117.740 €	140.110 €
Gesamt	32,266	6,811	177,086	6.426 €	7.600 €	129.169 €	153.700 €

7,7%

Nachkalkulation 2018	Plan2018	Ist 2018	Differenz Plan/Ist 2018
1. Kostenauswertung			
1.1 Leistungen innerhalb geschl. Ortslage			
Kosten Fahrbahnreinigung	1.813.000 €	1.657.200 €	- 155.800 €
Kosten Winterdienst	2.138.800 €	2.210.500 €	71.700 €
Kosten Gehwegreinigung	1.040.300 €	971.500 €	- 68.800 €
zusätzliche Reinigungen	15.000 €	37.400 €	22.400 €
DBAG	8.200 €	6.000 €	- 2.200 €
Kosten Entsorgung Straßenkehricht	126.400 €	114.800 €	- 11.600 €
Leistungen gesamt	5.141.700 €	4.997.400 €	- 144.300 €
1.2 Verwaltungskosten			
Kosten Umweltamt	202.300 €	209.200 €	6.900 €
interne Leistungsbeziehungen	408.700 €	346.900 €	- 61.800 €
Gesamtkosten Stadtverwaltung	611.000 €	556.100 €	- 54.900 €
Gesamtkosten	5.752.700 €	5.553.500 €	- 199.200 €
2. Einnahmen Gebührenhaushalt			
2.1 Einnahmen aus Gebühren			
Soll-Gebühreneinnahmen	3.965.100 €	3.965.100 €	- €
Gebührenermäßigung durch Mehrfacherschsl.	- 153.600 €	- 162.200 €	- 8.600 €
Gebührenaufschläge durch Baustellen		47.400 €	47.400 €
Gebühreneinnahmen	3.811.500 €	3.755.500 €	- 56.000 €
3. Kostendeckung			
Kosten	5.752.700 €	5.553.500 €	- 199.200 €
Gebühreneinnahmen	3.811.500 €	3.755.500 €	- 56.000 €
Kostenüber-/unterdeckung			- 143.200 €

Hanse- und Universitätsstadt Rostock Amt für Umweltschutz 2020	
Kostenarten	Straßenreinigung/ Winterdienst
Personalkosten	189.633 €
Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	2.500 €
Abschreibungen	200 €
Sonstige laufende Aufwendungen	14.500 €
Gemeinkosten UA	206.833 €
	26.455 €
Umlage Ltg.u. Verw.	
GESAMTKOSTEN	233.288 €

Kalkulation des Verwaltungsaufwandes für Büroarbeitsplätze
des Finanzverwaltungsamtes
für **Straßenreinigungsgebühren**
2020/2021

Lfd. Nr.	Leistung	Arbeits-std./Woche	Arbeits-std./Jahr	Vergütungs-, Besoldungs-, Lohngruppe	Personal-kosten (Jahreswert bezogen auf 40 Std./Woche)	Sachkosten für Büroarbeitsplatz (Pauschalwert: 9700 EUR)	Personal-kosten + Sachkosten	Personal-kosten + Sachkosten bezogen auf die jeweilige Jahresarbeitszeit	Gemein-kosten für Büroarbeitsplatz - (20 % der vollen Personalkosten)	Kosten des Arbeitsplatzes/Jahr	Kosten des Arbeitsplatzes/Stunde	Kosten/Minute	Veranschlagte Arbeitszeit in Stunden	umzulegender Verwaltungsaufwand in EUR
	Eintrag notwendig	Eintrag notw.	automat. Berechnung	Eintrag notw.	Eintrag notwendig	automatischer Eintrag	automatische Berechnung						Eintrag notwendig	automatische Berechnung
	2	3	4	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
1.	Erhebung und Bearbeitung v. Gebühren	40	1631	*	80.587	9700	90.287	90287	16117,4	106404	58,65	0,98	4.502	264.042,30
	*Durchschnittswert aus 9 Mitarbeitern													
2.	Abwicklung des Zahlungsverkehrs und Kontenführung	40	1631	*	54.927	9700	64627	64627	10985,4	75612	46,36	0,77	1.419	65.784,84
	*Durchschnittswert aus 22 MA													
	GESAMT:													329.827,14
	Planansatz:													329.800,00

Ermittlung Durchschnittsstundensatz
nach KGST-Materialien Kosten eines Arbeitsplatzes (Stand 2018/2019)
SG 22.21 - Sachgebiet Grundsteuer, Straßenreinigungsgebühren, Zweitwohnungssteuer

Besodungs-/ Entgeltgruppe	Personalkosten Jahresdurch- schnittswert	Sach- kosten	Gemeinkosten- zuschlag (20 % der PK)	Summe Gesamtkost./ Jahr	Kosten je Arbeitsstunde (1.631 h im Jahr)
A13	102.400	9.700	20.480	132.580	81,29
E10	73.100	9.700	14.620	97.420	59,73
A9 mD	72.100	9.700	14.420	96.220	58,99
E 9	65.000	9.700	13.000	87.700	53,77

Ermittlung der Gesamtsumme der einzelnen Stundensätze für an der Leistungserbringung beteiligten MA des SG 20.31

Besodungs-/ Entgeltgruppe	Stundensatz in EUR	Anzahl der Mitarbeiter	Personalkosten/Jahr o. SK, o. GK	Kosten /Stunde
A13	81,29	1	102.400	81,29
E10	59,73	1	73.100	59,73
A9mD	58,99	2	144.200	117,99
E9	53,77	5	325.000	268,85
Gesamt:		9	644.700	527,86

73

Ermittlung Durchschnittssatz der beteiligten MA des SG 20.31

Gesamtkosten	527,86	Personalkosten	644.700
Anzahl der MA	9	Anzahl der MA	9
Durchschnitts- stundensatz	<u>58,65</u>	Durchschnitts- jahreswert o.SK- u. Gemeinkosten	<u>80.587,50</u>

Berechnung der Anzahl der Stufen pro Jahr für die Bearbeitung der
Straßenreinigungsgebühren des SG 22.21

08.05.2019

Mitarbeiter	Stundensatz KgSt	Porzente für Bearbeitung	Stunden
	Jahr 2020/2021	für die Erhebungung	pro Jahr
1	1631	6	97,86
2	1631	15	244,65
3	1631	30	489,3
4	1631	35	570,85
5	1631	35	570,85
6	1631	35	570,85
7	1631	35	570,85
8	1631	40	652,4
9	1631	45	733,95
Summe			4501,56

Ermittlung Durchschnittsstundensatz
nach KGST-Materialien Kosten eines Arbeitsplatzes (Stand 2016/2017)

13.Mai 19

Besodungs-/ Entgeltgruppe	Personalkosten Jahresdurch- schnittswert	Sachkosten	Gemeinkosten- zuschlag (20 % der PK)	Summe Gesamtkosten/ Jahr	Kosten je Arbeitsstunde (1.631 h im Jahr)
E 6	51.000	9.700	10.200	70.900	43,47
E 9A	65.000	9.700	13.000	87.700	53,77
A 7	58.800	9.700	11.760	80.260	49,21
A 8	71.100	9.700	14.220	95.020	58,26
A 9 mD	72.100	9.700	14.420	96.220	58,99

Ermittlung der Gesamtsumme der einzelnen Stundensätze für an der Leistungserbringung beteiligten MA der Stadtkasse

Besodungs-/ Entgeltgruppe	Stundensatz in €	Anzahl der Mitarbeiter	Personalkosten/Jahr o. SK, o. GK	Kosten /Stunde
E 6	43,47	15	765.000	652,05
E 9A	53,77	1	65.000	53,77
A 7	49,21	4	235.200	196,84
A 8	58,26	1	71.100	58,26
A 9 mD	58,99	1	72.100	58,99
Gesamt:		22	1.208.400	1.019,91

Ermittlung Durchschnittssatz der beteiligten MA des SG Stadtkasse:

Gesamtkosten	1.019,91	Personalkosten	1.208.400,00
Anzahl der MA	<u>22</u>	Anzahl der MA	<u>22</u>
Durchschnitts- stundensatz	<u>46,36</u>	Durchschnitts- jahreswert o.SK- u. Gemeinkosten	<u><u> </u></u>

Aufwand Innere Verrechnung SG Stadtkasse

Lfd. Nr. Mitarbeiter	Aufwand in Minuten pro Monat
	Straßen- reinigung
1	360
2	360
3	390
4	360
5	360
6	300
7	300
8	300
9	320
10	330
11	360
12	360
13	330
14	360
15	360
16	360
17	240
18	240
19	360
20	360
21	360
22	30
Gesamt/Monat:	7100
Gesamt/Jahr:	85200
Stunden/Jahr	1420
2020	65.831,20

Kalkulation des Verwaltungsaufwandes für Büroarbeitsplätze
des Stadtamtes
für Straßenreinigung / Winterdienst
2020/2021

Lfd. Nr.	Leistung	Arbeits-std./Woche	Arbeits-std./Jahr	Vergütungs-, Besoldungs-, Lohngruppe	Personeinsatzkosten (Jahreswert bezogen auf 40 Std./Woche)	Sachkosten für Büroarbeitsplatz (Pauschalwert: 9700 EUR)	Personalkosten + Sachkosten	Personalkosten + Sachkosten bezogen auf die jeweilige Jahresarbeitszeit	Gemeinkosten für Nichtbüroarbeitsplatz - (15 % der vollen Personalkosten)	Kosten des Arbeitsplatzes/ Jahr	Kosten des Arbeitsplatzes/ Stunde	Kosten/ Minute	Veranschlagte Arbeitszeit in Stunden	umzulegender Verwaltungsaufwand in EUR
	Eintrag notwendig	Eintrag notw.	automat. Berechnung	Eintrag notw.	Eintrag notwendig	automatischer Eintrag	automatische Berechnung						Eintrag notwendig	automatische Berechnung
1	2	3	4	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
	Aufwand für die Abwicklung des KOD für 3 VzÄ	40	1631	7	46.200,00	9.700,00	55.900,00	55.900,00	6.930,00	62.830,00	38,52	0,64	13,28	511,44
		35	1427	8	54.000,00	9.700,00	63.700,00	55.737,50	7.087,50	62.825,00	44,02	0,73	94,19	4.146,45
		40	1631	8	54.000,00	9.700,00	63.700,00	63.700,00	8.100,00	71.800,00	44,02	0,73	107,65	4.738,80
		40	1631	9a	65.000,00	9.700,00	74.700,00	74.700,00	9.750,00	84.450,00	51,78	0,86	322,94	16.721,10
	GESAMT:		6320,1										538,05	26.117,79
	Planansatz :													26.200,00

Gebührensatzung für die Straßenreinigung in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock

Satzung vom 02. 12. 2005
in der Fassung der Dreizehnten
Änderungssatzung vom 30.11.2018

Neue Fassung

§ 1 Gebührenerhebung	§ 1 Gebührenerhebung
<p>Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock erhebt Gebühren für die Inanspruchnahme der öffentlichen Straßenreinigung, soweit die Reinigungspflicht nicht nach §§ 4 und 6 der Satzung über die Straßenreinigung den Grundstückseigentümerinnen und/oder den Grundstückseigentümern bzw. den zur Nutzung dinglich Berechtigten übertragen worden ist.</p>	<p>Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock erhebt Gebühren für die Inanspruchnahme der öffentlichen Straßenreinigung, soweit die Reinigungspflicht nicht nach §§ 4 und 6 der Satzung über die Straßenreinigung den Grundstückseigentümerinnen und/oder den Grundstückseigentümern bzw. den zur Nutzung dinglich Berechtigten übertragen worden ist.</p>
§ 2 Gebührensschuldnerin, Gebührensschuldner	§ 2 Gebührensschuldnerin, Gebührensschuldner
<p>(1) Gebührensschuldnerin bzw. Gebührensschuldner ist, wer die mit der öffentlichen Einrichtung gebotene Leistung in Anspruch nimmt oder nach Maßgabe der Straßenreinigungssatzung zu benutzen verpflichtet ist. Dies sind insbesondere die Eigentümerinnen und/oder Eigentümer der Anlieger- und Hinterliegergrundstücke, die durch eine an die öffentliche Straßenreinigung angeschlossene Straße erschlossen werden.</p>	<p>(1) Gebührensschuldnerin bzw. Gebührensschuldner ist, wer die mit der öffentlichen Einrichtung gebotene Leistung in Anspruch nimmt oder nach Maßgabe der Straßenreinigungssatzung zu benutzen verpflichtet ist. Dies sind insbesondere die Eigentümerinnen und/oder Eigentümer der Anlieger- und Hinterliegergrundstücke, die durch eine an die öffentliche Straßenreinigung angeschlossene Straße erschlossen werden.</p>
<p>(2) Anstelle der Eigentümerin und/oder Eigentümer werden Gebührensschuldnerin und/oder Gebührensschuldner:</p>	<p>(2) Anstelle der Eigentümerin und/oder Eigentümer werden Gebührensschuldnerin und/oder Gebührensschuldner:</p>
<ol style="list-style-type: none"> 1. die wirtschaftlichen Eigentümerinnen und/oder Eigentümer im Sinne von § 39 Abs. 2 Nummer 1 Satz 1 der Abgabenordnung, 2. die Erbbauberechtigten, 3. die Nießbraucher, sofern sie das gesamte Grundstück selbst nutzen, 4. die dinglich Wohnberechtigten, sofern ihnen das ganze Wohngebäude zur Nutzung überlassen ist, 5. die Verfügungsberechtigten, soweit Eigentumsfragen bei erstmaliger Entstehung der Gebührenschuld bzw. bei Entstehung der fortlaufenden jährlichen 	<ol style="list-style-type: none"> 6. die wirtschaftlichen Eigentümerinnen und/oder Eigentümer im Sinne von § 39 Abs. 2 Nummer 1 Satz 1 der Abgabenordnung, 7. die Erbbauberechtigten, 8. die Nießbraucher, sofern sie das gesamte Grundstück selbst nutzen, 9. die dinglich Wohnberechtigten, sofern ihnen das ganze Wohngebäude zur Nutzung überlassen ist, 10. die Verfügungsberechtigten, soweit Eigentumsfragen bei erstmaliger Entstehung der Gebührenschuld bzw. bei Entstehung der fortlaufenden jährlichen

<p>Gebührenschild ungelöst sind.</p> <p>(3) Wechselt ein Grundstück seine Eigentümerin und/oder seinen Eigentümer, hat die bisherige Eigentümerin und/oder der bisherige Eigentümer die Gebühr bis zum Ablauf des Monats, in welchem der Eigentumswechsel erfolgt, zu entrichten. Bei einem Eigentumswechsel sind sowohl die bisherigen als auch die neuen Eigentümerinnen und/oder Eigentümer verpflichtet, den Wechsel anzuzeigen. Entsprechendes gilt bei Übergang oder Erlöschen einer dinglichen Berechtigung. Wird der Wechsel nicht entsprechend Satz 2 angezeigt, haften die bisherigen Eigentümerinnen und/oder Eigentümer für sämtliche Gebühren, die bis zum Zeitpunkt der Anzeige fällig geworden sind, neben den neuen Eigentümerinnen und/oder Eigentümern. Dieses gilt entsprechend für den Fall des Übergangs oder Erlöschens einer dinglichen Berechtigung.</p> <p>(4) Schulden mehrere Personen die Gebühren, so haften sie gesamtschuldnerisch.</p>	<p>Gebührenschild ungelöst sind.</p> <p>(3) Wechselt ein Grundstück seine Eigentümerin und/oder seinen Eigentümer, hat die bisherige Eigentümerin und/oder der bisherige Eigentümer die Gebühr bis zum Ablauf des Monats, in welchem der Eigentumswechsel erfolgt, zu entrichten. Bei einem Eigentumswechsel sind sowohl die bisherigen als auch die neuen Eigentümerinnen und/oder Eigentümer verpflichtet, den Wechsel anzuzeigen. Entsprechendes gilt bei Übergang oder Erlöschen einer dinglichen Berechtigung. Wird der Wechsel nicht entsprechend Satz 2 angezeigt, haften die bisherigen Eigentümerinnen und/oder Eigentümer für sämtliche Gebühren, die bis zum Zeitpunkt der Anzeige fällig geworden sind, neben den neuen Eigentümerinnen und/oder Eigentümern. Dieses gilt entsprechend für den Fall des Übergangs oder Erlöschens einer dinglichen Berechtigung.</p> <p>(4) Schulden mehrere Personen die Gebühren, so haften sie gesamtschuldnerisch.</p>
<p>§ 3 Gebührenmaßstab</p> <p>(1) Bemessungsgrundlagen der Straßenreinigungsgebühr sind:</p> <p>die im Verzeichnis zu § 3 der Straßenreinigungssatzung angegebenen Reinigungsklassen, die Flächenmeter des Anlieger- oder Hinterliegergrundstückes, das durch die an die öffentliche Straßenreinigung angeschlossene Straße erschlossen wird.</p> <p>(2) Flächenmeter (Flm) ist die Quadratwurzel aus der Fläche des Grundstücks.</p> <p>(3) Für mehrfach erschlossene Grundstücke werden Straßenreinigungsgebühren für jede Erschließungsstraße erhoben. Als Bemessungsgrundlage werden jedoch bei</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. durch zwei Straßen erschlossenen Grundstücken 2. durch drei Straßen erschlossenen 	<p>§ 3 Gebührenmaßstab</p> <p>(1) Bemessungsgrundlagen der Straßenreinigungsgebühr sind:</p> <p>die im Verzeichnis zu § 3 der Straßenreinigungssatzung angegebenen Reinigungsklassen, die Flächenmeter des Anlieger- oder Hinterliegergrundstückes, das durch die an die öffentliche Straßenreinigung angeschlossene Straße erschlossen wird.</p> <p>(2) Flächenmeter (Flm) ist die Quadratwurzel aus der Fläche des Grundstücks.</p> <p>(3) Für mehrfach erschlossene Grundstücke werden Straßenreinigungsgebühren für jede Erschließungsstraße erhoben. Als Bemessungsgrundlage werden jedoch bei</p> <ol style="list-style-type: none"> 4. durch zwei Straßen erschlossenen Grundstücken 5. durch drei Straßen erschlossenen

<p>Grundstücken</p> <p>3. durch vier Straßen erschlossenen Grundstücken</p> <p>zugrunde gelegt.</p> <p>§ 4 Gebührensatz</p> <p>Die jährliche Straßenreinigungsgebühr beträgt je Flächenmeter in der</p> <table> <tr> <td>Reinigungsstufe 1</td> <td>85,68 EUR</td> </tr> <tr> <td>Reinigungsstufe 2</td> <td>55,08 EUR</td> </tr> <tr> <td>Reinigungsstufe 3</td> <td>33,84 EUR</td> </tr> <tr> <td>Reinigungsstufe 4</td> <td>27,72 EUR</td> </tr> <tr> <td>Reinigungsstufe 5</td> <td>18,12 EUR</td> </tr> <tr> <td>Reinigungsstufe 6</td> <td>10,20 EUR</td> </tr> <tr> <td>Reinigungsstufe 7</td> <td>5,76 EUR</td> </tr> </table> <p>§ 5 Beginn und Ende der Gebührenschuld</p> <p>(1) Die Gebührenschuld entsteht erstmals mit Beginn des Monats, der auf den Anschluss des Grundstückes an die öffentliche Straßenreinigung folgt. In den Fällen des § 2 Abs. 3 entsteht sie jedoch davon abweichend mit Beginn des Monats, der auf den Wechsel oder den Übergang des Eigentums bzw. der dinglichen Berechtigung folgt.</p> <p>(2) Die fortlaufende, jährliche Gebühr entsteht am 1. Januar des betreffenden Kalenderjahres.</p> <p>(3) Die Verpflichtung zur Entrichtung der Gebühr endet mit dem Ablauf des Monats, in dem eine öffentliche Verkehrsfläche aus dem Anschlussgebiet ausscheidet.</p> <p>(4) Erhöht sich während der Dauer des Benutzungsverhältnisses die Gebühr infolge einer Änderung der Berechnungsgrundlage (z. B. Änderung der Reinigungsstufe, Neuvermessung des Grundstückes), so beginnt die Verpflichtung zur Zahlung des Mehrbetrages mit dem Beginn des auf den Eintritt des maßgeblichen Ereignisses folgenden Monats. Entsprechendes gilt, wenn sich während der Dauer des</p>	Reinigungsstufe 1	85,68 EUR	Reinigungsstufe 2	55,08 EUR	Reinigungsstufe 3	33,84 EUR	Reinigungsstufe 4	27,72 EUR	Reinigungsstufe 5	18,12 EUR	Reinigungsstufe 6	10,20 EUR	Reinigungsstufe 7	5,76 EUR	<p>Grundstücken</p> <p>6. durch vier Straßen erschlossenen Grundstücken</p> <p>zugrunde gelegt.</p> <p>§ 4 Gebührensatz</p> <p>Die jährliche Straßenreinigungsgebühr beträgt je Flächenmeter in der</p> <table> <tr> <td>Reinigungsstufe 1</td> <td>87,84 EUR</td> </tr> <tr> <td>Reinigungsstufe 2</td> <td>56,04 EUR</td> </tr> <tr> <td>Reinigungsstufe 3</td> <td>34,56 EUR</td> </tr> <tr> <td>Reinigungsstufe 4</td> <td>28,56 EUR</td> </tr> <tr> <td>Reinigungsstufe 5</td> <td>18,72 EUR</td> </tr> <tr> <td>Reinigungsstufe 6</td> <td>10,56 EUR</td> </tr> <tr> <td>Reinigungsstufe 7</td> <td>5,88 EUR</td> </tr> </table> <p>§ 5 Beginn und Ende der Gebührenschuld</p> <p>(1) Die Gebührenschuld entsteht erstmals mit Beginn des Monats, der auf den Anschluss des Grundstückes an die öffentliche Straßenreinigung folgt. In den Fällen des § 2 Abs. 3 entsteht sie jedoch davon abweichend mit Beginn des Monats, der auf den Wechsel oder den Übergang des Eigentums bzw. der dinglichen Berechtigung folgt.</p> <p>(2) Die fortlaufende, jährliche Gebühr entsteht am 1. Januar des betreffenden Kalenderjahres.</p> <p>(3) Die Verpflichtung zur Entrichtung der Gebühr endet mit dem Ablauf des Monats, in dem eine öffentliche Verkehrsfläche aus dem Anschlussgebiet ausscheidet.</p> <p>(4) Erhöht sich während der Dauer des Benutzungsverhältnisses die Gebühr infolge einer Änderung der Berechnungsgrundlage (z. B. Änderung der Reinigungsstufe, Neuvermessung des Grundstückes), so beginnt die Verpflichtung zur Zahlung des Mehrbetrages mit dem Beginn des auf den Eintritt des maßgeblichen Ereignisses folgenden Monats. Entsprechendes gilt, wenn sich während der Dauer des</p>	Reinigungsstufe 1	87,84 EUR	Reinigungsstufe 2	56,04 EUR	Reinigungsstufe 3	34,56 EUR	Reinigungsstufe 4	28,56 EUR	Reinigungsstufe 5	18,72 EUR	Reinigungsstufe 6	10,56 EUR	Reinigungsstufe 7	5,88 EUR
Reinigungsstufe 1	85,68 EUR																												
Reinigungsstufe 2	55,08 EUR																												
Reinigungsstufe 3	33,84 EUR																												
Reinigungsstufe 4	27,72 EUR																												
Reinigungsstufe 5	18,12 EUR																												
Reinigungsstufe 6	10,20 EUR																												
Reinigungsstufe 7	5,76 EUR																												
Reinigungsstufe 1	87,84 EUR																												
Reinigungsstufe 2	56,04 EUR																												
Reinigungsstufe 3	34,56 EUR																												
Reinigungsstufe 4	28,56 EUR																												
Reinigungsstufe 5	18,72 EUR																												
Reinigungsstufe 6	10,56 EUR																												
Reinigungsstufe 7	5,88 EUR																												

<p>Benutzungsverhältnisses die Gebühr infolge einer Änderung der Berechnungsgrundlage ermäßigt.</p>	<p>Benutzungsverhältnisses die Gebühr infolge einer Änderung der Berechnungsgrundlage ermäßigt.</p>
<p>(5) Wird die Reinigung der gebührenpflichtigen Straße wegen Aufgrabungen, Bauarbeiten oder aus sonstigen Gründen, die die Hanse- und Universitätsstadt Rostock zu vertreten hat, oder wegen höherer Gewalt länger als einen Monat nicht durchgeführt, so ermäßigt sich die Gebühr. Wird aus den in Satz 1 genannten Gründen die Reinigungsleistung in einer Straße nur eingeschränkt erbracht, reduziert sich die Gebühr für die betreffenden Gebührenpflichtigen auf die Hälfte. Ist die tatsächliche Reinigungsleistung in einer Straße auf weniger als die Hälfte der nach der Straßenreinigungssatzung zu erbringenden Leistung reduziert, entfällt die Gebühr für die Dauer der Behinderung ganz. Parkende Fahrzeuge, Container oder ähnliche von Grundstückseigentümerinnen und/oder Grundstückseigentümern zu vertretende Hindernisse zählen nicht als Behinderung im Sinne dieses Absatzes.</p>	<p>(5) Wird die Reinigung der gebührenpflichtigen Straße wegen Aufgrabungen, Bauarbeiten oder aus sonstigen Gründen, die die Hanse- und Universitätsstadt Rostock zu vertreten hat, oder wegen höherer Gewalt länger als einen Monat nicht durchgeführt, so ermäßigt sich die Gebühr. Wird aus den in Satz 1 genannten Gründen die Reinigungsleistung in einer Straße nur eingeschränkt erbracht, reduziert sich die Gebühr für die betreffenden Gebührenpflichtigen auf die Hälfte. Ist die tatsächliche Reinigungsleistung in einer Straße auf weniger als die Hälfte der nach der Straßenreinigungssatzung zu erbringenden Leistung reduziert, entfällt die Gebühr für die Dauer der Behinderung ganz. Parkende Fahrzeuge, Container oder ähnliche von Grundstückseigentümerinnen und/oder Grundstückseigentümern zu vertretende Hindernisse zählen nicht als Behinderung im Sinne dieses Absatzes.</p>
<p>(6) Die Ermäßigung oder der Wegfall der Gebühr gemäß Abs. 5 wird von Amts wegen oder auf Antrag der Gebührenpflichtigen durch Gebührenbescheid festgelegt. Die volle Gebühr ist bis zum Ablauf des Monats, in dem die Reinigungsleistung erstmals eingeschränkt oder eingestellt wird, zu entrichten. Sie ist wieder nach Ablauf des Monats, in dem die Reinigungsarbeiten in vollem Umfang aufgenommen werden, zu leisten.</p>	<p>(6) Die Ermäßigung oder der Wegfall der Gebühr gemäß Abs. 5 wird von Amts wegen oder auf Antrag der Gebührenpflichtigen durch Gebührenbescheid festgelegt. Die volle Gebühr ist bis zum Ablauf des Monats, in dem die Reinigungsleistung erstmals eingeschränkt oder eingestellt wird, zu entrichten. Sie ist wieder nach Ablauf des Monats, in dem die Reinigungsarbeiten in vollem Umfang aufgenommen werden, zu leisten.</p>
<p>§ 6 Festsetzung, Fälligkeit und Einziehung der Gebühr</p>	<p>§ 6 Festsetzung, Fälligkeit und Einziehung der Gebühr</p>
<p>(1) Die Gebühr wird durch schriftlichen Gebührenbescheid festgesetzt und erhoben. In dem Bescheid kann bestimmt werden, dass er auch für künftige Zeitabschnitte gilt, solange sich die Bemessungsgrundlage und der Gebührenbetrag nicht ändern.</p>	<p>(1) Die Gebühr wird durch schriftlichen Gebührenbescheid festgesetzt und erhoben. In dem Bescheid kann bestimmt werden, dass er auch für künftige Zeitabschnitte gilt, solange sich die Bemessungsgrundlage und der Gebührenbetrag nicht ändern.</p>
<p>(2) Die Jahresgebühr wird in</p>	<p>(2) Die Jahresgebühr wird in</p>

vierteljährlichen Teilbeträgen jeweils zum 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November eines jeden Jahres fällig, wenn die Gebühr 30 EUR jährlich übersteigt. Gebühren zwischen 15 EUR und 30 EUR werden jeweils zur Hälfte des Jahresbeitrages am 15. Februar und 15. August eines jeden Jahres fällig. Übersteigt die Gebühr nicht den Jahresbetrag von 15 EUR, so ist die festgesetzte Jahresgebühr in einer Summe zum 15. August eines jeden Jahres zu entrichten.

(3) Auf Antrag der Gebührenpflichtigen kann die Straßenreinigungsgebühr abweichend von Absatz 2 in einem Jahresbetrag am 1. Juli eines jeden Jahres entrichtet werden. Der Antrag ist bis zum 31. Dezember des Vorjahres zu stellen.

(4) Nachzuzahlende Gebühren sind innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.

(5) Gebührenüberzahlungen werden durch Aufrechnung oder Erstattung ausgeglichen.

(6) Rückständige Gebühren werden im Verwaltungswege (Vollstreckung) beigetrieben.

§ 7 Wohnungs- und Teileigentum

Bei Wohnungs- und Teileigentum wird die Gebühr einheitlich für das Gesamtgrundstück festgesetzt und in einem Bescheid der Verwalterin oder dem Verwalter bekannt gegeben.

§ 8 Auskunfts- und Anzeigepflicht

Die Gebührenschuldnerinnen und Gebührenschuldner sind verpflichtet, alle die Gebührenpflicht begründenden und die Höhe der Gebühr beeinflussenden Umstände der Gebührenerhebenden Stelle, Abteilung Stadtkasse und Steuern der Hansestadt Rostock, mitzuteilen. Auf Verlangen sind die zur Festsetzung der Gebühr erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

vierteljährlichen Teilbeträgen jeweils zum 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November eines jeden Jahres fällig, wenn die Gebühr 30 EUR jährlich übersteigt. Gebühren zwischen 15 EUR und 30 EUR werden jeweils zur Hälfte des Jahresbeitrages am 15. Februar und 15. August eines jeden Jahres fällig. Übersteigt die Gebühr nicht den Jahresbetrag von 15 EUR, so ist die festgesetzte Jahresgebühr in einer Summe zum 15. August eines jeden Jahres zu entrichten.

(3) Auf Antrag der Gebührenpflichtigen kann die Straßenreinigungsgebühr abweichend von Absatz 2 in einem Jahresbetrag am 1. Juli eines jeden Jahres entrichtet werden. Der Antrag ist bis zum 31. Dezember des Vorjahres zu stellen.

(4) Nachzuzahlende Gebühren sind innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.

(5) Gebührenüberzahlungen werden durch Aufrechnung oder Erstattung ausgeglichen.

(6) Rückständige Gebühren werden im Verwaltungswege (Vollstreckung) beigetrieben.

§ 7 Wohnungs- und Teileigentum

Bei Wohnungs- und Teileigentum wird die Gebühr einheitlich für das Gesamtgrundstück festgesetzt und in einem Bescheid der Verwalterin oder dem Verwalter bekannt gegeben.

§ 8 Auskunfts- und Anzeigepflicht

Die Gebührenschuldnerinnen und Gebührenschuldner sind verpflichtet, alle die Gebührenpflicht begründenden und die Höhe der Gebühr beeinflussenden Umstände der Gebührenerhebenden Stelle, Finanzverwaltungsamt, mitzuteilen. Auf Verlangen sind die zur Festsetzung der Gebühr erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

<p>§ 9 In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten</p> <p>Diese Satzung tritt zum 1. Januar 2019 in Kraft.</p> <p>Rostock, 30.11.2018</p> <p>Der Oberbürgermeister Roland Methling</p>	<p>§ 9 In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten</p> <p>Die Gebührensatzung für die Straßenreinigung in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock tritt am 1. Januar 2020 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Gebührensatzung für die Straßenreinigung in der Hansestadt Rostock vom 02. Dezember 2005 , veröffentlicht im Amts- und Mitteilungsblatt der Hansestadt Rostock Nr. 25 vom 14. Dezember 2005, zuletzt geändert durch die Dreizehnte Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Straßenreinigung in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock vom 30. November 2018, veröffentlicht im Amts- und Mitteilungsblatt der Hanse- und Universitätsstadt Rostock Nr. 24 vom 12. Dezember 2018, außer Kraft.</p> <p>Rostock,</p> <p>Der Oberbürgermeister Claus Ruhe Madsen</p>

Beschlussvorlage	Datum: 23.08.2019	
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft	fed. Senator/-in: S 4, Holger Matthäus	
	bet. Senator/-in:	
Federführendes Amt: Amt für Umweltschutz	bet. Senator/-in:	
Beteiligte Ämter: Hauptamt, Abt. Verwaltungsangelegenheiten Hauptamt, Abt. Personal und Recht Finanzverwaltungsamt		
Straßenreinigungssatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
28.11.2019	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung Vorberatung	
04.12.2019	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft beschließt die Straßenreinigungssatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock (Anlage).

Beschlussvorschriften:

§ 22 Abs. 3 Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern

bereits gefasste Beschlüsse:

2011/BV/2484, 2012/BV/3784, 2013/BV/4821, 2014/BV/0125, 2015/BV/1122, 2016/BV/1963, 2017/BV/2655, 2018/BV/3955

Sachverhalt:

Im Satzungstext gibt es keine Änderungen, lediglich in der Anlage, dem Verzeichnis der „**Von der Hansestadt Rostock zu reinigende öffentliche Straßen der Reinigungsklasse 1 – 7**“ werden zwei Straßen aufgenommen.

Ein Abschnitt der Graf-Stauffenberg-Straße wurde in 2019 umbenannt in Bruchweg. Zur Sicherstellung der künftigen Reinigung und zur Erhebung der Straßenreinigungsgebühr ist es erforderlich, diese „neue“ Straße in das Verzeichnis der zu reinigenden Straßen aufzunehmen.

Die Straße An der Werft ist die Zufahrt zur Neptunwerft, mit öffentlichem Nahverkehr, auf Grund der Verkehrsbedeutung soll diese Straße aufgenommen werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Teilhaushalt: 73

Produkt: 54501

Bezeichnung: Straßenreinigung und Winterdienst

Haushalts- jahr	Konto / Bezeichnung	Ergebnishaushalt		Finanzhaushalt	
		Erträge	Auf- wendungen	Ein- zahlungen	Aus- zahlungen
2020	54501	4.212.500,- €	6.583.400,- €	4.212.500,- €	6.583.400,- €

Claus Ruhe Madsen

Anlage:

1/1 und 1/2 Straßenreinigungssatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock + Anlage
2 Synopse

Straßenreinigungssatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock

Auf der Grundlage der §§ 5 und 15 Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) vom 13. Juli 2011 (GVOBl. M-V S. 777), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Juli 2019 (GVOBl. M-V S. 467), der §§ 1,2,6 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. April 2005 (GVOBl. M-V S. 146), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Juli 2016 (GVOBl. M-V S. 584), des § 50 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (StrWG - MV) vom 13. Januar 1993 (GVOBl. M-V S. 42), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 5. Juli 2018 (GVOBl. M-V S. 221, 229) wird nach Beschlussfassung durch die Bürgerschaft am 2019 folgende Satzung erlassen:

§ 1 Allgemeines

(1) Die in geschlossener Ortslage gelegenen öffentlichen Straßen sind zu reinigen. Einzelne außerhalb der geschlossenen Ortslage gelegene Straßen oder Straßenteile sind in die Reinigungspflicht einzubeziehen, soweit die anliegenden Grundstücke in geschlossener oder offener Bauweise zusammenhängend bebaut sind. Öffentliche Straßen sind solche, die dem öffentlichen Verkehr nach dem StrWG-MV oder dem Bundesfernstraßengesetz gewidmet sind.

(2) Reinigungspflichtig ist die Hanse- und Universitätsstadt Rostock. Zur Durchführung der sich daraus ergebenden Aufgaben bedient sie sich Dritter.

(3) Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock ist berechtigt, die Reinigungspflicht ganz oder teilweise den Eigentümerinnen und/oder Eigentümern der anliegenden Grundstücke oder den zur Nutzung dinglich Berechtigten zu übertragen.

(4) Die Straßenreinigung umfasst die allgemeine Säuberung der Straße (§ 5) sowie die Schneeräum- und Streupflicht (§ 7).

(5) Grundstück im Sinne dieser Satzung ist ohne Rücksicht auf die Grundbuchbezeichnung jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine wirtschaftliche Einheit nach den steuerrechtlichen Bestimmungen (Grundsteuergesetz, Bewertungsgesetz) bildet oder bilden würde, wenn das Grundstück nicht von der Grundsteuer befreit wäre. Liegt Wohnungs- oder Teileigentum vor, so ist der katasterliche Grundstücksbegriff maßgebend. Als anliegende Grundstücke im Sinne dieser Satzung gelten auch die Grundstücke, die vom Gehweg oder von der Fahrbahn durch Gräben, Böschungen, Mauern, Schienenwege, Wasserläufe, Trenn-, Rand-, Seiten- und Sicherheitsstreifen oder in ähnlicher Weise getrennt sind, unabhängig davon, ob sie mit der Vorder- bzw. Hinterfront oder den Seitenfronten an den Straßen liegen.

Als anliegendes Grundstück gilt auch ein Grundstück, das von der Straße durch eine im Eigentum der Hanse- und Universitätsstadt Rostock oder des Trägers der Straßenbaulast stehende, nicht genutzte unbebaute Fläche getrennt ist, wenn es unmittelbar durch die Straße wirtschaftlich oder verkehrsmäßig genutzt werden kann, oder wenn von dem Grundstück eine konkrete nicht unerhebliche Verschmutzung der Straße ausgeht. In

Industrie- und Gewerbegebieten gelten als nicht genutzte unbebaute Flächen auch Gleiskörper von Industrie- und Hafenbahnen.

(6) Verkehrsberuhigte Straßen sind solche, die nach § 42 Abs. 4 a der Straßenverkehrs-Ordnung als verkehrsberuhigt gekennzeichnet sind.

§ 2 Straßenreinigungsgebühren

Teil dieser Satzung ist das als Anlage beigefügte Verzeichnis der Straßen und Reinigungsklassen. Für die Inanspruchnahme der öffentlichen Reinigung derjenigen Straßen, die in das Verzeichnis aufgenommen sind, werden Gebühren nach der zu dieser Satzung erlassenen Gebührensatzung erhoben. Die Pflichtigen gelten als Benutzer einer öffentlichen Einrichtung im Sinne des Kommunalabgabengesetzes. Die Inanspruchnahme der Straßenreinigung ist in den in Satz 2 genannten Fällen zwingend (§ 15 KV M-V).

§ 3 Reinigungsklassen

(1) Die von der Hanse- und Universitätsstadt Rostock zu reinigenden öffentlichen Straßen werden entsprechend den örtlichen Erfordernissen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Reinigungsklassen (RK) eingeteilt:

	RK	Häufigkeit der Reinigung	Winterdienst
Fahrbahn	1	5 x wöchentlich	ja
	4 - 5	3 x wöchentlich	ja
	6	1 x wöchentlich	ja
	7	14täglich	ja
Gehweg	1 - 2	5 x wöchentlich	ja
	3	3 x wöchentlich	ja
	4	1 x wöchentlich	nein

(2) Zur Beseitigung von Schnee oder Glätteis werden innerhalb der Stadtgrenzen die öffentlichen Straßen in der Reihenfolge ihrer Verkehrsbedeutung in die Dringlichkeitsstufen A, B und C eingeordnet.

Dringlichkeitsstufe A:	verkehrswichtige und gefährliche Stellen, wie Gefällstrecken, scharfe Kurven, Straßenverengungen, Kreuzungen, Einmündungen, Hauptverkehrs- und Durchgangsstraßen;
Dringlichkeitsstufe B:	Verbindungsstraßen, Wohnsammelstraßen;
Dringlichkeitsstufe C:	Wohnstraßen und übrige Verkehrsflächen.

§ 4 Übertragung der Säuberungspflicht

(1) Die Reinigung folgender Straßenteile wird aufgrund der Ermächtigung des § 50 Abs. 4 Nr. 2 des StrWG-MV auf die Eigentümerinnen und/oder Eigentümer der anliegenden Grundstücke übertragen:

1. In den Reinigungsklassen 5, 6 und 7

a) Gehwege einschließlich der gleichzeitig als Radweg ausgewiesenen Gehwege, der Verbindungs- und Treppenwege und des markierten Teils des Gehweges, der durch Kraftfahrzeuge mitbenutzt werden darf in ihrer vollen Breite. Gehwege im Sinne dieser Satzung sind auch die räumlich von einer Fahrbahn getrennten selbstständigen Fußwege.

b) Radwege, Trenn-, Baum- und Parkstreifen sowie sonstige zwischen dem anliegenden Grundstück und der Fahrbahn gelegene Teile des Straßenkörpers.

2. In den nicht im Straßen- und Reinigungsklassenverzeichnis aufgeführten Straßen, zusätzlich zu den in Nummer 1 genannten Straßenteilen:

a) die halbe Breite von verkehrsberuhigten Straßen,

b) die Hälfte der Fahrbahnen einschließlich Fahrbahninnen und Bordsteinkanten.

(2) Anstelle der Eigentümerinnen und/oder Eigentümer trifft die Reinigungspflicht:

1. die Erbbauberechtigten,

2. die Nießbraucher, sofern sie das gesamte Grundstück selbst nutzen,

3. die dinglich Wohnberechtigten, sofern ihnen das ganze Wohngebäude zur Nutzung überlassen ist,

4. die Nutzer, soweit Eigentumsfragen bei erstmaliger Entstehung der Gebührenschuld bzw. bei Entstehung der fortlaufenden jährlichen Gebührenschuld ungeklärt sind.

(3) Sind die Reinigungspflichtigen nicht in der Lage, ihre Pflicht persönlich zu erfüllen, so haben sie einen Dritten mit der Reinigung zu beauftragen.

§ 5 Inhalt und Umfang der Säuberungspflicht

(1) Die Reinigungspflicht umfasst die allgemeine Säuberung der in § 4 genannten Straßenteile einschließlich der Beseitigung von Abfällen, Laub und Hundekot. Wildkraut ist zu entfernen, wenn es den Straßenverkehr behindert, die nutzbare Breite von Geh- und Radwegen einschränkt oder geeignet ist, Straßen- oder Gehwegbeläge zu beschädigen.

(2) Herbizide oder andere chemische Mittel dürfen bei der Wildkrautbeseitigung in Straßenrandbereichen nicht eingesetzt werden. Als Straßenrandbereich gelten alle zwischen dem anliegenden Grundstück und der Fahrbahn gelegenen Flächen.

(3) Art und Umfang der Reinigung richten sich im Übrigen nach dem Grad der Verschmutzung und den Erfordernissen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Kehr- und sonstige Abfälle dürfen nicht auf Straßen und Straßenteilen sowie öffentlichen Grünanlagen abgelagert werden. Sie sind entsprechend der Abfallsatzung zu eigenen Lasten zu entsorgen. Der Straßenkehrschutt darf weder in Sinkkästen, offene Abwassergräben, öffentlich aufgestellte Einrichtungen (z.B. Papierkörben, Glas- und Papiersammelcontainern) und öffentlich unterhaltenen Anlagen (z.B. Brunnen, Gewässern

usw.) verbracht werden. Autowracks, nicht mehr fahrbereite Krafträder, Mopeds, Fahrräder oder sonstige unbrauchbare Maschinen- oder Geräteteile dürfen nicht auf Straßen und Straßenteilen abgestellt werden.

(4) Soweit durch Schnee- und Eisablagerungen die Beseitigung von Verschmutzungen erheblich behindert ist, beschränkt sich die ordnungsgemäße Reinigung auf die Schnee-, Eisglätte- und Schneeglättebekämpfung.

§ 6 Übertragung der Schneeräum- und Streupflicht

Die Schneeräum- und Streupflicht folgender Straßenteile wird aufgrund der Ermächtigung des § 50 Abs. 4 Nr. 2 des StrWG-MV auf die Eigentümerinnen und/oder die Eigentümer der anliegenden Grundstücke übertragen:

1. In den Reinigungsklassen 4 - 7

Gehwege einschließlich der gleichzeitig als Radweg gekennzeichneten Gehwege sowie der Verbindungs- und Treppenwege; als Gehweg gilt auch ein begehbarer Seitenstreifen oder eine für die Bedürfnisse des Fußgängerverkehrs erforderliche Breite der Fahrbahn, wenn auf keiner Straßenseite ein Gehweg besonders abgegrenzt ist.

2. Für die nicht im Straßen- und Reinigungsklassenverzeichnis aufgeführten Straßen gelten die Regelungen aus Nr. 1 entsprechend.

§ 7 Inhalt und Umfang der Schneeräum- und Streupflicht

(1) Der Schneeräum- und Streupflicht auf Gehwegen ist wie folgt nachzukommen:

1. Gehwege einschließlich der gleichzeitig als Radweg ausgewiesenen Gehwege sind in einer für den Fußgängerverkehr erforderlichen Breite von Schnee freizuhalten und bei Glätte zu streuen, soweit möglich mindestens in einer Breite von 1,50 m.
2. In Verbindung mit Fußgängerüberwegen sind die Gehwege so zu beräumen und zu streuen, dass die Straßenübergänge ohne Gefahr und Behinderung von Schnee und Eis durch die Fußgängerinnen und Fußgänger erreichbar sind. Fußgängerüberwege sind die als solche gekennzeichneten Überwege für den Fußgängerverkehr, sowie die Überwege an Straßenkreuzungen und Einmündungen in Verlängerung der Gehwege.
3. Im Bereich von Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel ist die Schneebeseitigung und das Streuen bis zur Bordsteinkante vorzunehmen, so dass die Fußgängerinnen und Fußgänger die Verkehrsmittel vom Gehweg aus ohne Gefährdung durch Schnee und Eis erreichen und verlassen können.
4. Ausgenommen von der Schneeräum- und Streupflicht sind alle Fahrgastunterstände und diejenigen Haltestellen, die sich nicht auf dem Gehweg befinden.
5. Für jedes Hausgrundstück ist ein Zugang zur Fahrbahn und zum Grundstückseingang in einer Breite von mindestens 1,25 m zu räumen und zu streuen.
6. Schnee ist in der Zeit von 07:00 Uhr - 20:00 Uhr unverzüglich nach beendetem Schneefall, nach 20:00 Uhr gefallener Schnee bis 07:00 Uhr des folgenden Tages zu entfernen. Der Schnee ist unter Schonung der Gehwegflächen zu entfernen.

7. Glätte auf Gehwegen ist in der Zeit von 07:00 Uhr - 20:00 Uhr unverzüglich nach ihrem Entstehen, nach 20:00 Uhr entstandene Glätte bis 07:00 Uhr des folgenden Tages abzustreuen.
 8. Es sollen nur abstumpfende Stoffe verwendet werden. Auftauende Mittel dürfen nicht verwendet werden. Ausnahmen genehmigt das Amt für Umweltschutz der Hanse- und Universitätsstadt Rostock. Die Streumaterialien sind durch die Pflichtigen auf eigene Kosten rechtzeitig zu beschaffen und in ausreichender Menge vorzuhalten.
 9. Schnee und Eis sind auf dem an die Fahrbahn grenzenden Drittel des Gehweges oder des Seitenstreifens zu lagern. Ist ein Teil des Gehweges zum Aufstellen von Kraftfahrzeugen besonders gekennzeichnet, so sind Schnee und Eis auf dem Drittel des Gehweges zu lagern, der an diese gekennzeichnete Fläche grenzt. Bei Gehwegen unter 1,50 m Breite können Schnee und Eis auf dem Fahrbahnrand gelagert werden. Sind Vorgärten oder andere Geländestreifen vorhanden, soll der Schnee in diesen Fällen dort abgelagert werden. Auf Gehwegen ohne Fahrbahn kann die Ablagerung auf dem an die Grundstücke der Reinigungspflichtigen grenzenden Teil des Gehweges erfolgen. Der Fahr- und Fußgängerverkehr darf nicht gefährdet werden.
 10. Rinnsteine, Einläufe in Entwässerungsanlagen und dem Feuerlöschwesen dienende Wasseranschlüsse sind freizuhalten.
- (2) Von anliegenden Grundstücken dürfen Schnee und Eis nicht auf die Straße geschafft werden.
- (3) § 4 Absätze 2 und 3 gelten für die Schnee- und Glättebeseitigung entsprechend.

§ 8 Außergewöhnliche Verunreinigung von Straßen

- (1) Wer eine öffentliche Straße über das übliche Maß hinaus verunreinigt, hat gemäß § 49 des StrWG-MV die Verunreinigung ohne Aufforderung und ohne schuldhaftes Verzögern zu beseitigen. Anderenfalls kann die Hanse- und Universitätsstadt Rostock die Verunreinigung auf Kosten der Verursacherin und/oder des Verursachers beseitigen oder beseitigen lassen. Unberührt bleibt die Verpflichtung der Reinigungspflichtigen, die Verunreinigung zu beseitigen, soweit ihnen dies zumutbar ist.
- (2) Absatz 1 gilt auch für Verunreinigungen durch Hundekot.

§ 9 Ordnungswidrigkeiten

Wer vorsätzlich oder fahrlässig seiner Reinigungspflicht bzw. seiner **Schneeräum- und Streupflicht** nach dieser Satzung nicht nachkommt, insbesondere wer die in den §§ 4 und 6 genannten Straßenflächen nicht im erforderlichen Umfang oder in der erforderlichen Art und Weise oder zur erforderlichen Zeit reinigt, vom Schnee räumt und mit geeigneten Mitteln streut und wer seine Reinigungspflicht nach § 8 i. V. m. § 50 des StrWG-MV verletzt, handelt ordnungswidrig. Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 61 des StrWG-MV mit Geldbuße bis zu **2.500 EUR** geahndet werden.

§ 10 In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

Die Straßenreinigungssatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock tritt am 1. Januar 2020 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Straßenreinigungssatzung der Hansestadt Rostock vom 21. November 2011 , veröffentlicht im Amts- und Mitteilungsblatt der Hansestadt Rostock Nr. 24 vom 30. November 2011, zuletzt geändert durch die Siebte Satzung zur Änderung der Straßenreinigungssatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock vom 30. November 2018, veröffentlicht im Amts- und Mitteilungsblatt der Hanse- und Universitätsstadt Rostock Nr. 24 vom 12. Dezember 2018, außer Kraft.

Rostock,

Der Oberbürgermeister
Claus Ruhe Madsen

Anlage

Anlage - 3/8**Anlage****Von der Hansestadt Rostock zu reinigende öffentliche Straßen der Reinigungsklasse 1 - 7**

Straßenname	Straßen- schlüssel	Hausnummern- bereich	Reinigungs- klasse	Winterdienst auf Fahrbahnen
Aalstecherstraße	90		6	B
Ackerweg	10110		7	C
Adam-Johann-Krusenstern-Straße	70		6	C
Adolf-Becker-Straße	110		6	C
Adolf-Wilbrandt-Straße	120		6	C
Ahlbecker Straße	130		6	A
Albert-Einstein-Straße	160		6	A
Albert-Schulz-Straße	11360		6	B
Albert-Schweitzer-Straße	170	23 - 24 a	3	
Albert-Schweitzer-Straße	170	1 - 22 u. 25 - 49	6	C
Albrecht-Tischbein-Straße	6900		6	A
Aleksis-Kivi-Straße	190		6	A
Alexandrinestraße	8910		6	C
Alfred-Schulze-Straße	200		6	C
Alt Bartelsdorfer Straße	230	1 - 12 u. 13 a - 18	7	B
Altbettelmönchstraße	240		4	B
Alte Bahnhofstraße	3210		5	A
Alte Dorfstraße	40		7	C
Alte Warnemünder Chaussee	250		6	A
Alter Markt	260		7	B
Altkarlshof	280		7	B
Altschmiedestraße	290		7	B
Am Bagehl	300		7	C
Am Bahnhof	310	Bahnhofsvorplatz	2	
Am Bahnhof	310		6	A
Am Bliesathsberg	330		7	C
Am Brink	350		6	A
Am Dorfteich	370		7	B
Am Fasanenholz	380		6	C
Am Fischereihafen	12490		6	A
Am Fliederbeerenbusch	80		6	C
Am Güterbahnhof	410		6	B
Am Hechtgraben	10040		6	B
Am Kabutzenhof	420		6	B
Am Kanonsberg	11340		5	A
Am Kayenmühlengraben	8841		7	B
Am Kreuzgraben	430		7	B
Am Leuchtturm	450		4	A
Am Liepengraben	10390		7	B
Am Markt	460		6	C
Am Passagierkai	470		4	A
Am Reifergraben	490		6	C

3/8 - Anlage

Straßenname	Straßen- schlüssel	Hausnummern- bereich	Reinigungs- klasse	Winterdienst auf Fahrbahnen
Am Röper	510		6	C
Am Schmarler Bach	13140		7	C
Am Strande	530		4	A
Am Strom	540	60 - 125	3	
Am Strom	540	1 - 59	6	A
Am Teich	30		7	C
Am Vögenteich	9790		4	A
Am Vögenteich	9791		4	A
Am Wendländer Schilde	560		7	B
Am Westfriedhof	1880		6	B
Am Wiesenhang	570		7	C
Am Ziegenmarkt	580		2	
Amberg	590		7	C
An den Griebensöllen	12610		6	B
An den Moorwiesen	12680		6	A
An der Elisabethwiese	620		6	C
An der Hasenbäk	660		6	B
An der Hege	670		4	A
An der Jägebäk	681		7	A
An der Jägebäk	680		7	A
An der Kesselschmiede	88430		7	C
An der Oberkante	690		6	A
An der Stadtautobahn	650 - 652		7	A
An der Viergelindenbrücke	640		6	B
An der Werft	13540		7	A
Anastasiastraße	720		6	C
Ankerring	13240		7	C
Anklamer Straße	730		6	C
Anne-Frank-Weg	12360	Sievershagener Weg bis W.-Borchert-Weg	7	B
Anton-Makarenko-Straße	750		6	C
Anton-Saefkow-Straße	760		6	C
Apostelstraße	770		4	A
Arndtstraße	870		6	C
Arno-Holz-Straße	880		6	C
Arnold-Bernhard-Straße	12500		5	A
Artur-Becker-Straße	900		6	A
Auf der Huder	930		6	B
August-Bebel-Straße	940		5	A
Augustenstraße	970		6	B
Badstüberstraße	1040		3	
Baggermeisterring	1050		6	A
Bahnhofstraße	1060		6	B
Baleckestraße	1070		6	C
Barnstorfer Weg	1120		6	B
Baumschulenweg	10620		6	C
Beethovenstraße (Warnemünde)	1140		6	C

Straßenname	Straßen- schlüssel	Hausnummern- bereich	Anlage - 3/8	
			Reinigungs- klasse	Winterdienst auf Fahrbahnen
Beethovenstraße (Reutershagen)	1150		6	B
Beginenberg	1160		6	C
Bei den Polizeigärten	1180		6	C
Bei der Jakobikirche	11060		6	C
Bei der Knochenmühle	1200		7	B
Bei der Marienkirche	1210		2	
Bei der Nikolaikirche	1170		7	C
Bei der Tweel	1230		6	A
Beim Grünen Tor	1240		6	B
Beim Hornschen Hof	1250		6	B
Beim Kalkofen	1260		7	B
Beim Kuhtor	1270		6	C
Beim St.Katharinenstift	1300		7	C
Beim Waisenhaus	1310		7	C
Bergstraße	1320		6	B
Bernhard-Bästlein-Straße	1330		6	B
Bernsteinweg	10810		7	B
Berringerstraße	4130		6	C
Bertha-von-Suttner-Ring	1010		6	B
Bertolt-Brecht-Straße	1340		6	A
Bertrand-Russell-Allee	1000		6	C
Bettina-von-Arnim-Platz	12460		7	B
Biestower Damm	1360		7	A
Binzer Straße	1390		6	C
Bleicherstraße	1410		6	B
Blockmacherring	1420		6	B
Blücherstraße	1440		6	A
Boleslaw-Prus-Straße	1470		6	C
Bonhoefferstraße	9760		6	A
Bootsbauerweg	1480		6	C
Borenweg	1490	1 - 15	6	C
Borwinstraße	1500		6	C
Braesigplatz	1510		7	B
Braesigweg	1520	1 - 14 u. 21 - 28	7	B
Brahestraße	1600		6	A
Brahmsstraße	1530		6	C
Brandesstraße	1540		6	C
Brauer gasse	1550		7	C
Braunschweiger Straße	1560		6	C
Bregenzer Straße	1570		6	C
Breite Straße	1580		2	
Bremer Straße	1590		6	B
Bruchweg	14350		6	B
Brückenweg	10480		6	B
Bruno-Taut-Straße	1610		6	C
Buchbinderstraße	1620		4	B
Budapester Straße	1640		6	C

3/8 - Anlage

Straßenname	Straßen- schlüssel	Hausnummern- bereich	Reinigungs- klasse	Winterdienst auf Fahrbahnen
Budentannenweg	1650		7	A
Burgwall	1660		7	C
Bützower Straße	9500		6	A
Carl-Hopp-Straße	1670		6	A
Carl-von-Linne-Straße	1690		6	C
Carl-von-Ossietzky-Straße	1680		6	C
Charles-Darwin-Ring	10330		6	B
Clara-Zetkin-Straße	1700		6	A
Clementstraße	1720		6	C
Conrad-Blenkle-Straße	1730		6	B
Dalwitzhof	1750		7	C
Dalwitzhofer Weg	1760		7	B
Dänische Straße	1780		6	B
Danziger Straße	2750		6	C
Dehmelstraße	1790		6	C
Demminer Straße	6840		6	C
Dethardingstraße	4330		6	A
Dierkower Allee	1810		6	A
Dierkower Damm	1822		6	A
Dierkower Damm	1820		6	A
Dierkower Höhe	1830		6	C
Doberaner Straße	1860		5	A
Dornblüthstraße	1870		6	C
Dorothea-Erxleben-Straße	11070		6	C
Dostojewskistraße	7140		6	C
Drostenstraße	1950		7	C
Dürerplatz	1980		6	B
Eduard-Vilde-Straße	2040		6	C
Ehm-Welk-Straße	1900		6	A
Eichendorffstraße	2080	von Virchowstraße bis E.-Heydemann- Str.	7	C
Eikbomweg	2100		7	B
Elisabethstraße	2110		6	B
Ellernhorst	2120		7	C
Elmenhorster Weg	2130		7	A
Erich-Mühsam-Straße	2160	3 - 45	6	A
Erich-Schlesinger-Straße	2030		6	A
Erich-Weinert-Straße	2170		6	C
Erlensumpfstraße	10420		7	B
Ernst-Barlach-Straße	2200		6	A
Ernst-Haeckel-Straße	2210		6	A
Ernst-Heydemann-Straße	2220		6	A
Ernst-Thälmann-Straße	2240		6	B
Eschenstraße	2250		6	C
Eselföterstraße	2260		4	A
Etkar-Andre-Straße	2270		6	A

Straßenname	Straßen- schlüssel	Hausnummern- bereich	Anlage - 3/8	
			Reinigungs- klasse	Winterdienst auf Fahrbahnen
Eutiner Straße	4350		6	B
Fahnenstraße	2300		6	C
Fährstraße	2330		6	A
Faule Grube	2340		4	A
Faule Straße	2350		7	C
Fedor-Schuchardt-Straße	11690		6	A
Feldstraße	2360		6	C
Felix-Stillfried-Straße	2370		6	C
Ferdinandstraße	2380		6	B
Finkenbauer	2410		6	C
Fischbank	2420		7	C
Fischerstraße	2440		6	B
Flensburger Straße	1930		6	A
Franz-Jacob-Straße	2480		6	C
Franz-Liszt-Straße	2490		6	C
Franz-Schubert-Straße	2500		6	C
Fred-Weickert-Straße	2510		7	C
Freiligrathstraße	2520		6	A
Fridtjof-Nansen-Straße	2530		6	C
Friedhofsweg	2550	1 - 2 u. 43 - 52	3	
Friedhofsweg	2550	3 - 42	5	A
Friedrich-Barnewitz-Straße	11150		6	B
Friedrich-Engels-Platz	2560		5	A
Friedrich-Franz-Straße	2580		6	C
Friedrich-Silcher-Straße	2570		6	C
Friedrichstraße	2620		6	B
Friedrich-Wolf-Straße	2610		6	C
Friesenstraße	2630		6	C
Fritz-Mackensen-Weg	11700		6	B
Fritz-Meyer-Scharffenberg-Weg	2290		6	A
Fritz-Reuter-Straße (Warnemünde)	2650		5	A
Fritz-Reuter-Straße (KTV)	2660		6	C
Fritz-Triddelfitz-Weg	10060		6	B
Gaffelschonerweg	13520		7	C
Galileistraße	2700		6	C
Garbräterstraße	2720		4	A
Gärtnerstraße	2740		7	C
Gedser Straße	2770		6	C
Gehlsheimer Straße	2780	1 - 11 a u. 19 a - 20	6	A
Gehlsheimer Straße	2780	11 b - 19 c	7	C
Gellertstraße	2800		6	C
Georg-Adolf-Demmler-Straße	2670		6	C
Georg-Büchner-Straße	2810		6	C
Georginenplatz	2820		6	C
Georginenstraße	2830		6	C
Gerhart-Hauptmann-Straße	2690		6	A
Gertrudenplatz	2870		6	B

3/8 - Anlage

Straßenname	Straßen- schlüssel	Hausnummern- bereich	Reinigungs- klasse	Winterdienst auf Fahrbahnen
Gertrudenstraße	2880		6	B
Gerüstbauerring	2890		6	B
Geschwister-Scholl-Straße	2900		6	C
Gewettstraße (Warnemünde)	2910		6	C
Gewettstraße (KTV)	2920		6	C
Gielandstraße	10400		7	B
Glatter Aal	2930		6	B
Goerdelerstraße	6370		6	A
Goetheplatz	2961		5	A
Goethestraße	2970		5	A
Goslarer Straße	2980		6	C
Graf-Schack-Straße	3010		6	C
Graf-Schwerin-Straße	2640		6	B
Graf-Stauffenberg-Straße	3020		6	B
Grapengießerstraße	3030		6	B
Graureiherweg	13100		7	B
Grazer Straße	3040		6	B
Greifswalder Straße	3050		6	C
Groß Kleiner Allee	3080		6	A
Groß Kleiner Damm	10050		6	A
Groß Schwaßer Weg	3100		7	B
Große Mönchenstraße	3120		7	B
Große Rampe	10500		6	B
Große Scharrenstraße	3130		5	A
Große Wasserstraße	3140		5	A
Großer Katthagen	3150		5	A
Grubenstraße	3160	19 - 36	4	A
Grubenstraße	3160	1 - 18 u. 37 - 62	6	B
Grüner Weg	3180		6	C
Güstrower Straße	7410		6	A
Gutenbergstraße	3190		6	A
Haedgestraße	3230		6	C
Hafenallee	3240		6	A
Hafenbahnweg	3250		7	B
Hainbuchenring	10360		6	B
Häktweg	3260		6	C
Hamburger Straße	3270		4	A
Handelsstraße	3280		6	A
Händelstraße	3290		6	A
Handwerkstraße	10140		6	A
Hannes-Meyer-Platz	3310		6	C
Hans-Fallada-Straße	12410		7	B
Hans- Sachs-Allee	3340		6	B
Hansastraße	3350		6	C
Hanseatenstraße	10490		6	B
Hartestraße	3360		7	C
Hartmut-Colden-Straße	3370		6	C

Straßenname	Straßen- schlüssel	Hausnummern- bereich	Anlage - 3/8	
			Reinigungs- klasse	Winterdienst auf Fahrbahnen
Haubentaucherweg	13030		7	B
Heiligengeisthof	3400		6	A
Heinrich-Böll-Weg	12350	W.-Borchert-Weg bis U.-Johnson-Weg	7	B
Heinrich-Heine-Straße	3430		6	B
Heinrich-Schütz-Straße	3440		6	B
Heinrich-Tessenow-Straße	3450		6	A
Heinz-Kapelle-Straße	3460		6	C
Hellingstraße	88420		7	B
Helsinkier Straße	3480		6	A
Henrik-Ibsen-Straße	3490		6	C
Herderstraße	3500		6	C
Hermannstraße (Warnemünde)	3540		6	C
Hermannstraße (Stadtmitte)	3550	12 a - 31	6	B
Hermannstraße (Stadtmitte)	3550	7 - 12 u. 32 - 36	6	A
Herrmann-Flach-Straße	3560		6	A
Herweghstraße	3570		6	A
Hinrichsdorfer Straße	3600	1 - 15, 18 a u. 41 - 50	6	A
Hinter dem Rathaus	3640		4	A
Hohe Düne	3670		7	A
Holbeinplatz	3681		5	A
Hospitalstraße	3710		6	C
Hufelandstraße	3730		6	C
Humboldtstraße	3740		6	C
Hummelbrink	3750		7	C
Hundertmännerstraße	3770		6	A
Hundsburgallee	3780		6	A
Husumer Straße	210		6	C
Ilja-Ehrenburg-Straße	3970		6	C
Industriestraße	4010		6	A
Innsbrucker Straße	4020		6	B
Jahnstraße	4080		6	C
Jawaharlal-Nehru-Straße	4100		6	C
Joachim-Jungius-Straße	4110		6	A
Joachim-Schlue-Straße	4120		6	C
Johannes-Keppler-Straße	10650		7	B
Johann-Sebastian-Bach-Straße	4050		6	C
John-Brinckman-Straße (Stadtmitte)	4160		6	C
John-Brinckman-Straße (Warnemünde)	4150		6	C
John-Schehr-Straße	4170		6	B
Joliot-Curie-Allee	4180		6	C
Joseph-Haydn-Straße	4200		7	C
Joseph-Herzfeld-Straße	4210		6	B
Justus-von-Liebig-Weg	4060		6	C

3/8 - Anlage

Straßenname	Straßen- schlüssel	Hausnummern- bereich	Reinigungs- klasse	Winterdienst auf Fahrbahnen
Kämmereistraße	4280		6	C
Kantstraße	4290		6	C
Kapitän-Hahn-Weg	12700		7	B
Kapitän-Kraeplin-Weg	12710		7	B
Karl-Marx-Straße	4340		6	A
Karlstraße	4370		6	C
Karl-Theodor-Severin-Straße	4240		6	C
Kassebohmer Weg	4440	V.-Schorler-Ring bis S-Bahn	7	B
Kastanienweg	4460		6	C
Kaulbachstraße	4490		7	C
Kehrwieder	4500		6	C
Kiebitzberg	5870		6	C
Kieler Straße	5890		6	C
Kirchenplatz (Warnemünde)	5910		4	A
Kirchenplatz (Gehlsdorf)	5920		7	C
Kirchenstraße (Warnemünde)	5930		4	A
Kirchenstraße (KTV)	5940		6	C
Kirchnerstraße	5950		6	C
Kistenmacherstraße	5960		5	A
Klagenfurter Straße	5970		6	C
Klaus-Groth-Straße	5980		7	C
Kleine Goldstraße	6010		7	C
Kleine Mönchenstraße	6020		7	C
Kleine Rampe	10510		6	B
Kleine Wasserstraße	6030		6	A
Kleiner Katthagen	6040		4	A
Kleiner Warnowdamm	6050		6	A
Klosterbachstraße	6080		6	C
Klosterhof	6090		5	B
Knud-Rasmussen-Straße	6110		6	C
Kobertstraße	6120		6	C
Koch-Gotha-Straße	6130		6	C
Kölner Straße	6140		6	C
Kolumbusring	7130		6	B
Konrad-Adenauer-Platz	10100		5	A
Kopenhagener Straße	6160	1 - 19 und 50	6	A
Kopernikusstraße	6170		6	A
Koppelsollstraße	10430		7	B
Koppelweg	10120		7	C
Korseltstraße	960		6	C
Koßfelderstraße	6190		7	C
Krämerstraße	6210		5	A
Kranichhof	6220		6	C
Kräwtweg	6230		6	C
Krischanweg	6260		7	B
Krönkenhagen	6280		7	C

Straßenname	Straßen- schlüssel	Hausnummern- bereich	Anlage - 3/8	
			Reinigungs- klasse	Winterdienst auf Fahrbahnen
Kröpeliner Straße	6290	8 - 21	2	
Kufsteiner Straße	6320		6	C
Kuhstraße	10250		4	A
Kuphalstraße	6341		6	B
Kuphalstraße	6340		6	B
Kurhausstraße	6350		5	A
Kurt-Dunkelmann-Straße	88440		7	C
Kurt-Schumacher Ring	220		6	A
Kurt-Tucholsky-Straße	6380		6	C
Kurze Straße	6390		6	C
Laakstraße	6420		6	C
Lagerlöfstraße	8120		6	C
Lagerstraße	6430		6	B
Landreiterstraße	6440		6	B
Lange Straße	6450		1	A
Langenort	6460		6	A
Lastadie	6490		6	B
Laurembergstraße	6500		6	B
Leonhardstraße	6550		6	C
Leo-Tolstoi-Straße	60		6	C
Lessingstraße	6560		6	C
Libellenweg	12620		6	B
Lichtenhäger Brink	6580		3	
Lichtenhäger Chaussee	6590		6	A
Ligusterweg	10380		6	B
Lilienthalstraße	6600		7	C
Lindenallee	6610		7	B
Lindenbergstraße	6620		6	C
Lindenstraße	6640		6	C
Linzer Straße	6660		6	B
Liselotte-Herrmann-Straße	6410		6	C
Liskowstraße	6670		6	C
Loggerweg	13530		7	C
Lohgerberstraße	6680		7	C
Lohmühlenweg	6690		6	B
Lomonossowstraße	6700		6	A
Lorenzstraße	3530		6	A
Lortzingstraße (Reutershagen)	6720		6	C
Lortzingstraße (Warnemünde)	6710		7	C
Louis-Pasteur-Straße	6730		6	C
Lübecker Straße	4320		5	A
Ludwigstraße	6750		6	C
Luisenstraße (Warnemünde)	6760		6	C
Luisenstraße (KTV)	6770		6	C
Lüneburger Straße	6780		6	C
Majakowskistraße	6830		6	A
Malchiner Straße	6540		6	C

3/8 - Anlage

Straßenname	Straßen- schlüssel	Hausnummern- bereich	Reinigungs- klasse	Winterdienst auf Fahrbahnen
Margaretenstraße	6850		6	B
Marieneher Straße	390		6	A
Martin-Andersen-Nexö-Ring	6810		6	A
Martin-Luther-King-Allee	6820		6	A
Martin-Niemöller-Straße	6860		6	C
Maßmannstraße	3220		6	A
Mathias-Thesen-Straße	6870		6	C
Max-Eyth-Straße	6880		6	A
Maxim-Gorki-Straße	6940		6	A
Max-Maddalena-Straße	6890		6	C
Max-Planck-Straße	6910		6	A
Max-von-Laue-Straße	9250		7	C
Mecklenburger Allee	3520	1 - 12	6	A
Mendejewstraße	6970		6	C
Messestraße	6980	1 u. 14 - 20	6	A
Modersohn-Becker-Weg	11750		6	B
Molkenstraße	7020		7	C
Möllner Straße	600		6	A
Mozartstraße (Reutershagen)	7070		6	B
Mozartstraße (Warnemünde)	7060		7	C
Mühlendamm	7090		6	A
Mühlenstraße (Stadtmitte)	7120		7	C
Mühlenstraße (Warnemünde)	7100		5	A
Neptunallee	88450		7	B
Neu Hinrichsdorf	7170	von Hinrichsdorfer Straße bis Goorstorfer Straße	7	B
Neubramowstraße	7180		6	C
Neubrandenburger Straße	7190		6	A
Neue Bleicherstraße	7210		6	C
Neue Werder Straße	7230		6	B
Neuer Markt	7250		2	
Neustrelitzer Straße	4190		6	C
Niklotstraße	7300		6	C
Nobelstraße	7420		6	A
Nordahl-Grieg-Straße	7310		6	C
Oberhalb des Gerberbruches	7330		7	C
Oberlotse-Voß-Weg	12720		7	B
Oldendorpstraße	7340		6	C
Olof-Palme-Straße	7350		6	C
Osloer Straße	7360		6	C
Ostseeallee	7370		6	A
Ottostraße	7430		6	C
Pablo-Neruda-Straße	7440		6	C
Pablo-Picasso-Straße	7450		6	C
Pädagogienstraße	7460		4	A
Pappelallee	7470		6	B

Straßenname	Straßen- schlüssel	Hausnummern- bereich	Anlage - 3/8	
			Reinigungs- klasse	Winterdienst auf Fahrbahnen
Parchimer Straße	4040		6	A
Parkstraße (KTV)	7490	1 - 13 u. 51 - 63	5	A
Parkstraße (Hansaviertel)	7490	14 - 41	6	B
Parkstraße (Warnemünde)	7480		5	A
Paschenstraße (Warnemünde)	7500		6	C
Paschenstraße (KTV)	7510		6	C
Patriotischer Weg	7520		6	B
Paulstraße	7540		6	A
Pawlowstraße	7550		6	C
Peter-Kalff-Straße	7580		6	C
Petersdorfer Straße	7601		6	A
Petersilienstraße	7610		7	C
Petridamm	7620	1 - 3 i u. 22 - 27	6	A
Petridamm	7620	4 - 16	7	C
Pferdestraße	7630		6	C
Philipp-Brandin-Straße	7640		6	C
Pläterstraße	7660		6	C
Platz der Freiheit	7670		6	B
Platz der Freundschaft	7650		6	A
Platz der Jugend	7680		7	C
Poststraße	7710		5	B
Pressentinstraße	7720		6	A
Pümperstraße	7740		6	C
Putbuser Straße	2140		6	C
Pütterweg	7760	von Erich- Schlesinger-Straße bis einschließlich Kreisverkehr	6	B
Quartierstraße	7770		6	C
Rahnstädter Weg	7840		7	B
Ratsplatz	7850		6	C
Ratzeburger Straße	4310		6	B
Reiferweg	7870		7	C
Rembrandtstraße	7880		7	C
Rennbahnallee	7890		6	A
Richard-Wagner-Straße (Warnemünde)	7910		5	A
Richard-Wagner-Straße (Stadtmitte)	7920		5	A
Richtenberger Straße	10990		6	B
Rigaer Straße	7950		6	A
Roald-Amundsen-Straße	7970		6	A
Robert-Koch-Straße	7990		6	A
Röntgenstraße	8040		6	C
Rosa-Luxemburg Straße	8050		5	A
Rostocker Heide	8070		4	B
Rostocker Straße (Warnemünde)	8080	1 u. 2 - 30	4	A

3/8 - Anlage

Straßenname	Straßen- schlüssel	Hausnummern- bereich	Reinigungs- klasse	Winterdienst auf Fahrbahnen
Rövershäger Chaussee	8100		6	A
Rudolf-Breitscheid-Straße	7830		6	B
Rudolf-Diesel-Straße	8110		6	C
Rudolf-Tarnow-Straße	11490		6	B
Rügener Straße	8130		6	C
Rungestraße	8140		4	B
Salvador-Allende-Straße	8170	28 - 29	3	
Salvador-Allende-Straße	8170	1 - 27 u. 30 - 47	6	B
Sanddornweg	10370		6	B
Saßnitzer Straße	8190		6	C
Satower Straße	8180		6	A
Satower Straße	8181		6	A
Schiffbauerring	8210		6	B
Schillerplatz	8220		6	A
Schillerstraße (Warnemünde)	8230		4	A
Schillerstraße (Stadtmitte)	8240		6	A
Schillingallee	9370		6	A
Schlachthofstraße	8250		7	A
Schlehenweg	8260		6	C
Schleswiger Straße	7530		6	A
Schliemannstraße	8270		6	C
Schmarler Damm	8290		6	A
Schmarler Landgang	8300		6	C
Schnickmannstraße	8320		3	
Schonenfahrerstraße	8340		7	A
Schröderstraße	8360		6	C
Schulenburgstraße	2680		6	B
Schulstraße (Warnemünde)	8370		6	C
Schulstraße (KTV)	8380		6	C
Schulstraße (Gehlsdorf)	8390		7	C
Schulze-Boysen-Straße	8400		6	C
Schutower Straße	12660		6	A
Schwaaner Landstraße	8441	1 - 10 u. 203	6	A
Schwaaner Landstraße	8440	11 - 108 u. 111 - 202	7	A
Schwaansche Straße	8450		5	B
Schwarzer Weg (Reutershagen)	8470		6	B
Schwarzer Weg (Warnemünde)	8460		7	C
Schwentnerstraße	950		6	C
Schweriner Straße	8480		6	A
Sebastian-Bach-Straße	8490		6	C
Seelotsenring	8500		6	C
Seestraße	8520		4	A
Segelmacherweg	8530		6	C
Seidelstraße	8540		6	C
Seidenstraße	8550		7	C
Semmelweisstraße	10610		6	A
Siegmannstraße	6930		6	C

Straßenname	Straßen- schlüssel	Hausnummern- bereich	Anlage - 3/8	
			Reinigungs- klasse	Winterdienst auf Fahrbahnen
Sievershagener Weg	8560	Messestraße bis B.-v.-Arnim-Platz	7	B
Signalgastweg	8570		6	C
Sildemower Weg	8580	18 a - 34	7	B
Slüterstraße	8590		6	A
Soester Straße	8610		6	C
Sonnenblumenweg	10830		6	B
Sprengmeisterweg	8660		6	C
Stangenland	8710		7	B
St.-Georg- Straße	2590		6	C
St.-Georg-Straße	2591		6	B
St.-Petersburger-Straße	6530		6	A
Stampfmüllerstraße	8700		6	C
Steinstraße	8720		4	A
Stephan-Jantzen-Ring	8730		6	A
Stephan-Jantzen-Straße	8740		6	C
Stephanstraße	8750		6	B
Sternberger Straße	3330		6	A
Stockholmer Straße	8760		6	C
Stralsunder Straße	8790		6	C
Stranddistelweg	10840		6	B
Strandstraße	8800		6	C
Strandweg	8810		6	B
Stempelstraße	8830		6	B
Streuwiesenweg	8840		6	B
Strindbergstraße	1920		6	C
Südring	7400		6	A
Swienskuhlenstraße	10410		7	B
Taklerring	8880		6	B
Talliner Straße	10470		6	B
Tannenweg	8900		6	A
Tessiner Straße	8820	1 - 11, 68 - 99,	6	A
" "	8820	101 - 106 u. 120 - 122	6	A
Teterower Straße	2190		6	C
Theodor-Heuss-Straße	9270		6	C
Theodor-Körner-Straße	12080		6	B
Theodor-Storm-Straße	860		6	C
Thierfelderstraße	8920		6	C
Thomas-Mann-Straße	8930		6	C
Thomas-Morus-Straße	1460		6	A
Thomas-Müntzer-Platz	8940		6	C
Thünenstraße	8950		7	C
Timmermannsstrat	11130		6	B
Toitenwinkler Allee	8980		6	A
Trägerstraße	9010		7	C
Trelleborger Straße	10450		6	B
Trojanstraße (Warnemünde)	9030		6	C

3/8 - Anlage

Straßenname	Straßen- schlüssel	Hausnummern- bereich	Reinigungs- klasse	Winterdienst auf Fahrbahnen
Trojanstraße (Hansaviertel)	9040		6	C
Trondheimer Straße	10460		6	B
Trotzenburger Weg	9050		6	A
Tschaikowskistraße	9060		6	A
Turkuer Straße	9080		6	A
Tychsenstraße	2060		6	A
Uferstraße	9110		7	C
Ulmenmarkt	9130		6	B
Ulmenstraße	2400		6	A
Ulrich-von-Hutten-Straße	9090		6	A
Universitätsplatz	9150		1	A
Urho-Kekkonen-Straße	9180		6	C
Usedomer Straße	9190		6	C
Verbindungsstraße	9230		6	C
Verbindungsweg	9240		6	A
Vicke-Schorler-Ring	11880		6	B
Viergewerkerstraße	9260		6	C
Virchowstraße	9290		7	C
Vitus-Bering-Straße	9300		6	A
Vogelsang	9310		5	A
Vormann-Stüve-Weg	12730		7	B
Voßstraße	9350		6	B
Wächterstraße	9390		6	C
Wachtlerstraße	9400		6	A
Waldemarstraße	9410		6	B
Wallstraße	9470		6	B
Walter-Butzek-Straße	9480		6	C
Walter-Husemann-Straße	9490		6	B
Walter-Stoecker-Straße	9510		6	A
Warnemünder Straße	9520		6	A
Warnowallee	9531		6	A
Warnowstraße	9550		6	C
Warnowufer	9560		4	A
Warschauer Straße	9570		6	C
Weberstraße	9580		6	C
Weidendamm	9600		6	A
Weidengrund	10730		7	B
Weinstraße	9620		7	C
Weißgerberstraße	9640		7	C
Wendenstraße	9660		7	C
Werftallee	9670		6	A
Werftallee	9671		6	A
Werftstraße	9680		6	A
Werner-Seelenbinder-Str.	9380		6	B
Wielandstraße	9700		6	C
Wiener Platz	9710		6	B
Wiesenstraße	9720		6	C

Straßenname	Straßen- schlüssel	Hausnummern- bereich	Anlage - 3/8	
			Reinigungs- klasse	Winterdienst auf Fahrbahnen
Wiggersstraße	9750		6	C
Wilhelm-Külz-Platz	9780		6	C
Willem-Barents-Straße	9810		6	C
Willi-Bredel-Straße	9820		6	C
Willi-Döbler-Straße	9830		6	C
Willi-Schröder-Straße	9840		6	C
Windmühlenstraße	9850		6	B
Wismarsche Straße	9860		5	A
Wokrenterstraße	9870		6	A
Wolfgang-Borchert-Weg	12370	A.-Frank-Weg bis H.-Böll-Weg	7	B
Wolgaster Straße	1890		6	C
Wollenweberstraße	9880		7	B
Wossidlostraße (Warnemünde)	9890		6	C
Wossidlostraße (Gehlsdorf)	9900		7	C
Zelckstraße	9910		6	C
Ziolkowskistraße	9920		6	A
Zochstraße	9930		6	C
Zum Erlenholz	9950		6	C
Zum Fohlenhof	9960		6	C
Zum Frachtzentrum	10520		6	B
Zum Laakkanal	9970		6	A
Zum Lebensbaum	9980		6	C
Zum Schäferteich	9990		6	C
Zum Sonnenhof	10000		6	C
Zum Vogelnest	10010		6	C
Zur Alten Feuerwache	11320		6	A
Zur Feuerwehr	13460		7	A
Zur Himmelspforte	12410		5	A
Zur Kirschblüte	10020		6	C
Zur Mooskuhle	10600	Nur Hauptzug ohne Stichwege	7	A
Zur Promenade	13160		7	B
Zur Yachtwerft	13290		6	B

Synopsis

Straßenreinigungssatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock

**Satzung vom 21.11.2011
in der Fassung der
Siebten Änderungssatzung
vom 30.11.2018**

**Neue Fassung (Keine Änderung im
Satzungstext)**

§ 1 Allgemeines	§ 1 Allgemeines
<p>(1) Die in geschlossener Ortslage gelegenen öffentlichen Straßen sind zu reinigen. Einzelne außerhalb der geschlossenen Ortslage gelegene Straßen oder Straßenteile sind in die Reinigungspflicht einzubeziehen, soweit die anliegenden Grundstücke in geschlossener oder offener Bauweise zusammenhängend bebaut sind. Öffentliche Straßen sind solche, die dem öffentlichen Verkehr nach dem StrWG-MV oder dem Bundesfernstraßengesetz gewidmet sind.</p> <p>(2) Reinigungspflichtig ist die Hanse- und Universitätsstadt Rostock. Zur Durchführung der sich daraus ergebenden Aufgaben bedient sie sich Dritter.</p> <p>(3) Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock ist berechtigt, die Reinigungspflicht ganz oder teilweise den Eigentümerinnen und/oder Eigentümern der anliegenden Grundstücke oder den zur Nutzung dinglich Berechtigten zu übertragen.</p> <p>(4) Die Straßenreinigung umfasst die allgemeine Säuberung der Straße (§ 5) sowie die Schneeräum- und Streupflicht (§ 7).</p> <p>(5) Grundstück im Sinne dieser Satzung ist ohne Rücksicht auf die Grundbuchbezeichnung jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine wirtschaftliche Einheit nach den steuerrechtlichen Bestimmungen (Grundsteuergesetz, Bewertungsgesetz) bildet oder bilden würde, wenn das Grundstück nicht von der Grundsteuer befreit wäre. Liegt Wohnungs- oder Teileigentum vor, so ist der katasterliche Grundstücksbegriff maßgebend. Als</p>	<p>(1) Die in geschlossener Ortslage gelegenen öffentlichen Straßen sind zu reinigen. Einzelne außerhalb der geschlossenen Ortslage gelegene Straßen oder Straßenteile sind in die Reinigungspflicht einzubeziehen, soweit die anliegenden Grundstücke in geschlossener oder offener Bauweise zusammenhängend bebaut sind. Öffentliche Straßen sind solche, die dem öffentlichen Verkehr nach dem StrWG-MV oder dem Bundesfernstraßengesetz gewidmet sind.</p> <p>(2) Reinigungspflichtig ist die Hanse- und Universitätsstadt Rostock. Zur Durchführung der sich daraus ergebenden Aufgaben bedient sie sich Dritter.</p> <p>(3) Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock ist berechtigt, die Reinigungspflicht ganz oder teilweise den Eigentümerinnen und/oder Eigentümern der anliegenden Grundstücke oder den zur Nutzung dinglich Berechtigten zu übertragen.</p> <p>(4) Die Straßenreinigung umfasst die allgemeine Säuberung der Straße (§ 5) sowie die Schneeräum- und Streupflicht (§ 7).</p> <p>(5) Grundstück im Sinne dieser Satzung ist ohne Rücksicht auf die Grundbuchbezeichnung jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine wirtschaftliche Einheit nach den steuerrechtlichen Bestimmungen (Grundsteuergesetz, Bewertungsgesetz) bildet oder bilden würde, wenn das Grundstück nicht von der Grundsteuer befreit wäre. Liegt Wohnungs- oder Teileigentum vor, so ist der katasterliche Grundstücksbegriff maßgebend. Als</p>

anliegende Grundstücke im Sinne dieser Satzung gelten auch die Grundstücke, die vom Gehweg oder von der Fahrbahn durch Gräben, Böschungen, Mauern, Schienenwege, Wasserläufe, Trenn-, Rand-, Seiten- und Sicherheitsstreifen oder in ähnlicher Weise getrennt sind, unabhängig davon, ob sie mit der Vorder- bzw. Hinterfront oder den Seitenfronten an den Straßen liegen.

Als anliegendes Grundstück gilt auch ein Grundstück, das von der Straße durch eine im Eigentum der Hanse- und Universitätsstadt Rostock oder des Trägers der Straßenbaulast stehende, nicht genutzte unbebaute Fläche getrennt ist, wenn es unmittelbar durch die Straße wirtschaftlich oder verkehrsmäßig genutzt werden kann, oder wenn von dem Grundstück eine konkrete nicht unerhebliche Verschmutzung der Straße ausgeht. In Industrie- und Gewerbegebieten gelten als nicht genutzte unbebaute Flächen auch Gleiskörper von Industrie- und Hafenbahnen.

(6) Verkehrsberuhigte Straßen sind solche, die nach § 42 Abs. 4 a der Straßenverkehrs- Ordnung als verkehrsberuhigt gekennzeichnet sind.

§ 2 Straßenreinigungsgebühren

Teil dieser Satzung ist das als Anlage beigefügte Verzeichnis der Straßen und Reinigungsklassen. Für die Inanspruchnahme der öffentlichen Reinigung derjenigen Straßen, die in das Verzeichnis aufgenommen sind, werden Gebühren nach der zu dieser Satzung erlassenen Gebührensatzung erhoben. Die Pflichtigen gelten als Benutzer einer öffentlichen Einrichtung im Sinne des Kommunalabgabengesetzes. Die Inanspruchnahme der Straßenreinigung ist in den in Satz 2 genannten Fällen zwingend (§ 15 KV M-V).

§ 3 Reinigungsklassen

(1) Die von der Hanse- und

anliegende Grundstücke im Sinne dieser Satzung gelten auch die Grundstücke, die vom Gehweg oder von der Fahrbahn durch Gräben, Böschungen, Mauern, Schienenwege, Wasserläufe, Trenn-, Rand-, Seiten- und Sicherheitsstreifen oder in ähnlicher Weise getrennt sind, unabhängig davon, ob sie mit der Vorder- bzw. Hinterfront oder den Seitenfronten an den Straßen liegen.

Als anliegendes Grundstück gilt auch ein Grundstück, das von der Straße durch eine im Eigentum der Hanse- und Universitätsstadt Rostock oder des Trägers der Straßenbaulast stehende, nicht genutzte unbebaute Fläche getrennt ist, wenn es unmittelbar durch die Straße wirtschaftlich oder verkehrsmäßig genutzt werden kann, oder wenn von dem Grundstück eine konkrete nicht unerhebliche Verschmutzung der Straße ausgeht. In Industrie- und Gewerbegebieten gelten als nicht genutzte unbebaute Flächen auch Gleiskörper von Industrie- und Hafenbahnen.

(6) Verkehrsberuhigte Straßen sind solche, die nach § 42 Abs. 4 a der Straßenverkehrs- Ordnung als verkehrsberuhigt gekennzeichnet sind.

§ 2 Straßenreinigungsgebühren

Teil dieser Satzung ist das als Anlage beigefügte Verzeichnis der Straßen und Reinigungsklassen. Für die Inanspruchnahme der öffentlichen Reinigung derjenigen Straßen, die in das Verzeichnis aufgenommen sind, werden Gebühren nach der zu dieser Satzung erlassenen Gebührensatzung erhoben. Die Pflichtigen gelten als Benutzer einer öffentlichen Einrichtung im Sinne des Kommunalabgabengesetzes. Die Inanspruchnahme der Straßenreinigung ist in den in Satz 2 genannten Fällen zwingend (§ 15 KV M-V).

§ 3 Reinigungsklassen

(1) Die von der Hanse- und

Universitätsstadt Rostock zu reinigenden öffentlichen Straßen werden entsprechend den örtlichen Erfordernissen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Reinigungsklassen (RK) eingeteilt:

	RK	Häufigkeit der Reinigung	Winterdienst
Fahrbahn	1	5 x wöchentlich	ja
	4 - 5	3 x wöchentlich	ja
	6	1 x wöchentlich	ja
	7	14täglich	ja
Gehweg	1 - 2	5 x wöchentlich	ja
	3	3 x wöchentlich	ja
	4	1 x wöchentlich	nein

(2) Zur Beseitigung von Schnee oder Glatteis werden innerhalb der Stadtgrenzen die öffentlichen Straßen in der Reihenfolge ihrer Verkehrsbedeutung in die Dringlichkeitsstufen A, B und C eingeordnet.

Dringlichkeitsstufe A:	verkehrswichtige und gefährliche Stellen, wie Gefällstrecken, scharfe Kurven, Straßenverengungen, Kreuzungen, Einmündungen, Hauptverkehrs- und Durchgangsstraßen;
Dringlichkeitsstufe B:	Verbindungsstraßen, Wohnsammelstraßen;
Dringlichkeitsstufe C:	Wohnstraßen und übrige Verkehrsflächen.

§ 4 Übertragung der Säuberungspflicht

(1) Die Reinigung folgender Straßenteile

Universitätsstadt Rostock zu reinigenden öffentlichen Straßen werden entsprechend den örtlichen Erfordernissen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Reinigungsklassen (RK) eingeteilt:

	RK	Häufigkeit der Reinigung	Winterdienst
Fahrbahn	1	5 x wöchentlich	ja
	4 - 5	3 x wöchentlich	ja
	6	1 x wöchentlich	ja
	7	14täglich	ja
Gehweg	1 - 2	5 x wöchentlich	ja
	3	3 x wöchentlich	ja
	4	1 x wöchentlich	nein

(2) Zur Beseitigung von Schnee oder Glatteis werden innerhalb der Stadtgrenzen die öffentlichen Straßen in der Reihenfolge ihrer Verkehrsbedeutung in die Dringlichkeitsstufen A, B und C eingeordnet.

Dringlichkeitsstufe A:	verkehrswichtige und gefährliche Stellen, wie Gefällstrecken, scharfe Kurven, Straßenverengungen, Kreuzungen, Einmündungen, Hauptverkehrs- und Durchgangsstraßen;
Dringlichkeitsstufe B:	Verbindungsstraßen, Wohnsammelstraßen;
Dringlichkeitsstufe C:	Wohnstraßen und übrige Verkehrsflächen.

§ 4 Übertragung der Säuberungspflicht

(1) Die Reinigung folgender Straßenteile

<p>wird aufgrund der Ermächtigung des § 50 Abs. 4 Nr. 2 des StrWG-MV auf die Eigentümerinnen und/oder Eigentümer der anliegenden Grundstücke übertragen:</p> <p>1. In den Reinigungsklassen 5, 6 und 7</p> <p>a) Gehwege einschließlich der gleichzeitig als Radweg ausgewiesenen Gehwege, der Verbindungs- und Treppenwege und des markierten Teils des Gehweges, der durch Kraftfahrzeuge mitbenutzt werden darf in ihrer vollen Breite. Gehwege im Sinne dieser Satzung sind auch die räumlich von einer Fahrbahn getrennten selbstständigen Fußwege.</p> <p>b) Radwege, Trenn-, Baum- und Parkstreifen sowie sonstige zwischen dem anliegenden Grundstück und der Fahrbahn gelegene Teile des Straßenkörpers.</p> <p>2. In den nicht im Straßen- und Reinigungsklassenverzeichnis aufgeführten Straßen, zusätzlich zu den in Nummer 1 genannten Straßenteilen:</p> <p>a) die halbe Breite von verkehrsberuhigten Straßen,</p> <p>b) die Hälfte der Fahrbahnen einschließlich Fahrbahninnen und Bordsteinkanten.</p> <p>(2) Anstelle der Eigentümerinnen und/oder Eigentümer trifft die Reinigungspflicht:</p> <p>1. die Erbbauberechtigten,</p> <p>2. die Nießbraucher, sofern sie das gesamte Grundstück selbst nutzen,</p> <p>3. die dinglich Wohnberechtigten, sofern ihnen das ganze Wohngebäude zur Nutzung überlassen ist,</p> <p>4. die Nutzer, soweit Eigentumsfragen bei erstmaliger Entstehung der Gebährenschild bzw. bei Entstehung der fortlaufenden jährlichen Gebährenschild ungeklärt sind.</p> <p>(3) Sind die Reinigungspflichtigen nicht in der Lage, ihre Pflicht persönlich zu erfüllen, so haben sie einen Dritten mit der Reinigung zu beauftragen.</p>	<p>wird aufgrund der Ermächtigung des § 50 Abs. 4 Nr. 2 des StrWG-MV auf die Eigentümerinnen und/oder Eigentümer der anliegenden Grundstücke übertragen:</p> <p>1. In den Reinigungsklassen 5, 6 und 7</p> <p>c) Gehwege einschließlich der gleichzeitig als Radweg ausgewiesenen Gehwege, der Verbindungs- und Treppenwege und des markierten Teils des Gehweges, der durch Kraftfahrzeuge mitbenutzt werden darf in ihrer vollen Breite. Gehwege im Sinne dieser Satzung sind auch die räumlich von einer Fahrbahn getrennten selbstständigen Fußwege.</p> <p>d) Radwege, Trenn-, Baum- und Parkstreifen sowie sonstige zwischen dem anliegenden Grundstück und der Fahrbahn gelegene Teile des Straßenkörpers.</p> <p>2. In den nicht im Straßen- und Reinigungsklassenverzeichnis aufgeführten Straßen, zusätzlich zu den in Nummer 1 genannten Straßenteilen:</p> <p>c) die halbe Breite von verkehrsberuhigten Straßen,</p> <p>d) die Hälfte der Fahrbahnen einschließlich Fahrbahninnen und Bordsteinkanten.</p> <p>(2) Anstelle der Eigentümerinnen und/oder Eigentümer trifft die Reinigungspflicht:</p> <p>5. die Erbbauberechtigten,</p> <p>6. die Nießbraucher, sofern sie das gesamte Grundstück selbst nutzen,</p> <p>7. die dinglich Wohnberechtigten, sofern ihnen das ganze Wohngebäude zur Nutzung überlassen ist,</p> <p>8. die Nutzer, soweit Eigentumsfragen bei erstmaliger Entstehung der Gebährenschild bzw. bei Entstehung der fortlaufenden jährlichen Gebährenschild ungeklärt sind.</p> <p>(3) Sind die Reinigungspflichtigen nicht in der Lage, ihre Pflicht persönlich zu erfüllen, so haben sie einen Dritten mit der Reinigung zu beauftragen.</p>
--	--

§ 5 Inhalt und Umfang der Säuberungspflicht	§ 5 Inhalt und Umfang der Säuberungspflicht
<p>(1) Die Reinigungspflicht umfasst die allgemeine Säuberung der in § 4 genannten Straßenteile einschließlich der Beseitigung von Abfällen, Laub und Hundekot. Wildkraut ist zu entfernen, wenn es den Straßenverkehr behindert, die nutzbare Breite von Geh- und Radwegen einschränkt oder geeignet ist, Straßen- oder Gehwegbeläge zu beschädigen.</p> <p>(2) Herbizide oder andere chemische Mittel dürfen bei der Wildkrautbeseitigung in Straßenrandbereichen nicht eingesetzt werden. Als Straßenrandbereich gelten alle zwischen dem anliegenden Grundstück und der Fahrbahn gelegenen Flächen.</p> <p>(3) Art und Umfang der Reinigung richten sich im Übrigen nach dem Grad der Verschmutzung und den Erfordernissen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Kehricht und sonstige Abfälle dürfen nicht auf Straßen und Straßenteilen sowie öffentlichen Grünanlagen abgelagert werden. Sie sind entsprechend der Abfallsatzung zu eigenen Lasten zu entsorgen. Der Straßenkehricht darf weder in Sinkkästen, offene Abwassergräben, öffentlich aufgestellte Einrichtungen (z.B. Papierkörben, Glas- und Papiersammelcontainern) und öffentlich unterhaltenen Anlagen (z.B. Brunnen, Gewässern usw.) verbracht werden. Autowracks, nicht mehr fahrbereite Krafträder, Mopeds, Fahrräder oder sonstige unbrauchbare Maschinen- oder Geräteteile dürfen nicht auf Straßen und Straßenteilen abgestellt werden.</p> <p>(4) Soweit durch Schnee- und Eisablagerungen die Beseitigung von Verschmutzungen erheblich behindert ist, beschränkt sich die ordnungsgemäße Reinigung auf die Schnee-, Eisglätte- und Schneeglättebekämpfung.</p>	<p>(1) Die Reinigungspflicht umfasst die allgemeine Säuberung der in § 4 genannten Straßenteile einschließlich der Beseitigung von Abfällen, Laub und Hundekot. Wildkraut ist zu entfernen, wenn es den Straßenverkehr behindert, die nutzbare Breite von Geh- und Radwegen einschränkt oder geeignet ist, Straßen- oder Gehwegbeläge zu beschädigen.</p> <p>(2) Herbizide oder andere chemische Mittel dürfen bei der Wildkrautbeseitigung in Straßenrandbereichen nicht eingesetzt werden. Als Straßenrandbereich gelten alle zwischen dem anliegenden Grundstück und der Fahrbahn gelegenen Flächen.</p> <p>(3) Art und Umfang der Reinigung richten sich im Übrigen nach dem Grad der Verschmutzung und den Erfordernissen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Kehricht und sonstige Abfälle dürfen nicht auf Straßen und Straßenteilen sowie öffentlichen Grünanlagen abgelagert werden. Sie sind entsprechend der Abfallsatzung zu eigenen Lasten zu entsorgen. Der Straßenkehricht darf weder in Sinkkästen, offene Abwassergräben, öffentlich aufgestellte Einrichtungen (z.B. Papierkörben, Glas- und Papiersammelcontainern) und öffentlich unterhaltenen Anlagen (z.B. Brunnen, Gewässern usw.) verbracht werden. Autowracks, nicht mehr fahrbereite Krafträder, Mopeds, Fahrräder oder sonstige unbrauchbare Maschinen- oder Geräteteile dürfen nicht auf Straßen und Straßenteilen abgestellt werden.</p> <p>(4) Soweit durch Schnee- und Eisablagerungen die Beseitigung von Verschmutzungen erheblich behindert ist, beschränkt sich die ordnungsgemäße Reinigung auf die Schnee-, Eisglätte- und Schneeglättebekämpfung.</p>

§ 6 Übertragung der Schneeräum- und Streupflicht

Die Schneeräum- und Streupflicht folgender Straßenteile wird aufgrund der Ermächtigung des § 50 Abs. 4 Nr. 2 des StrWG-MV auf die Eigentümerinnen und/oder die Eigentümer der anliegenden Grundstücke übertragen:

1. In den Reinigungsklassen 4 - 7

Gehwege einschließlich der gleichzeitig als Radweg gekennzeichneten Gehwege sowie der Verbindungs- und Treppenwege; als Gehweg gilt auch ein begehbarer Seitenstreifen oder eine für die Bedürfnisse des Fußgängerverkehrs erforderliche Breite der Fahrbahn, wenn auf keiner Straßenseite ein Gehweg besonders abgegrenzt ist.

2. Für die nicht im Straßen- und Reinigungsklassenverzeichnis aufgeführten Straßen gelten die Regelungen aus Nr. 1 entsprechend.

§ 7 Inhalt und Umfang der Schneeräum- und Streupflicht

(1) Der Schneeräum- und Streupflicht auf Gehwegen ist wie folgt nachzukommen:

1. Gehwege einschließlich der gleichzeitig als Radweg ausgewiesenen Gehwege sind in einer für den Fußgängerverkehr erforderlichen Breite von Schnee freizuhalten und bei Glätte zu streuen, soweit möglich mindestens in einer Breite von 1,50 m.

2. In Verbindung mit Fußgängerüberwegen sind die Gehwege so zu beräumen und zu streuen, dass die Straßenübergänge ohne Gefahr und Behinderung von Schnee und Eis durch die Fußgängerinnen und Fußgänger erreichbar sind. Fußgängerüberwege sind die als solche gekennzeichneten Überwege für den Fußgängerverkehr, sowie die Überwege an Straßenkreuzungen und Einmündungen

§ 6 Übertragung der Schneeräum- und Streupflicht

Die Schneeräum- und Streupflicht folgender Straßenteile wird aufgrund der Ermächtigung des § 50 Abs. 4 Nr. 2 des StrWG-MV auf die Eigentümerinnen und/oder die Eigentümer der anliegenden Grundstücke übertragen:

1. In den Reinigungsklassen 4 - 7

Gehwege einschließlich der gleichzeitig als Radweg gekennzeichneten Gehwege sowie der Verbindungs- und Treppenwege; als Gehweg gilt auch ein begehbarer Seitenstreifen oder eine für die Bedürfnisse des Fußgängerverkehrs erforderliche Breite der Fahrbahn, wenn auf keiner Straßenseite ein Gehweg besonders abgegrenzt ist.

2. Für die nicht im Straßen- und Reinigungsklassenverzeichnis aufgeführten Straßen gelten die Regelungen aus Nr. 1 entsprechend.

§ 7 Inhalt und Umfang der Schneeräum- und Streupflicht

(1) Der Schneeräum- und Streupflicht auf Gehwegen ist wie folgt nachzukommen:

11. Gehwege einschließlich der gleichzeitig als Radweg ausgewiesenen Gehwege sind in einer für den Fußgängerverkehr erforderlichen Breite von Schnee freizuhalten und bei Glätte zu streuen, soweit möglich mindestens in einer Breite von 1,50 m.

12. In Verbindung mit Fußgängerüberwegen sind die Gehwege so zu beräumen und zu streuen, dass die Straßenübergänge ohne Gefahr und Behinderung von Schnee und Eis durch die Fußgängerinnen und Fußgänger erreichbar sind. Fußgängerüberwege sind die als solche gekennzeichneten Überwege für den Fußgängerverkehr, sowie die Überwege an Straßenkreuzungen und Einmündungen

<p>in Verlängerung der Gehwege.</p> <p>3. Im Bereich von Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel ist die Schneebeseitigung und das Streuen bis zur Bordsteinkante vorzunehmen, so dass die Fußgängerinnen und Fußgänger die Verkehrsmittel vom Gehweg aus ohne Gefährdung durch Schnee und Eis erreichen und verlassen können.</p> <p>4. Ausgenommen von der Schneeräum- und Streupflicht sind alle Fahrgastunterstände und diejenigen Haltestellen, die sich nicht auf dem Gehweg befinden.</p> <p>5. Für jedes Hausgrundstück ist ein Zugang zur Fahrbahn und zum Grundstückseingang in einer Breite von mindestens 1,25 m zu räumen und zu streuen.</p> <p>6. Schnee ist in der Zeit von 07:00 Uhr - 20:00 Uhr unverzüglich nach beendetem Schneefall, nach 20:00 Uhr gefallener Schnee bis 07:00 Uhr des folgenden Tages zu entfernen. Der Schnee ist unter Schonung der Gehwegflächen zu entfernen.</p> <p>7. Glätte auf Gehwegen ist in der Zeit von 07:00 Uhr - 20:00 Uhr unverzüglich nach ihrem Entstehen, nach 20:00 Uhr entstandene Glätte bis 07:00 Uhr des folgenden Tages abzustreuen.</p> <p>8. Es sollen nur abstumpfende Stoffe verwendet werden. Auftauende Mittel dürfen nicht verwendet werden. Ausnahmen genehmigt das Amt für Umweltschutz der Hanse- und Universitätsstadt Rostock. Die Streumaterialien sind durch die Pflichtigen auf eigene Kosten rechtzeitig zu beschaffen und in ausreichender Menge vorzuhalten.</p> <p>9. Schnee und Eis sind auf dem an die Fahrbahn grenzenden Drittel des Gehweges oder des Seitenstreifens zu lagern. Ist ein Teil des Gehweges zum Aufstellen von Kraftfahrzeugen besonders gekennzeichnet, so sind Schnee und Eis auf dem Drittel des Gehweges zu lagern, der an diese gekennzeichnete Fläche grenzt. Bei Gehwegen unter 1,50 m Breite</p>	<p>in Verlängerung der Gehwege.</p> <p>13. Im Bereich von Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel ist die Schneebeseitigung und das Streuen bis zur Bordsteinkante vorzunehmen, so dass die Fußgängerinnen und Fußgänger die Verkehrsmittel vom Gehweg aus ohne Gefährdung durch Schnee und Eis erreichen und verlassen können.</p> <p>14. Ausgenommen von der Schneeräum- und Streupflicht sind alle Fahrgastunterstände und diejenigen Haltestellen, die sich nicht auf dem Gehweg befinden.</p> <p>15. Für jedes Hausgrundstück ist ein Zugang zur Fahrbahn und zum Grundstückseingang in einer Breite von mindestens 1,25 m zu räumen und zu streuen.</p> <p>16. Schnee ist in der Zeit von 07:00 Uhr - 20:00 Uhr unverzüglich nach beendetem Schneefall, nach 20:00 Uhr gefallener Schnee bis 07:00 Uhr des folgenden Tages zu entfernen. Der Schnee ist unter Schonung der Gehwegflächen zu entfernen.</p> <p>17. Glätte auf Gehwegen ist in der Zeit von 07:00 Uhr - 20:00 Uhr unverzüglich nach ihrem Entstehen, nach 20:00 Uhr entstandene Glätte bis 07:00 Uhr des folgenden Tages abzustreuen.</p> <p>18. Es sollen nur abstumpfende Stoffe verwendet werden. Auftauende Mittel dürfen nicht verwendet werden. Ausnahmen genehmigt das Amt für Umweltschutz der Hanse- und Universitätsstadt Rostock. Die Streumaterialien sind durch die Pflichtigen auf eigene Kosten rechtzeitig zu beschaffen und in ausreichender Menge vorzuhalten.</p> <p>19. Schnee und Eis sind auf dem an die Fahrbahn grenzenden Drittel des Gehweges oder des Seitenstreifens zu lagern. Ist ein Teil des Gehweges zum Aufstellen von Kraftfahrzeugen besonders gekennzeichnet, so sind Schnee und Eis auf dem Drittel des Gehweges zu lagern, der an diese gekennzeichnete Fläche grenzt. Bei Gehwegen unter 1,50 m Breite</p>
--	---

<p>können Schnee und Eis auf dem Fahrbahnrand gelagert werden. Sind Vorgärten oder andere Geländestreifen vorhanden, soll der Schnee in diesen Fällen dort abgelagert werden. Auf Gehwegen ohne Fahrbahn kann die Ablagerung auf dem an die Grundstücke der Reinigungspflichtigen grenzenden Teil des Gehweges erfolgen. Der Fahr- und Fußgängerverkehr darf nicht gefährdet werden.</p> <p>10. Rinnsteine, Einläufe in Entwässerungsanlagen und dem Feuerlöschwesen dienende Wasseranschlüsse sind freizuhalten.</p> <p>(2) Von anliegenden Grundstücken dürfen Schnee und Eis nicht auf die Straße geschafft werden.</p> <p>(3) § 4 Absätze 2 und 3 gelten für die Schnee- und Glättebeseitigung entsprechend.</p> <p>§ 8 Außergewöhnliche Verunreinigung von Straßen</p> <p>(1) Wer eine öffentliche Straße über das übliche Maß hinaus verunreinigt, hat gemäß § 49 des StrWG-MV die Verunreinigung ohne Aufforderung und ohne schuldhaftes Verzögern zu beseitigen. Anderenfalls kann die Hanse- und Universitätsstadt Rostock die Verunreinigung auf Kosten der Verursacherin und/oder des Verursachers beseitigen oder beseitigen lassen. Unberührt bleibt die Verpflichtung der Reinigungspflichtigen, die Verunreinigung zu beseitigen, soweit ihnen dies zumutbar ist.</p> <p>(2) Absatz 1 gilt auch für Verunreinigungen durch Hundekot.</p> <p>§ 9 Ordnungswidrigkeiten</p> <p>Wer vorsätzlich oder fahrlässig seiner Reinigungspflicht bzw. seiner Schneeräum- und Streupflicht nach dieser Satzung nicht nachkommt, insbesondere wer die in den</p>	<p>können Schnee und Eis auf dem Fahrbahnrand gelagert werden. Sind Vorgärten oder andere Geländestreifen vorhanden, soll der Schnee in diesen Fällen dort abgelagert werden. Auf Gehwegen ohne Fahrbahn kann die Ablagerung auf dem an die Grundstücke der Reinigungspflichtigen grenzenden Teil des Gehweges erfolgen. Der Fahr- und Fußgängerverkehr darf nicht gefährdet werden.</p> <p>20. Rinnsteine, Einläufe in Entwässerungsanlagen und dem Feuerlöschwesen dienende Wasseranschlüsse sind freizuhalten.</p> <p>(2) Von anliegenden Grundstücken dürfen Schnee und Eis nicht auf die Straße geschafft werden.</p> <p>(3) § 4 Absätze 2 und 3 gelten für die Schnee- und Glättebeseitigung entsprechend.</p> <p>§ 8 Außergewöhnliche Verunreinigung von Straßen</p> <p>(1) Wer eine öffentliche Straße über das übliche Maß hinaus verunreinigt, hat gemäß § 49 des StrWG-MV die Verunreinigung ohne Aufforderung und ohne schuldhaftes Verzögern zu beseitigen. Anderenfalls kann die Hanse- und Universitätsstadt Rostock die Verunreinigung auf Kosten der Verursacherin und/oder des Verursachers beseitigen oder beseitigen lassen. Unberührt bleibt die Verpflichtung der Reinigungspflichtigen, die Verunreinigung zu beseitigen, soweit ihnen dies zumutbar ist.</p> <p>(2) Absatz 1 gilt auch für Verunreinigungen durch Hundekot.</p> <p>§ 9 Ordnungswidrigkeiten</p> <p>Wer vorsätzlich oder fahrlässig seiner Reinigungspflicht bzw. seiner Schneeräum- und Streupflicht nach dieser Satzung nicht nachkommt, insbesondere wer die in den</p>
--	--

<p>§§ 4 und 6 genannten Straßenflächen nicht im erforderlichen Umfang oder in der erforderlichen Art und Weise oder zur erforderlichen Zeit reinigt, vom Schnee räumt und mit geeigneten Mitteln streut und wer seine Reinigungspflicht nach § 8 i. V. m. § 50 des StrWG-MV verletzt, handelt ordnungswidrig. Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 61 des StrWG-MV mit Geldbuße bis zu 2.500 EUR geahndet werden.</p>	<p>§§ 4 und 6 genannten Straßenflächen nicht im erforderlichen Umfang oder in der erforderlichen Art und Weise oder zur erforderlichen Zeit reinigt, vom Schnee räumt und mit geeigneten Mitteln streut und wer seine Reinigungspflicht nach § 8 i. V. m. § 50 des StrWG-MV verletzt, handelt ordnungswidrig. Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 61 des StrWG-MV mit Geldbuße bis zu 2.500 EUR geahndet werden.</p>
<p>§ 10 In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten</p> <p>Diese Satzung tritt am 01. Januar 2019 in Kraft</p> <p>Rostock, 21. November 2011</p> <p>Der Oberbürgermeister Roland Methling</p> <p>Anlage</p>	<p>§ 10 In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten</p> <p>Die Straßenreinigungssatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock tritt am 1. Januar 2020 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Straßenreinigungssatzung der Hansestadt Rostock vom 21. November 2011 , veröffentlicht im Amts- und Mitteilungsblatt der Hansestadt Rostock Nr. 24 vom 30. November 2011, zuletzt geändert durch die Siebte Satzung zur Änderung der Straßenreinigungssatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock vom 30. November 2018, veröffentlicht im Amts- und Mitteilungsblatt der Hanse- und Universitätsstadt Rostock Nr. 24 vom 12. Dezember 2018, außer Kraft.</p> <p>Rostock,</p> <p>Der Oberbürgermeister Claus Ruhe Madsen</p> <p>Anlage</p>

Beschlussvorlage	Datum:	26.08.2019
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft	fed. Senator/-in:	S 4, Holger Matthäus
	bet. Senator/-in:	S 2, Dr. Chris Müller-von Wrycz Rekowski
Federführendes Amt: Amt für Umweltschutz	bet. Senator/-in:	
Beteiligte Ämter: Hauptamt, Abt. Personal und Recht Zentrale Steuerung Kämmereiamt Finanzverwaltungsamt Hauptamt		
Satzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtungen und Anlagen zur Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung - AbfGS)		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
21.11.2019	Finanzausschuss	Vorberatung
28.11.2019	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung Vorberatung	
04.12.2019	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft beschließt die Satzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtungen und Anlagen zur Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung – AbfGS) (Anlage 1) einschließlich Kalkulation (Anlage 2) und Abfallgebührenmodell (Anlage 4).

Beschlussvorschriften:

§ 22 Abs. 3 Kommunalverfassung M-V

bereits gefasste Beschlüsse:

2014/BV/0167, 2015/BV/1059, 2016/BV/2032, 2017/BV/3051, 2018/BV/3969

Sachverhalt:

Es wurde ein Abgleich der Abfallarten im § 4 Abs. 2 Abfallsatzung (AbfS) mit § 4 Abs. 2 Abfallgebührensatzung (AbfGS) vorgenommen. Bei den Gebührenarten im § 4 Abs. 2 AbfGS wird die Abfallart Batterien (i) ausdrücklich benannt.

In der zu beschließenden Abfallgebührensatzung werden die Gebührensätze in § 6 nach der Gebührenkalkulation für das Jahr 2020 angepasst.

Das Gebührenmodell für die Abfallgebühren und die Kalkulationsmethodik sind gegenüber den Vorjahren nicht verändert. Der Bürgerschaft wird vorgeschlagen diese beizubehalten.

Die Erbringung der notwendigen Leistungen auf dem Gebiet der Entsorgung von überlassungs-pflichtigen Abfällen und der Abfallverwertung von organischen Abfällen, dem Betrieb der Recyclinghöfe sowie der Gebührenerhebung sind durch die Verträge

- Vertrag über die Sammlung und den Transport von Hausmüll und hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen (17.02.1994),
- Vertrag über die Sammlung, Behandlung und Verwertung von organischen Abfällen (17.02.1994)
- Vertrag über die Zusammenarbeit bei der Erhebung der Abfallgebühren und der Erarbeitung der Gebührenbescheide (01.01.1992)
- Vertrag über die Bewirtschaftung und den Betrieb der Recyclinghöfe der Hansestadt Rostock (07.09.2015)
- Ergänzungsvereinbarung zur kalkulatorischen Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals für die bestehenden Altverträge (06.02/15.03.2017) mit der Stadtentsorgung Rostock GmbH (SR GmbH) geregelt.

Der Vertrag zur Erfassung und Einsammlung von Elektro- und Elektronik-Altgeräten aus privaten Haushalten ist seit 2015 an die SR GmbH vergeben (Beschluss 2014/BV/5465).

Die SR GmbH legte am 01.07.2019 ihre Kalkulation für das Jahr 2020 vor. Diese Kalkulation wurde durch den beratenden Ingenieur (Preisprüfer) Herrn Henssen entsprechend VOPR 30/53 und LSP geprüft. Der Preisprüfbericht ist dem Kalkulationsordner beigelegt. Er bildet die Grundlage für die Übernahme der geprüften Preise in die Gebührenkalkulation.

Im Anschluss an ein europaweites Ausschreibungsverfahren wurde die Entsorgung der gemischten Siedlungsabfälle der HRO 2011 an die Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH Rostock (EVG mbH) beauftragt (Beschluss 2010/BV/1714). Seit dem 01.01.2017 ist die EVG mbH mit der Veolia Umweltservice Nord GmbH verschmolzen. Eine Kopie des Verschmelzungsvertrages sowie die umgeschuldeten Bürgschaftsurkunden wurden der Stadt vorgelegt.

Die Leistung „Einsammlung und Verwertung von Papierabfällen, incl. Behälteraufstellung und –bewirtschaftung“ wurde im europaweiten Wettbewerb an das Unternehmen Veolia Umweltservice Nord GmbH für den Zeitraum 01.01.2015 - 31.12.2018 vergeben (Beschluss 2014/BV/5379). In einem in der ursprünglichen Beauftragung vorgesehenen Verhandlungsverfahren (Vergabe-Nr. 16/10/2017) zur Verlängerung des Vertrages für die Jahre 2019 und 2020 wurde der Zuschlag mit Beschluss 2017/BV/2977 an das Unternehmen Veolia Umweltservice Nord GmbH erteilt.

Der Vertrag zur „Verwertung des Sperrmülls aus Haushaltungen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock“ wurde im Anschluss an eine europaweite Ausschreibung für den Zeitraum 01.01.2020 bis 31.12.2023 mit Veolia Umweltservice Nord GmbH geschlossen (2019/BV/4512).

Der Vertrag zur „Entsorgung von gefährlichen Abfällen aus Haushaltungen der Stadt (Sonderabfallentsorgung)“ wurde für den Zeitraum 01.01.2017 bis 31.12.2018 nach öffentlicher Ausschreibung neu vergeben. Der Vertragspartner ist die Firma Veolia Umwelt Service Nord GmbH (Beschluss 2016/BV/1948). Der Vertragszeitraum wurde gemäß der vertraglichen Regelung erneut um ein weiteres Jahr, bis zum 31.12.2020, verlängert.

Der Vertrag über die „Sammlung und Verwertung von Alttextilien und Altschuhen in der Hansestadt Rostock für den Zeitraum 2018 -2021“ wurde im Anschluss an ein offenes Verfahren nach Vergabe-Nr. 38/10/17 mit der Firma EAST-WEST Textilrecycling Kursun GmbH geschlossen (Beschluss 2017/BV/3259).

1. Gesamtkostenübersicht im Vergleich zum Vorjahr

Die Gesamtkosten ohne Abschläge erhöhen sich von 17.525.957 EUR im Jahr 2019 auf 18.622.883 EUR im Jahr 2020. Diese Kostenerhöhung von 1.096.926 EUR setzt sich zusammen aus 944.601 EUR bei der Abfallverwertung und 152.325 EUR bei der Entsorgung des Haus- und Geschäftsmülls.

Unter Berücksichtigung der in die Kalkulation eingerechneten Abschläge (Verkaufserlöse für Altpapier, Schrott, Abfall- und Laubsäcke, Alttextilien, der Kostenerstattung Grundsteuer für den Recyclinghof Dierkow und den Ergebnissen der Nachkalkulationen) in Höhe von 1.404.117 EUR ergeben sich gebührenfähigen Kosten in Höhe von 17.218.766 EUR. Das entspricht einer Erhöhung gegenüber dem Vorjahr (16.266.426) um 952.340 EUR.

Die Einführung einer Schutzgebühr für den Laubsack seit 01.01.2016, um Anreize für die Nutzung zu schaffen, soll auch für das Jahr 2020 beibehalten werden. Die Kosten wurden bei der Abfallverwertungsgebühr/ Bioabfallentsorgung berücksichtigt. Die Einnahmen für Abfall- und Laubsäcke wurden in der Nachkalkulation berücksichtigt.

Kostenmindernd für die Kalkulation der Abfallgebühr für das Jahr 2020 wirken sich die rechnerisch ermittelten Verkaufserlöse in Höhe von 565.316 EUR für Altpapier, Schrott und Laubsäcke und die Verkaufserlöse in Höhe von 176.700 EUR aus der Verwertung von Alttextilien aus. Zudem werden der 2020 auszugleichende Anteil aus der Nachkalkulation 2017 in Höhe von 86.492 EUR sowie die Kostenerstattung der Grundsteuer für den Recyclinghof Dierkow in Höhe von 400 EUR kostenmindernd für die Gebührenkalkulation eingesetzt. Weiterhin wird vorgeschlagen, den aus der Nachkalkulation 2018 ermittelten Betrag in Höhe von 719.011 EUR zu 80% für die Gebührenkalkulation 2020 (575.209 EUR) und zu 20% für die Gebührenkalkulation 2021 (143.802 EUR) kostenmindernd zu berücksichtigen.

Es wird vorgeschlagen die Summe des Kostenabschlages in Höhe von 1.404.117 EUR aus Gründen der Gebührenstetigkeit zu 95 % für die Abfallverwertungskosten und zu 5 % für die Abfallentsorgungskosten zu verwenden.

1.1. Abfallverwertung

Die Kosten der Abfallverwertung erhöhen sich im Vergleich zum Vorjahr um 944.601 EUR, bedingt durch die Erweiterung der Recyclinghöfe, einen neuen ausschreibungsbedingten Sperrmüllverwertungspreis, Fahrzeugbeschaffungen und Investitionskosten, Errichtung einer zusätzlichen Grüngutkompostierungsanlage sowie tarifbedingte Personalkostensteigerungen, welche nachfolgend erläutert werden.

In 2020 sind bauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur für die Recyclinghöfe Südstadt und Reutershagen vorgesehen. Der Recyclinghof Südstadt soll grundhaft erneuert und auf eine Gesamtfläche von ca. 4.510 m² erweitert werden. Der Recyclinghof Südstadt wird komplettiert um Aufstellplätze für Altreifen, Bauschutt und einen Stellplatz für 5 Wechselcontainer (Abrollcontainer) sowie vier Pkw-Stellplätze. Als Besonderheit ist zu nennen, dass für Kunden, die altersmäßig oder gesundheitlich beeinträchtigt sind, ein Standplatz im Eingangsbereich vorgesehen ist.

Zudem bietet die Hanse- und Universitätsstadt Rostock ab dem 01.01.2020 die Annahme von Hausmüll, in amtlich gekennzeichneten Abfallsäcken, auf allen Recyclinghöfen an. Die Entsorgung erfolgt im Rahmen der Hausmüllsammeltour.

Die Kostenerhöhung für die Sperrmüllverwertung resultiert aus dem im europaweiten Ausschreibungsverfahren (Vergabe 11/10/19) "Verwertung von Sperrmüll aus Haushaltungen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock" gestiegenen Verwertungspreis, gegenüber dem bis zum 31.12.2019 vertraglich geltenden Einheitspreis.

Die Verwertung umfasst i.d.R. die Sortierung, das Recycling oder die sonstige Verwertung des Sperrmülls, die Vermarktung der gewonnen Rohstoffe und Energie sowie die ordnungsgemäße Beseitigung der nicht verwertbaren Abfälle.

Für das Jahr 2020 sind als Investitionen für die Einsammlung von Hausmüll die Ersatzbeschaffung von drei Müllsammelfahrzeugen sowie die Neubeschaffung eines Kleinstmüllfahrzeugs vorgesehen. Für die Abfuhr der Biotonne ist für das Jahr 2020 als Investition die Ersatzbeschaffung von einem Müllfahrzeug vorgesehen.

Der Einsatz des Kleinstmüllfahrzeuges für die Sammlung von Rest- und Bioabfall mit einer maximalen Fahrzeugbreite von 1,62 m ist zusätzlich zum Einsatz der bereits vorhandenen Engstellenfahrzeuge mit der Angebotsaufforderung beauftragt worden. Mit dem Kleinstsammelfahrzeug soll die Abfuhr in Straßen gesichert werden, deren nutzbare Fahrbahnbreite unter 3,55 m liegt.

Diese Bereiche haben seit der Abschaffung der temporären Parkverbote für Abfallsammlung und Straßenreinigung durch die Hanse- und Universitätsstadt Rostock zugenommen. Eine Räumung der verparkten Straßen im Vorfeld der Abfallsammlung erfolgt durch den städtischen Ordnungsdienst wegen rechtlicher Bedenken nicht.

Mit der Beauftragung der Stadtentsorgung Rostock GmbH für 2020 wurde für die Neuanschaffung von Abfallsammelfahrzeugen die Ausstattung mit Abbiegeassistenzsystemen als Bedingung vorgegeben. Außerdem erhält der städtische Fuhrpark, soweit technisch möglich, Abbiegeassistenten gem. Angebotsaufforderung analog der Beschlussfassung der Bürgerschaft 2018/AN/3823. Im Jahr 2020 sollen 17 Hausmüllsammelfahrzeuge mit elektronischen Abbiegeassistenten nachgerüstet werden. Die städtische Abfallentsorgung wird damit als ein gutes Beispiel für mehr Sicherheit für die Fußgänger und Radfahrer voranschreiten.

Für das Jahr 2020 hat die SR GmbH die Errichtung einer zusätzlichen Grüngutkompostanlage am Standort „Up de Schnur“ geplant. Diese Anlage soll eine Kapazität von 2.999 t/a aufweisen und ist damit ausschließlich baurechtlich und nicht immissionschutzrechtlich genehmigungsbedürftig. Mit der Errichtung dieser Anlage trägt die SR GmbH der Kapazitätsbegrenzung am Standort Parkentin Rechnung und schafft die Voraussetzung zur Verarbeitung von Grüngut für das Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege der Hanse- und Universitätsstadt Rostock. Für das im Rahmen der Abfallentsorgung durch die Hanse- und Universitätsstadt Rostock zu verwertende Grüngut ergeben sich bei teilweiser Nutzung des zusätzlichen Standorts „Up de Schnur“ logistische Vorteile.

Zur Bearbeitung von 2.999 t Grüngut in der vorgesehenen Kompostanlage „Up de Schnur“ hat die SR GmbH eine Vorkalkulation vorgelegt. Mit diesen Kosten und den Kosten der Grüngutkompostierung in der Anlage „Parkentin“ wird ein einheitlicher Grüngutverwertungspreis für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock gebildet.

Für die Beschäftigten der SR GmbH ist eine Entgelterhöhung zum 01.01.2020 mit dem am 30.06.2019 abgeschlossenen 4. Änderungstarifvertrag zum Haustarifvertrag für die Stadtentsorgung Rostock GmbH für den Zeitraum 2020 – 2021 mit der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di vereinbart. Die Entgelterhöhung erfolgt für alle Lohngruppen als Erhöhung der Tabellenentgelte um 3,19%. Die Jahressonderzahlung wurde auf 80 % des Tabellenentgelts, mindestens 1.890 Euro, erhöht. Zusätzlich erfolgte eine weitere Erhöhung der Entgelte ab Entgeltgruppe 8 um einen Gruppenfaktor von 15 Euro pro EG. Gegenüber den TVöD Regelungen (VKA bis 29.02.2020) ergeben sich für das Jahr 2020 höhere Entgelte in den Grundentgelten EG 1 bis 9, insbesondere bei den Grundentgelten EG 1 (+5,6 %) und EG 8 (+ 4,2). Höhere Entwicklungsstufen werden hingegen niedriger vergütet. Die im Vergleich höhere Bewertung der unteren Entwicklungsstufen trägt den Schwierigkeiten bei der Personalrekrutierung Rechnung.

Für das Jahr 2020 ergibt sich laut Angaben der SR GmbH eine Entgelterhöhung von insgesamt 4,66 %.

Die Reduzierung der Kosten bei der Altpapierentsorgung beruht auf dem im Verhandlungsverfahren (Vergabe-Nr. 16/10/2017) zur Verlängerung des Vertrages vom 20.05.2014, für die Jahre 2019 und 2020 gutachterlich geprüften Angebotes des Unternehmens Veolia Umweltservice Nord GmbH.

Angesichts der gegenüber der Ausschreibung 2014 gesunkenen Papiermenge in der Stadt und der Anpassung der Vergütung gemäß den vorgesehenen Regelungen, werden sich die Kosten für das Jahr 2020 gegenüber 2019 um 120.111 EUR reduzieren. Der angebotene Leistungspreis für das Hol- und Bringsystem ist als Höchstpreis anzusehen und ist abhängig von der tatsächlich erfassten Papiermenge im Jahr. Die Abweichung zwischen geplanter und tatsächlich erfasster Gesamtpapiermenge im Hol- und Bringsystem betrug im Jahr 2018 insgesamt 14,2%. Nach dem zu Grunde liegenden Leistungsverzeichnis besteht bei Mengenabweichungen größer 10 % ein Preisanpassungsrecht in den jeweiligen Positionen. Die Preisanpassung (Mehrkosten i.H.v. 39.633,87 EUR) zur beauftragten Leistung für das Jahr 2018 wurde in der Nachkalkulation 2018 berücksichtigt (Anlage 2 Nr. 10).

Seit dem 01.01.2018 sammelt und verwertet das Unternehmen EAST-WEST Textilrecycling Kursun GmbH Alttextilien und Altschuhe im Auftrag der Stadt. Die Kosten in Höhe von 132.591 EUR wurden bei den Kosten der Abfallverwertung und die Erlöse in Höhe von 176.700 EUR als Kostenabschlag bei der Ermittlung der gebührenfähigen Kosten berücksichtigt und tragen damit zur Gebührenstabilität bei. Es laufen derzeit Abstimmungen zur Umsatzsteuerpflicht hinsichtlich § 2b UStG. Zum Zeitpunkt der Erstellung der Gebührenkalkulation für das Jahr 2020 war noch kein abschließendes Ergebnis verfügbar.

1.2. Abfallentsorgung Haus- und Geschäftsmüll

Die Kosten der Abfallentsorgung von Haus- und Geschäftsmüll erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um 152.325 EUR.

Die Kostenerhöhung in der Abfallentsorgung resultiert hauptsächlich aus den Entleerungs- und Sammelkosten des Haus- und Geschäftsmülls (Umleerbehälter). Diese Leistungen werden von der SR GmbH erbracht.

Für 2020 wurde durch die SR GmbH eine Erhöhung der Mengen um 1.108 Entleerungen, auf 1.046.289 Entleerungen, kalkuliert. Die Ermittlung erfolgte mittels Trendberechnung auf Basis der Jahre 2014 bis 2018 und Forecast 2019. Als Bemessungsgrundlage für die Preisfindung erfolgte die Prognose der Abfallsäcke, gemeinsam mit Regel- und Überhangsäcken auf Grundlage der IST-Daten ab 2015.

Die Abrechnung der Haus- und Geschäftsmüllsammlung erfolgt gemäß der vertraglichen Vereinbarung nach der Zahl der tatsächlichen Entleerungen. Die dazu erforderlichen Einheitspreise werden durch Verteilung der Kosten auf die von der SR GmbH mittels Trendberechnung prognostizierten Behälterzahlen für das Jahr 2020 und die Wertungskennziffern für die einzelnen Behälter ermittelt.

Die Entsorgungskosten auf der Behandlungsanlage Veolia Umweltservice Nord GmbH, Niederlassung EVG werden von der Stadt auf Grundlage der Nachweise der Wiegenoten abgerechnet. Die Behandlungskosten liegen für 2020 stabil bei 84,88 EUR/t (netto).

2. Gebührensätze

2.1. Behältergebühr

Diese Gebühr ist eine Benutzungsgebühr. Sie ist die Gegenleistung für die Entsorgung von Haus- und Geschäftsmüll und schließt alle damit verbundenen Kosten ein. Maßstab ist das Behältervolumen und die Entleerungshäufigkeit.

Basis für die Berechnung der Jahresgebührensätze für die einzelnen Behälterarten unter Berücksichtigung der Entleerungshäufigkeit im Jahr sind die ermittelten Einzelgebührensätze. Die Prognose der Entleerungshäufigkeiten hat für die Kalkulation der Gebührensätze eine hohe Bedeutung, da die Anzahl der Entleerungen der Behälter für Haus- und Geschäftsmüll direkt in die Kalkulation einfließt und somit direkten Einfluss auf die Gebührenhöhen hat. Für die Prognose konnte auf Daten der Jahre 2004 bis 2018 zu Entleerungshäufigkeiten zurückgegriffen werden.

Tabelle 1 - Anzahl der prognostizierten Entleerungen 2020 im Vergleich zu 2019

Entleerungen		
Behälter	2019	2020
Abfallsack	2.789	2.237
80 l	214.140	212.604
120 l	117.418	117.619
240 l	317.997	316.000
1.100 l	392.837	397.829
Gesamt	1.045.181	1.046.289

Tabelle 2 - Mengenentwicklung Haus- und Geschäftsmüll:

Jahr	Haus- und Geschäftsmüll
2000- Ist	54.802 t
2001- Ist	51.494 t
2002- Ist	49.383 t
2003- Ist	47.113 t
2004- Ist	47.490 t
2005- Ist	47.177 t
2006- Ist	47.682 t
2007- Ist	48.334 t
2008- Ist	46.422 t
2009- Ist	46.807 t
2010- Ist	46.660 t
2011- Ist	46.922 t
2012- Ist	45.484 t
2013-Ist	45.076 t
2014-Ist	45.332 t
2015-Ist	45.250 t
2016-Ist	45.404 t
2017-Ist	45.616 t
2018-Ist	45.160 t
2019-Plan	45.401 t
2020-Plan	45.358 t

Um für die Teilprozesse der Abfallentsorgung die von den einzelnen Abfallbehältern verursachten Kosten umlegen zu können, bedarf es eines Erwartungswertes für die in den jeweiligen Behältern zu entsorgenden Abfallmengen. Seit der Gebührenkalkulation 2000 wird diese verursachergerechte Berechnung der Abfallmengen mittels Wertungskennziffern für die Gebührenkalkulation in der Stadt angewandt.

Da die Entwicklung der Abfallmengen sowohl insgesamt im Entsorgungsgebiet als auch in den einzelnen Behältergrößen nach wie vor dynamisch ist, ist es notwendig, diese Entwicklung der Abfallmengen in den verschiedenen Behältergrößen zu überprüfen. Seit der Gebührenkalkulation für 2001 werden deshalb mittels Stichproben diese Entwicklungen festgestellt.

Diese Dynamik ist an Hand folgender Entwicklungen festzustellen:

Tabelle 3 – Entleerungsvolumen für die Behältergrößen und den Abfallsack

entleertes Volumen in TLiter (theoretisches Ist jeweils I. Quartal)							
Behälter- größe	2000	2005	2010	2015	2017	2018	2019
80 l	13.844	16.472	17.267	17.976	18.108	17.949	17.933
120 l	19.360	15.719	13.953	14.349	14.809	14.614	14.517
240 l	93.531	80.558	74.662	76.459	77.919	78.168	78.119
1.100 l	566.823	485.700	438.123	432.575	449.735	437.380	442.614
Abfallsack	-	-	-	131	125	150	156
gesamt	693.559	598.437	544.005	541.490	560.696	548.261	553.338

Das Entleerungsvolumen reduzierte sich seit 2000 insgesamt um ca. 20%. Dabei ist festzustellen, dass das Entleerungsvolumen in den Jahren bis 2006 ständig abnahm, im Zeitraum 2006 bis 2009 nahezu unverändert blieb und im Jahr 2010 sich weiter reduzierte. Aus heutiger Sicht ist einzuschätzen, dass das Entleerungsvolumen im Zeitraum von 2010 bis 2019 um einen Mittelwert von 545.200 TLiter schwankt, wobei die Abweichungen vom Mittelwert von – 1,8 % im Jahr 2014 (= 535.561 TLiter) bis zu + 2,8% im Jahr 2017 (= 560.696 TLiter) reichen. Ansätze zu bestimmten Entwicklungstrends waren nicht nachhaltig und wurden durch die künftigen Entwicklungen nicht bestätigt. So ist das Entleerungsvolumen in diesem Jahr um 0,9% höher als 2018, jedoch um 1,3% niedriger als 2017. Bemerkenswert ist im Zeitraum 2010 bis 2019, dass zwei gegensätzliche Einflussfaktoren, zum einen der Anstieg der Bevölkerung um 3,8% (Stand 12.2009/12.2018) und zum anderen die Reduzierung der Abfallmengen des Haus- und Geschäftsmülls um 3,5%, sich offenbar neutralisieren, denn im Gesamtsystem sind keine Auswirkungen feststellbar.

Das Entleerungsvolumen und die Anzahl der 80-l-Behälter blieben nahezu unverändert auf dem Niveau der Vorjahre. Bei den 120-l-Behältern sank das Entleerungsvolumen um 0,7%, die Anzahl der Behälter blieb gleich. Das Entleerungsvolumen und der Behälterbestand blieben bei den 240-l-Behältern nahezu gleich. Bei den 1.100-l-Behältern stieg der Behälterbestand um 1,3%, das Entleerungsvolumen erhöhte sich um 1,2%.

Aus der oben stehenden Tabelle des entleerten Behältervolumens ist festzustellen, dass die 1.100 l Behälter unverändert mit ca. 80% dominieren. Die kleineren Behälter von 80 l und 120 l haben nahezu unverändert nur einen Anteil von 6,0% am entleerten Volumen, aber einen hohen Anteil am gestellten Behälterbestand. Dies wird in der nachfolgenden Tabelle deutlich, wobei festzustellen ist, dass der Bestand dieser beiden kleinen Behältergrößen derzeit 54% am Gesamtbestand beträgt.

Tabelle 4 – Behältergesamtbestand

Behälterbestand (Ist-Bestand jeweils I. Quartal ohne Abfallsäcke)							
Behälter- größe	2000	2005	2010	2015	2017	2018	2019
80 l	5.786	8.286	9.321	9.880	10.015	9.928	9.918
120 l	3.526	3.228	3.069	3.344	3.520	3.498	3.524
240 l	6.224	5.729	5.507	5.726	5.873	5.896	5.900
1.100 l	5.857	5.321	4.937	5.163	5.507	5.348	5.416
gesamt	21.393	22.564	22.834	24.113	24.915	24.670	24.758

Aus den dargestellten Auswertungen ist zu schlussfolgern:

1. Der bis 2017 festgestellte stetige Anstieg des Behälterbestandes setzte sich auch in diesem Jahr nicht fort. Bei fast allen Behältergrößen sind die Anzahl der Behälter nahezu gleich geblieben.
2. Innerhalb der gleichen Behältergröße wurden in den letzten Jahren immer stärker längere Entleerungsrhythmen gewählt. Die Fortsetzung dieser Entwicklung kann in diesem Jahr außer bei den MGB 120 nicht festgestellt werden. Das Entleerungsvolumen stieg gering um 0,9%, hervorgerufen durch die MGB 1.100-Behälter.
3. Auch wenn die kleineren Abfallbehälter nur einen sehr geringen Anteil am entleerten Volumen haben, ist vor allem ihre gebührenrechtliche Bedeutung außerordentlich hoch, denn aus dem hohen Anteil am Behälterstand leitet sich ein entsprechend hoher Anteil von Gebührenzahlern mit individueller Wohnungsbebauung ab, so dass diese Personengruppe auch die notwendige gebührenrechtliche Berücksichtigung finden muss.

Diese Entwicklungen sind in Umsetzung entsprechender gesetzlicher Vorgaben durch die Hanse- und Universitätsstadt Rostock gewollt und werden durch die Abfall- und Abfallgebührensatzung gefördert. Dass diese Entwicklungen noch nicht abgeschlossen sind, belegen auch die diesjährigen Untersuchungen (vgl.: Friedrich, Frank: Ermittlung der Wertungskennziffern und Auswertung der Füllstandskontrollen für die behälterbezogenen Abfallmengen des Restmülls in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock für den Kalkulationszeitraum 2020, Jena 2019).

Deshalb wurde für die Gebührenkalkulation 2020 durch die Hanse- und Universitätsstadt Rostock erneut eine Analyse der Abfallmengen in den Abfallbehältern veranlasst. Somit sind Grundlage für die Ermittlung der Wertungskennziffern die Ergebnisse der „Untersuchung zur Füllstandskontrolle und Verwiegung von Abfallbehältern im Rostocker Stadtgebiet“ vom Mai 2019, die von der Stadtentsorgung Rostock GmbH vorgenommen wurde. So wie in den letzten Jahren wurden aus dem Behälterbestand als repräsentative Anzahlen Stichproben jeweils in einem Umfang von mindestens 1% unter Berücksichtigung der Behältergröße, der Entleerungshäufigkeit und der Herkunft der Abfälle (private Haushaltungen, Gewerbe) gezogen (vgl. Abschn. 3 o.g. Untersuchungsbericht, hier heißt es: „Gemäß Anhang zur TA - Siedlungsabfall umfasst eine repräsentative Stichprobe 1 % der Grundgesamtheit, in diesem Fall 1 % des Gesamtbestandes an Abfallsammelbehältern.“). Aus dem Gesamtbehälterbestand von 24.783 Behältern inklusive 25 Abfallsäcken wurden 367 Behälter für die Stichprobe herangezogen.

Die bisherigen Grundsätze, dass diese Verwiegung im gleichen Zeitraum wie in den Vorjahren und im gleichen Entsorgungsgebiet durchgeführt wird, wurden eingehalten. Damit werden weitere zufällige Einflussfaktoren wie saisonale Abhängigkeit des Abfallanfalls und individuelle Verhaltensweisen der Bürger bei der Abfallentsorgung minimiert.

Um diese Kontinuität zu gewährleisten, ist es besonders wichtig, dass die strukturelle Zusammensetzung des Behälterbestandes der Stichproben über die Jahre annähernd gleich bleibt. Es ist vollkommen normal, dass sich im Verwiegungsgebiet hierbei Veränderungen in analoger Weise vollziehen wie im gesamten Stadtgebiet. Wenn auf einem Grundstück Veränderungen im Behälterbestand vorgenommen wurden, also Behälter ganz abgemeldet oder gegen kleinere Behälter getauscht wurden, dann fallen die bisher verwogenen Behälter aus der Stichprobe und müssen durch andere adäquate Behälter ersetzt werden. Deshalb wurde vor Beginn der Verwiegungen der Behälterverwiegungsplan dahingehend geprüft und anschließend für den endgültigen Verwiegungsplan freigegeben.

Wie in den letzten Jahren wurde auch in 2019 ein Fahrzeug mit einer geeichten, fest installierten Wägeeinrichtung eingesetzt.

Ermittlung der Wertungskennziffern (WKZ)

Die von dem Gutachter Herrn Friedrich (fcp) durchgeführten Berechnungen ergeben für die einzelnen Behältergrößen folgende Durchschnittsgewichte im Jahr 2019, wobei diese den ermittelten Durchschnittsgewichten der vorangegangenen sechs Jahre gegenübergestellt werden:

Tabelle 5 – Durchschnittsgewichte für die Behältergrößen und den Abfallsack

Behälter- größe	2012	2013	2014	2015	2017	2018	2019
80 l	14,2 kg	13,2 kg	13,7 kg	13,7 kg	12,9 kg	14,4 kg	13,3 kg
120 l	16,4 kg	17,0 kg	17,4 kg	14,7 kg	16,7 kg	17,7 kg	15,2 kg
240 l	26,9 kg	24,5 kg	24,4 kg	23,2 kg	22,9 kg	24,7 kg	23,8 kg
1.100 l	93,9 kg	99,5 kg	94,4 kg	101,5 kg	98,0 kg	98,9 kg	98,5 kg
Abfallsack	-	-	11,0 kg	12,4 kg	14,3 kg	9,3 kg	10,2 kg

Auf der Basis dieser vorliegenden Zeitreihen sind die Erwartungswerte für den künftigen Kalkulationszeitraum zu prognostizieren. Hierzu wurden, da genügend belastbare Daten vorliegen, Trendberechnungen mit verschiedenen mathematischen Verfahren vorgenommen. Aus den verschiedenen Berechnungsverfahren resultieren zwangsläufig auch differierende Ergebnisse, da in diese die Vergangenheitswerte unterschiedlich einfließen. So können je nach Verfahren die neuesten Ergebnisse mit einer hohen Dominanz in die Prognose einfließen und somit stark abweichende Durchschnittsgewichte weiter zurückliegender Jahre einen geringen Einfluss haben oder im anderen Extrem alle Werte gleichwertig berücksichtigt werden. Bei den Abfallsäcken wurde der Erwartungswert durch den Durchschnitt der letzten fünf Jahre ermittelt.

Alle Ergebnisse wurden deshalb einer kritischen Betrachtungsweise unterzogen und daraus abgeleitet die Erwartungswerte für die verschiedenen Behältergrößen bestimmt. Dies erfolgte auf der Grundlage der oben getroffenen Ausführungen. Um diese o.g. Einflussfaktoren zu berücksichtigen, wurden für die Trendberechnungen zur Bestimmung dieser Erwartungswerte solche Verfahren (z.B. exponentielle Glättung) herangezogen, bei denen auch die gegenwärtigen Entwicklungen entsprechend berücksichtigt werden. Dies bedeutet insbesondere, dass hierfür die entsprechenden Glättungsfaktoren gezielt anzuwenden sind.

In der nachfolgenden Tabelle sind die aus den verschiedenen mathematischen Verfahren ermittelten jeweiligen oberen und unteren Werte und der im Ergebnis der Betrachtungen ermittelte Erwartungswert angegeben.

Tabelle 6 – Erwartungswerte für das Jahr 2020

Behältergröße	min.	max.	Erwartungswert
80 l	13,3 kg	14,3 kg	13,6 kg
120 l	15,2 kg	17,4 kg	16,0 kg
240 l	23,5 kg	25,5 kg	24,1 kg
1.100 l	95,7 kg	98,6 kg	98,0 kg
Abfallsack	-	-	11,2 kg

Daraus resultieren folgende WKZ für das Jahr 2020 (im Vergleich zu den Vorjahren):

Tabelle 7 – Wertungskennziffern (WKZ) für das Jahr 2020

Behältergröße	für 2020		für 2019		für 2018	
	Gewicht	WKZ	Gewicht	WKZ	Gewicht	WKZ
80 l	13,6 kg	1,0	14,2 kg	1,0	14,0 kg	1,0
120 l	16,0 kg	1,2	17,4 kg	1,2	17,3 kg	1,2
240 l	24,1 kg	1,8	24,6 kg	1,7	24,6 kg	1,8
1.100 l	98,0 kg	7,2	98,0 kg	6,9	95,6 kg	6,8
Abfallsack	11,2 kg	0,8	11,4 kg	0,8	11,9 kg	0,9

2.2. Abfallverwertungsgebühr

Diese Gebühr ist eine Einheitsgebühr. Der Gebührenmaßstab ist die Anzahl der auf dem Grundstück wohnenden Personen.

Die Abfallverwertungsgebühr ist die Gegenleistung für die Entsorgung aller Abfallarten aus Haushaltungen, die der Stadt bei der Vorbereitung zur Wiederverwendung, dem Recycling und der sonstigen Verwertung sowie der hierfür notwendigen Leistungen einschließlich der Recyclinghöfe und der Verwaltung, entstehen. Die Gebühr umfasst die Entsorgung der Abfallarten: Sperrmüll, Papier und Pappe, Garten- und Parkabfälle, Bioabfälle (nicht bei Eigenkompostierern), Altgeräte (nur Einsammeln), Problemabfälle, Alttextilien und Altmetalle.

Die Gesamtkostenerhöhung der gebührenfähigen Abfallentsorgungskosten für die Berechnung der Abfallverwertungsgebühr beträgt 618.315 EUR gegenüber dem Vorjahr. Bei den Verwertungskosten ohne Bioabfallentsorgung ergibt sich eine Kostensteigerung gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 451.943 EUR.

Unter Berücksichtigung des eingesetzten Kostenabschlages in Höhe von 1.333.911 EUR ergibt sich bei der angesetzten Personenzahl von 209.129 eine Gebührensteigerung um 2,08 EUR pro Person und Jahr. Die Abfallverwertungsgebühr ohne Bioabfallentsorgung beträgt für das Jahr 2020 22,75 EUR pro Person.

Die Bioabfallentsorgungskosten erhöhen sich im Jahr 2020 um 166.372 EUR. Dadurch ergibt sich bei der angesetzten Personenzahl von 192.820 eine Gebührensteigerung um 0,80 EUR. Die der Abfallverwertungsgebühr mit Bioabfallentsorgung beträgt 35,92 EUR pro Person für das Jahr 2020.

3. Gemeinkostensatz Verwaltung

Im Jahr 2020 reduzieren sich die Verwaltungskosten der Stadt im Vergleich zum Vorjahr um 75.885 EUR. Grund dafür ist ein veränderter Umlageschlüssel für die Kosten des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) im Rahmen der internen Leistungsverrechnung. Der KOD setzt sich primär für die Verbesserung von Sauberkeit und Ordnung in der Stadt ein und ist für die Abteilung Abfallwirtschaft nur geringfügig mit Kontrollaufgaben für die Abfallentsorgung tätig. Der KOD kümmert sich beispielsweise um die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten im Umweltbereich, wie z.B. illegale Haus- und Sperrmüllablagerungen. Dementsprechend wurden die anteiligen Personalkosten analog der durchgeführten Tätigkeiten, gemäß Einsatzstatistik, bei der Kalkulation des Verwaltungsaufwandes für Büroarbeitsplätze des Stadtamtes für das Jahr 2020 berücksichtigt.

4. Nachkalkulation (siehe Anlage 2)

Weichen am Ende eines Kalkulationszeitraumes die tatsächlichen von den kalkulierten Kosten bzw. die tatsächlichen Gebühreneinnahmen vom geplanten Aufkommen ab, so sind bzw. sollen nach § 6 Abs. 2 d Kommunalabgabengesetz die Kostenüberdeckungen und unterdeckungen innerhalb von drei Jahren nach Ende des abgeschlossenen Kalkulationszeitraums ausgeglichen werden. Der abgeschlossene Kalkulationszeitraum endet mit der Nachkalkulation 2018. Somit kann nur noch zwei Jahre 2020, 2021 ausgeglichen werden.

Aus der Nachkalkulation 2018 wurde eine Kostenüberdeckung von 719.011 EUR ermittelt. Mit dem Ziel der Verstetigung der Abfallgebühren, schlägt die Verwaltung daher vor, die Kostenüberdeckung im Kalkulationsjahr 2020 in Höhe von 575.209 EUR und im Jahr 2021 in Höhe von 143.802 EUR auszugleichen.

Der in der Nachkalkulation 2017 ausgewiesene Betrag in Höhe von 172.984 EUR wurde anteilig in Höhe von 86.492 EUR in der Kalkulation 2020 berücksichtigt (2018/BV/3969).

Finanzielle Auswirkungen:

Teilhaushalt: 73

Produkt: 53701

Bezeichnung: Abfallwirtschaft

ggf. Investitionsmaßnahme Nr.: -

Bezeichnung: -

Haushalts- jahr	Konto / Bezeichnung	Ergebnishaushalt		Finanzhaushalt	
		Erträge	Auf- wendungen	Ein- zahlungen	Aus- zahlungen
2020	53701	18.623.100 €	18.623.100 €	17.961.300 €	18.623.500 €

Im Ergebnishaushalt werden die Aufwendungen kostendeckend geplant.

Der Finanzhaushalt wurde durch folgende nicht zahlungswirksame Vorgänge reduziert:

Einzahlungen

Ertragswirksame Auflösung der Überschüsse aus den Jahren 2017 und 2018 durch Entnahme von 661.701 EUR aus dem gebildeten Sonderposten für den Gebührenaussgleich.

Auszahlungen

Die Differenz zwischen Auszahlungen im Finanzhaushalt und Aufwendungen im Ergebnishaushalt resultiert aus den nicht zahlungswirksamen Abschreibungen in Höhe von 400 EUR.

5. Vergleich der Gebührensätze 2020 gegenüber 2019

5.1. Die Behältergebühr für ein Kalenderjahr beträgt bei wöchentlicher Entleerung:

Behältergröße	2019	2020	Preisliche Entwicklung
	in EUR	in EUR	in EUR
80-l-Abfallbehälter	143,92	145,71	+1,79
120-l-Abfallbehälter	172,71	174,86	+2,15
240-l-Abfallbehälter	237,00	245,84	+8,84
1.100-l-Abfallbehälter	908,76	934,04	+25,28

5.2. Die Behältergebühr für ein Kalenderjahr beträgt bei 14-täglicher Entleerung:

Behältergröße	2019	2020	Preisliche Entwicklung
	in EUR	in EUR	in EUR
80-l-Abfallbehälter	71,96	72,86	+0,90
120-l-Abfallbehälter	86,35	87,43	+1,08
240-l-Abfallbehälter	118,50	122,92	+4,42
1.100-l-Abfallbehälter	454,38	467,02	+12,64

5.3. Die Behältergebühr für ein Kalenderjahr beträgt bei 28-täglicher Entleerung:

Behältergröße	2019	2020	Preisliche Entwicklung
	in EUR	in EUR	in EUR
80-l-Abfallbehälter	35,98	36,43	+0,45
120-l-Abfallbehälter	43,18	43,71	+0,53

5.4. Die Behältergebühr für ein Kalenderjahr beträgt bei 2-mal wöchentlicher Entleerung:

Behältergröße	2019	2020	Preisliche Entwicklung
	in EUR	in EUR	in EUR
240-l-Abfallbehälter	474,01	491,68	+17,67
1.100-l-Abfallbehälter	1.817,53	1.868,07	+50,54

5.5. Die Abfallverwertungsgebühr für ein Kalenderjahr beträgt:

Behältergröße	2019	2020	Preisliche Entwicklung
	in EUR	in EUR	in EUR
bei berücksichtigter Eigenkompostierung pro Person	20,67	22,75	+2,08
ohne berücksichtigte Eigenkompostierung pro Person	33,04	35,92	+2,88

5.6. Die Entsorgungsgebühr für Zusatzentsorgungen (Einzelentleerungen) beträgt pro Entleerung für:

Behältergröße	2019	2020	Preisliche Entwicklung
	in EUR	in EUR	in EUR
80-l-Abfallbehälter	2,77	2,80	+0,03
120-l-Abfallbehälter	3,32	3,36	+0,04
240-l-Abfallbehälter	4,56	4,73	+0,17
1.100-l-Abfallbehälter	17,48	17,96	+0,48

5.7. Die Entsorgungsgebühr für einen Abfallsack beträgt für ein Kalenderjahr bei 28-täglicher Entsorgung:

Behältergröße	2019	2020	Preisliche Entwicklung
	in EUR	in EUR	in EUR
Abfallsack (§ 11 Abs. 4 AbfS)	30,13	30,58	+0,45

5.8. Für folgende Sonderleistungen sind Gebühren zu entrichten:

Behältergröße	2019	2020	Preisliche Entwicklung
	in EUR	in EUR	in EUR
Vorhaltegebühr für Wechselbehälter je Abfallbehälter 1.100 l im Jahr	52,68	46,20	-6,48
zusätzlicher Abfallsack pro Stück	2,32	2,35	+0,03
Laubsack pro Stück	1,00	1,00	0,00
Anlieferung von Siedlungsabfällen (§ 20 Abs. 1 AbfS) auf der Restabfallbehandlungsanlage pro Tonne	107,26	106,42	-0,84
Presscontainer (10 m³)			
- Monatsmiete	156,67	157,89	+1,22
- Jahresmiete	1.880,06	1.894,67	+14,61
- Transportkosten	113,96	111,44	-2,52
Presscontainer (20 m³)			
- Monatsmiete	200,34	201,91	+1,57
- Jahresmiete	2.404,13	2.422,88	+18,75
- Transportkosten	125,12	127,86	+2,74
Container (7 m³) Mulde			
- Monatsmiete	28,22	22,38	-5,84
- Jahresmiete	338,62	268,54	-70,08
- Transportkosten	113,96	111,44	-2,52

Anlagen:

- 1 Abfallgebührensatzung 2020
- 2 Abfallgebührenkalkulationen 2020
- 3 Synopse Abfallgebührensatzung 2020
- 4 Abfallgebührenmodell der Hansestadt Rostock– Fortschreibung 2016

Folgende nicht öffentliche Unterlagen liegen beim Sitzungsdienst der Bürgerschaft zur Einsichtnahme vor:

Gesamtkostenübersicht nach Vertragspartnern

1. Beauftragte Entsorgungsunternehmen

1.1. Stadtentsorgung Rostock GmbH (SR GmbH)

1.1.1. Verträge

- Vertrag über die Sammlung und den Transport von Hausmüll und hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen
- Vertrag über die Sammlung, Behandlung und Verwertung von organischen Abfällen
- Vertrag über die Zusammenarbeit bei der Erhebung der Abfallgebühren und der Erarbeitung der Gebührenbescheide
- Vertrag über die Herrichtung, Bewirtschaftung und Betrieb der Recyclinghöfe
- Vertrag über die Erfassung, Einsammlung von Elektro- und Elektronik- Altgeräten aus privaten Haushalten

1.1.2. Ergänzungsvereinbarung zur kalkulatorischen Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals für die bestehenden Altverträge

1.2. Veolia Umweltservice Nord GmbH, Niederlassung Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (EVG) – Übernahme und Entsorgung von gemischten Siedlungsabfällen aus dem Gebiet der Hansestadt Rostock

1.2.1. Vertrag

1.2.2. Zuschlagsschreiben

1.3. Veolia Umweltservice Nord GmbH - Einsammlung und Verwertung von Papierabfällen 2014-2018

1.3.1. Angebot vom 29.01.2014

1.3.2. Auftrag vom 26.05.2014

1.3.3. Vertragsverlängerung 01.01.2019 bis 31.12.2020 gem. Verhandlungsverfahren (Vergabe-Nr. 16/10/2017),

1.3.3.1 Angebot vom 18.7.2017

1.3.3.2 Auftrag vom 19.10.2017

- 1.4. Veolia Umweltservice Nord GmbH - Niederlassung Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (EVG) – Verwertung des Sperrmülls aus Haushaltungen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock
 - 1.4.1. Angebot vom 23.01.2019
 - 1.4.2. Auftrag vom 08.07.2019
 - 1.4.3 Leistungsbeschreibung und Leistungsverzeichnis, Vergabenummer: 43/10/18
- 1.5. Veolia Umweltservice Nord GmbH - Entsorgung von gefährlichen Abfällen aus Haushalten der Hansestadt Rostock
 - 1.5.1 Angebot vom 30.06.2016
 - 1.5.2 Auftrag vom 30.09.2016
 - 1.5.3 Vertragsverlängerung 01.01.2020 bis 31.12.2020
- 1.6 EAST-WEST Textilrecycling Kursun GmbH -Sammlung und Verwertung von Alttextilien und Altschuhen in der Hansestadt Rostock für den Zeitraum 2018 -2021
 - 1.6.1 Angebot vom 17.10.2017
 - 1.6.2 Auftrag vom 28.12.2017
- 2. Leistungen im Rahmen der Abfallgebührenkalkulation 2019 für 2020**
 - 2.1 Leistungsangebot und Kalkulation 2020
 - 2.2 Untersuchung und Verwiegung von Abfallbehältern im Rostocker Stadtgebiet 2019
 - 2.3 Ermittlung der Wertkennziffern und Auswertung der Füllstandskontrollen für die behälterbezogenen Abfallmengen des Restmülls in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock für den Kalkulationszeitraum 2020
 - 2.4 Prognose Entleerungshäufigkeiten der Abfallbehälter (WKZ) 2020
 - 2.5 Prüfung des Leistungsangebotes der SR GmbH für das Jahr 2020 (Preisprüfbericht)
- 3. Nachkalkulation 2018**
- 4. Abfallgebührenmodell der Hansestadt Rostock – Fortschreibung 2016**

Alle aufgeführten Verträge und Unterlagen sind nicht öffentlich!

Anlage 1 zur Beschlussvorlage 2019/BV/0262

Satzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtungen und Anlagen zur Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung - AbfGS)

Auf der Grundlage der §§ 5 und 15 Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung - KV M-V) vom 13. Juli 2011 (GVOBl. M-V S. 777), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Juli 2019 (GVOBl. M-V S. 467), des Kommunalabgabengesetzes (KAG M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. April 2005 (GVOBl. M-V S. 146), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Juli 2016 (GVOBl. M-V S. 584), des § 6 Abs. 1 Abfallwirtschaftsgesetz für Mecklenburg-Vorpommern (Abfallwirtschaftsgesetz - AbfWG M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Januar 1997 (GVOBl. M-V S. 43), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. Juni 2012 (GVOBl. M-V S. 186, 187), und der Satzung über die Abfallwirtschaft in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock (Abfallsatzung - AbfS) vom (Amts- und Mitteilungsblatt der Hanse- und Universitätsstadt Rostock Nr. vom); wird nach Beschlussfassung der Bürgerschaft vom folgende Satzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtungen und Anlagen zur Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung - AbfGS) erlassen:

§ 1 Gebührentatbestand

Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock, im Folgenden Stadt genannt, erhebt für die Inanspruchnahme der Einrichtungen und Anlagen der öffentlichen Abfallentsorgung nach Maßgabe dieser Satzung Gebühren.

§ 2 Gebührenschuldnerin, Gebührenschuldner

(1) Gebührenschuldnerin oder Gebührenschuldner ist,

1. wer die Einrichtungen der öffentlichen Abfallentsorgung benutzt, an die Einrichtungen der öffentlichen Abfallentsorgung angeschlossen ist oder sie nach Maßgabe der Abfallsatzung zu benutzen verpflichtet ist,
2. die Anlieferin oder der Anlieferer von Abfällen an die Restabfallbehandlungsanlage,
3. die Erwerberin oder der Erwerber von Abfallsäcken und/oder von Laubsäcken bei Eigenkompostierung.

(2) Bei einem Wechsel der Gebührenschuldnerin oder des Gebührenschuldners sind sowohl die neuen als auch die bisherigen Gebührenschuldner verpflichtet, den Wechsel bis zum 15. des Monats bei der Stadt, Amt für Umweltschutz, anzuzeigen. Danach tritt die neue Gebührenschuldnerin oder der neue Gebührenschuldner zum folgenden Monatsersten an Stelle der bisherigen Gebührenschuldnerin oder des bisherigen Gebührenschuldners. Bei einer Überschreitung der Frist erfolgt der Wechsel zum übernächsten Monatsersten.

(3) Schulden mehrere Personen die Gebühren, so schulden sie gesamtschuldnerisch.

Anlage 1 zur Beschlussvorlage 2019/BV/0262

§ 3 Gebührenpflicht

(1) Die Gebührenpflicht entsteht mit dem Anschluss an die öffentliche Abfallentsorgung. In den Fällen einer Erhöhung des Umfangs der Abfallentsorgung (größere Behälter, zusätzliche Behälter und/oder Erhöhung der Entsorgungszyklen) und der Anlieferung der Abfälle an **die** Restabfallbehandlungsanlage entsteht die Gebührenpflicht mit Inanspruchnahme der Leistung; **im** Falle der Nutzung des zusätzlichen Abfallsackes und des Laubsackes mit Übergabe des Sackes. Bei Nutzung von Abfallsäcken entsprechend § 11 Abs. 4 AbfS entsteht die Gebührenpflicht mit dem Anschluss an die öffentliche Abfallentsorgung.

(2) Die Gebührenpflicht endet mit dem Ablauf des Monats, in dem der Anschluss wegfällt. Die Gebührenpflichtige oder der Gebührenpflichtige hat dies nachzuweisen.

§ 4 Gebührenarten

(1) Die Behältergebühr ist die Gegenleistung für die Entsorgung des Haus- und Geschäftsmülls (System, Transport und Beseitigung) und die auf die Entsorgung entfallenden anteiligen Leistungen des Vertriebes und der Verwaltung.

(2) Die Abfallverwertungsgebühr ist die Gegenleistung für die Entsorgung aller Abfallarten aus Haushaltungen, die der Stadt bei der Vorbereitung zur Wiederverwendung, dem Recycling und der sonstigen Verwertung sowie der hierfür notwendigen Leistungen einschließlich der Recyclinghöfe und der Verwaltung entstehen. Diese umfasst die Entsorgung der Abfallarten

- a) Sperrmüll,
- b) Papier und Pappe,
- c) Garten- und Parkabfälle,
- d) Bioabfälle,
- e) Altgeräte,
- f) Problemabfälle,
- g) Alttextilien
- h) Metallabfälle und
- i) Batterien.**

§ 5 Gebührenmaßstab

Grundlagen der Gebührenberechnung sind

1. für die Behältergebühr die Anzahl, Art und Größe der aufgestellten Abfallbehälter und die Anzahl der Entleerungen pro Jahr,

Anlage 1 zur Beschlussvorlage 2019/BV/0262

2. für die Abfallverwertungsgebühr

- a) die Anzahl der auf dem Grundstück laut Melderegister gemeldeten Personen und die berücksichtigte Eigenkompostierung oder
- b) bei vorübergehend zu Wohnzwecken genutzten Grundstücken die Anzahl der nutzenden Personen und die berücksichtigte Eigenkompostierung.

§ 6 Gebührensätze

(1) Die Behältergebühr für ein Kalenderjahr beträgt bei wöchentlicher Entleerung:

für einen 80-l-Abfallbehälter	145,71 EUR,
für einen 120-l-Abfallbehälter	174,86 EUR,
für einen 240-l-Abfallbehälter	245,84 EUR,
für einen 1.100-l-Abfallbehälter	934,04 EUR.

(2) Die Behältergebühr für ein Kalenderjahr beträgt bei 14-täglicher Entleerung:

für einen 80-l-Abfallbehälter	72,86 EUR,
für einen 120-l-Abfallbehälter	87,43 EUR,
für einen 240-l-Abfallbehälter	122,92 EUR,
für einen 1.100-l-Abfallbehälter	467,02 EUR.

(3) Die Behältergebühr für ein Kalenderjahr beträgt bei 28-täglicher Entleerung:

für einen 80-l-Abfallbehälter	36,43 EUR,
für einen 120-l-Abfallbehälter	43,71 EUR.

(4) Die Behältergebühr für ein Kalenderjahr beträgt bei 2-mal wöchentlicher Entleerung:

für einen 240-l-Abfallbehälter	491,68 EUR,
für einen 1.100-l-Abfallbehälter	1.868,07 EUR.

(5) Die Abfallverwertungsgebühr für ein Kalenderjahr beträgt bei berücksichtigter Eigenkompostierung pro Person

22,75 EUR.

(6) Die Abfallverwertungsgebühr für ein Kalenderjahr beträgt ohne berücksichtigte Eigenkompostierung pro Person

35,92 EUR.

(7) Die Entsorgungsgebühr für Zusatzentsorgungen (Einzelentleerungen) beträgt für:

für einen 80-l-Abfallbehälter	2,80 EUR/Entleerung,
für einen 120-l-Abfallbehälter	3,36 EUR/Entleerung,
für einen 240-l-Abfallbehälter	4,73 EUR/Entleerung,
für einen 1.100-l-Abfallbehälter	17,96 EUR/Entleerung.

(8) Die Entsorgungsgebühr für einen Abfallsack nach § 11 Abs. 4 AbfS beträgt für ein Kalenderjahr bei 28-täglicher Entsorgung:

30,58 EUR.

Anlage 1 zur Beschlussvorlage 2019/BV/0262

(9) Wird die Abfallentsorgung nur für einen Teil des Jahres in Anspruch genommen, so beträgt die Gebühr für jeden angefangenen Monat ein Zwölftel der Jahresgebühr.

(10) Änderungen der Entsorgungsveranlagung werden unter Beachtung der Fristenregelung der Abfallsatzung von der Stadt nach vorheriger Prüfung berücksichtigt.

(11) Für folgende Sonderleistungen sind Gebühren zu entrichten:

- | | |
|---|-------------------|
| 1. Vorhaltegebühr für Wechselbehälter je Abfallbehälter 1.100 l | 46,20 EUR/Jahr, |
| 2. zusätzlicher Abfallsack | 2,35 EUR/Stück, |
| 3. Laubsack | 1,00 EUR/Stück. |
| 4. Presscontainer (10 m ³) | |
| a) Monatsmiete | 157,89 EUR, |
| b) Jahresmiete | 1.894,67 EUR, |
| c) Transportkosten | 111,44 EUR/Stück, |
| 5. Presscontainer (20 m ³) | |
| a) Monatsmiete | 201,91 EUR, |
| b) Jahresmiete | 2.422,88 EUR, |
| c) Transportkosten | 127,86 EUR/Stück. |
| 6. Container (7 m ³) | |
| a) Monatsmiete | 22,38 EUR, |
| b) Jahresmiete | 268,54 EUR, |
| c) Transportkosten | 111,44 EUR/Stück. |

(12) Für die Anlieferung von Siedlungsabfällen entsprechend § 20 Abs. 1 Abfallsatzung auf der Restabfallbehandlungsanlage wird eine Gebühr von **106,42 EUR/t** erhoben.“

§ 7 Gebührenschild

(1) Erhebungszeitraum für die Gebühr nach § 6 Abs. 1 bis 6 und 8 ist das Kalenderjahr. Die Gebührenschild entsteht

1. mit dem Beginn des Kalenderjahres für die
 - a) Behältergebühr nach § 6 Abs. 1 - 4,
 - b) Abfallverwertungsgebühr nach § 6 Abs. 5 - 6 und
 - c) Gebühr für Abfallsäcke nach § 6 Abs. 8 und
 - d) Vorhaltegebühr für Wechselbehälter nach § 6 Abs. 11 Nr. 1,
 2. als anteilige Jahresgebühr mit Beginn des vollen Monats, der dem Anschluss an die öffentliche Abfallentsorgung bei erstmaliger Gebührenpflicht folgt.
- (2) Für Hausmüll wird eine Behältergebühr nach § 6 Abs. 1 - 4 und eine Verwertungsgebühr nach § 6 Abs. 5 - 6 als Jahresgebühr erhoben.
- (3) Für Geschäftsmüll wird nur eine Behältergebühr nach § 6 Abs. 1 - 4 als Quartalsgebühr erhoben.

Anlage 1 zur Beschlussvorlage 2019/BV/0262

(4) Die Gebühr für zusätzliche Abfallsäcke und Laubsäcke nach § 6 Abs. 11 Nr. 2 - 3 wird als Einzelfallgebühr erhoben. Die Gebührenschuld entsteht mit Übergabe des Sackes.

(5) Die Gebühr für Zusatzentsorgungen nach § 6 Abs. 7, für die Presscontainer und Container nach § 6 Abs. 11 Nr. 4 - 6 und für die Anlieferung an die Restabfallbehandlungsanlage nach § 6 Abs. 12 wird monatlich erhoben.

§ 8 Gebührenänderung und Rückerstattung

(1) Eine Änderung der Gebühren auf Grundlage einer veränderten Abfallentsorgungsveranlagung gemäß § 9 Abs. 1 AbfS ist nur nach Maßgabe des § 22 Abs. 2 AbfS möglich.

(2) Wird die Abfallentsorgung gemäß § 7 Abs. 4 AbfS unterbrochen, so vermindern sich die Behältergebühren entsprechend.

(3) Die Gebühr reduziert sich nicht, wenn die Anschlusspflichtige und der Anschlusspflichtige Leistungen nicht in Anspruch genommen haben, ohne dass zuvor eine entsprechende Vereinbarung getroffen wurde. Gleiches gilt, wenn die Anschlusspflichtige und der Anschlusspflichtige die Erbringung der Leistung selbst verhindern.

(4) Eine Aufrechnung gegen Gebührenforderungen durch die Gebührenschuldnerin und den Gebührenschuldner ist unzulässig.

(5) Gebührenüberzahlungen werden durch Aufrechnung gegen fällige Forderungen durch die Stadt ausgeglichen.

§ 9 Fälligkeit

(1) Die Jahresgebühr nach § 6 Abs. 1 - 6, 8 und Abs. 11 Nr. 1 wird in vier grundsätzlich gleichen Teilen sowie die Quartalsgebühr für Geschäftsmüll nach § 6 Abs. 1 - 4 jeweils zum 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November fällig. Schuldet die Gebührenschuldnerin oder der Gebührenschuldner nur eine anteilige Jahresgebühr (§ 7 Abs. 1 Nr. 2), so wird die Gebühr für das Quartal, in dem der Anschluss erfolgt, am nächstfolgenden Fälligkeitstermin nach Satz 1 dieser Bestimmung fällig. Die übrige anteilige Jahresgebühr wird entsprechend Satz 1 in Quartalsraten zu den genannten Terminen fällig. Teilbeträge der Jahresgebühr werden durch mathematische Rundungen ermittelt.

(2) Die Gebühr nach § 6 Abs. 7 und Abs. 11 Nr. 4 - 6 ist 14 Tage nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.

(3) Gebühren für Abfallsäcke nach § 6 Abs. 11 Nr. 2 und Laubsäcke nach § 6 Abs. 11 Nr. 3 sind sofort fällig und bar zu entrichten.

Anlage 1 zur Beschlussvorlage 2019/BV/0262

§ 10 Beauftragung Dritter

Die Stadtentsorgung Rostock GmbH nimmt gemäß § 12 a KAG M-V als beauftragter Dritter der Stadt Rostock Aufgaben zur Ermittlung der Berechnungsgrundlage, der Abgabeberechnung, der Ausfertigung und Versendung von Abgabenbescheiden wahr. Die Stadtentsorgung Rostock GmbH kann sich bei der Versendung der Abgabenbescheide ihrerseits dritter Unternehmen als Briefversender bedienen.

§ 11 Inkrafttreten/Außerkräfttreten

Die Satzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtungen und Anlagen zur Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung - AbfGS) tritt am 1. Januar 2020 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung der Hansestadt Rostock über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtungen und Anlagen zur Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung - AbfGS) vom 9. Dezember 2013, veröffentlicht im Amts- und Mitteilungsblatt der Hansestadt Rostock Nr. 25 vom 18. Dezember 2013, zuletzt geändert durch die Fünfte Satzung zur Änderung der Satzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtungen und Anlagen zur Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung - AbfGS) vom 11. Dezember 2018, veröffentlicht im Amts- und Mitteilungsblatt der Hanse- und Universitätsstadt Rostock Nr. 25 vom 19. Dezember 2018, außer Kraft.

Rostock,

Claus Ruhe Madsen
Oberbürgermeister

Anlage 2 zur BV**1. Gesamtkostenübersicht****Prognose 2020**

Leistungsarten	Mengen	Kosten (brutto)
Kosten Abfallverwertung		
Betrieb Recyclinghöfe (RCH)	4 Stck.	1.092.303 €
Sperrmüllsammlung und -verwertung	10.002 t	2.172.142 €
Schrottsammlung	378 t	15.892 €
Grünschnittsammlung und -verwertung	9.726 t	1.106.162 €
Altpapiersammlung	10.656 t	1.043.873 €
Elektronikschrottsammlung	1.100 t	113.865 €
Sondermüllsammlung und -entsorgung	lt. Mengennachweis	105.500 €
Alttextiliensammlung	100 Container	132.591 €
Abfallverwertung ohne Bioabfallentsorgung		5.782.327 €
Verwaltungsgemeinkosten	5,35%	309.461 €
Verwertungskosten ohne Bioabfall		6.091.788 €
Bioabfallsammlung und -verwertung	8.939 t	2.410.247 €
Verwaltungsgemeinkosten	5,35%	128.993 €
Kosten Bioabfallentsorgung (Abfall aus der Biotonne)		2.539.239 €
Kosten der Abfallverwertung gesamt		8.631.027 €
Entsorgung Haus- u. Geschäftsmüll, Restabfallbehandlung		
Einsammlung Haus- und Geschäftsmüll	1.046.289 Entl.	4.822.310 €
Restabfallbehandlung	43.474 t	4.391.187 €
Einsammlung Presscontainer (Sonderleistung)	526 Entl.	80.478 €
Restabfallbehandlung Presscontainer (Sonderleistung)	1.884 t	190.298 €
HM u. Geschäftsmüll gesamt	45.358 t	9.484.273 €
Verwaltungsgemeinkosten	5,35%	507.583 €
Abfallentsorgungskosten gesamt		9.991.856 €
Gesamtkosten		18.622.883 €
davon Kosten SR GmbH		11.272.649 €
davon Kosten sonstige Unternehmen		6.683.067 €
davon Verwaltungskosten HRO		667.167 €
Kostenabschläge		
Verkaufserlöse Altpapier, Schrott, Laubsack		565.316 €
Verkaufserlöse Verwertung von Alttextilien		176.700 €
Anteiliges Ergebnis Nachkalkulation 2017 ¹⁾		86.492 €
Ergebnis Nachkalkulation 2018 ²⁾		575.209 €
Kostenerstattungen Grundsteuer Recyclinghof Dierkow		400 €
Kostenabschläge gesamt		1.404.117 €
gebührenfähige Kosten		17.218.766 €
Aufteilung der Kostenabschläge ³⁾		
Abfallverwertungskosten (95%)		1.333.911 €
Abfallentsorgungskosten (5%)		70.206 €

1) Mit der Gebührensatzung 2019 hat die Bürgerschaft beschlossen, die Gebührenüberdeckung des Jahres 2017 (gesamt: 172.984 Euro) zu 50% im Jahr 2019 i.H.v. 86.492 € und zu 50% im Jahr 2020 i.H.v. 86.492 € auszugleichen.

2) Es wird vorgeschlagen, den Überschuss aus der Nachkalkulation 2018 in Höhe von insgesamt 719.011 Euro zu 80% (575.209 €) im Jahr 2020 und zu 20% (143.802 €) im Jahr 2021 auszugleichen.

3) Es wird vorgeschlagen die Summe des Kostenabschlages aus Gründen der Gebührenstetigkeit zu 95% für die Abfallverwertungskosten und zu 5% für die Abfallentsorgungskosten zu verwenden.

Abfallgebührenkalkulation 2020

2. Kostenvergleich der in den Gebührenkalkulationen 2019 und 2020 enthaltenen Leistungsarten

Leistungsarten	2019			2020			Differenz	
	Mengen	Kosten		Mengen	Kosten		Mengen	Kosten
Abfallverwertung								
Betrieb Recyclinghöfe (RCH)	4 Stck.	916.891 €		4 Stck.	1.092.303 €		0 Stck.	175.412 €
Sperrmüllsammmlung und -verwertung	9.820 t	1.523.132 €		10.002 t	2.172.142 €		182 t	649.010 €
Schrottsammmlung und -verwertung	366 t	14.978 €		378 t	15.892 €		12 t	914 €
Grünschnittsammmlung und -verwertung	10.245 t	1.054.778 €		9.726 t	1.106.162 €		-519 t	51.384 €
Altpapiersammmlung und -verwertung	10.656 t	1.163.983 €		10.656 t	1.043.873 €		0 t	-120.111 €
Elektronikschrottsammmlung	1.100 t	92.738 €		1.100 t	113.865 €		0 t	21.127 €
Alttextiliensammmlung und -verwertung	100 Container	132.591 €		100 Container	132.591 €		0	0 €
Sondermüllsammmlung und -entsorgung	lt. Mengennachweis	104.639 €		lt. Mengennachweis	105.500 €		lt. Mengennachweis	861 €
Abfallverwertung ohne Bioabfallentsorgung		5.003.730 €			5.782.327 €			778.597 €
V-Gemeinkosten	6,19%	309.828 €		5,35%	309.461 €		-0,84%	-368 €
Abfallverwertungskosten ohne Bioabfall		5.313.558 €			6.091.788 €			778.230 €
Bioabfallentsorgung	8.902 t	2.234.508 €		8.939 t	2.410.247 €		37 t	175.739 €
V-Gemeinkosten	6,19%	138.360 €		5,35%	128.993 €		-0,84%	-9.367 €
Kosten Bioabfallentsorgung		2.372.867 €			2.539.239 €			166.372 €
Kosten der Abfallverwertung gesamt		7.686.426 €			8.631.027 €			944.601 €
Hausmüll (HM), Geschäftsmüll (GM)								
Entleerungskosten	1.045.181 Entl.	4.601.155 €		1.046.289 Entl.	4.822.310 €		1.108 Entl.	221.155 €
Restabfallbehandlung	43.535 t	4.397.348 €		43.474 t	4.391.187 €		-61 t	-6.161 €
Einsammmlung Presscontainer (Sonderleistung)	509 Entl.	78.815 €		509 Entl.	80.478 €		9 Entl.	1.664 €
Restabfallbehandlung Presscontainer (Sonderleistung)	1.866 t	188.479 €		1.884 t	190.298 €		18 t	1.818 €
HM u. GM gesamt		9.265.798 €			9.484.273 €			218.475 €
V-Gemeinkosten	6,19%	573.734 €		5,35%	507.583 €		-0,84%	-66.150 €
Kosten der Abfallentsorgung gesamt		9.839.531 €			9.991.856 €			152.325 €
Gesamtkosten		17.525.957 €			18.622.883 €			1.096.926 €
dav. V-Gemeinkosten		1.021.922 €			946.037 €			-75.885 €

3. Abfallgebührensätze

3.1. Kalkulation der Abfallverwertungsgebühr (Vergleich mit den Gebührensätzen 2019)

	2019		2020		Differenz	
	Personen	Kosten	Personen	Kosten	Personen	Kosten
Verwertungskosten ohne Bioabfall	208.299	5.313.558 €	209.129	6.091.788 €	830	778.230 €
Kostenabschläge		-1.007.625 €		-1.333.911 €		326.286 €
gebührenfähige Abfallentsorgungskosten		4.305.934 €		4.757.877 €		451.943 €
Gebührensatz pro Person		20,67 €		22,75 €		2,08 €
Kosten Bioabfallentsorgung	191.843	2.372.867 €	192.820	2.539.239 €	977	166.372 €
Gebührensatz		12,37 €		13,17 €		0,80 €
gebührenfähige Gesamtkosten		6.678.801 €		7.297.116 €		618.315 €
Abfallverwertungsgebühr pro Person ohne Bioabfallentsorgung		20,67 €		22,75 €		2,08 €
Abfallverwertungsgebühr pro Person mit Bioabfallentsorgung		33,04 €		35,92 €		2,88 €

Prognose Abfallverwertungsgebühreneinnahmen 2020

Abfallverwertungsgebühren ohne Bioabfall	16.309 Personen	22,75 € Euro/Person	371.045 Euro
Abfallverwertungsgebühren mit Bioabfall	192.820 Personen	35,92 € Euro/Person	6.926.072 Euro
Summe Abfallverwertungsgebühren			7.297.116 Euro

Abfallgebührenkalkulation 2020

3.2. Kalkulation der Gebühren für Haus- und Geschäftsmüll**3.2.1. Ermittlung der Kosten für die Restabfallbehandlung**

Leistungen	t	Preis/t	Kosten
Restabfall- behandlung	43.474	101,01 €	4.391.187 €
Kosten pro Jahr			4.391.187 €

3.2.2. Ermittlung der Kosten für die RABA pro Behälterentleerung

Behälter	Entleerungen	WKZ Abfallbehandlung	norm. Entleerungen	Kosten RABA
Abfallsack	2.237	0,8	1.790	0,93 €
80-I	212.604	1,0	212.604	1,16 €
120-I	117.619	1,2	141.143	1,39 €
240-I	316.000	1,8	568.800	2,09 €
1.100-I	397.829	7,2	2.864.369	8,34 €
Summe	1.046.289		3.788.705	

WKZ Ing. F. Friedrich

3.2.3. Ermittlung der Gesamtkosten für die Entleerung

Leistungen	Behälter	Kosten
Entsorgung v. Haus- und Geschäftsmüll	Abfallsack	2.962 €
	80-I	323.553 €
	120-I	214.799 €
	240-I	769.451 €
	1.100-I	3.511.545 €
Kosten pro Jahr		4.822.310 €

3.2.4. Ermittlung der Kosten für die Entleerung pro Behälter

Behälter	Entleerungen	WKZ Sammlung	norm. Entleerungen	Kosten Entleerung
Abfallsack	2.237	0,87	1.946	1,32 €
80-I	212.604	1,0	212.604	1,52 €
120-I	117.619	1,2	141.143	1,83 €
240-I	316.000	1,6	505.600	2,43 €
1.100-I	397.829	5,8	2.307.408	8,83 €
Summe	1.046.289		3.168.701	

WKZ SR GmbH

3.2.5. Verrechnung des Kostenabschlages pro Behälter

Behälter	Entleerungen	WKZ Sammlung	norm. Entleerungen	Kosten- abschlag
Abfallsack	2.237	0,87	1.946	0,02 €
80-I	212.604	1,0	212.604	0,02 €
120-I	117.619	1,2	141.143	0,03 €
240-I	316.000	1,6	505.600	0,04 €
1.100-I	397.829	5,8	2.307.408	0,13 €
Summe	1.046.289		3.168.701	

WKZ SR GmbH

Abfallgebührenkalkulation 2020

3.2.6. Kostenübersicht

Kostenabschlag 70.206 €

Behälter	Entleerung (Einsammeln, Transport, Behälterkosten)	Restabfall- behandlung	Verwaltungs- gemeinkosten	Kosten- abschlag	Summe (Sp.2 bis 5)
1	2	3	4	5	6
Abfallsack	2.962 €	2.074 €	270 €	-43 €	5.262 €
80 l	323.553 €	246.412 €	30.504 €	-4.710 €	595.758 €
120 l	214.799 €	163.587 €	20.251 €	-3.127 €	395.510 €
240 l	769.451 €	659.251 €	76.462 €	-11.202 €	1.493.961 €
1.100 l	3.511.545 €	3.319.862 €	365.606 €	-51.123 €	7.145.890 €
Summe	4.822.310 €	4.391.187 €	493.092 €	-70.206 €	9.636.383 €

3.2.7. Kalkulation der Gebührensätze3.2.7.1. Einzelgebühr

Behälter	Entleerungs- kosten	Kosten RABA	Herstellkosten	Verwaltungs- gemeinkosten	Kosten- abschlag	Gebühr
Abfallsack	1,32 €	0,93 €	2,25 €	0,12 €	-0,02 €	2,35 €
80-l	1,52 €	1,16 €	2,68 €	0,14 €	-0,02 €	2,80 €
120-l	1,83 €	1,39 €	3,22 €	0,17 €	-0,03 €	3,36 €
240-l	2,43 €	2,09 €	4,52 €	0,24 €	-0,04 €	4,73 €
1.100-l	8,83 €	8,34 €	17,17 €	0,92 €	-0,13 €	17,96 €

Verwaltungs-
gemeinkostensatz 5,35%3.2.7.2. Jahresgebühr 2020

Ermittlung Gebührensatz multipliziert mit der Anzahl der Entleerungen (Entleerrhythmus)

Behälterart	2 x wöchentlich €/a	wöchentlich €/a	14-täglich €/a	28 - täglich €/a
Abfallsack	-	-	-	30,58
80 l	-	145,71	72,86	36,43
120 l	-	174,86	87,43	43,71
240 l	491,68	245,84	122,92	-
1.100 l	1.868,07	934,04	467,02	-

Abfallgebührenkalkulation 2020

3.2.7.3 Gebührenvergleich 2019 zu 2020

Behälterart	2 x wöchentlich		Differenz	wöchentlich		Differenz
	2019	2020		2019	2020	
Abfallsack	-	-	-	-	-	-
80 l	-	-	-	143,92	145,71	1,79
120 l	-	-	-	172,71	174,86	2,15
240 l	474,01	491,68	17,67	237,00	245,84	8,84
1.100 l	1.817,53	1.868,07	50,54	908,76	934,04	25,28

3.2.7.4 Gebührenvergleich 2019 zu 2020

Behälterart	14-täglich		Differenz	28-täglich		Differenz
	2019	2020		2019	2020	
Abfallsack	-	-	-	30,13	30,58	0,45
80 l	71,96	72,86	0,90	35,98	36,43	0,45
120 l	86,35	87,43	1,08	43,18	43,71	0,53
240 l	118,5	122,92	4,42	-	-	-
1.100 l	454,38	467,02	12,64	-	-	-

Abfallgebührekalkulation 2020

3.3. Gebühren für Sonderleistungen

Leistungsart nach § 7 Abfallgebührensatzung	2019			2020		
	Preis *)	VGK	Gebühr inkl. VGK	Preis *)	VGK	Gebühr
Vorhaltegebühr für Wechselbehälter 1.100 l						
je Abfallbehälter pro Monat	4,39 €		4,39 €	3,85 €		3,85 €
je Abfallbehälter pro Jahr	52,68 €		52,68 €	46,20 €		46,20 €
Laubsack			1,00 €			1,00 €
Abfallsack			2,32 €			2,35 €
Presscontainer 10 m³						
Miete pro Monat	147,54 €	8,58 €	156,12 €	149,87 €	8,02 €	157,89 €
Miete pro Jahr	1.770,43 €	102,97 €	1.873,41 €	1.798,42 €	96,25 €	1.894,67 €
Transportkosten pro Bewegung	104,41 €	6,07 €	110,48 €	105,78 €	5,66 €	111,44 €
Presscontainer 20 m³						
Miete pro Monat	188,66 €	10,97 €	199,64 €	191,65 €	10,26 €	201,91 €
Miete pro Jahr	2.263,95 €	131,68 €	2.395,63 €	2.299,79 €	123,08 €	2.422,88 €
Transportkosten pro Bewegung	119,80 €	6,97 €	126,77 €	121,37 €	6,50 €	127,86 €
Absetzcontainer 7 m³ (Mulde)						
Miete pro Monat	26,57 €	1,55 €	28,12 €	21,24 €	1,14 €	22,38 €
Miete pro Jahr	318,87 €	18,55 €	337,42 €	254,90 €	13,64 €	268,54 €
Transportkosten pro Bewegung	104,41 €	6,07 €	110,48 €	105,78 €	5,66 €	111,44 €

*) Angebotspreise (brutto) der SR GmbH

Verwaltungsgemeinkostensatz 5,35%

Anmerkung:

Die Gebühren für Sonderleistungen basieren auf den Preisen des beauftragten Dritten.

Die Verwaltung schlägt vor, auf die Erhebung eines Verwaltungsgemeinkostenzuschlages beim Laubsack zu verzichten, da diese Kosten in den Leistungen der Abfallverwertung enthalten sind. Für den Laubsack wird seit dem 01.01.2016 eine Schutzgebühr erhoben, um weiterhin Anreize für die Nutzung zu schaffen. Die eigentlichen Kosten wurden im Bereich der Bioabfallsorgung berücksichtigt.

Bei der Abfallsackentsorgung und den Gebühren für die Press- und Absetzcontainer wurden Verwaltungsgemeinkosten (VGK) berücksichtigt.

3.4. Gebührensätze für die Direktanlieferung

Ermittlung des Gebührensatzes

	t	Preis/t	Kosten
Restabfallbehandlung	1.884	101,01 €	190.298 €
Verwaltungsgemeinkosten (VGK)	5,35%		10.184 €
Summe			200.482 €

	2019		2020	
	Preis *)	Gebühr	Preis *)	Gebühr
Anlieferung von Siedlungsabfällen zur Restabfallbehandlungsanlage	101,01 €	101,01 €	101,01 €	101,01 €
Verwaltungsgemeinkosten		6,25 €		5,41 €
Summe	101,01 €	107,26 €	101,01 €	106,42 €

*) Angebotspreis (brutto) der EVG

4. Ermittlung des Verwaltungsaufwandes für 2020

Kostenarten	Gebührenfähige Kosten	Kostenstellen		
		Abfall- entsorgung	Wider- spruchsbe- arbeitung	Gebühren- haushalt
Personalkosten	438.386 €	304.737 €	92.466 €	41.183 €
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	30.500 €	21.400 €	9.100 €	0 €
Abschreibungen	400 €	400 €	0 €	0 €
Sonstige laufende Aufwendungen	106.200 €	85.800 €	5.200 €	15.200 €
Gemeinkosten Umweltamt	575.486 €	412.337 €	106.766 €	56.383 €
Umlage Ltq.u. Verw.	69.481 €	49.783 €	12.890 €	6.807 €
Gesamtkosten Umweltamt	644.967 €	462.120 €	119.656 €	63.190 €
Umlage Stadtkasse	14.600 €			
Umlage Stadtamt	7.600 €			
Verwaltungsaufwand HRO	667.167 €			

5. Ermittlung Gemeinkostensatz Verwaltung

Kosten Abfallwirtschaft	
Abfallverwertung einschl. Bioabfall	8.192.574 €
Sammlung Hausmüll/ Geschäftsmüll	4.902.788 €
Restabfallbehandlung	4.581.485 €
Gesamtkosten	17.676.847 €
Verwaltungskosten HRO	667.167 €
Gebühreneinzug	278.870 €
Summe Verwaltungsgemeinkosten	946.037 €
Anteil an den Gesamtkosten	5,35%
Gesamtkosten einschl. Verwaltungsgemeinkosten	18.622.883 €

Abfallgebührenkalkulation 2020

6. Personalkosten Umweltamt 2020

Abteilung	Kosten pro Jahr (einschl. AG-Anteil, Umlage, Zusatzver- sorgung)	Personalneben- kosten Angestellte (Unfallumlage)	Versorgungs- beiträge Beamte	Beihilfe	Gesamtkosten	anteil. Gebühr	fin. Aufwand
Abfallentsorgung							
73.1.1	97.000 €	703 €	0 €	0 €	97.703 €	0,30	29.311 €
73.1.3	64.400 €	467 €	0 €	0 €	64.867 €	0,45	29.190 €
73.1.4	41.400 €	0 €	0 €	3.725 €	45.125 €	0,55	24.819 €
73.1.7	63.000 €	457 €	0 €	0 €	63.457 €	0,55	34.901 €
73.1.8	65.900 €	478 €	0 €	0 €	66.378 €	0,41	27.215 €
73.1.10	67.000 €	486 €	0 €	0 €	67.486 €	0,77	51.964 €
73.1.11	58.900 €	427 €	0 €	0 €	59.327 €	0,80	47.462 €
73.1.15	77.000 €	558 €	0 €	0 €	77.558 €	0,07	5.429 €
73.1.16	69.300 €	502 €	0 €	0 €	69.802 €	0,78	54.446 €
Summe	603.900 €	4.078 €	0 €	3.725 €	611.703 €	4,68	304.736 €
Widerspruchsbearbeitung							
73.01.5	40.500 €	294 €	0 €	0 €	40.794 €	1,00	40.794 €
73.01.6	51.300 €	372 €	0 €	0 €	51.672 €	1,00	51.672 €
Summe	91.800 €	666 €	0 €	0 €	92.466 €	2,00	92.466 €
Haushalt							
73.01.1	57.900 €	0 €	0 €	3.725 €	61.625 €	0,20	12.325 €
73.01.2	57.300 €	415 €			57.715 €	0,50	28.858 €
Summe	115.200 €	415 €	0 €	3.725 €	119.340 €	0,70	41.183 €
Summe Umweltamt	810.900 €	5.159 €	0 €	7.450 €	823.509 €	7,38	438.384 €

Kalkulationszeitraum: 08/2019

PK UA

Abfallgebührenkalkulation 2020

7. Kalkulation des Verwaltungsaufwandes für Büroarbeitsplätze des A 20 für die Abfallgebühren 2020

Leistung	Arbeitsd./Woche	Arbeitsstd./Jahr	Vergütungs-, Besoldungs-, Lohngruppe	Personalkosten (Jahreswert bezogen auf 40 Std./Woche)	Sachkosten für Büroarbeitsplatz (Pauschalwert: 9.700 EUR)	Personalkosten + Sachkosten	Personalkosten + Sachkosten bezogen auf die jeweilige Jahresarbeitszeit	Gemeinkosten für Büroarbeitsplatz (20 % der vollen Personalkosten)	Kosten des Arbeitsplatzes/Jahr	Kosten des Arbeitsplatzes/Stunde	Kosten/Minute	Veranschlagte Arbeitszeit in Stunden	umzulegender Verwaltungsaufwand in EUR
Eintrag notwendig	Eintrag notw.	automat. Berechnung	Eintrag notw.	Eintrag notwendig	automatischer Eintrag			automatische Berechnung				Eintrag notwendig	automatische Berechnung
2	3	4	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
Aufwand für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs u. Kontenführung	40	1631 *		51.695,00	9.700,00	61.395,00	61.395,00	10.339,00	71.734,00	45,79	0,76	274	12.546,46
Kontogebühren													2.100,00
GESAMT:													14.646,46
Planansatz 2020:													14.600,00
* Durchschnittswert aus 24 MA													

Kalkulationszeitraum: 08/2019

PK SK

Abfallgebührenkalkulation 2020

Kalkulation des Verwaltungsaufwandes für Büroarbeitsplätze des Stadtmates für Abfallgebühren 2020

Lfd. Nr.	Leistung	Arbeits- std./ Woche	Arbeits- std./Jahr	Vergü- tungs- Besol- dungs- Lohn- gruppe	Perso- nal- kosten (Jahres- wert be- zogen auf 40 Std./ Woche)	Sach- kosten für Büroar- beitsplatz (Pauschal- wert: 9700 EUR)	Personal- kosten + Sachkosten	Personal- kosten + Sachkosten bezogen auf die jeweilige Jahresar- beitszeit	Gemein- kosten für Nichtbüroar- beitsplatz - (15 % der vollen Perso- nalkosten)	Kosten des Arbeitsplatzes/ Jahr	Kosten des Ar- beits- platzes/ Stunde	Kosten/ Minute	Veran- schlagte Ar- beitszeit in Stunden	umzulgender Verwaltungsaufwand in EUR	
	Eintrag notwendig	Eintrag notw.	automat. Berech- nung	Eintrag notw.	Eintrag notwendig	automatischer Eintrag			automatische Berechnung					Eintrag not- wendig	auto- matische Berech- nung
1	2	3	4	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	
	Aufwand für die Abwicklung des KOD	40,00	1.631	7	46.200,00	9.700,00	55.900,00	55.900,00	6.930,00	62.830,00	38,52	0,64	3,86	148,78	
		35,00	1.427	8	54.000,00	9.700,00	63.700,00	55.737,50	7.087,50	62.825,00	44,03	0,73	27,40	1.206,24	
		40,00	1.631	8	54.000,00	9.700,00	63.700,00	63.700,00	8.100,00	71.800,00	44,02	0,73	31,32	1.378,56	
		40,00	1.631	9a	65.000,00	9.700,00	74.700,00	74.700,00	9.750,00	84.450,00	51,78	0,86	93,95	4.864,32	
										281.905,00					
	GESAMT:													7.597,90	
	Planansatz:													7.600,00	

9. Ergebnisse Preisprüfung 2020 (Preise in Euro und grundsätzlich netto)

	Prüfergebnis	Menge	EP	Einheit
Einsammlung Hausmüll	4.052.361,16	43.474	93,21	Euro/t
Abfuhr Biogut (Biotonne)	1.420.247,16	8.939	158,88	Euro/t
Kompostierung Biogut	605.170,30	8.939	67,70	Euro/t
Kompostierung Grüngut	400.711,20	9.726	41,20	Euro/t
Abfuhr Grüngut	528.836,74	9.726	54,37	Euro/t
Abfuhr Schrott	13.354,56	142	94,05	Euro/Container
Abfuhr "Klarschiff"	4.837,97	43	112,51	Euro/Container
Spermmüllerrfassung	976.659,50	10.002	97,65	Euro/t
Elektroaltgerätesammlung	95.684,54	pauschal	95.684,54	Euro/Jahr
Recyclinghöfe	1.019.891,05	pauschal	1.019.891,05	Euro/Jahr
Gebühreneinzug	234.344,18	pauschal	234.344,18	Euro/Jahr
	9.352.098,36			

Ermittlung der Behälterkosten Einsammlung Hausmüll

Entleerungen:	WKZ	Sammlung	nom. Leerungen	EP	Kosten SR
212.604	80 Liter MGB	1,00	212.604	1,28	271.893,16 Euro
117.619	120 Liter MGB	1,20	141.143	1,53	180.503,48 Euro
316.000	240 Liter MGB	1,60	505.600	2,05	646.597,35 Euro
397.829	1100 Liter MGB	5,80	2.307.408	7,42	2.950.878,23 Euro
2.237	Regel- und Überhangsack	0,87	1.946	1,11	2.488,93 Euro
1.046.289			3.168.701		4.052.361,16 Euro

Transport Presscontainer

10 m³	88,89 Euro/Stück	266 Stück Entl.	23.644,74
20 m³	101,99 Euro/Stück	260 Stück Entl.	26.517,40

Miete Presscontainer

10 m³	125,94 Euro/Monat	9 Miete	13.601,52
20 m³	161,05 Euro/Monat	2 Miete	3.865,20
Gesamtkosten Presscontainer			67.628,86

preisrechtliche Prüfung 9.419.727,22

10. Nachkalkulation der Abfallgebühren 2018

Leistungen	Plan 2018		Ist 2018		Abweichungen	
	Mengen	Kosten	Mengen	Kosten	Mengen	Kosten
1. Kostenauswertung						
Abfallverwertung						
Bioabfallsorgung (Abfall aus der Biotonne sowie Grünschnitt)	19.005 t	3.081.402	17.491 t	2.881.807	-1.514 t	-199.595
Sperrmüll/Schrott	10.117 t	1.468.809	10.714 t	1.548.130	597 t	79.321
Altpapier	11.804 t	1.557.670	10.127 t	1.385.693	-1.677 t	-171.977
Elektronikschrott	1.100 t	86.966	966 t	86.966	-134 t	0
Schadstoffe	lt.Mengennachw.	104.541	lt.Mengennachw.	104.852		311
Alttextilien	0	0	100 Container	132.591		132.591
Recyclinghöfe	4 Stck.	892.086	4 Stck.	892.086		0
Abfallverwertung gesamt		7.191.474		7.032.125		-159.349
Abfallentsorgung Hausmüll, hausmüllähnlicher Gewerbeabfall						
Entleerungskosten	1.049.740 Entl.	4.426.095	1.045.306 Entl.	4.813.728	-4.434 Entl.	387.633
Restabfallbehandlung	45.265 t	4.572.091	45.160 t	4.206.645	-105 t	-365.446
HM u. Hmä. GA gesamt		8.998.186		9.020.374		22.188
VuV-Kosten						
Stadtverwaltung		731.186		613.786		-117.400
Abschreibungen		100		125		25
Gebühreneinzug		258.122		258.122		0
VuV-Kosten gesamt		989.408		872.033		-117.375
Gesamtkosten		17.179.068		16.924.531		-254.537
Zu- und Abschläge zu den Gesamtkosten						
Ergebnis Nachkalkulation 2015		-230.836				
Ergebnis Nachkalkulation 2016		-373.590				
Verkaufserlöse Schrott, Altpapier, Laubsack		-670.000				
Kostenerstattung Grundsteuer RCH Dierkow		-400				
Zu- und Abschläge gesamt		-1.274.826				
gebührenfähige Kosten		15.904.242		16.924.531		
2. Einnahmen aus Leistungen						
Entleerungs- u. Verwertungsgebühr	15.904.242		16.364.240			459.998
Verkaufserlöse Altpapier, Schrott, Laubsack	670.000		497.845			-172.155
Verkaufserlös Verwertung Altpapier	0		176.700			176.700
Einsatz Gebührenrücklage	604.426		604.426			0
Kostenerstattung Grundsteuer RCH Dierkow	400		331			-69
Einnahmen gesamt	17.179.068		17.643.542			464.474
3. Kostendeckung						
Kosten gesamt	17.179.068		16.924.531			-254.537
Einnahmen gesamt	17.179.068		17.643.542			464.474
Kostendeckung	-		719.011			-719.011

Darstellung der Änderungen – Synopse

Anlage 3 zur Vorlage - 2019/BV/0262

Satzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtungen und Anlagen zur Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung - AbfGS)

<u>AbfGS geltendes Recht (alt)</u>	<u>AbfGS künftiges Recht (neu)</u>
<p>§ 2 Gebührenschuldnerin, Gebührenschuldner</p> <p>(1) Gebührenschuldnerin oder Gebührenschuldner ist,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. wer die Einrichtungen der öffentlichen Abfallentsorgung benutzt, an die Einrichtungen der öffentlichen Abfallentsorgung angeschlossen ist oder sie nach Maßgabe der Abfallsatzung zu benutzen verpflichtet ist, 2. die Anlieferin oder der Anlieferer von Abfällen an der Restabfallbehandlungsanlage, 3. die Erwerberin oder der Erwerber von Abfallsäcken und/oder von Laubsäcken bei Eigenkompostierung. <p>§ 3 Gebührenpflicht</p> <p>(1) Die Gebührenpflicht entsteht mit dem Anschluss an die öffentliche Abfallentsorgung. In den Fällen einer Erhöhung des Umfangs der Abfallentsorgung (größere Behälter, zusätzliche Behälter und/oder Erhöhung der Entsorgungszyklen) und der Anlieferung der Abfälle an der Restabfallbehandlungsanlage entsteht die Gebührenpflicht mit Inanspruchnahme der Leistung. Im Falle der Nutzung des zusätzlichen Abfallsackes und des Laubsackes mit Übergabe des Sackes. Bei Nutzung von Abfallsäcken entsprechend § 11 Abs. 4 AbfS entsteht die Gebührenpflicht mit dem Anschluss an die öffentliche Abfallentsorgung.</p> <p>§ 4 Gebührenarten</p> <p>(2) Die Abfallverwertungsgebühr ist die Gegenleistung für die Entsorgung aller Abfallarten aus Haushaltungen, die der Stadt bei der Vorbereitung zur Wiederverwendung, dem Recycling und der sonstigen Verwertung sowie der hierfür notwendigen Leistungen einschließlich der Recyclinghöfe und der Verwaltung, entstehen. Diese umfasst die Entsorgung der Abfallarten</p> <ol style="list-style-type: none"> a) Sperrmüll, b) Papier und Pappe, c) Garten- und Parkabfälle, d) Bioabfälle, e) Altgeräte, f) Problemabfälle, 	<p>§ 2 Gebührenschuldnerin, Gebührenschuldner</p> <p>(1) Gebührenschuldnerin oder Gebührenschuldner ist,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. wer die Einrichtungen der öffentlichen Abfallentsorgung benutzt, an die Einrichtungen der öffentlichen Abfallentsorgung angeschlossen ist oder sie nach Maßgabe der Abfallsatzung zu benutzen verpflichtet ist, 2. die Anlieferin oder der Anlieferer von Abfällen an die Restabfallbehandlungsanlage, 3. die Erwerberin oder der Erwerber von Abfallsäcken und/oder von Laubsäcken bei Eigenkompostierung. <p>§ 3 Gebührenpflicht</p> <p>(1) Die Gebührenpflicht entsteht mit dem Anschluss an die öffentliche Abfallentsorgung. In den Fällen einer Erhöhung des Umfangs der Abfallentsorgung (größere Behälter, zusätzliche Behälter und/oder Erhöhung der Entsorgungszyklen) und der Anlieferung der Abfälle an die Restabfallbehandlungsanlage entsteht die Gebührenpflicht mit Inanspruchnahme der Leistung; im Falle der Nutzung des zusätzlichen Abfallsackes und des Laubsackes mit Übergabe des Sackes. Bei Nutzung von Abfallsäcken entsprechend § 11 Abs. 4 AbfS entsteht die Gebührenpflicht mit dem Anschluss an die öffentliche Abfallentsorgung.</p> <p>§ 4 Gebührenarten</p> <p>(2) Die Abfallverwertungsgebühr ist die Gegenleistung für die Entsorgung aller Abfallarten aus Haushaltungen, die der Stadt bei der Vorbereitung zur Wiederverwendung, dem Recycling und der sonstigen Verwertung sowie der hierfür notwendigen Leistungen einschließlich der Recyclinghöfe und der Verwaltung, entstehen. Diese umfasst die Entsorgung der Abfallarten</p> <ol style="list-style-type: none"> a) Sperrmüll, b) Papier und Pappe, c) Garten- und Parkabfälle, d) Bioabfälle, e) Altgeräte, f) Problemabfälle,

Darstellung der Änderungen – Synopse

Anlage 3 zur Vorlage - 2019/BV/0262

Satzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtungen und Anlagen zur Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung - AbfGS)

<p>g) Alttextilien und h) Metallabfälle.</p> <p>§ 6 Gebührensätze</p> <p>(1) Die Behältergebühr für ein Kalenderjahr beträgt bei wöchentlicher Entleerung:</p> <p>für einen 80-l-Abfallbehälter 143,92 EUR, für einen 120-l-Abfallbehälter 172,71 EUR, für einen 240-l-Abfallbehälter 237,00 EUR, für einen 1.100-l-Abfallbehälter 908,76 EUR.</p> <p>(2) Die Behältergebühr für ein Kalenderjahr beträgt bei 14-täglicher Entleerung:</p> <p>für einen 80-l-Abfallbehälter 71,96 EUR, für einen 120-l-Abfallbehälter 86,35 EUR, für einen 240-l-Abfallbehälter 118,50 EUR, für einen 1.100-l-Abfallbehälter 454,38 EUR.</p> <p>(3) Die Behältergebühr für ein Kalenderjahr beträgt bei 28-täglicher Entleerung:</p> <p>für einen 80-l-Abfallbehälter 35,98 EUR, für einen 120-l-Abfallbehälter 43,18 EUR.</p> <p>(4) Die Behältergebühr für ein Kalenderjahr beträgt bei 2-mal wöchentlicher Entleerung:</p> <p>für einen 240-l-Abfallbehälter 474,01 EUR, für einen 1.100-l-Abfallbehälter 1.817,53 EUR.</p> <p>(5) Die Abfallverwertungsgebühr für ein Kalenderjahr beträgt bei berücksichtigter Eigenkompostierung pro Person 20,67 EUR.</p> <p>(6) Die Abfallverwertungsgebühr für ein Kalenderjahr beträgt ohne berücksichtigte Eigenkompostierung pro Person 33,04 EUR.</p> <p>(7) Die Entsorgungsgebühr für Zusatzentsorgungen (Einzelentleerungen) beträgt für:</p> <p>für einen 80-l-Abfallbehälter 2,77 EUR/Entleerung, für einen 120-l-Abfallbehälter 3,32 EUR/Entleerung, für einen 240-l-Abfallbehälter 4,56 EUR/Entleerung, für einen 1.100-l-Abfallbehälter 17,48 EUR/Entleerung.</p>	<p>g) Alttextilien h) Metallabfälle und i) Batterien.</p> <p>§ 6 Gebührensätze</p> <p>(1) Die Behältergebühr für ein Kalenderjahr beträgt bei wöchentlicher Entleerung:</p> <p>für einen 80-l-Abfallbehälter 145,71 EUR, für einen 120-l-Abfallbehälter 174,86 EUR, für einen 240-l-Abfallbehälter 245,84 EUR, für einen 1.100-l-Abfallbehälter 934,04 EUR.</p> <p>(2) Die Behältergebühr für ein Kalenderjahr beträgt bei 14-täglicher Entleerung:</p> <p>für einen 80-l-Abfallbehälter 72,86 EUR, für einen 120-l-Abfallbehälter 87,43 EUR, für einen 240-l-Abfallbehälter 122,92 EUR, für einen 1.100-l-Abfallbehälter 467,02 EUR.</p> <p>(3) Die Behältergebühr für ein Kalenderjahr beträgt bei 28-täglicher Entleerung:</p> <p>für einen 80-l-Abfallbehälter 36,43 EUR, für einen 120-l-Abfallbehälter 43,71 EUR.</p> <p>(4) Die Behältergebühr für ein Kalenderjahr beträgt bei 2-mal wöchentlicher Entleerung:</p> <p>für einen 240-l-Abfallbehälter 491,68 EUR, für einen 1.100-l-Abfallbehälter 1.868,07 EUR.</p> <p>(5) Die Abfallverwertungsgebühr für ein Kalenderjahr beträgt bei berücksichtigter Eigenkompostierung pro Person 22,75 EUR.</p> <p>(6) Die Abfallverwertungsgebühr für ein Kalenderjahr beträgt ohne berücksichtigte Eigenkompostierung pro Person 35,92 EUR.</p> <p>(7) Die Entsorgungsgebühr für Zusatzentsorgungen (Einzelentleerungen) beträgt für:</p> <p>für einen 80-l-Abfallbehälter 2,80 EUR/Entleerung, für einen 120-l-Abfallbehälter 3,36 EUR/Entleerung, für einen 240-l-Abfallbehälter 4,73 EUR/Entleerung, für einen 1.100-l-Abfallbehälter 17,96 EUR/Entleerung.</p>
--	--

Darstellung der Änderungen – Synopse

Anlage 3 zur Vorlage - 2019/BV/0262

Satzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtungen und Anlagen zur Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung - AbfGS)

<p>(8) Die Entsorgungsgebühr für einen Abfallsack nach § 11 Abs. 4 AbfS beträgt für ein Kalenderjahr bei 28-täglicher Entsorgung: 30,13 EUR.</p> <p>(11) Für folgende Sonderleistungen sind Gebühren zu entrichten:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Vorhaltegebühr für Wechselbehälter je Abfallbehälter 1.100 l 52,68 EUR/Jahr, 2. zusätzlicher Abfallsack 2,32 EUR/Stück, 3. Laubsack 1,00 EUR/Stück. 4. Presscontainer (10 m³) <ol style="list-style-type: none"> a) Monatsmiete 156,67 EUR, b) Jahresmiete 1.880,06 EUR, c) Transportkosten 113,96 EUR/Stück, 5. Presscontainer (20 m³) <ol style="list-style-type: none"> a) Monatsmiete 200,34 EUR, b) Jahresmiete 2.404,13 EUR, c) Transportkosten 125,12 EUR/Stück. 6. Container (7 m³) <ol style="list-style-type: none"> a) Monatsmiete 28,22 EUR, b) Jahresmiete 338,62 EUR, c) Transportkosten 113,96 EUR/Stück. <p>(12) Für die Anlieferung von Siedlungsabfällen entsprechend § 20 Abs. 1 Abfallsatzung auf der Restabfallbehandlungsanlage wird eine Gebühr von 107,26 EUR/t erhoben.</p> <p>§ 7 Gebührenschuld</p> <p>(1) Erhebungszeitraum für die Gebühr nach § 6 Abs. 1 bis 6 und 8 ist das Kalenderjahr. Die Gebührenschuld entsteht</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. mit dem Beginn des Kalenderjahres für die <ol style="list-style-type: none"> a) Behältergebühr nach § 6 Abs. 1 - 4, b) Abfallverwertungsgebühr nach § 6 Abs. 5 - 6 und c) Gebühr für Abfallsäcke nach § 6 Abs. 8 und d) die Vorhaltegebühr für Wechselbehälter nach § 6 Abs. 11 Nr. 1, 2. als anteilige Jahresgebühr mit Beginn des vollen Monats, der dem Anschluss an die öffentliche Abfallentsorgung bei erstmaliger Gebührenpflicht folgt. <p>§ 8 Gebührenänderung und Rückerstattung</p> <p>(3) Die Gebühr reduziert sich nicht, wenn</p>	<p>(8) Die Entsorgungsgebühr für einen Abfallsack nach § 11 Abs. 4 AbfS beträgt für ein Kalenderjahr bei 28-täglicher Entsorgung: 30,58 EUR.</p> <p>(11) Für folgende Sonderleistungen sind Gebühren zu entrichten:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Vorhaltegebühr für Wechselbehälter je Abfallbehälter 1.100 l 46,20 EUR/Jahr, 2. zusätzlicher Abfallsack 2,35 EUR/Stück, 3. Laubsack 1,00 EUR/Stück. 4. Presscontainer (10 m³) <ol style="list-style-type: none"> a) Monatsmiete 157,89 EUR, b) Jahresmiete 1.894,67 EUR, c) Transportkosten 111,44 EUR/Stück, 5. Presscontainer (20 m³) <ol style="list-style-type: none"> a) Monatsmiete 201,91 EUR, b) Jahresmiete 2.422,88 EUR, c) Transportkosten 127,86 EUR/Stück. 6. Container (7 m³) <ol style="list-style-type: none"> a) Monatsmiete 22,38 EUR, b) Jahresmiete 268,54 EUR, c) Transportkosten 111,44 EUR/Stück. <p>(12) Für die Anlieferung von Siedlungsabfällen entsprechend § 20 Abs. 1 Abfallsatzung auf der Restabfallbehandlungsanlage wird eine Gebühr von 106,42 EUR/t erhoben.</p> <p>§ 7 Gebührenschuld</p> <p>(1) Erhebungszeitraum für die Gebühr nach § 6 Abs. 1 bis 6 und 8 ist das Kalenderjahr. Die Gebührenschuld entsteht</p> <ol style="list-style-type: none"> 3. mit dem Beginn des Kalenderjahres für die <ol style="list-style-type: none"> a) Behältergebühr nach § 6 Abs. 1 - 4, b) Abfallverwertungsgebühr nach § 6 Abs. 5 - 6 und c) Gebühr für Abfallsäcke nach § 6 Abs. 8 und d) die Vorhaltegebühr für Wechselbehälter nach § 6 Abs. 11 Nr. 1, 4. als anteilige Jahresgebühr mit Beginn des vollen Monats, der dem Anschluss an die öffentliche Abfallentsorgung bei erstmaliger Gebührenpflicht folgt. <p>§ 8 Gebührenänderung und Rückerstattung</p> <p>(3) Die Gebühr reduziert sich nicht, wenn</p>
--	---

Darstellung der Änderungen – Synopse

Anlage 3 zur Vorlage - 2019/BV/0262

Satzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtungen und Anlagen zur Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung - AbfGS)

<p>die Anschlusspflichtige und der Anschlusspflichtige Leistungen nicht in Anspruch genommen haben, ohne dass zuvor eine entsprechende Vereinbarung getroffen wurde. Gleiches gilt, wenn die Anschlusspflichtige und der Anschlusspflichtige die Erbringung der Leistung selbst verhindert.</p> <p>§ 9 Fälligkeit</p> <p>(1) Die Jahresgebühr nach § 6 Abs. 1 - 6, 8 und Abs. 11 Nr. 1 wird in vier grundsätzlich gleichen Teilen sowie die Quartalsgebühr für Geschäftsmüll nach § 6 Abs. 1 - 4, jeweils zum 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November fällig. Schuldet die Gebührenschuldnerin oder der Gebührenschuldner nur eine anteilige Jahresgebühr (§ 7 Abs. 1 Nr. 2), so wird die Gebühr für das Quartal, in dem der Anschluss erfolgt, am nächstfolgenden Fälligkeitstermin nach Satz 1 dieser Bestimmung fällig. Die übrige anteilige Jahresgebühr wird entsprechend Satz 1 in Quartalsraten zu den genannten Terminen fällig. Teilbeträge der Jahresgebühr werden durch mathematische Rundungen ermittelt.</p> <p>§ 10 Beauftragung Dritter</p> <p>Die Stadtentsorgung Rostock GmbH nimmt gemäß § 12 a KAG M-V als beauftragter Dritter der Hansestadt Rostock Aufgaben zur Ermittlung der Berechnungsgrundlage, der Abgabeberechnung, der Ausfertigung und Versendung von Abgabenbescheiden wahr. Die Stadtentsorgung Rostock GmbH kann sich bei der Versendung der Abgabenbescheide ihrerseits dritter Unternehmen als Briefversender bedienen.</p> <p>§ 11 Inkrafttreten</p> <p>Die Fünfte Satzung zur Änderung der Satzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtungen und Anlagen zur Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung - AbfGS) tritt am 1. Januar 2019 in Kraft.</p> <p>Rostock,</p>	<p>die Anschlusspflichtige und der Anschlusspflichtige Leistungen nicht in Anspruch genommen haben, ohne dass zuvor eine entsprechende Vereinbarung getroffen wurde. Gleiches gilt, wenn die Anschlusspflichtige und der Anschlusspflichtige die Erbringung der Leistung selbst verhindern.</p> <p>§ 9 Fälligkeit</p> <p>(1) Die Jahresgebühr nach § 6 Abs. 1 - 6, 8 und Abs. 11 Nr. 1 wird in vier grundsätzlich gleichen Teilen sowie die Quartalsgebühr für Geschäftsmüll nach § 6 Abs. 1 - 4, jeweils zum 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November fällig. Schuldet die Gebührenschuldnerin oder der Gebührenschuldner nur eine anteilige Jahresgebühr (§ 7 Abs. 1 Nr. 2), so wird die Gebühr für das Quartal, in dem der Anschluss erfolgt, am nächstfolgenden Fälligkeitstermin nach Satz 1 dieser Bestimmung fällig. Die übrige anteilige Jahresgebühr wird entsprechend Satz 1 in Quartalsraten zu den genannten Terminen fällig. Teilbeträge der Jahresgebühr werden durch mathematische Rundungen ermittelt.</p> <p>§ 10 Beauftragung Dritter</p> <p>Die Stadtentsorgung Rostock GmbH nimmt gemäß § 12 a KAG M-V als beauftragter Dritter der Stadt Rostock Aufgaben zur Ermittlung der Berechnungsgrundlage, der Abgabeberechnung, der Ausfertigung und Versendung von Abgabenbescheiden wahr. Die Stadtentsorgung Rostock GmbH kann sich bei der Versendung der Abgabenbescheide ihrerseits dritter Unternehmen als Briefversender bedienen.</p> <p>§ 11 Inkrafttreten/Außerkräfttreten</p> <p>Die Satzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtungen und Anlagen zur Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung - AbfGS) tritt am 1. Januar 2020 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung der Hansestadt Rostock über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtungen und Anlagen zur</p>
--	--

Darstellung der Änderungen – Synopse

Anlage 3 zur Vorlage - 2019/BV/0262

Satzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtungen und Anlagen zur Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung - AbfGS)

<p>Roland Methling Oberbürgermeister</p>	<p>Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung - AbfGS) vom 9. Dezember 2013, veröffentlicht im Amts- und Mitteilungsblatt der Hansestadt Rostock Nr. 25 vom 18. Dezember 2013, zuletzt geändert durch die Fünfte Satzung zur Änderung der Satzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtungen und Anlagen zur Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung - AbfGS) vom 11. Dezember 2018, veröffentlicht im Amts- und Mitteilungsblatt der Hanse- und Universitätsstadt Rostock Nr. 25 vom 19. Dezember 2018, außer Kraft.</p> <p>Rostock,</p> <p>Claus Ruhe Madsen Oberbürgermeister</p>
--	---

Gebührenmodell der Hansestadt Rostock Fortschreibung

1. Ziel der Untersuchungen

Seit 15 Jahren wird in der Hansestadt Rostock das gegenwärtige Gebührenmodell angewandt. Grundlage hierfür war die Analyse „Gebührenmodelle in der Abfallwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Bedingungen in der Hansestadt Rostock“ aus dem Jahr 2001. In den Jahren 2003, 2007 und 2011 erfolgten Fortschreibungen entsprechend den aktuellen Anforderungen.

Ziel der diesjährigen Fortschreibung sind Untersuchungen, ob das bestehende Gebührenmodell noch in Übereinstimmung mit den gegenwärtigen und künftigen Entwicklungen steht. Da im Gebührenmodell Wahrscheinlichkeitsmaßstäbe dominierend sind, die in der Rechtsprechung als kritisch eingeschätzt werden, sind die Durchführungen entsprechender Untersuchungen in bestimmten Zeitabständen zwingend geboten. Diese Notwendigkeit entsteht aus dem Verlauf von Entwicklungen, Sachverhalten und Umständen, die für die Entscheidung zu einem bestimmten Gebührenmodell richtig und wichtig waren. Sie können sich so geändert haben, dass u.U. neue Lösungen gefunden werden müssen.

2. Darstellung des gegenwärtigen Standes

Es kann festgestellt werden, dass sich das jetzige Gebührenmodell in der Hansestadt Rostock bewährt hat, dass es zum einen von den Bürgern angenommen wurde und die Hansestadt Rostock seit Einführung des Gebührenmodells keinen gegen das Gebührenmodell gerichteten Rechtsstreit vor einem Verwaltungsgericht verloren hat.

Im Kern besteht das gegenwärtige Gebührenmodell in der Abfallwirtschaft nach § 4 Abfallgebührensatzung der Hansestadt Rostock aus zwei Gebühren:

a) Abfallverwertungsgebühr

Die Abfallverwertungsgebühr ist die Gegenleistung für die Entsorgung aller Abfallarten aus Haushaltungen, die von der Stadt einer Wiederverwertung im Stoffkreislauf zugeführt werden, sowie die hierfür notwendigen Leistungen des Vertriebs einschließlich der Recyclinghöfe und der Verwaltung. Die Gebühr umfasst die Entsorgung der Abfallarten: Sperrmüll, Bioabfälle (nicht bei Eigenkompostierern), Garten- und Parkabfälle, Papier und Pappe, Altgeräte (nur Einsammeln), Problemabfälle.

b) **Behältergebühr**

Diese ist die Gegenleistung für die Entsorgung des Haus- und Geschäftsmülls und schließt alle damit verbundenen Kosten ein.

Die Gebühren werden seit dem Jahr 2007 für Hausmüll als Jahresbescheide erhoben.

3. Rechtliche Grundlagen, politische Entwicklungen auf dem Gebiet der Abfallentsorgung

Nach der letzten Fortschreibung im Jahr 2011 ist im Juni 2012 das neue **Kreislaufwirtschaftsgesetz** (KrWG) in Kraft getreten. Mit diesem wird die EU-Abfallrahmenrichtlinie (Richtlinie 2008/98/EG, AbfRRL) in deutsches Recht umgesetzt. Kern des KrWG ist entsprechend § 6 eine neue fünfstufige Abfallhierarchie und deren rechtliche Umsetzung. Durch diese Hierarchie wird die Rangfolge Abfallvermeidung, Wiederverwendung, Recycling, sonstige Verwertung, insbesondere energetische Verwertung und Verfüllung und als unterste Stufe die Abfallbeseitigung festgelegt.

Weiterhin ist neu, dass öffentlich-rechtliche Entsorger (örE) spätestens ab Januar 2015 Bioabfälle getrennt sammeln müssen (§ 11 Abs. 1 KrWG). Damit beabsichtigt der Gesetzgeber diese Ressourcen noch stärker zu erschließen. In der Hansestadt Rostock wird diese Abfallart seit 1994 flächendeckend getrennt eingesammelt, so dass diese Forderung bereits realisiert ist. Gleiches gilt für die Sammlung von Papier-, Metall-, Kunststoff- und Glasabfällen (§ 14 Abs. 1 KrWG). So sind z.B. gegenwärtig ca. 187.000 Einwohner an die Biotonne angeschlossen, dies entspricht einem Anschlussgrad von 92%. Die Verwertungsquote lag per 31.12.2015 bei 54%.

Neu geregelt wurden unter Berücksichtigung der EU-rechtlichen Vorgaben u.a. weiterhin die gewerblichen Sammlungen (§ 17 Abs. 3 KrWG). Ziel des Gesetzgebers ist es, dass die Erfassung und Verwertung werthaltiger Haushaltsabfälle durch gewerbliche Sammlungen auf der Grundlage eines fairen Wettbewerbes stattfinden. Dabei dürfen die gewerblichen Sammlungen die Funktionsfähigkeit der örE nicht gefährden und dessen Planungssicherheit und Organisationsverantwortung nicht wesentlich beeinträchtigen. In der Stadt werden gegenwärtig durch gewerbliche Sammlungen Anteile an kommunalen Altpapier und Haushaltsschrott dem positiven Kostendeckungsbeitrag im Rahmen der Abfallgebührenkalkulation (Einnahmen aus dem Verkauf) der HRO entzogen, ohne dass derzeit die Wesentlichkeitsschwelle überschritten wird. Aktueller Stand der gewerblichen Sammlungen in der Hansestadt Rostock (Anzeigen nach § 18 KrWG) s. Anlage 1

Bis zum heutigen Tag wurde in Mecklenburg-Vorpommern das KrWG nicht explizit in das AbfWG M-V übernommen. Ausdruck hierfür ist, dass sich nach wie vor alle rechtlichen Verweise im AbfWG M-V noch auf das alte KrW-/AbfG und nicht auf das neue KrWG beziehen. Das KAG M-V wurde seit der letzten Fortschreibung des Gebührenmodells nicht mehr geändert. Es ist somit festzustellen, dass die für die Abfallgebühren wesentlichen Gesetzeslagen auf Landesebene für die Abfallgebühren seit diesem Zeitpunkt gleich geblieben sind.

Die Bürgerschaft der HRO hat mit ihrer Beschlussfassung vom 15.05.2013 zum Abfallwirtschaftskonzept (Nr. 2012/BV/4170), einschließlich der damit vorgenommenen Bestätigung des derzeitigen Gebührenmodells, die kommunalpolitischen Weichen für die Siedlungsabfallwirtschaft der nächsten 10 Jahre gestellt. Ein Fortschreibungsbedarf besteht nach aktueller Einschätzung nicht.

Gegenwärtig wird durch die Bundesregierung ein neues **Wertstoffgesetz** vorbereitet. Noch ist nicht endgültig geklärt, in welche Richtung sich dies entwickeln wird.

Nach den bisherigen Vorstellungen der Bundesregierung (s.a. www.bmub.bund.de) soll in Zukunft die bisherige gelbe Tonne zur Wertstofftonne werden. Sie soll dann nicht nur wie bisher Verpackungen aufnehmen, sondern auch andere Wertstoffe aus Kunststoff und Metall (stoffgleiche Nichtverpackungen), z.B. würden dann alte Kleiderbügel und ausrangiertes Plastikspielzeug nicht mehr in den Restmüll sondern in die Wertstofftonne gehören. Mit dem Wertstoffgesetz soll die bestehende Produktverantwortung für Verpackungen auf Produkte aus Kunststoff und Metall erweitert werden. Finanziert werden soll die Sammlung, Sortierung und Verwertung durch Handel und Industrie. Verantwortlich für die Durchführung wären die dualen Systeme. Wie die Sammlung vor Ort durchgeführt wird, würden die Kommunen bestimmen. Sie könnten z.B. darüber entscheiden, ob in einer Tonne gesammelt wird oder in Säcken oder auch, dass der Abfall zu Wertstoffhöfen gebracht werden soll, und sie entscheiden wann und wie oft abgeholt wird. Damit könnten Restmüll- und Wertstoffsammlung optimal aufeinander abgestimmt werden. Hinsichtlich der entstehenden Kosten für die Kommunen besteht noch keine vollständige Klarheit. In den Dokumenten der Bundesregierung wird ausgeführt, dass sie jedenfalls unter 2 Euro pro Einwohner und Jahr liegen werden, an anderer Stelle heißt es, dass weder Gebührenerhöhungen noch Gebührensenkungen zu erwarten sind.

Ob dies tatsächlich so wird, muss angesichts eines neuen Arbeitsentwurfes des BMUB für ein Wertstoffgesetz von Anfang Juni 2016 bezweifelt werden, in dem sich einige der o.g. Ausführungen nicht mehr wiederfinden.

Eine vollkommen andere Position als die Bundesregierung vertritt seit dem Jahr 2013 die Gemeinschaftsinitiative zur Abschaffung der dualen Systeme (GemIni). Mitglieder sind namhafte kommunale und private Entsorgungsunternehmen. Deren Hauptforderung ist, dass die dualen Systeme abzuschaffen sind, weil sie nach ihrer Auffassung bislang keinen ökologischen Beitrag geleistet haben sowie überflüssig und kostenaufwendig sind. Die GemIni tritt für eine Neuordnung der Wertstoffwirtschaft ein. Im Zentrum des Konzepts stehen die Wertstoffeffassung und das Wertstoffrecycling ohne Systembetreiber und in kommunaler Verantwortung. Nach den Vorstellungen soll es keine zentrale Stelle als neue aufwändige Behördenstruktur geben, die Produktabgaben zur Finanzierung von Standardkosten erhebt. Vielmehr sollen die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger neben der Organisationsverantwortung auch die Finanzverantwortung haben. Die Kosten wie die Verwertungserlöse sollen über den Gebührenhaushalt abgewickelt werden.

Zusammenfassend ist leider festzustellen, dass gegenwärtig keine definitiven Aussagen darüber getroffen werden können, ob und wenn ja was und wie sich im Rahmen eines künftigen Wertstoffgesetzes für die öRE und insbesondere für die Abfallgebühren ändern würde. Prognosen hinsichtlich der Auswirkungen auf die derzeitige Abfallwirtschaftskonzeption (z.B. Erweiterung der Produktverantwortung oder die neue Definition von Überlassungspflichten) der HRO und damit die Auswirkung auf das Gebührenmodell sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich.

4. Einzuhaltende Rechtsprinzipien

Der entscheidende Prüfstein für ein Gebührenmodell ist, dass die Gebühren rechtssicher sind. Um diese notwendige Rechtssicherheit bei den Abfallgebühren zu erreichen, müssen die der Spruchpraxis zugrunde liegenden Rechtsprinzipien unbedingt eingehalten werden.

Hierzu wurde eine umfangreiche Recherche der Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichtes und der Verwaltungsgerichte der einzelnen Bundesländer auf dem Gebiet des Abfall- und des Gebührenrechts vorgenommen. Im Ergebnis ist grundsätzlich festzustellen, dass im Unterschied zu den letzten Fortschreibungen seit der letzten Fortschreibung Gerichtsentscheidungen zu Abfallgebühren nur noch in sehr geringer Anzahl getroffen wurden. Es wurden dabei auch keine Entscheidungen von grundsätzlicher bzw. richtungsweisender Bedeutung auf diesen Gebieten gefunden. Ausdruck hierfür ist vor allem, dass in den Entscheidungen zu den Grundsätzen meistens auf Entscheidungen des letzten Jahrzehnts verwiesen werden. Seit Inkrafttretens des neu-

en KrWG dominierten auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft bei den Verwaltungsgerichten vor allem Entscheidungen zu gewerblichen Sammlungen (§ 17 Abs. 3 KrWG).

Das vorliegenden Gebührenmodell der Hansestadt Rostock wurde auf die Einhaltung der Anforderungen der Rechtsprinzipien geprüft und die nachfolgenden Gerichtsentscheidungen für die Einschätzungen herangezogen.

Insbesondere sind folgende Rechtsprinzipien einzuhalten:

- Gleichheitsgebot,
- Äquivalenzprinzip,
- Prinzip der Bestimmtheit und Normenklarheit,
- Prinzip der Systemgerechtigkeit,
- Grundsatz der Erforderlichkeit,
- Kostendeckungsprinzip,
- Lenkungsgebot zur Abfallvermeidung,
- Grundsatz der Verwaltungspraktikabilität.

a) Gleichheitsgebot

Inhalt

Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes verbietet das Gleichheitsgebot, wesentlich Gleiches willkürlich ungleich und wesentlich Ungleiches willkürlich gleich zu behandeln. Wobei Willkür dann vorliegt, wenn ein vernünftiger aus der Natur der Sache oder sonst wie einleuchtender Grund der Gleichbehandlung oder Differenzierung nicht zur Anwendung kommt.

Gegenwärtiger Stand in der Hansestadt Rostock

Aus der Gebührensatzung selbst sind keine Ungleichbehandlungen erkennbar, da alle Gebührenschuldner für die gleiche Leistung auch das gleiche Entgelt zu entrichten haben. Eine Ungleichbehandlung kann aber dort entstehen, wenn für die verschiedenen Gruppen von Gebührenschuldnern nicht gleiche Bemessungsgrundlagen zur Verfügung stehen. Dies ist z.B. bei privaten Haushaltungen und Gewerbetreibenden der Fall, denn bei den einen wird nach § 12 Abs. 2 AbfS auf 15 l pro Person und Woche abgestellt bei den anderen auf Einwohnergleichwerte (EWG). Das Bundesverwaltungsgericht hat hierzu in einem Beschluss (BVerwG BN 7 6.07 vom 19.12.2007) ausgeführt, dass eine solche Verfahrensweise zulässig ist und nicht gegen das Gleich-

heitsgebot verstößt, wenn die Differenzierung sachgemäß erfolgt ist. Dabei können die EWG sachgerecht geschätzt werden, sich auf ähnliche Maßstäbe anderer Kommunen beziehen oder sachgerechten Empfehlungen kommunaler Spitzenverbände Rechnung tragen. Eine Mindestabfallbehälterkapazität von 15 l pro Woche für einen EWG wurde vom Gericht nicht beanstandet.

Dies ist im Ortsrecht der Hansestadt Rostock der Fall, so dass kein Verstoß gegen das Gleichheitsgebot vorliegt.

Ein Verstoß gegen das Gleichheitsgebot liegt nach einer Entscheidung des OVG NRW (OVG NRW 9 A 208/05, Beschluss vom 4.6.2008) auch dann vor, wenn rechnerisch ermittelte Gebührensätze durch Auf- und Abrundungen, die über mathematische Rundungen hinaus führen, festgelegt werden. Die Gebührensätze sind dann nichtig, wenn sie die einzelnen Gebührenschuldner unterschiedlich treffen.

b) Äquivalenzprinzip

Inhalt:

Durch das Gebührenmodell muss die Verhältnismäßigkeit zwischen den zu erbringenden Leistungen des öRE und den Gegenleistungen des Gebührenschuldners durch die Gebühren gewährleistet sein. Insbesondere sind hier Wahrscheinlichkeitsmaßstäbe ständig zu analysieren, das gilt dann umso mehr, wenn mehrere Leistungen zu einer einheitlichen Gebühr zusammengefasst werden.

Gegenwärtiger Stand in der Hansestadt Rostock

Abfallverwertungsgebühr

Diese Gebühr wird für die Entsorgung der Abfallarten Sperrmüll, Bioabfälle (nicht bei Eigenkompostierern), Garten- und Parkabfälle, Papier und Pappe, Altgeräte (nur Einsammeln) und Problemabfälle einschließlich der Leistungen der Recyclinghöfe erhoben.

Diese Gebühr ist eine zulässige Einheitsgebühr, da in ihr mehrere Teilleistungen zusammengefasst werden. Zur Unterscheidung von einer Grundgebühr, die grundsätzlich nur fixe Vorhaltekosten beinhalten darf, wird diese Gebührenart von den Verwaltungsgerichten zunehmend als Festgebühr bezeichnet, (z.B. Sächsisches OVG 5 A 67/08, Urteil vom 18.6.2009, OVG Berlin-Brandenburg 9 N 26.06, Beschluss vom 28.4.2006).

Das Sächsische OVG führt in seiner Entscheidung weiter aus:

„Deren Erhebung (*der Festgebühr*) ist ungeachtet einer fehlenden speziellen Regelung im Sächsischen Kommunalabgabengesetz grundsätzlich zulässig. Der Beklagte hat die

Erhebung der Festgebühr personenabhängig ausgestaltet und damit einen Wahrscheinlichkeitsmaßstab gewählt. Die Einschätzung des Beklagten, dass es jedenfalls unverhältnismäßig aufwendig wäre, die tatsächliche Inanspruchnahme der Abfallentsorgungseinrichtung etwa nach Menge, Gewicht und Behandlungsbedürftigkeit der von § 6 Abs. 2 AGS erfassten Abfälle zu ermitteln, begegnet keinen rechtlichen Bedenken. ... Dem Maßstab genügt eine Festgebühr regelmäßig durch die Wahl eines personenbezogenen Maßstabes. Einer weiteren Differenzierung in Gestalt einer degressiven Ausgestaltung des Personenmaßstabes, den die Klägerin mit ihrem Hinweis auf Familien mit mehreren Kindern erwartet, bedarf es aufgrund des dem Satzungsgeber zustehenden weiten Gestaltungsspielraumes grundsätzlich nicht.“

Da die rechtlichen Bedingungen für die Hansestadt Rostock analog sind, steht die Abfallverwertungsgebühr mit dem personenbezogenen Wahrscheinlichkeitsmaßstab in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Forderungen.

Bei einzelnen Abfallarten ist es durchaus möglich, dass aus der Sicht von einigen Gebührenschuldern es zu einer Verletzung des Äquivalenzprinzips kommt, weil sie einzelne Teileinrichtungen nicht in Anspruch nehmen (z.B. durch ein überdurchschnittliches Verhalten zur Abfallvermeidung) oder nicht in Anspruch nehmen können (z.B. weil auf ihren Grundstücken keine Garten- und Parkabfälle anfallen).

Dies ist auf eine immanente Eigenschaft eines Wahrscheinlichkeitsmaßstabes zurückzuführen. Da Wahrscheinlichkeitsmaßstäbe verallgemeinern und pauschalisieren, werden immer Ungerechtigkeiten im Einzelfall entstehen. Damit wird der Wahrscheinlichkeitsmaßstab nicht zwangsläufig ungültig. Solange nicht mehr als 10% der Fälle abweichen, wird der Wahrscheinlichkeitsmaßstab in der ständigen Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte als rechtmäßig angesehen.

In die Gesamtbeurteilung, ob diese Bedingung bei Garten- und Parkabfällen eingehalten wird, ist mit einzuschließen, dass auf dem Grundstück weder gegenwärtig noch künftig diese Abfälle anfallen können und dass der Grundstückseigentümer auch nicht im Besitz eines nach der Abfallsatzung nicht anschlusspflichtigen Grundstückes ist, auf dem diese Abfälle anfallen. Nach dem bisherigen Stand in der Hansestadt Rostock ist davon auszugehen, insbesondere da keine Klagen und Widersprüche gegen die Inanspruchnahme dieser Teileinrichtung vorliegen, dass der Anteil an betroffenen Gebührenschuldern nicht mehr als 10% beträgt und somit der Maßstab rechtmäßig ist.

Alternativ hierzu sind nur Lösungen möglich, bei denen bei der Abgabe der Garten- und Parkabfälle an den Wertstoffhöfen immer entsprechende Gebühren zu entrichten sind. Wie die Erfahrungen in anderen Städten gezeigt haben, rufen solche Lösungs-

vorschläge erhebliche politische Widerstände bei der Mehrheit der Grundstückseigentümern, den Verbänden der Haus- und Grundstückseigentümer und den Kleingartenvereinen hervor, so dass eine derartige satzungsrechtliche Lösung oftmals gar nicht möglich ist. Unter Berücksichtigung der obigen Einschätzung zur Rechtmäßigkeit des Maßstabes, wird deshalb von einer solchen Lösung gegenwärtig abgeraten. Desweiteren sind bisher keine Gerichtsentscheidungen bekannt, bei denen gefordert wurde, dass für Garten- und Parkabfälle eine separate Gebühr zu erheben ist.

Behältergebühr

Als Behälter für den Restmüll werden MGB 80, MGB 120, MGB 240 und MGB 1.100 den Bürgern zur Verfügung gestellt, die in einem zu wählenden festen Rhythmus entleert werden. Als Entleerungsrhythmen werden 2x-wöchentlich (nur für MGB 240 und 1.100), wöchentlich, 14-täglich und 4-wöchentlich (letzteres nur für MGB 80 und 120) angeboten (§ 6 AbfGS). Seit 2014 ist für Sonderfälle lt. § 11 Abs. 4 AbfS auch ein Abfallsack 70 l zugelassen.

Die Behältergebühr beinhaltet nach der Gebührenkalkulation der Hansestadt Rostock ausschließlich die Kosten, die mit der Entsorgung des Haus- und Geschäftsmülls einen ursächlichen Zusammenhang haben. Somit ist die Behältergebühr eine reine Restabfallgebühr, in der keine Kosten für andere Leistungen enthalten sind. In der Kalkulation werden für die verschiedenen Behältertypen die Kosten nicht auf der Grundlage des Behältervolumens zugeordnet, sondern als Bemessungsgrundlagen bei der Kalkulation der Gebührensätze werden die durchschnittlichen Abfallgewichte und die Logistikkosten der einzelnen Behältergrößen zum Ansatz gebracht und mittels der jeweiligen Wertungskennziffern (WKZ) die Gebühren ermittelt. Speziell die WKZ der durchschnittlichen Abfallgewichte sind nach mathematischen Prognoseverfahren für den Kalkulationszeitraum zu berechnen. Die im Ergebnis dieser Berechnungen ermittelten WKZ geben die Relationen der einzelnen Abfallbehälter hinsichtlich der in ihnen enthaltenen Abfallmengen wider. Sie sind damit eine wichtige Grundlage, um mittels des Kalkulationsverfahren „Äquivalenzziffernrechnung“ die Behältergebühr der Abfallentsorgung zu berechnen. Anzumerken ist, dass durch die Anwendung eines statistischen Stichprobenverfahrens eine Rückrechnung der Abfallmengen der einzelnen Behälter auf die Gesamtabfallmenge der Hansestadt Rostock nicht direkt möglich ist. Hierzu wären weitere Umrechnungen durch Normierungen in tatsächliche Abfallmengen erforderlich. Dies ist aber nicht erforderlich, da dies letztendlich zu keinem anderen Ergebnis führt als die direkte Heranziehung der Werte der WKZ. Diese WKZ ist somit ein signifikanter Ausdruck für die (relativierte) Abfallmenge.

Diese Kalkulationsmethodik ist gebührengerechter, da sie die tatsächlichen Inanspruchnahmen stärker berücksichtigt. So wäre z.B. bei einem reinen Volumenmaßstab der MGB 1.100 ca. 13,7 mal teuer als ein MGB 80, die durchgeführten Verwiegungen weisen jedoch nach, dass in der Hansestadt Rostock im MGB 1.100 durchschnittlich nur 6,4 mehr Abfall (Prognose für das Jahr 2017) enthalten ist, als in einem MGB 80.

Das VG Leipzig (6 K 1080/06, Bescheid v. 20.12.2007) führt in seiner Entscheidung zu einer gleich gestalteten Gebühr aus:

„Soweit der Antragsteller die im § 5 Abs. 3 AbgS festgesetzte Restabfallgebühr, deren Höhe sich nach der Restabfallbehältergröße richtet, für rechtswidrig hält, kann sich die Kammer dieser Auffassung nicht anschließen. Denn der Behältermaßstab ist ein anerkannter Wahrscheinlichkeitsmaßstab. Soweit die Antragsgegnerin bei der Höhe der Leerungsgebühr das Gewicht des Abfallbehälters berücksichtigt, ist dagegen nichts einzuwenden. Denn damit wird der Behältervolumenmaßstab weiter verfeinert. Denn der sog. Gewichtsmaßstab ist ein Wahrscheinlichkeitsmaßstab, der einem Wirklichkeitsmaßstab nahe kommt. Dass die Antragsgegnerin hier auf das durchschnittliche Gewicht des Abfalls für jeden Restabfallbehälter abstellt, führt nicht zur Unzulässigkeit des Verteilungsmaßstabes. Ein Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1 GG ist für die Kammer nicht ersichtlich. So erscheint es der Kammer nachvollziehbar, dass die Verdichtung in einem 80 l-Restabfallbehälter in der Regel größer sein dürfte als in einem 1.100 l-Restabfallbehälter und damit das Gewicht des Abfallbehälters nicht proportional mit der Größe des Abfallbehälters ansteigt.“

Die Entsorgung des Abfalls über Behälter und Abfallsäcke wird in der Hansestadt Rostock in der Gebührenkalkulation gleich behandelt. Diese Verfahrensweise ist korrekt und wird vom OVG Lüneburg (U.v. 12.10.2012, Az: 9 KN 47/10) ausdrücklich gefordert:

„Bei der Abfuhr des Rest- und Bioabfalls einerseits über Behälter und andererseits über Abfallsäcke handelt es sich nicht um unterschiedliche Leistungen, die innerhalb einer einheitlichen Abfallentsorgungseinrichtung eine unterschiedliche Gebührenbemessung rechtfertigen.“

Im Ergebnis kann festgestellt werden, dass zur Behältergebühr, so wie sie in der Hansestadt Rostock vorliegt, keine rechtlichen Bedenken bestehen und durch die vorgenommen Präzisierungen bei der Kalkulation das Äquivalenzprinzip viel besser eingehalten wird, als bei einer ausschließlichen Heranziehung des Behältervolumens.

c) Prinzip der Bestimmtheit und Normenklarheit

Inhalt:

Mit den Abfallgebühren erfolgen Eingriffe in die Rechtssphäre der Bürger. Diese müssen für ihn messbar und soweit wie möglich für ihn vorhersehbar sein. Deshalb sollte auch ein Gebührenmodell so aufgebaut sein, dass es jeder Bürger sofort und ohne Hilfe verstehen kann.

Gegenwärtiger Stand in der Hansestadt Rostock

Diese Festlegungen beziehen sich in erster Linie auf die Festlegungen in den Satzungen. Hier sind nach heutigem Stand keine Unbestimmtheiten erkennbar. Die Satzungsfestlegungen sind klar und eindeutig formuliert.

d) Prinzip der Systemgerechtigkeit, Typengerechtigkeit

Inhalt:

Alle Abfallgebühren müssen ein einheitliches, überschneidungsfreies und gebührengerechtes System bilden.

Gegenwärtiger Stand in der Hansestadt Rostock

Die Gebühren werden nach einem einheitlichen System kalkuliert, Abweichungen von der Regel gibt es nicht. Das System ist überschneidungsfrei und unter der Maßgabe der o.g. Ausführungen gebührengerecht.

e) Grundsatz der Erforderlichkeit

Inhalt:

Dieses Gebot, das aus den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und der Verhältnismäßigkeit resultiert, verlangt, den Einzelnen vor Übermaß, Willkür und sonstigen unnötigen Eingriffen zu bewahren. Übertragen auf die Benutzungsgebühren bedeutet dies insbesondere, dass überflüssige wie auch übermäßige Kosten in der Kalkulation nicht angesetzt werden dürfen. Die Höhe des Fremdleistungsentgelts ist durch das Prinzip der Erforderlichkeit begrenzt, es dürfen keine Kosten eingestellt werden, die zur Leistungserbringung nicht nötig sind, die entsorgungspflichtige Körperschaft hat das allgemeine Gebot der sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung zu beachten (VGH Kassel, B. v. 27.4.1999 - 5 N 3909/98; VGH Kassel, B. v. 7.3.2012 - 5 C 206/10).

Gegenwärtiger Stand in der Hansestadt Rostock

In der Hansestadt Rostock werden für Fremdleistungen nur solche Kosten in die Gebührenkalkulation übernommen, die entweder marktgängige Preise nach § 4 VO PR 30/53 oder Selbstkostenfestpreise nach § 6 Abs. 1 VO PR 30/53 sind. Bei der Anwendung von Selbstkostenfestpreisen werden in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften nach § 9 VO PR 30/53 die vorgeschriebenen Preisprüfungen durchge-

führt. Diese Preisprüfungen sind nach der Spruchpraxis des OVG Mecklenburg-Vorpommern (OVG Greifswald 4 K 8/97, Urteil vom 25. 2 1998) auch eine zwingende Voraussetzung zur Einhaltung des Kostenüberschreitungsverbots. Da nach der Anlage LSP der VO PR 30/53 in der Kalkulation nur solche Kosten zum Ansatz gebracht werden dürfen, die den Grundsätzen einer wirtschaftlichen Betriebsführung entsprechen, wird der Grundsatz der Erforderlichkeit eingehalten.

f) Kostendeckungsprinzip

Inhalt:

Dieses Prinzip gebietet einerseits, eine Kostendeckung zu erreichen. Andererseits beinhaltet es ein Kostenüberschreitungsverbot, d.h. die geplanten Einnahmen dürfen nicht die geplanten Kosten im Kalkulationszeitraum überschreiten. Bei dem Gebührenmodell und der darauf aufbauenden Kalkulation muss neben der Beachtung vieler weiterer, vor allem betriebswirtschaftlicher Faktoren, darauf geachtet werden, dass keine Kosten doppelt in die Kalkulation eingehen.

Gegenwärtiger Stand in der Hansestadt Rostock

Aufgrund des gegenwärtigen Kalkulationsverfahrens wird das Kostendeckungsprinzip eingehalten. Eng verbunden mit diesem Prinzip ist der Grundsatz der Periodengerechtigkeit, der besagt, dass die Kosten in dem jeweiligen Kalkulationszeitraum korrekt eingestellt werden müssen.

Gefahren bestehen immer dann, wenn Kostenüberdeckungen nicht spätestens innerhalb von drei Jahren nach Ende des abgeschlossenen Kalkulationszeitraumes ausgeglichen werden (§ 6 Abs. 2d KAG M-V).

g) Lenkungsgebot zur Abfallvermeidung

Inhalt:

Durch die Abfallgebühren sollen für die Bürger Anreize geschaffen werden, den Anfall von Abfällen zu vermeiden. Und wenn Abfälle angefallen sind, insbesondere durch Abfalltrennung einen möglichst hohen Anteil als Abfälle zur Verwertung der Kreislaufwirtschaft wieder zuzuführen.

Gegenwärtiger Stand in der Hansestadt Rostock

Der Gesetzgeber in M-V gibt es nur im § 6 Abs. 4 Pkt. 3 AbfWG M-V eine Vorgabe zur Schaffung von Anreizen zur Abfallvermeidung

„Für die Gebühren- und Beitragserhebung ist das Kommunalabgabengesetz mit der Maßgabe anzuwenden, dass ...3. im Rahmen des Äquivalenzprinzips entsprechend den Ab-

fallmengen progressiv gestaffelte Gebühren erhoben werden können, um Anreize zur Vermeidung von Abfällen zu schaffen.“

Progressive Gebühren verstoßen regelmäßig gegen das Äquivalenzprinzip, weil die Kosten bei einer erhöhten Inanspruchnahme tatsächlich nicht progressiv steigen. Deshalb ist diese Vorgabe in der Praxis tatsächlich nicht umsetzbar. Es sind bisher keine Kommunen in Deutschland bekannt, die progressiv steigende Gebühren zur Anwendung gebracht haben. Somit gibt es in M-V keine weiterführende Regelungen wie z.B. im SächsABG

„Durch die Gestaltung der Gebühren und sonstiger Entgelte sind effektive Anreize zur Vermeidung, Verwertung und umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen zu schaffen.“

Ähnliche Festlegungen gibt es im LAbfG NRW

„Bei der Gebührenbemessung sollen wirksame Anreize zur Vermeidung, Getrennthaltung und Verwertung geschaffen werden.“

Demzufolge ist es in M-V den öffentlich-rechtlichen Entsorgern vollständig überlassen, wie sie die Einzelheiten der Ausgestaltung von Anreizen regeln.

Als erstes Bundesland geht Sachsen-Anhalt jetzt seit 2014 einen anderen Weg. Aus dem Abfallgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (AbfG LSA) wurde der § 6 Abs. 3 AbfG LSA, der die verpflichtende gesetzliche Vorgabe enthielt, dass mit dem Gebührenmaßstab wirksame und nachhaltige Anreize zur Vermeidung und Verwertung zu schaffen sind, vollständig aufgehoben. Gleichzeitig wurde im § 5 Abs. 3a KAG LSA folgende Regelung aufgenommen:

„Bei Einrichtungen und Anlagen, die auch dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen dienen oder bei deren Inanspruchnahme die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen gefährdet werden können, kann die Benutzungsgebühr für die Leistungen so bemessen werden, dass sie Anreize zu einem umweltschonenden Verhalten bietet. Benutzungsgebühren können insoweit degressiv bemessen werden, als bei zunehmender Leistungsmenge nachweislich eine Kostendegression eintritt.“

Damit gibt es in Sachsen-Anhalt keine gesetzliche Pflicht mehr, Abfallgebühren als Lenkungsinstrument zur Abfallvermeidung zu gestalten, sondern es wird nur noch als Möglichkeit eingestuft. Weiterhin können Gebühren ausdrücklich degressiv gestaltet werden. Dies ist realitätsnah und führt zu höherer Rechtssicherheit der Gebührensatzungen, da in der Praxis der Umstand, dass bei zunehmender Leistungsmenge nachweislich eine Kostendegression verbunden ist, häufiger anzutreffen ist. Im Unterschied hierzu ist die Forderung nach einer progressiven Gebührenstaffelung bei gleichzeitiger

Einhaltung des Äquivalenzprinzips wie z.B. im § 6 Abs. 4 Pkt. 3 AbfWG M-V nicht umsetzbar, da es bei der Abfallentsorgung dies in der Praxis nicht gibt. Konkret heißt das, dass keine Leistung bekannt ist, bei der bei zunehmender Inanspruchnahme auch die Kosten progressiv steigen.

Hier wird die Zukunft zeigen, ob die neuen gesetzlichen Regelungen des Landes Sachsen-Anhalt auch von weiteren Bundesländern übernommen werden.

In der Hansestadt Rostock werden die Anreize durch die Wahl von vier verschiedenen Behältergrößen (MGB 80, MGB 120, MGB 240 und MGB 1.100) und den grundsätzlich dazu jeweils wählbaren drei verschiedenen Entleerungsrhythmen wöchentlich, 14-täglich und 4-wöchentlich bzw. 2x-wöchentlich geschaffen (der Abfallsack ist nur für Sonderfälle zugelassen). Im Ergebnis der durchgeführten Analyse der bisher in den verschiedenen Ländern getroffenen Urteile in Verwaltungsstreitsachen, konnte keine einzige Entscheidung ermittelt werden, bei der eine solche Variantenanzahl gerügt worden ist. Beanstandet bis hin zur Nichtigkeit wurden solche Satzungsregelungen in denen keine oder nur geringe Wahlmöglichkeiten bestanden. So erklärte das Verwaltungsgericht Aachen (7 K 375/08, Urteil vom 19.3.2010) entsprechende Satzungsfestlegungen für unwirksam.

Es führte hierzu aus:

Weder der Gebührensatzung noch den Bestimmungen der Abfallsatzung der Stadt K. lässt sich entnehmen, dass der Satzungsgeber dem gesetzlichen Anreizgebot in anderer Weise ausreichend Rechnung getragen hat. Es besteht weder die Möglichkeit der Wahl einer kleineren Behältergröße noch eines längeren Entleerungsrhythmus.

Nach einer Entscheidung des Thüringer OVG (1 KO 1367/04, Urteil vom 16.02.2011) ist ein Anteil der Leistungsgebühr von mehr als 30% an der Gesamtgebühr (bezogen auf die durchschnittliche Gebührenbelastung beim Bürger für die Einhaltung des Anreizgebotes ausreichend.

Da es an speziellen gesetzlichen Vorgaben in M-V (die auch in der Praxis rechtssicher umsetzbar sind) zur Schaffung von nachhaltigen Anreizen zur Vermeidung von Abfällen (Anreize zur Verwertung sind im AbfWG M-V für Gebühren gar nicht aufgeführt) fehlt, werden zur Beurteilung, ob die Satzungsfestlegungen der Hansestadt Rostock ausreichende Anreize bieten, die Entscheidungen der Verwaltungsgerichte herangezogen. Da von den VG im M-V keine entsprechenden Gerichtsentscheidungen veröffentlicht wurden, wird hier vor allem die Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte der anderen Bundesländer herangezogen, die in der Regel höheren gesetzlichen Anforderungen entsprechen müssen.

Im Ergebnis ist festzustellen

- Die Festlegung im § 12 Abs. 2 AbfS, dass pro Grundstück für Hausmüll ein Behältervolumen von 15 l pro Person und Woche vorzuhalten ist, wird durch die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes (BVerwG BN 7 6.07, Beschluss vom 19.12.2007) bestätigt. Dazu ist auch zu beachten, dass diese Vorgabe in der AbfS nicht absolut zwingend, sondern ein Richtwert ist.
- Die in der Hansestadt Rostock vorhandenen Variationsmöglichkeiten zu Behältergrößen und Entleerungsrhythmen wurden von keinem Verwaltungsgericht beanstandet.

Hinsichtlich des Anschluss- und Benutzungszwanges mit der Festlegung eines Mindestbehältervolumens pro Person und Woche (= Restabfallmenge) legt das OVG M-V (U. v. 21.05.2014, 1 L 91/09) folgendes dar:

Es ist nämlich nicht zu bestreiten, dass die Festlegung einer zu geringen Restabfallmenge pro Person oder – noch weitergehend – eine auf jeden einzelnen Abfallüberlassungspflichtigen bezogene mengenmäßige Erfassung und Einzelfallabrechnung die Gefahr in sich birgt, dass Abfallüberlassungspflichtige ihre Abfälle in den Behältnissen Dritter oder, was noch weitaus schlimmer wäre, illegal entsorgen, um so ihre eigenen Abfallgebühren zu senken. Dieser Gefahr kann wirksam dadurch begegnet werden, dass Mindestmengen pro Person festgelegt werden, die sich an der Abfallmenge orientieren, die nach der Lebenserfahrung über einen längeren Zeitraum anfällt. Bei der so vorzunehmenden Einschätzung kann das Behältervolumen im Zweifel großzügig bemessen werden, um der oben beschriebenen Gefahr wirksam begegnen zu können.

Insgesamt kann somit eingeschätzt werden, dass das Gebührenmodell nach wie vor ausreichende Möglichkeiten zur Schaffung von nachhaltigen Anreizen zur Abfallvermeidung und Verwertung bietet.

h) Grundsatz der Verwaltungspraktikabilität

Danach ist es möglich, für die kommunalen Belange einfach zu handhabende kostengünstige Regelungen entwickeln. Dieser Grundsatz rechtfertigt in bestimmten Grenzen (Typengerechtigkeit) Ungleichbehandlungen, sofern nicht gewichtige Gründe dagegen stehen. Somit muss eine Gebührengerechtigkeit nicht in jedem Einzelfall und nicht um jeden Preis erreicht werden. Die Pflicht zur Schaffung materiell gerechter Regelungen ist daher durch die Erfordernisse der Praktikabilität und Zumutbarkeit überlagert.

Zusammenfassung

Der Satzungsgeber hat einen großen Ermessensspielraum bei der Ausgestaltung seines Gebührensystems. Dies wird durch die nachfolgenden Auszüge aus Verwaltungsgerichtsentscheidungen aus drei Bundesländern deutlich, die dies ausdrücklich bestätigen.

OVG MV 3 M 108/08, Beschluss vom 02.10.2008, 3 M 108/08

Es ist dem Satzungsgeber im Rahmen der genannten gesetzlichen Ermächtigung bei der Ausgestaltung der Müllabfuhr ein weiter Ermessensspielraum eingeräumt, dessen Schranken dem allgemeinen rechtsstaatlichen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und den Grundrechten - insbesondere dem im allgemeinen Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG enthaltenen Willkürverbot - zu entnehmen sind. Die richterliche Kontrolle ist darauf beschränkt, ob der Satzungsgeber die Grenzen seines normativen Ermessens beachtet, also eine Entscheidung getroffen hat, die nicht schlechterdings unvertretbar und unverhältnismäßig ist; ob die mit der normativen Entscheidung gefundene Lösung die zweckmäßigste und vernünftigste ist, ist nicht zu prüfen. Innerhalb der so gezogenen Grenzen ihres Satzungsermessens kann die beseitigungspflichtige Körperschaft bei der Regelung des Anschlusses an die Müllabfuhr auch die Größe der zu verwendenden Abfallbehälter bestimmen.

Sächsisches OVG 5 A 67/08, Urteil vom 18.6.2009

Bei der Ausgestaltung des Gebührensystems in ihrer Satzung haben die Landkreise und die von ihnen gegründeten Zweckverbände ein weites Ermessen, das als solches einer verwaltungsgerichtlichen Kontrolle entzogen ist (ständige Rechtsprechung, vgl. u. a. SächsOVG, Urt. v. 11.12.2002 - 5 D 40/00 -, SächsVBl 2003, 117-122 und BVerwG, Urt. v. 20.12.2000, BVerwGE 112, 297 f.). Ob die vom Satzungsgeber gefundene Lösung die zweckmäßigste und vernünftigste ist, ist daher vom Gericht nicht zu prüfen. Die richterliche Kontrolle des gewählten Gebührensystems hat sich darauf zu beschränken, ob der Satzungsgeber die Grenzen seines Ermessens beachtet hat. Begrenzt wird das Ermessen durch höherrangiges Recht, insbesondere durch Bestimmungen des (einfachen) Gesetzesrechts und durch das aus dem (bundes-) verfassungsrechtlichen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit folgende Äquivalenzprinzip.

Oberverwaltungsgericht NRW 9 A 94/09, Beschluss vom 25.11.2010

Der Satzungsgeber hat bei der Wahl der möglichen Wahrscheinlichkeitsmaßstäbe grundsätzlich ein weites Ermessen. Der gewählte Maßstab darf lediglich nicht in einem offensichtlichen Missverhältnis zur Inanspruchnahme stehen. Deshalb muss für das Maß der Inanspruchnahme auf Bemessungsgrößen abgestellt werden, die sich jedenfalls nach einer pauschalierenden Betrachtungsweise des Zusammenhangs zwischen der Höhe der Gebühr

einerseits und dem Maß der Inanspruchnahme andererseits als noch plausibel rechtfertigen lassen und als sachgerechte Differenzierungsmerkmale anerkannt werden können.

In Auswertung aller zu den Rechtsprinzipien festgestellten Ergebnisse kann somit eingeschätzt werden, dass das gegenwärtige Gebührenmodell der Hansestadt Rostock alle Rechtsprinzipien ohne Einschränkung einhält.

5. Vergleichende Untersuchungen des Gebührenmodells der Hansestadt Rostock mit anderen Großstädten

Zur Einschätzung des Standes des Gebührenmodells der Hansestadt Rostock mit anderen Kommunen wurden wie vor fünf Jahren die Abfallgebührenmodelle aller deutschen Großstädte analysiert, deren Einwohnerzahl zwischen 150.000 bis 250.000 Einwohner liegt. Insgesamt sind dies 25 Großstädte, zusätzlich wurde noch Schwerin als Landeshauptstadt M-V in die Analyse einbezogen.

In der Auswertung ergaben sich folgende Sachverhalte:

- in 12 Städten (2011 in 10 Städten) werden Grundgebühren erhoben,
- in 1 Stadt (Rostock) wird eine Festgebühr erhoben,
- demzufolge werden in 13 Städten weder eine Grund- noch eine Festgebühr erhoben,
- in 25 Städten werden die Behälter zu festgelegten Entsorgungsrhythmen entleert,
- die festgelegten Entsorgungsrhythmen reichen von zwei Auswahlmöglichkeiten (in der Regel 1- oder 2-wöchentlich) bis zu fünf oder mehr (von mehrmals wöchentlich bis 4-wöchentlich), in keinem Fall ist der Entsorgungsrhythmus länger als 4 Wochen,
- nur 1 Stadt (Ludwigshafen) erhebt die Entleerungsgebühren für Restmüll und Bioabfall mittels Identisystem (18 Mindestentleerungen Restmüll, 24 Mindestentleerungen Bioabfälle),
- 2 weitere Städte haben die Behälter mit Identifikationchips ausgerüstet.
Die Stadt Erfurt verwendet diese so wie Rostock ausschließlich zur Abrechnung zwischen Stadt und beauftragten Dritten.
- Die Stadt Saarbrücken verfügt über ein Wägesystem, sie wendet dies wie folgt an:
In der Satzung ist eine Vorgabe, bezogen auf Behältergröße und festem Entleerungsrhythmus, zu einem stets zu zahlenden Mindestgewicht je Behältergröße enthalten, z.B. MGB 120 mit wöchentlicher Leerung 324 kg. Bei Abfallmengen, die darüber hinausgehen, ist eine zusätzliche Gewichtsgebühr zu entrichten. Die Gewichtsgebühr beträgt z.Z. 0,31 €/Kg für Restabfall und 0,18 €/Kg für Bioabfall.

- separate Gebühren werden für folgende Abfallarten erhoben:
 - in 14 Städten für Bioabfall,
 - in 3 Städten für PPK,
 - in 4 Städten für die Abfuhr von Sperrmüll,
 - Gebühren für Sonderabfälle werden nicht mehr erhoben.
- in 5 Städten werden alle Leistungen der Abfallwirtschaft mit nur einer Gebühr (Behältergebühr) abgegolten.

Die Aufstellung der einzelnen Gebührenmodelle ist in Anlage 2 enthalten.

Insgesamt ist festzustellen, dass bei den verglichenen Städten sich in den letzten fünf Jahren kaum nennenswerte Veränderungen vollzogen haben. Die konventionellen Gebührenmodelle überwiegen. Diese sind entweder durch die problembehaftete Grundgebühr gekennzeichnet oder dadurch, dass die Kosten für die Abfälle zur Verwertung auf die Restmüllgebühr umgelegt werden. Ein Trend zu Wirklichkeitsmaßstäben (Ident- oder Wägesystemen) ist nicht festzustellen.

6. Auswirkungen des Gebührenmodells auf die Abfallmengen

Die in Abfallbehältern entsorgten Abfallmengen des Haus- und Geschäftsmülls der Hansestadt Rostock haben sich von 54,8 TMg im Jahr 2000 auf 43,6 TMg im Jahr 2012 reduziert. Seit diesem Zeitpunkt schwanken die Abfallmengen auf dem niedrigen Niveau um 45,5 TMg. Die in den letzten Jahren stetige Erhöhung der Einwohnerzahl der Hansestadt Rostock wirkte sich somit nur auf die Gesamtanzahl der gestellten Abfallbehälter, jedoch nicht auf die Abfallmengen des Haus- und Geschäftsmülls.

Der Behälterstand, das entleerte Behältervolumen und die Einwohnerzahlen entwickelten sich seit dem Jahr 2000 wie folgt:

Behälterbestand (Ist-Bestand jeweils I. Quartal)							
Behältergröße	2000	2005	2010	2013	2014	2015	2016
80 l	5.786	8.286	9.321	9.892	9.852	9.880	9.948
120 l	3.526	3.228	3.069	3.219	3.260	3.344	3.347
240 l	6.224	5.729	5.507	5.657	5.659	5.726	5.813
1.100 l	5.857	5.321	4.937	5.140	5.120	5.163	5.223
gesamt	21.393	22.564	22.834	23.908	23.891	24.113	24.331
entleertes Behältervolumen in l	691.079	590.732	544.005	0539.954	535.561	541.490	539.479
Einwohner	197.769	197.218	198.578	202.010	202.779	203.301	204.551

Aus den dargestellten Auswertungen ist zu schlussfolgern:

- Der langsame aber stetige Anstieg des Behälterbestandes setzte sich auch in diesem Jahr wieder fort. Bei allen Behältergrößen ist im Vergleich zum Vorjahr eine leichte Zunahme zu verzeichnen. Dieser Anstieg resultiert vor allem aus der seit einigen Jahren stetigen Zunahme der Einwohnerzahl der Hansestadt Rostock.
- Innerhalb der gleichen Behältergröße wurden in den letzten Jahren immer stärker längere Entleerungsrhythmen gewählt. Die Fortsetzung des Trends kann, wenn auch in erheblich geringerem Maße, grundsätzlich auch in diesem Jahr festgestellt werden. Das Entleerungsvolumen sank wieder auf das Niveau von 2013.
- Auch wenn die kleineren Abfallbehälter nur einen sehr geringen Anteil am entleerten Volumen haben, ist vor allem ihre gebührenrechtliche Bedeutung außerordentlich hoch, denn aus dem hohen Anteil am Behälterstand leitet sich ein entsprechend hoher Anteil von Gebührenzahlern mit individueller Wohnungsbebauung ab, so dass diese Personengruppe auch die notwendige gebührenrechtliche Berücksichtigung finden muss.

Diese Entwicklungen sind in Umsetzung entsprechender gesetzlicher Vorgaben durch die Hansestadt Rostock gewollt und werden durch die Abfall- und Abfallgebührensatzung gefördert.

In der Anlage 3 sind die Entwicklungen der einzelnen Behälterbestände und deren Entleerungshäufigkeiten in den Jahren 2011 bis 2016 als Diagramme dargestellt.

7. Zusammenfassung

In Auswertung aller vorangegangenen Analysen ist festzustellen, dass es gegenwärtig weder aufgrund von gesetzlichen Bestimmungen oder Rechtsentscheidungen oder sonstigen Entwicklungen zwingende Notwendigkeiten oder Veranlassungen gibt, das gegenwärtige Gebührenmodell in irgendeiner Art und Weise zu ändern.

Dies gilt auch dahingehend, dass es für die Einführung von Ident- und Wägesystemen kein rechtliches Erfordernis gibt. Dies hat auch der Vergleich mit anderen Großstädten bestätigt. Die Zulässigkeit sich gegen ein Ident- und Wägesystemen zu entscheiden hat das Sächsische OVG (5 A 67/08, Urteil vom 18.6.2009) ausdrücklich bestätigt. Die Frage ob ein Ident- und Wägesystemen bei einem öffentlich-rechtlichen Entsorger eingeführt wird oder nicht ist somit gegenwärtig ausschließlicher Bestandteil des Ermessensspielraumes des Satzungsgebers und damit Ausdruck des politischen Willens.

Dass sich die Bürger der Hansestadt Rostock mit dem gegenwärtigen Gebührenmodell identifizieren, zeigt zum einen, dass es keine Widersprüche oder Klagen auf diesem Gebiet gibt. Zum anderen zeigen auch die stetigen Veränderungen beim bereitgestellten Behältervolumen, dass die Anreize zur Einsparung von Gebührenbelastungen und zur Vermeidung von Abfällen, die das Gebührenmodell bietet, von den Bürgern verstanden und in die Praxis umgesetzt werden.

Jena, Juni 2016



Frank Friedrich

Anlagen

- Anlage 1 - Übersicht der in der HRO nach § 18 KrWG gestellten Anzeigen zu Sammlungen (Stand 06.2016)
- Anlage 2 - Vergleich Gebührenmodell Hansestadt Rostock mit anderen ausgewählten Großstädten (Stand 06.2016)
- Anlage 3 - Entwicklungen der einzelnen Behälterbestände und deren Entleerungshäufigkeiten in den Jahren 2011 bis 2016

Anlage 1

Übersicht der in der HRO nach § 18 KrWG gestellten Anzeigen zu Sammlungen
 (Stand 06.2016)

Az.	Unternehmen	Status	Abfallart	Bearbeitungsstand
2012/1	myshoebox GmbH, Riede	gewerblich	Alttextilien/-schuhe	Anzeigenrücknahme
2012/2	INPROCON GmbH & Co. KG, Riede	gewerblich	Alttextilien/-schuhe	Bestätigung Anzeige
2012/3	ReSales GmbH, Apolda	gewerblich	Alttextilien/-schuhe	Anzeigenrücknahme
2012/4	FWS GmbH, Bremen	gewerblich	Alttextilien/-schuhe	Bestätigung Anzeige
2012/5	Retextil Recyclg. GmbH & Co. KG, Bassum	gewerblich	Alttextilien/-schuhe	Bestätigung Anzeige
2012/6	Textil-Recycling K.&A. Wenkhaus GmbH, Hamburg	gewerblich	Alttextilien/-schuhe	Bestätigung Anzeige
2012/7	Obdachlosenhilfe Rostock e.V., Rostock	gemeinnützig	Alttextilien/-schuhe	keine Anzeigepflicht
2012/8	interseroh MAB Ost GmbH, HRO ALBA-Group	gewerblich	Altmetall Alttextilien	Untersagung PPK Bestätigung Anzeige für Schrott und Alttextilien
2012/9	SP Textilverwer- tung Padula, Peine	gewerblich	Alttextilien/-schuhe	Bestätigung Anzeige
2012/10	DRK, Rostock	gemeinnützig	Alttextilien/-schuhe	Bestätigung Anzeige
2012/11	INTERSEROH Jade-Stahl GmbH, Rostock ALBA-Group	gewerblich	Altmetall	Bestätigung Anzeige
2012/12	SBH GmbH Lohmen	gewerblich	Metallschrott Bauabfälle	Bestätigung Anzeige
2012/13	M.G.-Transporte Rostock	gewerblich	Altpapier Schrott	Anzeigenrücknahme
2012/14	VEOLIA Umweltservice Nord GmbH, HH	gewerblich	Alttextilien	Bestätigung Anzeige
2012/15	VEOLIA Umweltservice Nord GmbH, HH	gewerblich	Schrott, Bauschutt, Altholz	Bestätigung Anzeige
2012/16	MUR GmbH, Rostock	gewerblich	gemischte Bauabfälle, Holz, Boden+Steine Ziegel, Beton	Bestätigung Anzeige
2012/17	Gollan Recycling GmbH, Rosenhagen	gewerblich	Altmetall	Untersagung PPK Bestätigung Anzeige (Altmetall)
2012/18	DTRW GmbH (ehem.NowaTex e.K.), Burgwald	gewerblich	Alttextilien/-schuhe	Unterlagen unvollständig
2012/19	Bicker GmbH, Marburg	gewerblich	Alttextilien/-schuhe	Unterlagen unvollständig
2012/20	AG Textilverbund GmbH & Co. KG, Frankfurt	gewerblich	Alttextilien/-schuhe	Unterlagen unvollständig
2012/21	DLRG, LV M-V, HST	gemeinnützig	Alttextilien/-schuhe	keine Anzeigepflicht
2012/22	ALBA Consulting GmbH, Berlin ALBA-Group	gewerblich	Spermmüll	Untersagung Spermmüll
2012/23	BNH Dortmund e.V. (Babynotfallhilfe)	gewerblich	Alttextilien/-schuhe	Unterlagen unvollständig
2012/24	Nepal-Schulprojekt Zukunft für Kinder e.V., Ebersbach	gemeinnützig	Alttextilien/-schuhe	Bestätigung Anzeige
2012/25	N & F Textilverwertung Import & Export, Neu Wulmstorf	gewerblich	Alttextilien/-schuhe Geschirr, Schrott, E-Geräte	Anzeigenrücknahme
2012/26a	Der Weiße Hof e.V. Förderverein für Jugendliche + MB-AG Zühlsdorf	gemeinnützig / gewerblich	Alttextilien/-schuhe Geschirr, E-Geräte	keine Anzeigepflicht
2012/26b	Fadel Tex, vertreten durch: RA Jawabreh, Berlin	gemeinnützig / gewerblich	Alttextilien/-schuhe Porzellan, Geschirr, PPK, Plastik, Schrott	Anzeigenrücknahme
2012/27	Vilcom UG, Rostock	gewerblich	PPK, Kunststoffe + Folien E-Geräte (Altmetall Lumpen)	Anzeigenrücknahme
2012/28	WUPA MV, Ansprechpartner: BTH GmbH, Steinhagen (bei Bützow)	gewerblich	PPK (20l/pa) (10% von 200 von priv.HH, Rest andere Herkunftsbereiche	Bestätigung Anzeige
2012/29	Altpapierankauf 24.de Regina Wojke, Malchow	gewerblich	PPK (70l/pa), Alttextilien/-schuhe (6l), Spielzeug	Bestätigung Anzeige
2012/30	Christian Carla, Brandenburg MC SCHROTT	gewerblich	Altmetall / Schrott	Bestätigung Anzeige
2012/31	JB Tex, Bad Salzdetfurth mit Werbung für Kinder-Kranken-Hilfe e.V., Sehlen	gewerblich	Alttextilien/-schuhe Geschirr, Spielzeug	Untersagung
2013/32	Fa. Boris Guroll, Müncheberg	gewerblich	Alttextilien/-schuhe, sonstiges	
2013/33	H&M, Rostock	gewerblich	Alttextilien	
2013/34	AKL Altkleider Entsorgungs GmbH, Garmisch-Patenkirchen für Deutschen Tierschutzbund	gewerblich	Alttextilien/-schuhe	Bestätigung Anzeige
2013/35	EAST-WEST Textilrecycling Kursun GmbH, Langen-Debstedt - NL:Zurow /Wismar	gewerblich	Alttextilien/-schuhe	Bestätigung Anzeige

Az.	Unternehmen	Status	Abfallart	Bearbeitungsstand
2013/36	aktex Rohstoff-Recycling Nord GmbH, Nortorf	gewerblich	Alttextilien/-schuhe	Anzeigenrücknahme
2013/37	HUMANA Kleidersammlung GmbH, Hoppegarten	gewerblich	Alttextilien/-schuhe	
2013/38	ADLER Modemärkte AG	gewerblich	Alttextilien	Feststellungsbescheid gem. §26 (6) KrWG
2014/39 A	ES Textil UG Lübeck	gewerblich	Alttextilien/-schuhe, Geschirr, Spielzeug	AO Beseitigung
2014/39 B	Hasan Cakar	gewerblich	Alttextilien/-schuhe Geschirr Spielzeug	
2014/39 C	Fa. Caktex Grimmen	gewerblich	Alttextilien/-schuhe Geschirr	
2014/40	Aktion Hoffnung - Hilfe für die Mission GmbH	gemeinnützig	Alttextilien	
2014/41	Güstrower Werkstätten GmbH	gemeinnützig	Alttextilien	
2015/42	Schwiemann Recycling	gewerblich	Alttextilien, Altmetall Altpapier, Sonstige Abfälle	in Bearbeitung

Anlage 2

Vergleich Gebührenmodell Hansestadt Rostock mit anderen ausgewählten Großstädten (Stand 06.2016)

Stadt	Einwohner 2014 in Tausend	Grundgebühr (GG)/ Festgebühr (FG)	Restabfälle		Abfälle zur Verwertung			
			fester Entleerungs- rhythmus	Entleerungs- rhythmus Wochen	Gebühr für Bioabfall separat	Gebühr für PPK separat	Gebühr für Abfuhr Sperrmüll	Gebühr für Sonderabfälle separat
Braunschweig	248	-	ja	0,5 - 4	ja	-	-	-
Chemnitz	243	GG Anzahl Haushalte	ja	1 - 4	ja	-	-	-
Kiel	243	-	ja	1 - 4	ja	ja	ja	-
Krefeld	222	-	ja	<1 - 2	-	-	-	-
Halle (Saale)	232	GG Personen	ja	0,5 - 2	-	-	-	-
Magdeburg	232	-	ja	1 - 2	ja	-	-	-
Freiburg im Breisgau	222	GG Personen pro Haushalt	ja	1 - 2	ja	ja	-	-
Oberhausen	209	-	ja	1 - 4	ja	-	-	-
Lübeck	214	-	ja	1 - 4	-	-	-	-
Erfurt	206	GG Personen	ja	2 - 4	-	-	-	-
Rostock	202.735	FG Personen	ja	0,5 - 4	-	-	-	-
Mainz	206	-	ja	1 - 2	-	-	-	-
Kassel	195	GG	ja	1 - 4	--	-	-	-
Hagen	186	-	ja	0,5 - 2	-	-	-	-
Hamm	176	-	ja	1 - 2	ja	ja	ja	-
Saarbrücken	177	GG	ja Wägesystem	2 - 4	ja	-	-	-
Mülheim an der Ruhr	167	-	ja	1 - 2	ja	-	-	-

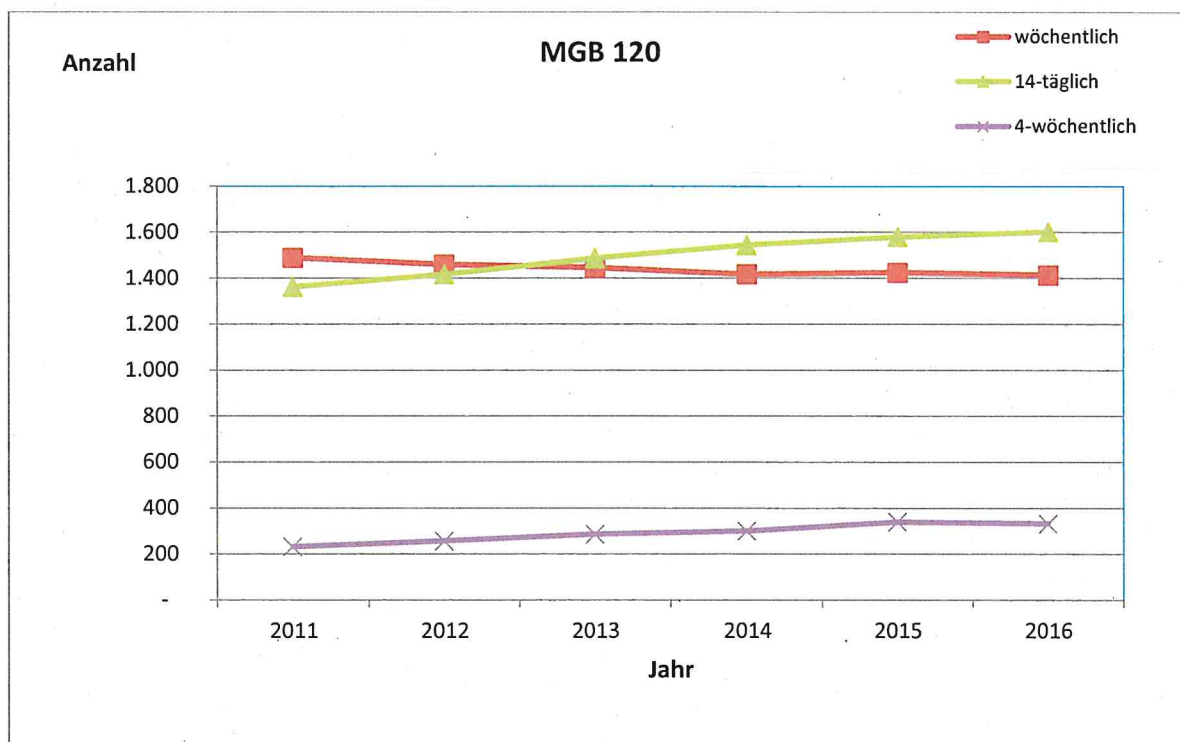
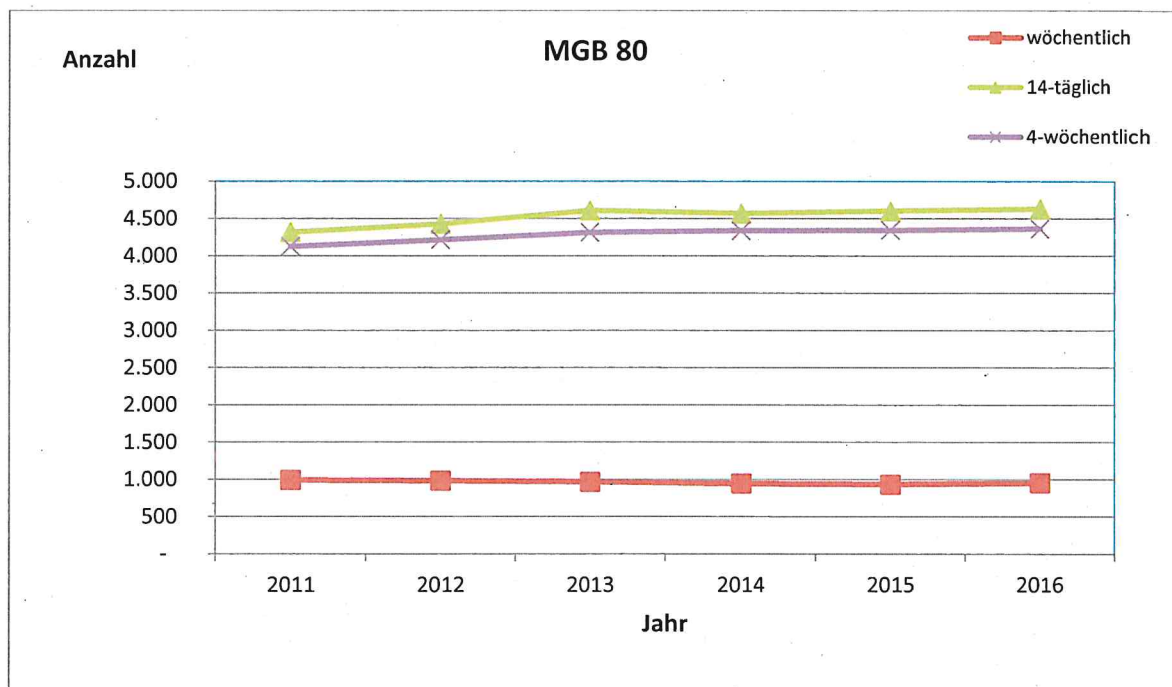
Anmerkung: Text fett: Veränderung seit 2011

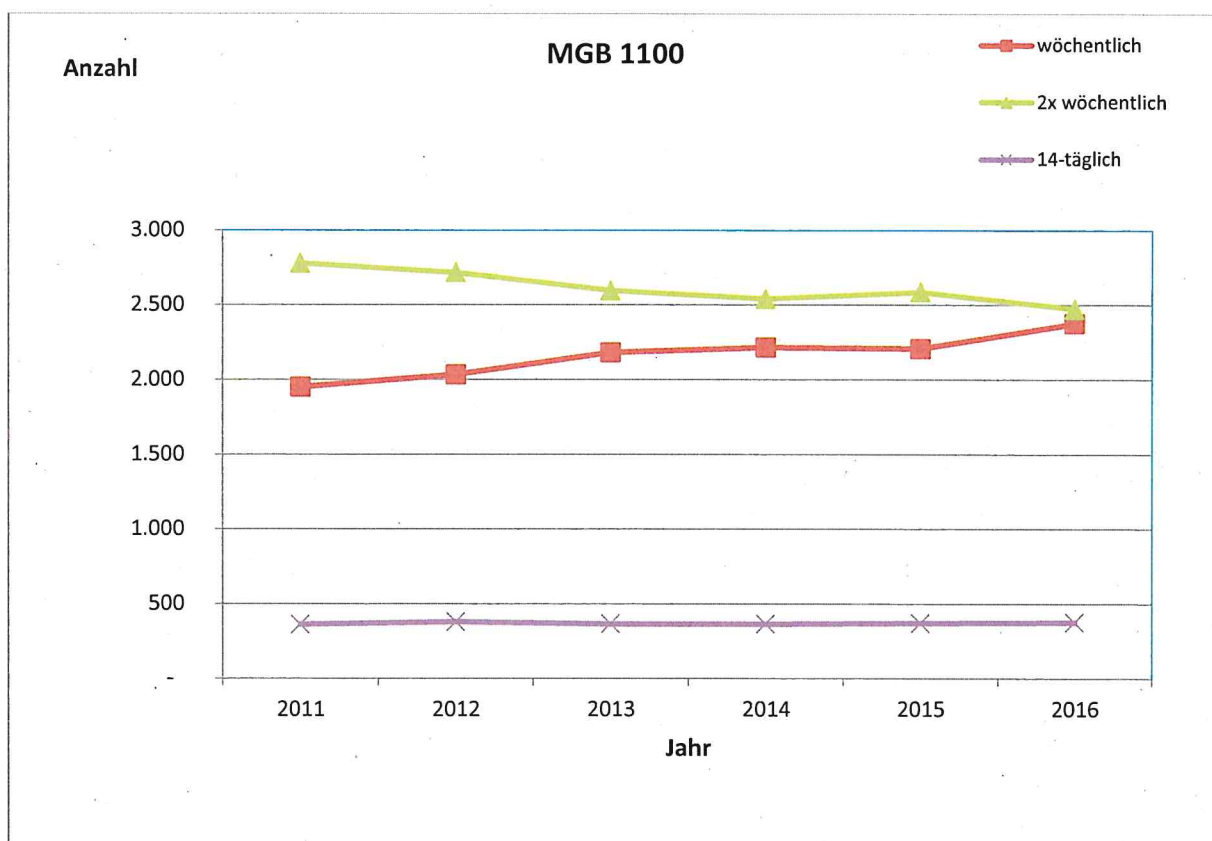
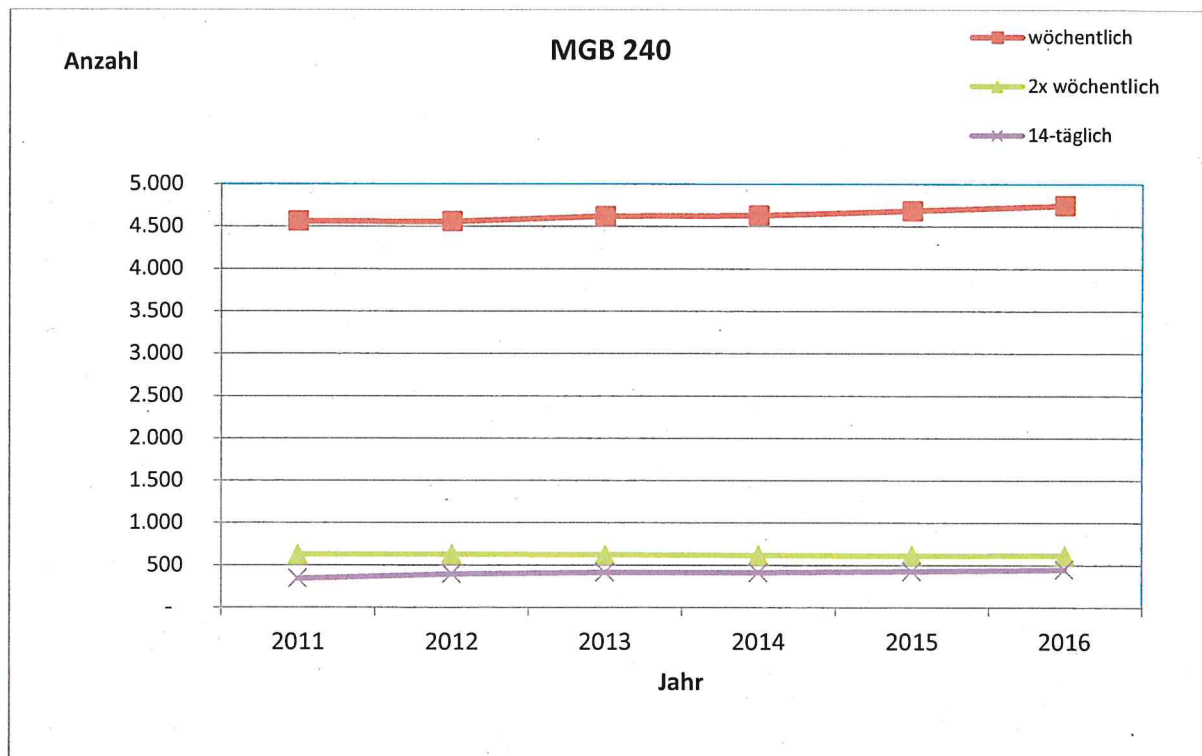
Fortsetzung Tabelle

Stadt	Einwohner 2014	Grundgebühr (GG)/ Festgebühr (FG)	Restabfälle		Abfälle zur Verwertung			
			fester Entleerungs- rhythmus	Entleerungs- rhythmus Wochen	Gebühr für Bioabfall separat	Gebühr für PPK separat	Gebühr für Abfuhr Sperrmüll	Gebühr für Sonderabfälle separat
Herne	154	-	ja	1 - 4	ja	-	-	-
Ludwigshafen am Rhein	164	GG Behälter	Ident	-	ja	-	-	-
Osnabrück	157	GG	ja	1 - 2	ja	-	ja	-
Oldenburg	161	GG Grundstück	ja	1 - 2	ja	-	ja	-
Leverkusen	162	GG Personen	ja	1 - 2	-	-	-	-
Solingen	157	-	ja	1 - 2	-	-	--	-
Potsdam	164	GG Personen	ja	0,5 - 4	ja	-	-	-
Neuss	152	-	ja	1 - 2	-	-	-	-
Schwerin	92	GG Anzahl Haushalte	ja	0,5 - 4	-	-	-	-

Text fett: Veränderung seit 2011

Anlage 3

**Entwicklung der Behälterbestände und deren Entleerungshäufigkeit
in der Hansestadt Rostock in den Jahren 2011 bis 2016**



Beschlussvorlage	Datum:	01.10.2019
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft	fed. Senator/-in:	S 4, Holger Matthäus
	bet. Senator/-in:	S 2, Dr. Chris Müller-von Wrycz Rekowski
Federführendes Amt: Amt für Umweltschutz	bet. Senator/-in:	
Beteiligte Ämter: Hauptamt Hauptamt, Abt. Personal und Recht		
Satzung über die Abfallwirtschaft in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock (Abfallsatzung - AbfS)		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
28.11.2019	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung Vorberatung	
04.12.2019	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft beschließt die Satzung über die Abfallwirtschaft in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock (Abfallsatzung - AbfS) (Anlage 1) einschließlich der Ausschlussliste der Abfallsatzung (Anlage 2).

Beschlussvorschriften:

§ 22 Abs. 3 Nr. 6 Kommunalverfassung M-V

bereits gefasste Beschlüsse: keine

Sachverhalt:

Die Satzung enthält Formulierungen klarstellender oder redaktioneller Art und berücksichtigt aktuelle rechtliche Entwicklungen sowie Erfahrungen aus dem Vollzug der Abfallsatzung. Folgende Änderungen wurden vorgenommen:

1. Die Definition der Abfallarten die bislang unter den § 3-7 der Abfallsatzung aufgeführt wurden, sind zum besseren Verständnis zusammengefasst und neu geordnet worden.
2. Siehe Punkt 1.
3. Siehe Punkt 1.
4. Siehe Punkt 1.
5. Siehe Punkt 1.
6. Verschiebung durch die vorhergehenden Änderungen: Aus § 3 Abs. 8 wird § 3 Abs. 6
7. Verschiebung durch die vorhergehenden Änderungen: Aus § 3 Abs. 9 wird § 3 Abs. 7
8. Verschiebung durch die vorhergehenden Änderungen: Aus § 3 Abs. 10 wird § 3 Abs. 8

9. Der Begriff Problemabfälle, wurde zum besseren Verständnis neu formuliert.
10. § 3 Abs. 12 entfällt. Der Begriff Abfälle zur Verwertung wird jetzt unter § 3 Abs. 5 erläutert.
11. Verschiebung durch die vorhergehenden Änderungen: Aus § 3 Abs. 13 wird § 3 Abs. 10
12. Verschiebung durch die vorhergehenden Änderungen: Aus § 3 Abs. 14 wird § 3 Abs. 11
13. Batterien stellen nach dem Abfallrecht eine eigene Abfallkategorie dar. Daher wird diese Abfallart jetzt separat erläutert.
14. Verschiebung durch die vorhergehenden Änderungen: Aus § 3 Abs. 15 wird § 3 Abs. 13
15. Die Aufzählung der von der Stadt getrennt entsorgten Abfälle wird um Batterien ergänzt.
16. Sprachliche Anpassung an den übrigen Satzungstext
17. Änderung der Querverweise aufgrund der vorherigen Änderungen
18. Änderung der Querverweise aufgrund der vorherigen Änderungen
19. Klarstellende Formulierung
20. Aktualisierung des Firmennamen
21. 20 Abs. 1 Nr. 2 entfällt da die Abfallschlüsselnummer bereits unter Abs. 1 aufgeführt ist.
22. Die Batterien waren bislang den Problemabfällen zugeordnet und wurden jetzt als separate Abfallart in den Annahmekatalog der Recyclinghöfe aufgenommen.
23. Der Annahmekatalog der Recyclinghöfe wurde um Haus- und Geschäftsmüll erweitert.
24. Inkrafttreten der Satzung

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Claus Ruhe Madsen

Anlage/n:

1. Abfallsatzung 2020
2. Ausschlussliste der Abfallsatzung 2020
3. Synopse Abfallsatzung 2020

Anlage 1 zur Beschlussvorlage Nr.2019/BV/0373

Satzung über die Abfallwirtschaft in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock (Abfallsatzung - AbfS)

Auf der Grundlage der §§ 5 und 15 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung - KV M-V) vom 13. Juli 2011 (GVOBl. M-V S. 777), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Juli 2019 (GVOBl. M-V S. 467), des § 6 Abs. 1 Abfallwirtschaftsgesetz für Mecklenburg-Vorpommern (Abfallwirtschaftsgesetz - AbfWG M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Januar 1997 (GVOBl. M-V S. 43), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. Juni 2012 (GVOBl. M-V S. 186, 187), i. V. m. dem Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz - KrWG) vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212), zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 9 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2808), § 7 Satz 4 der Verordnung über die Entsorgung von gewerblichen Siedlungsabfällen und von bestimmten Bau- und Abbruchabfällen (Gewerbeabfallverordnung - GewAbfV) vom 18. April 2017 (BGBl. I S. 896), zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2234), der Landesverordnung über die Entsorgung pflanzlicher Abfälle außerhalb von Abfallentsorgungsanlagen (Pflanzenabfalllandesverordnung - PflanzAbfLVO) vom 18. Juni 2001 (GVOBl. M-V S. 281), der Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (Abfallverzeichnis-Verordnung - AVV) vom 10. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3379), zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2644), und dem Gesetz über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten (Elektro- und Elektronikgerätegesetz - ElektroG) vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1739), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 27. Juni 2017 (BGBl. I S. 1966), wird nach Beschlussfassung der Bürgerschaft vom die folgende Satzung erlassen:

Abkürzungsverzeichnis

Stadt	Hanse- und Universitätsstadt Rostock
AbfWG M-V	Abfallwirtschaftsgesetz Mecklenburg-Vorpommern
AVV	Abfallverzeichnis-Verordnung
KrWG	Kreislaufwirtschaftsgesetz
GewAbfV	Gewerbeabfallverordnung
KV M-V	Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern
AbfWG M-V	Abfallwirtschaftsgesetz Mecklenburg-Vorpommern
GewAbfV	Gewerbeabfallverordnung
PflanzAbfLVO	Pflanzenabfalllandesverordnung Mecklenburg-Vorpommern
ElektroG	Elektro- und Elektronikgerätegesetz

Anlage 1 zur Beschlussvorlage Nr.2019/BV/0373

§ 1 Grundsätze der Abfallbewirtschaftung

(1) Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock, im Folgenden Stadt genannt, ist als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträgerin nach Maßgabe der geltenden Rechtsvorschriften und dieser Satzung für die Erfassung, den Transport und die weitere Entsorgung der in ihrem Gebiet angefallenen und überlassenen Abfälle verantwortlich. Sie erfüllt damit eine Pflichtaufgabe im eigenen Wirkungskreis.

(2) Die Stadt betreibt die Abfallentsorgung als öffentliche Einrichtung. Sie bedient sich zur Erfüllung dieser Pflicht zuverlässiger und sachkundiger Dritter (Drittbeauftragte). Die Aufgabenerfüllung orientiert sich am Stand der Technik sowie an den von Bund und Land vorgegebenen Rahmenbedingungen der Abfallwirtschaft.

§ 2 Abfallvermeidung

(1) Jede Person soll die Menge der Abfälle so gering halten, wie es den Umständen nach möglich und zumutbar ist. Das Gebot zur Abfallvermeidung und Abfallverwertung umfasst insbesondere folgende Pflichten:

1. Abfälle, deren stoffliche oder energetische Verwertung möglich ist, getrennt zu sammeln, entsprechend bereitzustellen und zu überlassen,
2. Problemstoffe in Abfällen zu vermeiden.

(2) Die Stadt hat bei der Abfallvermeidung Vorbildfunktion.

1. Bei der Erfüllung ihrer Aufgaben, insbesondere bei der Planung von Baumaßnahmen und dem Vergabewesen, soll sie so handeln, dass die Entstehung von Abfällen vermieden und die Wiederverwendung von Gegenständen sowie Verwertung von Abfällen gefördert werden. Insbesondere sind hierbei Erzeugnisse zu wählen, die
 - a) im Vergleich zu anderen Erzeugnissen zu weniger oder zu entsorgungsfreundlicheren Abfällen führen,
 - b) sich durch Langlebigkeit, Reparaturfreundlichkeit und Wiederverwendbarkeit oder Wiederverwertbarkeit auszeichnen,
 - c) aus Reststoffen oder nachwachsenden Rohstoffen hergestellt worden sind.

Erzeugnisse, deren Einsatz aufgrund

- ihrer Zusammensetzung (z. B. PVC),
- bestimmter Inhaltstoffe (z. B. FCKW),
- ihrer Herkunft (z. B. Tropenholz)

nicht umweltverträglich sind oder zur Verstärkung des Treibhauseffektes und damit zur Veränderung des Weltklimas beitragen, sind von dem öffentlichen Beschaffungs- und Auftragswesen und bei Bauvorhaben auszuschließen.

2. In öffentlichen Einrichtungen und auf Verkehrsflächen, die im Eigentum der Stadt stehen (Sondernutzung), sind Speisen und Getränke nur in wieder verwendbaren oder kompostierbaren Verpackungen und Behältnissen auszugeben. Soweit die Abwassereinleitung nicht möglich ist, können verwertbare Einwegverpackungen und Behälter verwendet werden. Dies gilt entsprechend für kommunale Märkte.

Anlage 1 zur Beschlussvorlage Nr.2019/BV/0373

3. Die Stadt wirkt auf Gesellschaften und Körperschaften ein, an denen sie beteiligt ist, damit diese mit Vorbildwirkung die Entstehung von Abfällen vermeiden und die Wiederverwendung von Gegenständen und die Verwertung fördern.

§ 3 Begriffsbestimmungen

- (1) Grundstückseigentümerin und/oder Grundstückseigentümer im Sinne dieser Satzung sind die im Grundbuch eingetragenen Eigentümerinnen und/oder Eigentümer oder deren Rechtsnachfolgerinnen und/oder Rechtsnachfolger. Nach einem Eigentümerwechsel ist bis zur Eintragung im Grundbuch auch diejenige Eigentümerin und/oder derjenige Eigentümer im Sinne dieser Satzung anzusehen, der den Nutzen aus dem Grundstück zieht und die Lasten desselben zu tragen hat.
- (2) Ein Grundstück im Sinne dieser Satzung ist ohne Rücksicht auf die Grundstücksbezeichnung und auf die Eintragung im Liegenschaftskataster und im Grundbuch - jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet.
- (3) Hausmüll im Sinne dieser Satzung ist Abfall zur Beseitigung aus privaten Haushaltungen, der im Rahmen der privaten Lebensführung anfällt, durch die Stadt nicht gesondert zur Verwertung erfasst wird und regelmäßig in den üblichen Restabfallbehältern (siehe § 11 Abs. 1 Nr. 1) gesammelt werden kann. Sie werden auch als Restabfälle bezeichnet. Zu den Anfallstellen gehören insbesondere Wohnungen und zugehörige Grundstücks- und Gebäudeteile sowie andere vergleichbare Anfallorte wie Wohnheime oder Einrichtungen des betreuten Wohnens mit abgeschlossenen Wohnungen aber auch Orte, an denen die Abfallerzeugerin oder der Abfallerzeuger nur vorübergehend einen privaten Haushalt führt wie z. B. in Ferienwohnungen oder Ferienhäusern, auf Erholungsgrundstücken, Campingplätzen oder Kleingärten.
- (4) Geschäftsmüll im Sinne dieser Satzung ist Abfall zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, insbesondere aus gewerblichen und industriellen Einrichtungen, der keiner vorrangigen Verwertung nach Maßgabe der Gewerbeabfallverordnung zugeführt werden kann und der Restabfällen aus privaten Haushaltungen aufgrund seiner Beschaffenheit oder Zusammensetzung ähnlich ist. Zu den Anfallstellen gehören insbesondere Handels- und gastronomische Einrichtungen sowie Schulen, Horte, Kindereinrichtungen, Krankenhäuser, alle Praxen und Büros von freiberuflich Tätigen wie z. B. Ingenieur-, Planungs- und Architektenbüros, Arztpraxen, Agenturen sowie öffentliche Einrichtungen.
- (5) Abfälle zur Verwertung im Sinne dieser Satzung sind Abfälle aus Haushaltungen oder vergleichbaren Anfallstellen, die durch die Stadt gesondert erfasst und einer Verwertung zugeführt werden. Dazu gehören: Alttextilien, Bioabfälle, Garten- und Parkabfälle, Papier, Pappe, Altglas, Metalle, Kunststoffe, Verbundstoffe, Sperrmüll und Altgeräte.
- (6) Sperrmüll im Sinne dieser Satzung sind feste Abfälle aus Haushaltungen, die wegen ihrer Sperrigkeit oder Beschaffenheit nicht in die zugelassenen Abfallbehälter passen und getrennt vom Haus- und Geschäftsmüll gesammelt und transportiert werden, wie z. B. Matratzen, Federbetten, Möbel, Fahrräder, Kinderwagen, Kleinschrott u. ä. Haushaltsgegenstände. Nicht zum Sperrmüll gehören Teile, die fest mit Gebäuden oder sonstigen Bauwerken verbunden waren (z. B. Steine, Ziegel, Türen, Holzgebälk und Fenster mit Verglasung), Sanitäreinrichtungen, Altgeräte, Öltanks bzw. leere Ölbehälter, Autowracks, Motorräder, Mopeds und Fahrzeugteile. Sperrmüll ist einer Sortierung zuzuführen.

Anlage 1 zur Beschlussvorlage Nr.2019/BV/0373

(7) Garten- und Parkabfälle sind überwiegend pflanzliche Abfälle, die auf gärtnerisch genutzten Grundstücken, in öffentlichen Parkanlagen und auf Friedhöfen sowie als Straßenbegleitgrün anfallen (z. B. Baum- und Heckenschnitt). Diese Abfälle werden, soweit sie der Stadt überlassen werden, einer Verwertung zugeführt.

(8) Bioabfälle im Sinne dieser Satzung sind biologisch abbaubare organische Abfälle aus Haushaltungen, die, soweit sie der Stadt überlassen werden, einer Verwertung zuzuführen sind:

- a) pflanzliche Abfälle aus Haushaltungen sowie aus Haus- und Vorgärten wie Rasenschnitt, Schnittblumen, Wildkräuter, Laub, Balkonpflanzen, Weihnachtsbäume (ohne Lametta),
- b) Abfälle der Speisezubereitung wie Obst- und Gemüseschalen, Eierschalen, Kaffeesatz, Teebeutel, Backwarenreste, Essenreste,
- c) kompostierbare Verpackungsabfälle sowie durch Lebensmittel verunreinigte Kartonagen, kompostierbares Geschirr u. Ä.,
- d) andere kompostierbare Abfälle wie Papiertücher, Säge- und Hobelspäne.

Die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger haben Abfälle aus privaten Haushaltungen, die wegen ihres Schadstoffgehalts zur Wahrung des Wohls der Allgemeinheit einer getrennten Entsorgung bedürfen, getrennt von den sonstigen Abfällen einzusammeln, zu befördern, zu behandeln, zu lagern oder abzulagern.

(9) Problemabfälle im Sinne dieser Satzung sind Abfälle aus privaten Haushaltungen, die wegen ihres Schadstoffgehalts getrennt von den sonstigen Abfällen entsorgt werden. Hierzu zählen z. B. Haushaltschemikalien, Lösungsmittel, Altfarben, Holzschutzmittel. Dies gilt auch für Kleinmengen vergleichbarer Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen, soweit sie mit den in Satz 1 genannten Abfällen beseitigt werden können.

(10) Papierabfälle zur Verwertung sind Papier, Pappe und Karton, z. B. Zeitungen, Zeitschriften, Illustrierte, Bücher, Kataloge, Prospekte, Schulhefte, Notizblöcke, Schachteln, Kartonaugen. Nicht zum verwertbaren Papier gehören: Kohle- und Blaupapier, Durchschreibesätze, Papier mit Kunststoff- oder Metallbeschichtung, Hygienepapier (Papiertaschentücher, Windeln), verschmutzte oder nasse Papierabfälle.

(11) Altgeräte im Sinne dieser Satzung sind Elektro- und Elektronikgeräte, die Abfall im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 1 des KrWG sind, einschließlich aller Bauteile, Unterbaugruppen und Verbrauchsmaterialien, die zum Zeitpunkt des Eintritts der Abfalleigenschaft Teil des Altgerätes sind (§ 3 Nr. 3 ElektroG).

(12) Batterien im Sinne dieser Satzung sind aus einer nicht wiederaufladbaren Primärzelle oder mehreren nicht wiederaufladbaren Primärzellen oder aus wiederaufladbaren Sekundärzellen bestehende Quellen elektrischer Energie sowie entsprechende Batteriearten oder Akkumulatoren. Dazu zählen auch Batterien, die gekapselt sind und in der Hand gehalten werden können, ausgenommen Fahrzeug- und Industriebatterien.

(13) Alttextilien im Sinne dieser Satzung sind nicht verunreinigte Kleidungsstücke, Decken, Bettwäsche, Handtücher und andere nicht genannte Textilien sowie Schuhe aus Haushaltungen.

Anlage 1 zur Beschlussvorlage Nr.2019/BV/0373

§ 4 Umfang der Verwertungs- und Beseitigungspflicht

(1) Die Pflicht der Stadt zur Abfallentsorgung umfasst nach Maßgabe des **AbfWG M-V** die Verwertung und die Beseitigung von Abfällen aus privaten Haushaltungen und aus anderen Herkunftsbereichen, die zur Beseitigung überlassen werden. Abfälle, die nicht verwertet werden, sind dauerhaft von der Kreislaufwirtschaft auszuschließen und zur Wahrung des Wohls der Allgemeinheit zu beseitigen.

(2) Die Stadt führt zur Erfüllung ihrer Entsorgungspflicht eine getrennte Entsorgung folgender Abfälle durch:

1. Haus- und Geschäftsmüll (Holsystem),
2. Sperrmüll aus Haushaltungen (Hol- und Bringsystem),
3. Papier aus Haushaltungen (Hol- und Bringsystem),
4. Garten- und Parkabfälle aus Haushaltungen, (Hol- und Bringsystem),
5. Bioabfälle aus Haushaltungen (Holsystem),
6. Altgeräte aus Haushaltungen **im Sinne des ElektroG (Hol- und Bringsystem)**,
7. Problemstoffe aus Haushaltungen (Bringsystem),
8. Kompostierbare Weihnachtsbäume (Holsystem),
9. Alttextilien aus Haushaltungen (Bringsystem),
10. Metallabfälle aus Haushaltungen (Bringsystem),
- 11. Batterien im Sinne des Batteriegesetzes (Bringsystem).**

Abfälle aus der humanmedizinischen und tierärztlichen Versorgung (Abfallschlüssel 18 01 01, 18 01 04, 18 02 01, 18 02 03 gemäß der Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis) können zusammen mit Haus- und Geschäftsmüll entsorgt werden.

Darüber hinaus erfolgt außerhalb der öffentlichen Abfallentsorgung die getrennte Erfassung von Verpackungsabfällen (Leichtverpackungen, Papier, Glas).

(3) Von der Abfallentsorgung sind ausgeschlossen:

1. die in § 2 Abs. 2 KrWG genannten Abfälle und Stoffe,
2. Abfälle gemäß § 20 Abs. 2 KrWG, für die unter anderem Rücknahme- und Rückgabepflichten aufgrund einer Rechtsverordnung bestehen,
3. die in der Ausschlussliste (Anlage) aufgeführten Abfälle, soweit sie nicht aus Haushaltungen stammen und dort in kleineren Mengen angefallen sind,
4. Flüssigkeiten, Bauabfälle, Altreifen, Fahrzeugwracks und Fahrzeugteile,
5. gewerbliche Siedlungsabfälle die verwertet werden.

Anlage 1 zur Beschlussvorlage Nr.2019/BV/0373

(4) Maßnahmen der Abfallentsorgung sind

1. das Sammeln und Einsammeln durch Hol- und Bringsysteme, Befördern, Lagern und Behandeln von Abfällen entsprechend Abs. 2;
2. die Überwachung und Kontrolle einer ordnungsgemäßen Abfallüberlassung auf den Grundstücken, die an die Abfallentsorgung der Stadt angeschlossen sind sowie die Überwachung und Kontrolle der ordnungsgemäßen und schadlosen Eigenverwertung von Abfällen;
3. das Einsammeln und Entsorgen verbotswidrig abgelagerter Abfälle von den der Allgemeinheit zugänglichen Grundstücken, wenn die Verursacherin oder der Verursacher nicht haftbar gemacht werden kann und ein Dritter nicht eintreten muss.

(5) Abfälle nach Abs. 3 sind von der Besitzerin oder dem Besitzer gemeinwohlverträglich zu entsorgen; dies bedeutet, dass Abfälle auf dem Grundstück nicht gelagert, abgelagert, vergraben, verbrannt oder in anderer Weise nicht Gemeinwohl verträglich entsorgt werden dürfen.

§ 5 Anschluss- und Benutzungsrecht

(1) Die Eigentümerin und/oder der Eigentümer eines Grundstücks sind/ist berechtigt, das Grundstück im Rahmen der Satzung an die öffentliche Abfallentsorgung anschließen zu lassen (Anschlussrecht); übt ein anderer als die Eigentümerin und/oder der Eigentümer die tatsächliche Herrschaft über das Grundstück in der Weise aus, dass er die Eigentümerin und/oder den Eigentümer von der Einwirkung auf das Grundstück wirtschaftlich ausschließen kann, so tritt dieser an Stelle der Eigentümerin und/oder des Eigentümers. Satz 1 findet auch Anwendung, soweit Grundstücke mit Wochenendhäusern, Ferienhäusern und -wohnungen, Lauben zu Wohnzwecken bebaut sind.

(2) Die Anschlussberechtigten sowie die Personen, die Abfälle besitzen, haben das Recht, für die auf dem Grundstück oder sonst bei ihnen anfallenden Abfälle nach § 4 Abs. 2 die öffentliche Abfallentsorgung in Anspruch zu nehmen (Benutzungsrecht). Die unter § 3 Abs. 5 bis 14 genannten Abfälle sind entsprechend den gesetzlichen Vorgaben getrennt zu sammeln und zu überlassen.

(3) Soweit bestimmte Abfälle aufgrund ihrer Art und Menge vom Einsammeln und Befördern ausgeschlossen sind, erstreckt sich das Anschluss- und Benutzungsrecht darauf, die Abfälle nach Maßgabe dieser Satzung in einer Abfallentsorgungsanlage behandeln, lagern und ablagern zu lassen bzw. einer Verwertungsanlage anzudienen. Auf Verlangen der Stadt ist über die Behandlung solcher Abfälle ein Nachweis zu erbringen.

§ 6 Anschluss- und Benutzungszwang

(1) Die Eigentümerin und/oder der Eigentümer eines im Gebiet der Stadt liegenden Grundstückes sind/ist verpflichtet, das Grundstück an die öffentliche Abfallentsorgung anzuschließen, wenn das Grundstück von privaten Haushaltungen für Wohnzwecke genutzt wird (Anschlusszwang). Die Eigentümerin und/oder der Eigentümer eines Grundstücks und jede andere Abfallbesitzerin und/oder jeder andere Abfallbesitzer (z. B. Mieterin und/oder Mieter, Pächterin und/oder Pächter) sind/ist verpflichtet, die auf ihrem und/oder seinem Grund-

Anlage 1 zur Beschlussvorlage Nr.2019/BV/0373

stück oder sonst bei ihr und/oder ihm anfallenden Abfälle aus privaten Haushaltungen im Rahmen der Satzung den Einrichtungen der öffentlichen Abfallentsorgung zu überlassen und entsprechend ihrer Zweckbestimmung zu benutzen (Benutzungszwang).

(2) Die Eigentümerin und/oder der Eigentümer eines im Gebiet der Stadt liegenden Grundstückes oder jede andere Abfallbesitzerin und/oder jeder andere Abfallbesitzer auf dem Grundstück, das nicht zu Wohnzwecken, sondern anderweitig z. B. für gewerbliche, industrielle oder freiberufliche Zwecke genutzt wird, haben/hat gleichermaßen die Verpflichtung nach Abs. 1, soweit auf dem Grundstück Abfälle zur Beseitigung im Sinne des § 17 Abs. 1 Satz 2 KrWG anfallen. Sie haben nach § 7 Absatz 2 GewAbfV insbesondere für gewerbliche Siedlungsabfälle im Sinne des § 2 Nr. 1 GewAbfV, die nicht verwertet werden, eine Pflichtrestmülltonne für Geschäftsmüll nach Maßgaben des § 12 Abs. 3 zu nutzen.

(3) Der Anschluss- und Benutzungszwang nach Abs. 1 und 2 besteht auch für Grundstücke, die gewerblich und gleichzeitig von privaten Haushaltungen zu Wohnzwecken genutzt werden (gemischt genutzte Grundstücke). Die Erzeugerin oder der Erzeuger von Geschäftsmüll kann in Bezug auf ihre oder seine Abfälle das Anschlussrecht nach § 5 Abs. 1 selbst wahrnehmen, soweit und solange die Eigentümerin und/oder der Eigentümer des Grundstücks und die Stadt keine Einwände geltend machen. Die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer wird von ihren oder seinen Verpflichtungen nicht dadurch befreit, dass neben ihr oder ihm andere Anschluss- und Benutzungspflichtige vorhanden sind.

(4) Der Anschluss- und Benutzerzwang gilt gleichfalls für Besitzerinnen und Besitzer, Betreiberinnen und Betreiber und Nutzerinnen und Nutzer von Markt- und Verkaufsständen, Imbissständen und ähnlichen Einrichtungen sowie für die Veranstalter von Märkten, Festen und anderen Veranstaltungen, wenn dort überlassungspflichtige Abfälle anfallen.

(5) Die Entsorgung von auf Seeschiffen anfallenden Abfällen ist in der Hafennutzungsordnung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock geregelt. Werftschiffe, Fischereifahrzeuge, Wassersportfahrzeuge sowie Schiffe mit langfristig zugeteiltem Liegeplatz unterliegen im Rahmen der allgemeinen Anbindung der entsprechend zugeordneten Schiffs Liegeplätze dem Anschlusszwang an die öffentliche Abfallentsorgung.

§ 7 Ausnahmen vom Anschluss- und Benutzungszwang

(1) Die Überlassungspflicht für Abfälle aus Haushaltungen gilt nur, soweit überlassungspflichtige Abfälle anfallen, d. h. sie gilt insbesondere nicht für Abfälle die

1. auf dem anschlusspflichtigen Grundstück ordnungsgemäß und schadlos selbst verwertet werden (Eigenkompostierung),
2. in § 17 Abs. 2 Nr. 2 - 4 KrWG genannt werden,
3. in § 17 Abs. 2 Nr. 1 KrWG genannt werden, es sei denn, die Stadt wirkt an einer nach § 25 Abs. 2 Nr. 4 KrWG verordneten Rücknahme mit,
4. in der Ausschlussliste (Anlage) aufgeführt sind (§ 20 Abs. 2 KrWG).

Anlage 1 zur Beschlussvorlage Nr.2019/BV/0373

(2) Bei Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen gilt die Überlassungspflicht nicht für

1. Abfälle, die verwertet werden,
2. Abfälle, die die Erzeugerin oder der Erzeuger oder die Besitzerin oder der Besitzer in eigenen Anlagen beseitigt oder durch einen sach- und fachkundigen beauftragten Dritten beseitigen lässt, soweit nicht überwiegende öffentliche Interessen eine Überlassung erfordern (§ 17 Abs. 1 Satz 2 KrWG). Die Übertragung an einen Dritten bedarf der Zustimmung durch die Stadt. Die Stadt kann den Nachweis darüber verlangen, dass bei Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen eine Verwertung durch die Erzeugerin oder den Erzeuger oder die Besitzerin oder den Besitzer bzw. Dritte nicht möglich oder wirtschaftlich nicht zumutbar ist.
3. Abfälle, die von der Stadt gemäß § 20 Abs. 2 KrWG von der Entsorgung ausgeschlossen worden sind (Anlage).

(3) Die Stadt kann im Einzelfall auf schriftlichen Antrag vom Anschluss- und Benutzungszwang befreien, wenn der Anschluss an die öffentliche Abfallentsorgung für die Pflichtige und/oder den Pflichtigen zu einer unzumutbaren Härte führen würde und eine ordnungsgemäße Entsorgung im Sinne des KrWG gewährleistet und nachgewiesen sowie das öffentliche Interesse nicht beeinträchtigt wird.

(4) Die Anschlusspflichtigen können auf Antrag bei der Stadt für einen zusammenhängenden begrenzten Zeitraum ab 12 Wochen vom Anschluss- und Benutzungszwang befreit werden, wenn für

1. das Wohngrundstück zwar Personen bei der Meldebehörde gemeldet sind, es jedoch zeitweilig unbewohnt und unbenutzt ist,
2. gewerblich genutzte Grundstücke wegen zeitweiliger Nichtnutzung kein Abfall anfällt.

(5) Kraftfahrzeuge oder Anhänger ohne gültige amtliche Kennzeichen und Fahrzeugteile, die gemäß § 20 Abs. 3 KrWG als Abfall gelten, werden, wenn die Entsorgung nicht durch die Halterin oder den Halter erfolgt, durch die Stadt auf Kosten der Halterin oder des Halters entsorgt.

§ 8 Abfallberatung und Öffentlichkeitsarbeit

Die Stadt berät über Möglichkeiten der Abfallvermeidung, der Abfallverminderung, der Weiterverwendung von Gegenständen, der Abfallverwertung und Schadstoffentfrachtung sowie über die Verwendung umweltfreundlicher langlebiger Produkte und erteilt Auskünfte zu geeigneten Abfallbeseitigungs- und Abfallverwertungsanlagen. Die Stadt führt eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit durch.

§ 9 Anmelde-, Mitteilungs- und Duldungspflichten

(1) An- und Abmeldungen sowie Anträge auf Veränderung der Anzahl der Abfallbehälter, des Behältervolumens oder der Entsorgungszyklen einschließlich der Anzeige der Eigenkompostierung haben durch die Anschlusspflichtigen schriftlich bei der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, vertreten durch das Amt für Umweltschutz, Untere Abfallbehörde, zu erfolgen. Dabei sind die Bearbeitungs- und Realisierungsfristen gemäß § 22 zu beachten. Innerhalb eines

Anlage 1 zur Beschlussvorlage Nr.2019/BV/0373

Kalenderjahres ist ein Wechsel zwischen Eigenkompostierung und Nutzung der Biotonne bzw. umgekehrt nur einmal möglich.

(2) Bei Wohngrundstücken ist vom Anschlusspflichtigen die Anzahl der auf dem Grundstück wohnenden Personen anzugeben. Änderungen der Personenzahl sind **der Stadt**, mindestens einmal jährlich anzuzeigen.

(3) Bei einem Übergang des Eigentums am Grundstück sind/ist sowohl die bisherige Eigentümerin und/oder der bisherige Eigentümer als auch die neue Eigentümerin und/oder der neue Eigentümer verpflichtet, den Eigentumswechsel unverzüglich anzuzeigen.

(4) Die Erzeugerin oder der Erzeuger und die Besitzerin oder der Besitzer von Abfällen haben auf Verlangen der Stadt über Herkunft, Menge und Zusammensetzung Auskunft zu geben und die zur Beurteilung einer vorschriftsmäßigen Entsorgung erforderlichen Nachweise und Analysen vorzulegen. Sie haben über alle Fragen zur Abfallentsorgung und Gebührenberechnung Auskunft zu erteilen.

(5) Der Anschlusspflichtige hat entsprechend § 19 KrWG das Aufstellen der Abfallbehälter und das Betreten des Grundstücks durch die Beauftragten der Stadt zum Zweck des Einsammelns und zur Überwachung der Vorschriften dieser Satzung und weiterer abfallrechtlicher Bestimmungen zu dulden.

(6) Die zur Durchführung der Abfallentsorgung erhobenen personengebundenen Daten können gespeichert und maschinell verarbeitet werden. Diese Daten dürfen nur bei begründetem Verdacht eines Verstoßes gegen abfallrechtliche Vorschriften an die für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten zuständigen Behörden übermittelt werden.

(7) Die Stadt ist berechtigt bei Feststellung einer abweichenden Personenzahl, die entsprechenden Veranlagungsdaten auch ohne Anzeige des Anschlusspflichtigen auf Grund der Daten des Melderegisters zu ändern.

§ 10 Eigentumsübertragung

(1) Der Abfall geht mit dem Verladen auf das Sammelfahrzeug in das Eigentum der Stadt über. Wird der Abfall durch die Besitzerin oder den Besitzer zu einer hierfür geeigneten und zugelassenen Abfallentsorgungseinrichtung der Stadt gebracht, geht der Abfall mit der Übernahme zur Entsorgung in das Eigentum der Stadt über. Im Abfall gefundene Wertgegenstände werden als Fundsachen im Sinne des bürgerlichen Rechts behandelt.

(2) Haftungsrechtlich verantwortlich sind bis zur Leerung der Abfallbehälter die Anschlusspflichtigen für die ordnungsgemäße Aufstellung der Abfallbehälter. Bis zur Abholung von Abfällen nach § 3 Abs. **6, 7 und 11** ist die Besitzerin oder der Besitzer für die ordnungsgemäße Lagerung der Abfälle verantwortlich.

§ 11 Erfassungssysteme

(1) Die Stadt bestimmt Art, Größe und Zweck der Erfassungssysteme. Für das Einsammeln und Befördern von Abfällen sind Abfallbehälter und amtlich gekennzeichnete Abfallsäcke (im

Anlage 1 zur Beschlussvorlage Nr.2019/BV/0373

Folgenden Abfallsack und Laubsack) mit folgendem Fassungsvermögen zugelassen:

1. für Hausmüll und Geschäftsmüll 80 l, 120 l, 240 l und 1.100 l und Abfallsäcke (70 l),
2. für Bioabfälle 120 l und 240 l,
3. für Papier 120 l, 240 l und 1.100 l,
4. für Leichtverpackungen 120 l, 240 l und 1.100 l und gelber Sack (70 l),
5. für Altglas und Papier größer als 1.100 l (Sammelcontainer),
6. für pflanzliche Abfälle (Laub, Rasenschnitt, Blumen- und Staudenschnitt sowie Wildkräuter) den Laubsack (120 l),
7. für große Mengen Geschäftsmüll auf Antrag:
 - a) Presscontainer: 10 m³ oder 20 m³
 - b) Container 7 m³.

Fallen in Gewerbebetrieben größere Mengen von Abfällen an, als die unter Nr. 1 genannten Behälter aufnehmen, können im Einzelfall mit der Stadt, Amt für Umweltschutz, Untere Abfallbehörde, gesonderte Regelungen zur Abholung getroffen werden.

(2) Die Abfallbehälter für die Abfälle nach Abs. 1 Nr. 1 bis 3 und Nr. 6 werden von den Drittbeauftragten gestellt und gehen nicht in das Eigentum der Anschlusspflichtigen über.

(3) Neben den Abfallbehältern sind für vorübergehend erhöhte Haus- und Geschäftsmüllmengen nur die von der Stadt zugelassenen Abfallsäcke zu benutzen. Für die Entsorgung von erhöhtem Laubanfall kann der Laubsack verwendet werden. Die Abfallsäcke und Laubsäcke können bei der Stadt, Amt für Umweltschutz, erworben werden.

(4) Auf Antrag kann die Stadt eine ausschließliche Nutzung der unter Abs. 3 genannten Abfallsäcke gestatten, wenn auf einem Grundstück aus baulichen und anderen erheblichen Gründen die Aufstellung von festen Abfallbehältern nicht möglich ist.

§ 12 Anzahl und Größe der Abfallbehälter

(1) Die Anschlusspflichtigen sind dafür verantwortlich, dass Abfallbehälter in der erforderlichen Anzahl und Größe vorhanden sind. Sie haben Abfallbehälter mit dem Fassungsvermögen auszuwählen, die zur Aufnahme des auf dem Grundstück regelmäßig anfallenden Abfalls erforderlich sind. Pro Grundstück und Gewerbe ist mindestens ein zugelassener Abfallbehälter entsprechend § 11 Abs. 1 Nr. 1 im angemessenen Umfang vorzuhalten.

(2) Als Richtwert gilt für Hausmüll und Papier aus privaten Haushaltungen ein Volumen von jeweils 15 l pro Person und Woche.

(3) Für die Abfuhr von Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen wird der Behälterbedarf für Abfälle zur Beseitigung unter Zugrundelegung von Einwohnergleichwerten ermittelt. Der Einwohnergleichwert entspricht dem Richtwert gemäß Abs. 2. Die Einwohnergleichwerte werden nach folgender Regelung festgesetzt:

Anlage 1 zur Beschlussvorlage Nr.2019/BV/0373

	Unternehmen/Institution	je Platz/Beschäftigten/Bett	Einwohnergleichwert
1.	Krankenhäuser, Kliniken u. ä. Einrichtungen	je Platz	1
2.	Öffentliche Verwaltungen, Geldinstitute, Verbände, Krankenkassen, Versicherungen, selbstständig Tätige der freien Berufe, selbstständige Handels-, Industrie- und Versicherungsvertreter	je 3 Beschäftigte	1
3.	Speisewirtschaften, Imbissstuben	je Beschäftigten	4
4.	Gaststättenbetriebe, die nur als Schankwirtschaft konzessioniert sind, Eisdielen	je Beschäftigten	2
5.	Beherbergungsbetriebe	je 4 Betten	1
6.	Lebensmitteleinzel- und Großhandel	je Beschäftigten	2
7.	sonstiger Einzel- und Großhandel	je Beschäftigten	0,5
8.	Industrie, Handwerk und übrige Gewerbe	je Beschäftigten	0,5

Die Summe der Einwohnergleichwerte wird bei Teilwerten auf den vollen Einwohnergleichwert aufgerundet.

(4) Beschäftigte im Sinne des Abs. 3 sind alle in einem Betrieb Tätige (z. B. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Unternehmerinnen und Unternehmer, mithelfende Familienangehörige, Auszubildende) einschließlich Zeitarbeitskräfte. Beschäftigte, die weniger als die Hälfte der branchenüblichen Arbeitszeit tätig sind, werden bei der Veranlagung zu einem Viertel berücksichtigt.

(5) Auf Grundstücken, auf denen Abfälle aus privaten Haushaltungen und Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen anfallen, können diese auf Antrag gemeinsam gesammelt werden. Dabei wird das sich aus Abs. 3 ergebende Behältervolumen auf das nach Abs. 2 zur Verfügung zu stellende Behältervolumen angerechnet.

(6) Abweichend kann auf Antrag, bei nachgewiesener Nutzung von Vermeidungs- und Verwertungsmöglichkeiten, durch die Anschlusspflichtigen ein geringeres Mindestbehältervolumen zugelassen werden. Die Stadt legt aufgrund der vorgelegten Nachweise und ggf. eigenen Ermittlungen und Erkenntnissen das zur Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Entsorgung erforderliche Behältervolumen fest.

(7) Die Stadt kann auf Antrag einer gemeinsamen Behälterbestellung und -nutzung für benachbarte Grundstücke, unter Beachtung des Abs. 1 zustimmen. In dem gemeinschaftlich zu stellenden Antrag ist eine verantwortliche Schuldnerin oder ein verantwortlicher Schuldner für die Behältergebühr zu benennen. Mehrere Grundstückseigentümerinnen und/oder Grundstückseigentümer können für Garten- sowie Bioabfälle, die aus Haushaltungen stammen, einen Kompostplatz gemeinsam betreiben. In der Regel dürfen nicht mehr als acht Haushaltungen angeschlossen sein.

Anlage 1 zur Beschlussvorlage Nr.2019/BV/0373

(8) Ist vorherzusehen oder über mehrere Leerungen feststellbar, dass der bereitgestellte Abfallbehälter nicht ausreichend ist, haben die Anschlusspflichtigen die Pflicht, umgehend eine Erhöhung der Entsorgung zu beantragen. Falls über mehrere Leerungen durch rechtswidrige Abfallablagerungen neben den Abfallbehälterstandplätzen ein unzureichendes Fassungsvermögen festgestellt wird und eine Beantragung eines erhöhten Fassungsvermögens oder eines erhöhten Entsorgungszyklus unterblieben ist, hat die Stadt das Recht, eine Erhöhung des Fassungsvermögens oder der Entsorgungszyklen anzuordnen.

(9) Die Stadt widerruft eine nach § 9 Abs. 1 genehmigte Reduzierung der Abfallentsorgung, wenn sich herausstellt, dass das geringere Behältervolumen oder die verringerte Leerungshäufigkeit eine ordnungsgemäße Entsorgung nicht gewährleistet.

(10) Wird festgestellt, dass für eine Eigenkompostierung die notwendigen Voraussetzungen nicht vorhanden sind oder wird die Eigenkompostierung nicht ordnungsgemäß betrieben, kann die Stadt die Befreiung von der Überlassungspflicht nach § 7 Abs. 1 Nr. 1 ablehnen oder widerrufen.

§ 13 Abfuhrtermine und -zyklus

(1) Abfälle können grundsätzlich an Werktagen in der Zeit von 06:00 bis 22:00 Uhr eingesammelt werden. Besonders zu berücksichtigen sind Wohn- und ähnlich schutzwürdige Gebiete mit Entsorgungszeiten von 07:00 bis 20:00 Uhr. In begründeten Ausnahmefällen kann in diesen genannten Gebieten auch zwischen 06:00 und 07:00 Uhr sowie 20:00 und 22:00 Uhr, ebenso auch an Sonn- und Feiertagen abgefahren werden. Die Entsorgungstage werden durch die Drittbeauftragten den Anschlusspflichtigen mitgeteilt. Fällt ein planmäßiger Entsorgungstag auf einen gesetzlichen Feiertag, können die Abfälle auch an einem vorhergehenden oder nachfolgenden Tag eingesammelt werden. Diese Änderung wird durch die Drittbeauftragten bekannt gemacht.

(2) Die Entsorgung von Haus- und Geschäftsmüll erfolgt grundsätzlich wöchentlich (52 Entleerungen pro Jahr). In begründeten Fällen kann die Abfallentsorgung auf Antrag der Anschlusspflichtigen abweichend davon in Anspruch genommen werden. Eine 14-tägliche Entsorgung kann bei 1.100-l-, 240-l-, 120-l- und 80-l-Abfallbehältern und eine 28-tägliche Entsorgung kann bei 120-l- und 80-l-Abfallbehältern erfolgen. Eine zweimal wöchentliche Entsorgung ist bei 1.100-l- und 240-l-Abfallbehältern möglich. Aufgrund einer gesonderten Vereinbarung kann die Entleerung der Abfallbehälter in begründeten Fällen außerhalb des Tourenplans vorgenommen werden.

(3) Die Entleerung der Bioabfallbehälter erfolgt in den Monaten April bis November wöchentlich, in den Monaten Dezember bis März 14-täglich.

(4) Die Entsorgung der Papierabfälle in Abfallbehältern erfolgt grundsätzlich 14-täglich. Bei 120-l- und 240-l-Behältern für Papier kann die Stadt auch eine 28-tägliche Entsorgung bestimmen.

Anlage 1 zur Beschlussvorlage Nr.2019/BV/0373

(5) Wird die Abfallentsorgung infolge höherer Gewalt, behördlicher Verfügungen, Betriebsstörungen, betriebsnotwendiger Arbeiten oder sonstiger Arbeiten vorübergehend eingeschränkt, unterbrochen oder verspätet durchgeführt, besteht kein Anspruch auf Gebührenminderung oder Schadenersatz. Die unterbliebenen Maßnahmen werden so bald wie möglich nachgeholt.

§ 14 Bereitstellung der Abfälle zur Abfuhr

(1) Die Abfälle sind in den zugelassenen Abfallbehältern bereitzustellen. Dieses gilt nicht für Abfälle nach § 3 Abs. 6, 7, 9 und 11 aus Haushaltungen sowie für Abfälle, durch die die Abfallbehälter beschädigt werden können. Abfälle nach § 3 Abs. 8, 9, und 14 sind getrennt von sonstigen Abfällen bereitzustellen. Es besteht kein Anspruch auf eine bestimmte Art des Einsammelns und des Beförderns.

(2) Die Bereitstellung und Herrichtung der Abstellflächen für Abfallbehälter hat auf dem Grund und Boden der jeweiligen Eigentümerin und/oder des jeweiligen Eigentümers zu erfolgen. Die Eigentümerin und/oder der Eigentümer haben/hat dafür zu sorgen, dass die Abfallbehälter allen Bewohnerinnen und Bewohnern des Grundstückes zugänglich sind und satzungsgemäß benutzt werden können.

(3) Die Abfallbehälter sind am Abfuhrtag rechtzeitig - jedoch frühestens am Abend vor dem Abfuhrtag ab 20.00 Uhr - öffentlich zugänglich an der Grundstücksgrenze zum öffentlichen Verkehrsraum bereitzustellen, so dass die Entsorgungsfahrzeuge an die Aufstellplätze heranfahren können und das Laden sowie der Abtransport ohne Schwierigkeiten und Zeitverlust möglich sind. Die Abfallbehälter sind so bereitzustellen, dass Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer nicht behindert bzw. gefährdet werden.

(4) Von Grundstücken, die nicht unmittelbar an einer für Sammelfahrzeuge befahrbaren Straße liegen, müssen Abfallbehälter **amtliche** Abfallsäcke, **Sperrmüll und große Altgeräte** bis zur nächsten befahrbaren Straße gebracht werden.

(5) Nach der Entleerung sind die Abfallbehälter unverzüglich von der öffentlichen Straße zu entfernen. Die Regelungen der Sondernutzungssatzung bleiben unberührt.

(6) Verunreinigungen von öffentlichen Flächen, die durch das Bereitstellen von Abfällen entstanden sind, haben die Anschlusspflichtigen und die Besitzerin und/oder der Besitzer von Abfällen unverzüglich zu beseitigen. Die Stadt kann die Reinigung zu Lasten der Verursacherin oder des Verursachers vornehmen. In der Winterperiode sind die Aufstellplätze und Transportwege zum Entsorgungsfahrzeug durch die Grundstückseigentümerin oder den Grundstückseigentümer von Schnee und Eisglätte zu befreien.

(7) Die nach § 11 Abs. 1 zugelassenen Säcke werden nur eingesammelt, wenn sie am Entsorgungstag neben den Abfallbehältern oder sofern Abfallbehälter nicht vorhanden sind, gesondert bereitgestellt werden, zugebunden und unbeschädigt sind.

(8) Bei Neueinrichtung bzw. Änderung von Abstellflächen für Abfallbehälter ist rechtzeitig vor Beginn der Baurealisierung eine Information hinsichtlich Lage, Größe und Beschaffenheit der Fläche an den Drittbeauftragten vorzunehmen. Gleiches gilt für die Aufstellung von Abfallbehälterschranken sowie beim Gebrauch von Schließeinrichtungen.

Anlage 1 zur Beschlussvorlage Nr.2019/BV/0373

(9) Unterbleibt die Entleerung der Abfallbehälter aus einem Grund, den die Anschlusspflichtigen zu vertreten haben, so wird die Entleerung außerhalb der dafür festgelegten Tage nur aufgrund einer gesonderten Vereinbarung gegen Erstattung der dadurch entstehenden Mehrkosten vorgenommen.

(10) Bei durch die Drittbeauftragten verschuldeten Ausfällen der Haus- oder Geschäftsmüllentsorgung wird die Entleerung wenn möglich nachgeholt, anderenfalls besteht Anspruch auf anteilige Gebührenrückerstattung bezüglich der Behältergebühr. Ein Erstattungsanspruch ist durch die Anschlusspflichtige oder den Anschlusspflichtigen oder sonstige Abfallbesitzerinnen oder Abfallbesitzer unverzüglich geltend zu machen. Weitergehende Ansprüche sind ausgeschlossen.

(11) Es ist nicht gestattet, bereitgestellte Abfälle zu durchsuchen, zu sortieren oder in sonstiger Weise zu behandeln.

§ 15 Benutzung der Abfallbehälter

(1) Die Abfallbehälter sind schonend zu behandeln. Sie sind nach Benutzung geschlossen zu halten. Der Deckel muss sich stets schließen lassen. Abfälle sind in den zugelassenen Abfallbehältern unverdichtet und unter Verzicht auf den Einsatz technischer Hilfsmittel zur mechanischen Verdichtung zu sammeln. Abfallsäcke sind fest zu verschnüren. Abfallbehälter haben auf dem Grundstück zu verbleiben, für das sie angemeldet wurden und dürfen nicht eigenmächtig auf andere Grundstücke umgesetzt werden.

(2) Abfallbehälter, die so gefüllt sind, dass sie durch die Schüttvorrichtung bzw. Ladevorrichtung des Entsorgungsfahrzeuges nicht angehoben werden können, werden nicht entleert.

(3) Beschädigungen und Verlust von Abfallbehältern sind der Stadt oder den Drittbeauftragten unverzüglich anzuzeigen. Die Anschlusspflichtigen haften für den Verlust der Abfallbehälter und für Schäden, die durch unsachgemäße Behandlung der Abfallbehälter entstehen, sofern sie ein Verschulden trifft (Obhutspflicht).

(4) Der Einwurf von Altglas und Papier in Sammelcontainer darf nur montags bis freitags von 07:00 Uhr bis 20:00 Uhr und samstags von 07:00 Uhr bis 13:00 Uhr erfolgen. Außerhalb dieser Zeiten sowie an Sonn- und Feiertagen ist der Einwurf nicht zulässig.

(5) Es ist verboten, Abfälle neben den Sammelcontainern abzustellen oder die Abstellplätze auf andere Art zu verunreinigen.

(6) Die auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen, in öffentlichen Anlagen und der freien Landschaft aufgestellten öffentlichen Papierkörbe sind nur für Abfälle bestimmt, die bei einzelnen Personen beim Verzehr von Lebens- und Genussmitteln im Freien oder bei Teilnahme am Straßenverkehr anfallen. Es ist unzulässig, in die Papierkörbe andere Abfälle einzufüllen oder daneben zu stellen.

Anlage 1 zur Beschlussvorlage Nr.2019/BV/0373

(7) Die Abfallbehälter dürfen nur mit den für diese Abfallbehälter zweckbestimmten Abfällen befüllt werden. Abfallbehälter, die entgegen ihrer Zweckbestimmung gefüllt sind, werden nicht geleert. Im Wiederholungsfall kann die Stadt fehlgefüllte Abfallbehälter für Papier, Leichtverpackungen und Bioabfälle entsprechend § 12 Abs. 8 durch gebührenpflichtige Behälter für Hausmüll ersetzen.

§ 16 Sperrmüll und Altgeräte

(1) Sperrmüll und große oder schwere Altgeräte (z. B. Kühlschränke oder Waschmaschinen) aus Haushaltungen werden gesondert nach vorheriger Anmeldung beim Drittbeauftragten, durch die Abfallbesitzerin oder den Abfallbesitzer unter Angabe von Art und Anzahl der Gegenstände abgeholt. Der Drittbeauftragte legt den Abfuhrtermin fest und kann eine mengenmäßige Begrenzung pro Abfuhr bestimmen.

(2) Kleinere Altgeräte (z. B. Toaster, Fön, Kaffeemaschine) sind auf den Recyclinghöfen der Stadt abzugeben.

(3) Die unter Abs. 1 genannten Abfälle sind erst am Vortag des Abfuhrtermins von der Besitzerin oder dem Besitzer so bereit zu stellen, dass sie vom öffentlichen Verkehrsraum aus leicht erreichbar sind und keine Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer behindert oder gefährdet werden.

(4) Eine Abgabe der in Abs. 1 genannten Abfälle auf den Recyclinghöfen der Stadt ist möglich.

§ 17 Problemabfälle aus Haushaltungen

Kleinmengen von Problemabfällen aus Haushaltungen werden auf den Recyclinghöfen der Stadt angenommen.

§ 18 Garten- und Parkabfälle

(1) Gartenabfälle (Baum- und Gehölzrückschnitt), die auf gärtnerisch genutzten Grundstücken anfallen, werden nach vorheriger Anmeldung beim Drittbeauftragten unter Angabe der Menge abgeholt. Der Drittbeauftragte legt den Abfuhrtermin sowie die Art und Weise der Abfuhr fest. Eine Abgabe der Garten- und Parkabfälle auf den Recyclinghöfen der Stadt ist möglich.

(2) Garten- und Parkabfälle aus landschaftspflegerischer oder gewerblicher Tätigkeit sind durch Kompostierung, Schreddern und Mulchen oder in anderer geeigneter Weise zu verwerten.

§ 19 Modellversuche und Einführung neuer Methoden und Systeme zur Abfallentsorgung

Zur Erprobung und Einführung von neuen Methoden und Systemen zur Erfassung, Sammlung, Behandlung, Verwertung, Beseitigung und Beförderung von Abfällen kann die Stadt Modellversuche mit örtlich und zeitlich begrenzter Wirkung durchführen.

Anlage 1 zur Beschlussvorlage Nr.2019/BV/0373

§ 20 Abfallentsorgungsanlagen

(1) Die Annahme von folgenden Siedlungsabfällen erfolgt an **die** Restabfallbehandlungsanlage der **Veolia Umweltservice Nord GmbH**, Ost-West-Straße 22:

1. Haus- und Geschäftsmüll (Abfallschlüssel 20 03 01),
2. Marktabfälle, wenn nachweislich keine Möglichkeit zur biologischen Abfallbehandlung besteht (Abfallschlüssel 20 03 02),
3. Straßenkehrsicht, wenn die Verwertungsprüfung nachweislich negativ ausfällt (Abfallschlüssel 20 03 03),
4. Pappe und Papier, wenn die Verwertungsprüfung nachweislich negativ ausfällt (Abfallschlüssel 20 01 01, 15 01 01),
5. Garten- und Parkabfälle, wenn nachweislich keine Möglichkeit zur biologischen Abfallbehandlung besteht (Abfallschlüssel 20 02 01).

(2) Auf den Recyclinghöfen der Stadt, Dierkower Damm 34, Koppelweg 1, Zur Mooskuhle 1 und Etkar-André-Str. 54 können folgende Abfälle angeliefert werden:

- a) Sperrmüll,
- b) Altgeräte,
- c) Park- und Gartenabfälle,
- d) Problemabfälle,
- e) Papier und Pappe,
- f) Altglas,
- g) Leichtverpackungen,
- h) Alttextilien,
- i) Metallabfälle,
- j) Batterien im Sinne des Batteriegesetzes,**
- k) Haus- und Geschäftsmüll.**

(3) Die Recyclinghöfe sind die Sammelstellen für Altgeräte aus privaten Haushalten von Endnutzern und Vertreibern nach § 13 Abs. 1 ElektroG und Abholstellen der Stadt nach § 14 Abs. 1 ElektroG. Die Altgeräte sind in folgenden Gruppen in Behältnissen bereitzustellen:

- Gruppe 1: Wärmeüberträger,
- Gruppe 2: Bildschirme, Monitore und Geräte, die Bildschirme mit einer Oberfläche von mehr als 100 Quadratzentimeter enthalten,
- Gruppe 3: Lampen,
- Gruppe 4: Großgeräte,
- Gruppe 5: Kleingeräte und kleine Geräte der Informations-und Telekommunikationstechnik,
- Gruppe 6: Photovoltaikmodule.

Hinweis: Batteriebetriebene Elektroaltgeräte sind getrennt von den anderen Altgeräten der Sammelgruppen 2, 4 und 5 in eigenen Behältnissen zu sammeln.

Anlage 1 zur Beschlussvorlage Nr.2019/BV/0373

Bei der Sammelgruppe 4 sind Nachtspeicheröfen, die Asbest oder VI-wertiges Chrom enthalten, getrennt von den anderen Altgeräten in einem eigenen Behältnis zu sammeln.

(4) Abfälle sind so anzuliefern, dass der Betriebsablauf bei der Annahme nicht beeinträchtigt wird. Die Benutzung wird durch spezielle Benutzungsordnungen geregelt.

§ 21 Gebühren

Für die Inanspruchnahme öffentlicher Einrichtungen und Anlagen der Abfallwirtschaft werden Gebühren nach der Abfallgebührensatzung erhoben.

§ 22 Antrags- und Realisierungsfristen

(1) Die Anschlusspflichtigen haben das Grundstück vor Bezug bzw. Nutzungsbeginn bis zum 15. des Monats zum Anschluss an die öffentliche Abfallentsorgung bei der Stadt, Amt für Umweltschutz, schriftlich anzumelden, damit eine Entsorgung zum kommenden Monatsersten erfolgen kann.

(2) Anträge auf Änderungen der Abfallbehälteranzahl, der Behältergröße, der Entsorgungszyklen, der Personenanzahl und Anzeigen zur Eigenkompostierung müssen von der oder dem Anschlusspflichtigen bei der Stadt, Amt für Umweltschutz, schriftlich gestellt werden. Bei Verringerung der Entsorgungsveranlagung müssen die Anträge bis zum letzten Tag des 2. Monats eines Quartals eingehen, damit sie frühestens vom folgenden Quartal an berücksichtigt werden können. Erhöhungen der Entsorgungsveranlagung und Informationen über Eigentümerwechsel sind bis zum 15. des Monats mitzuteilen, damit die Änderungen zum nächsten Monatsersten erfolgen können. Rückwirkende Änderungen sind nicht möglich. Sofern die Änderungen zulässig sind, werden diese veranlasst und es ergeht ein geänderter Abfallgebührenbescheid. Im anderen Fall erhält die oder der Anschlusspflichtige von der Stadt eine begründete schriftliche Ablehnung.

(3) Abmeldungen von der öffentlichen Abfallentsorgung müssen bis zum 15. des Monats vor Beendigung der Entsorgung mit Angabe der Gründe bei der Stadt, Amt für Umweltschutz, eingehen, damit die Entsorgung zum Monatsende eingestellt werden kann.

(4) Bei Unterlassung der Mitteilung hat die oder der Anschlusspflichtige erhobene Ansprüche gegen sich gelten zu lassen. In begründeten Einzelfällen ist eine abweichende Frist von Abs. 1 bis 3 möglich.

§ 23 Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig im Sinne von § 5 Abs. 3 der Kommunalverfassung M-V handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 6 Abs. 1 bis 4 dem Anschluss- und Benutzungszwang nicht nachkommt;
2. entgegen § 9 Abs. 1, 2 und 3 die Anmelde- und Anzeigepflicht nicht erfüllt;
3. entgegen § 9 Abs. 4 der Stadt auf Verlangen die geforderten Nachweise und Analysen über Herkunft, Menge und Zusammensetzung nicht vorlegt;

Anlage 1 zur Beschlussvorlage Nr.2019/BV/0373

4. entgegen § 12 Abs. 1 weniger Abfallbehältervolumen vorhält, als zur Aufnahme des bei ihr oder ihm regelmäßig anfallenden Abfalls erforderlich ist;
5. entgegen § 12 Abs. 10 die notwendigen Voraussetzungen für eine Eigenkompostierung nicht erfüllt oder die Eigenkompostierung nicht ordnungsgemäß betreibt;
6. entgegen § 14 Abs. 1 i. V. m. § 5 Abs. 2 Satz 2 Abfälle nicht in den zugelassenen Abfallbehältern bereitstellt;
7. entgegen § 14 Abs. 3 Abfallbehälter früher bereitstellt;
8. entgegen § 14 Abs. 6 Verunreinigungen von öffentlichen Flächen, die durch das Bereitstellen von Abfällen entstanden sind, nicht unverzüglich beseitigt;
9. entgegen § 14 Abs. 11, bereitgestellte Abfälle durchsucht, sortiert oder in sonstiger Weise behandelt;
10. entgegen § 15 Abs. 1 Abfallbehälter nicht schonend behandelt, nicht verschlossen hält, feste Abfallbehälter so füllt, dass ihre Deckel nicht schließen, verdichtete Abfälle einfüllt oder Abfälle in den Abfallbehältern mit technischen Hilfsmitteln verdichtet;
11. entgegen § 15 Abs. 4 Sammelcontainer für Altglas und Papier außerhalb der vorgeschriebenen Zeit benutzt;
12. entgegen § 15 Abs. 5 Abfälle neben den Sammelcontainern abstellt oder den Abstellplatz für Sammelcontainer auf andere Art verunreinigt;
13. entgegen § 15 Abs. 7 Abfallbehälter nicht mit den für diese Abfallbehälter zweckbestimmten Abfällen befüllt;
14. entgegen § 16 Abs. 1 Satz 2 Sperrmüll und/oder Altgeräte ohne vorherige Anmeldung bereitstellt;
15. entgegen § 16 Abs. 3 Sperrmüll und/oder Altgeräte früher bereitstellt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit nach Abs. 1 kann mit einer Geldbuße bis zu 1.000 EUR geahndet werden, soweit nicht andere gesetzliche Bestimmungen hierfür eine höhere Geldbuße vorsehen.

§ 24 Inkrafttreten/Außerkräfttreten

Die Satzung über die Abfallwirtschaft in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock (Abfallsatzung - AbfS) tritt am 1. Januar 2020 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Abfallwirtschaft in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock (Abfallsatzung - AbfS) vom 9. Dezember 2013, zuletzt geändert durch die Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallwirtschaft in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock (Abfallsatzung - AbfS) vom 11. Dezember 2018, außer Kraft.

Rostock,

Claus Ruhe Madsen
Oberbürgermeister

**Anlage 1 zur Beschlussvorlage
Nr.2019/BV/0373**

Anlage
Ausschlussliste der Abfallsatzung

Beschlussvorlage	Datum:	28.10.2019
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft	fed. Senator/-in:	S 4, Holger Matthäus
	bet. Senator/-in:	
Federführendes Amt: Amt für Stadtgrün, Naturschutz u. Landschaftspflege	bet. Senator/-in:	
Beteiligte Ämter: Zentrale Steuerung Kämmereiamt Amt für Schule und Sport Amt für Kultur, Denkmalpflege und Museen Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft Amt für Verkehrsanlagen Amt für Umweltschutz		
Freiraum-Wettbewerb Gestaltung eines Stadtparks auf einer ehemaligen Deponie		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
19.11.2019	Hauptausschuss	Vorberatung
21.11.2019	Finanzausschuss	Vorberatung
27.11.2019	Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus	Vorberatung
28.11.2019	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung	
	Vorberatung	
04.12.2019	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

1. Für das Gebiet der ehemaligen Deponie Dierkow, soll ein Nicht-offener Realisierungswettbewerb mit vorgeschaltetem Bewerbungsverfahren, zur Gestaltung eines Stadtparks, durchgeführt werden. Die Abgrenzung des Planungsgebiets erfolgt anhand von naturräumlichen, administrativen und verkehrlichen Gegebenheiten:

- im Norden: durch die Straße Dierkower Damm,
- im Osten: durch ein kleineren Gewässerlauf, den Speckgraben,
- im Süden: befindet sich die Planungsgrenze innerhalb der Warnow, südlich des hier verlaufenden Schilfgürtels
- im Westen: durch den hier verlaufenden Fuß- und Fahrradweg und die dahinterliegende Hechtgrabenniederung.

2. Für die Durchführung des Wettbewerbs wird die Benennung eines Preisgerichts erforderlich. Dem Preisgericht kommt die Aufgabe zu, die Wettbewerbsbeiträge zu bewerten und eine Platzierung der Entwürfe vorzunehmen.

Bereits gefasste Beschlüsse: 2018/BV/3684 vom 16.05.2019

Begründung der Dringlichkeit für den Haupt- und Finanzausschuss:

Um die Durchführung der BUGA 2025 absichern zu können sind rechtzeitig die Baumaßnahmen fertig zu stellen. Für diese sind Planungen erforderlich, die vorgeschaltet einen Planungswettbewerb erforderlich machen, welcher EU- weit ausgeschrieben werden muss. Dadurch ergibt sich folgende Terminkette: Veröffentlichung 01.2020, Bewerbung der Büros Ende 02. 2020, Auswahlverfahren Ende März 2020, Rückfragenkolloquium Anfang 04.2020, Bearbeitungszeit der Büros 04.-05. 2020, Vorprüfung 06.07.2020, Preisgericht 08.2020, Beauftragung der Planung 09.10.2020. Weiterhin sind begleitend und nachfolgend umfangreiche Beteiligungsverfahren in der Öffentlichkeit erforderlich, bevor Planungen bestätigt und entsprechende Vergabeverfahren für die Baumaßnahmen begonnen werden können.

Sachverhalt:

Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock hat sich für die Ausrichtung der BUGA 2025 beworben und den Zuschlag erhalten. Im „Rostocker Oval“, dass alle Flächen rund um die Unterwarnow im Bereich der Innenstadt umfasst, soll in den nächsten Jahren nachhaltige Stadtentwicklung stattfinden. Die Unterwarnow und die Entwicklung ihrer Uferbereiche werden erstmals stärker in den Mittelpunkt innerstädtischer Stadtentwicklung gestellt.

Zwei wesentliche Zielsetzungen für die zukünftige Stadtentwicklung sind klar definiert: Es geht erstens um die qualitative Aufwertung innerstädtischer Flächen und zweitens um die Optimierung von Infrastrukturen, beziehungsweise den Rückbau störender Elemente.

Für den betreffenden Planungsbereich ist es erforderlich einen freiraumplanerischen Wettbewerb durchzuführen, um qualifizierte, standortgerechte Lösungen für die Gestaltung des zukünftigen Stadtparks zu erhalten, welche den Qualitätsansprüchen an eine zukunftsfähige öffentliche Freianlage mit hohem Freizeitwert zu erfüllen. Eine hohe gestalterische Qualität zeitgemäßer Landschaftsarchitektur ist genauso wesentlich wie ein nachhaltiges Pflanz- und Pflegeregime und die Beachtung der besonderen Bedingungen der ehemaligen Deponienutzung mit den daraus resultierenden Oberflächenqualitäten und Rahmenbedingungen.

Durch die Besonderheit des Projekts mit seiner Lage gegenüber dem Stadtzentrum von Rostock in unmittelbarer Nähe des Warnowufers wird ein sensibler Umgang der Planenden mit dem westlich angrenzenden Landschaftsraum der Hechtgrabenniederung, dem südlich angrenzenden, geschützten Schilfbestand des Flussufers und dem östlich liegenden neuen urbanen Stadtquartier erwartet. Hier ist die Symbiose von Freizeitnutzungen, öffentlichen Erholungsbereichen und temporären Veranstaltungen eine wesentliche Aufgabe der Wettbewerbsteilnehmenden. Die Ausformung der Landschaftsteile soll nicht nur dem Zeitgeist entsprechen, sondern auch für Rostock ein besonderer Ort der Erholung, Entspannung und Freizeitaktivitäten werden.

Die Kurzfassung des Auslobungstextes inklusive eines Vorschlags für ein Preisgericht entnehmen Sie bitte der Anlage. Anschließend an den Planungswettbewerb wird eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erfolgen..

Finanzielle Auswirkungen:

Die Kosten des Wettbewerbs in Höhe von circa 380.000€ brutto trägt die Hanse- und Universitätsstadt Rostock.

Voraussichtliche Planungskosten: Finanzierung über BUGA-Budget

Bereits vertraglich gebundene Planungskosten: keine

Teilhaushalt: 15

Produkt: 55101

Bezeichnung: Bundesgartenschau (BUGA)

ggf. Investitionsmaßnahme Nr.: 1555101201900399, Pos 1

Bezeichnung: Investitionszuschüsse an RGS

Haushalts- jahr	Konto / Bezeichnung	Ergebnishaushalt		Finanzhaushalt	
		Erträge	Auf- wendungen	Ein- zahlungen	Aus- zahlungen
2020	01300000 Geleistete Investitionszuschüsse / 78440000 – Auszahlungen für Anzahlungen für immaterielle Vermögensgegenstän- de				380.000,00



Die finanziellen Mittel sind Bestandteil der zuletzt beschlossenen Haushaltssatzung.

Weitere mit der Beschlussvorlage mittelbar in Zusammenhang stehende Kosten:



liegen nicht vor.



werden nachfolgend angegeben

Claus Ruhe Madsen

Anlage:

Kurzfassung Rahmenbedingungen und Wettbewerbsaufgabe

Freiraum-Wettbewerb Gestaltung eines Stadtparks auf einer ehemaligen Deponie AUSLOBUNGSBEDINGUNGEN

KURZFASSUNG RAHMENBEDINGUNGEN UND WETTBEWERBSAUFGABE

Art des Wettbewerbs

- Nichtoffener anonymer Realisierungswettbewerb mit EU-weiter Bekanntmachung, vorgeschaltetem Bewerbungsverfahren und sich anschließendem Verhandlungsverfahren.
- Auswahl von maximal zehn Teilnehmenden

Auslobende

- des Wettbewerbs ist die Hanse- und Universitätsstadt Rostock, vertreten durch das Amt für Stadtgrün, Naturschutz u. Landschaftspflege
- Die fachliche und organisatorische Betreuung des Teilnahmewettbewerbs erfolgt durch die Rostocker Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH (RGS),

Preise/Finanzierung

- Der Auslobende stellt ein Preisgeld in Höhe von insgesamt brutto 238.000,- € zur Verfügung.
- Die Gesamtkosten des Wettbewerbs belaufen sich auf 380.000,- € (Kosten für Unterlagen, Preisgericht, Ausstellung, ...)

Preisgericht

Preisrichter/-innen, die über dieselbe oder eine gleichwertige Qualifikation verfügen, wie sie von den Teilnehmenden verlangt werden und gleichzeitig unabhängig vom Ausrichtenden sind

1. Stephan Heldmann, Leiter Grünflächenamt, Frankfurt am Main (wird angefragt)
2. Rüdiger Dittmar, Leiter Amt für Stadtgrün und Gewässer, Leipzig (wird angefragt)
3. Barbara Hutter, Landschaftsarchitektin und Mitglied Gestaltungsbeirat, Berlin (wird angefragt)
4. Gabriele Pütz, Landschaftsarchitektin, Berlin (wird angefragt)
5. Volker Rathje, Stadtplaner, Hamburg (wird angefragt)

Ständig anwesende/-r stellvertretende/-r Preisrichter/-in dieser Gruppe

6. Christof Geskes, Landschaftsarchitekt, Berlin (wird angefragt)

Andere Preisrichter/-innen

7. Claus Ruhe Madsen, Oberbürgermeister der Hanse- und Universitätsstadt Rostock
8. Dr. Ute Fischer-Gäde, Amtsleiterin des Amtes für Stadtgrün
9. Andrea Krönert, Ausschuss für Stadtentwicklung
10. Kurt Massenthe, Ortsbeirat Gehlsdorf

Ständig anwesende/-r stellvertretende/-r Preisrichter/-in dieser Gruppe

- 11.+12. Sollte ein/-e Sachpreisrichter/-in verhindert sein, wird die RGS bevollmächtigt, eine/-n Stellvertreter/-in zu benennen. Die Ernennung erfolgt auf der Grundlage des Vorschlages des/-r verhinderten Sachpreisrichter/-in.

Sachverständige

13. Helge Bothur, Bau- und Planungsausschuss
14. Eric Adelsberger, Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus
15. Uwe Friesecke, Ortsbeirat Dierkow Ost und West
16. Anke Knitter, Ortsbeirat Toitenwinkel
17. Ralph Müller, Amtsleiter Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft
18. Renate Behrmann, Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege
19. Dr. Dagmar Koziolk, Amtsleiterin Amt für Umweltschutz
20. Heiko Tiburtius, Amtsleiter Amt für Verkehrsanlagen
21. Ines Gründel, Amtsleiterin Bauamt
22. Johannes Wolff, Referent des OB-Büros, BUGA-Außenstandorte
23. Ralf Mulsow, Denkmalpfleger

24. Claudia Blumenthal, STALU MM
25. Dirk Seeburg, Akustiker
26. Ralf Schinke, Stadtplaner

Zusammenfassende Aufgabenbeschreibung

Für den betreffenden Wettbewerbsbereich werden durch ein qualifiziertes Planungsbüro Ideen und Lösungen gesucht, welche für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock standortgerechte Nutzungen präsentieren, die die Qualitätsansprüche an eine zukunftsfähige, öffentliche Freianlage mit hohem Freizeitwert erfüllen. Die Umsetzung einer hohen gestalterischen Qualität zeitgemäßer Landschaftsarchitektur ist genauso wesentlich wie ein nachhaltiges Pflanz- und Pflegeregime und die Beachtung der besonderen lokalen Bedingungen der ehemaligen Deponienutzung mit den daraus resultierenden Oberflächenqualitäten und Rahmenbedingungen. Anlass des Wettbewerbes bildet die Durchführung der BUGA 2025 in der Hanse- und Universitätsstadt, welche auch auf dem betreffenden Wettbewerbsareal des zukünftigen Stadtparks temporär stattfinden wird.

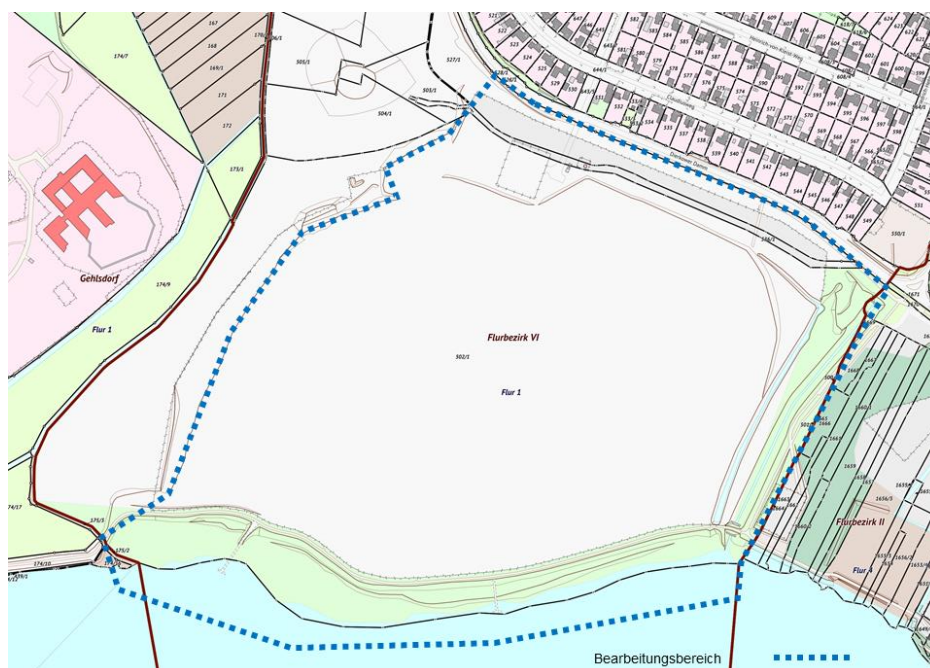
Die Wettbewerbsfläche dient der städtebaulichen und ganzheitlichen Verbindung zwischen dem Nordufer der Warnow und den Stadtteilen Dierkow, Toitenwinkel und Gehlsdorf sowie der Gestaltung eines Überganges zum historischen Stadtzentrum.

Der zukünftige Stadtpark liegt in unmittelbarer Nähe zur Innenstadt und soll der Lage entsprechend auch nach der BUGA einen hohen Erholungs- und Freizeitwert für die Rostocker Bevölkerung bieten. Besonders sollen auch die nördlich angrenzenden großen Wohngebiete Dierkow und Toitenwinkel vom neuen Stadtpark profitieren und diesen Wohngebieten eine verbesserte Anbindung an die Warnow gewährleisten.

Durch die besondere Lage des Projektes in unmittelbarer Nähe des Warnowufers erwartet der Auslobende einen sensiblen Umgang mit dem westlich angrenzenden Landschaftsraum der Hechtgrabenniederung, dem südlich angrenzenden, geschützten Schilfbestand des Flussufers und dem östlich entstehenden neuen urbanen Stadtquartier. Die Schaffung einer Symbiose von Freizeitnutzungen, öffentlichen Erholungsbereichen und temporären Veranstaltungen stellt eine wesentliche Aufgabe der Wettbewerbsteilnehmenden dar. Die Ausformung der Landschaftsteile soll nicht nur dem Zeitgeist entsprechen, sondern auch für Rostock ein besonderer Ort der Erholung, Entspannung und Freizeitaktivitäten werden.

Der entwickelte Leitgedanke die ehemalige Deponie bewusst als eine Industrielandschaft zu verstehen und zugleich den Themenschwerpunkt Umwelt- und Klimaschutz als übergreifendes Parkthema umzusetzen, soll sich im Konzept widerspiegeln und Berücksichtigung finden.

Geltungsbereich



- Nordseite
- Dierkower Damm
- Ostseite
- Vorhandener Radweg
- Südseite
- Ufer der Warnow
- Westseite
- Vorhandener Radweg

Städtebauliche Ziele

- Rückgewinnung des Landschaftsraumes „Deponie“ zur Nutzung als öffentliche Erholungs-, Freizeit- und Sportfläche mit grünem Charakter und Bezug zum Wasser
- Schaffung einer Vernetzung der geplanten Freizeitanlage mit dem angrenzenden Ortsteil Gehlsdorf, den nördlich gelegenen Wohngebieten Dierkow und Toitenwinkel, dem zukünftig östlich gelegenen urbanen Gebiet Warnowquartier und der Warnow
- Aussagen zur Gestaltung der Raumkante im Nordbereich (entlang des Dierkower Damms), als Ideenteil: Hier besteht eine Überschneidung des zu gestaltenden Areals zum Planungsbereich des zukünftigen Stadtquartiers „Warnowquartier“. Die Umsetzung dieses Gebiets ist im Zuge der Planungen für das „Warnowquartier“ geplant.
- Anordnung einer, mit der sensiblen Umgebung (bestehende und geplante Wohnquartiere, Klinikgelände des Zentrums für Nervenheilkunde) verträglichen, Nutzungsfläche für den Wassersport (Herstellung temporärer Sattelplatz) im süd-östlichen Bereich des Wettbewerbsareals. Vordergründig soll die Fläche im Zusammenhang mit stattfindenden Wassersport-Wettkämpfen (4-5 Mal jährlich) sowie für eine dort dauerhaft einzuordnende öffentliche Slipanlage genutzt werden.
- Einordnung eines kleineren Bühnenstandorts (max. 800 Besucherinnen und Besucher, kein privates, dauerhaftes Betreiberkonzept mit Vermarktung und Eintrittsgeldern) im südlichen Bereich des Wettbewerbsareals (Beachtung Ergebnisse Lärmschutzgutachten) zur Durchführung von temporären Konzerten, Theateraufführungen, Freiluftkino, u. Ä.
Hierfür sollen Aussagen zur Gestaltung dieser multifunktional nutzbaren Veranstaltungsfläche inkl. einer Naturtribüne für die Zuschauenden (ohne feste Sitzplätze) entwickelt werden. Die Veranstaltungsfläche soll so hergestellt sein, dass darauf temporär eine Bühne aufgebaut werden kann (inkl. Aussagen zur erforderlichen Medieneerschließung). Außerhalb der Veranstaltungszeiten soll die Veranstaltungsfläche bspw. auch für Freizeitnutzungen /-sport o. Ä. nutzbar sein
- Prüfung und Weiterentwicklung/Qualifizierung der vorhandenen Steganlagen; weitere Steganlagen können unter Beachtung und ggf. Abwägung hinsichtl. des geschützten Schilfgürtels eingeordnet werden
- Einordnung und Gestaltung von attraktiven Ein- und Ausgangsbereichen in den Park zur aktiven Vernetzung mit den nördlichen Stadtteilen

Landschaftsplanerische Ziele

- Herstellung Ort der Erholung für Bewohnerinnen und Bewohner aller angrenzenden Stadtteile, soziale Durchmischung der Nutzergruppen durch Schaffung gezielter Angebotsstruktur
- Gestaltung informeller Nutzungs- und Flächenangebote (auch Möglichkeit für eigenes Bespielen der Flächen durch verschiedene Nutzergruppen, Individualität aber auch gemeinschaftliche Nutzung (Mischung und Separation))
- Schaffung einer grünen Verbindung zwischen der hochverdichteten Innenstadt und den Wohngebieten des Nordosten Rostocks
- Intimität des Ortes beachten: klein, ursprünglich, ungezwungen, keine Großveranstaltungen
- Schaffung von Wegebeziehungen durch die neue Parkanlage als Teil der öffentlichen Freizeitlandschaft und Anbindung an den Uferweg
- Schaffung von Verbindungen zwischen angrenzenden grünen Landschaftsräumen mit ökologischen und pädagogischen Ansprüchen
- Vermeidung von natürlich wachsenden Baumpflanzungen auf dem Deponiekörper
- Schaffung beschatteter Bereiche und Nischen für geschützten Aufenthalt (Sonne, Regen, Wind), hierfür Präsentation von Lösungen ohne natürliche Baumpflanzungen
- Einordnung und Ausgestaltung einer Freizeifläche auf dem Plateau; laut Gutachten zur Deponienutzung ist möglich: Spiellandschaft ohne Gründung, Gebäude mit Flachgründung bzw. in Leichtbauweise, temporäre Bauten möglich

- Schaffung von Sport- und Spielflächen für alle Generationen (kein Vereins- oder Wettkampfsport, sondern Angebote für individuelles Sporttreiben), bspw. Thema „Parksport und Fitness“, hier insbesondere Entwicklung von Angeboten für Jugendliche/ junge Erwachsene (14-19 Jahre), Einordnung von Rückzugsorten als auch Aktionsräumen, z.B. Parcoursanlagen
- Einordnung zahlreicher Verweilpunkte entlang des Uferweges (z.B. Bänke, Sitz- und Liegeflächen, Fahrradabstellmöglichkeiten, Grill-/Picknickplätze, Spiel- und Fitnessgeräte, Fahrradreparatur-Points, Kunst im öffentlichen Raum, etc.)
- Gelände-Modellierung unter Beachtung der Einschränkungen durch den Deponiekörper möglich, Wechsel von Ebenen und Böschungen, bspw. Nutzung ebener Flächen als mögliche Aufstellflächen für temporäre Nutzungen, bspw. BUGA-Pavillons sowie weitere saisonale Aufbauten mit geringem Erschließungsbedarf
- Berücksichtigung Thema Wassersport, Sport am und auf dem Wasser als Freizeitsport, kein Vereinssport, gestalterische Bezugnahme auf entstehende öffentliche Slipanlage im süd-östlichen Bereich
- Einordnung temporärer Aktivitätsfläche für Wassersport-Wettkämpfe im süd-östlichen Bereich (Sattelplatz)
- aktive Abwägung zwischen Öffnung des Uferbereiches und Erhalt der gesetzlich geschützten Schilffläche (bezogen auf Nutzungen am Wasser z.B. Slip- und Steganlagen)
- Vermeidung bzw. weitest gehende Minimierung von Inanspruchnahme gesetzlich geschützter Biotoptypen; im Falle eines notwendigen Eingriffs: Berücksichtigung gesetzlich vorgeschriebener Ausgleichsmaßnahmen

Verkehrliche Ziele

- Verknüpfung des Stadtparks mit bestehenden und sich neu entwickelnden, angrenzenden Stadt- und Freiräumen durch ein übergreifendes Geh- und Radwegenetz
- Gewährleistung einer barrierefreien Durchwegung des Wettbewerbsgebietes
- Herstellung erforderlicher Verkehrsanbindungen an den vorhandenen Knotenpunkt Dierkower Damm/ Hinrichsdorfer Straße sowie an die Zufahrt in Verlängerung des Schenkendorfswegs, keine Schaffung weiterer Zufahrten an den Dierkower Damm, Nutzung bestehender Zuwegungen und Synergien, Vermeidung von doppelter Erschließung vor allem des Uferbereiches
- Bevorzugung stark beanspruchter Fahrwege im Randbereich der Deponie aufgrund der Lasteinträge in den Deponiekörper
- Begrenzung notwendiger öffentlicher Parkplätze auf ein absolutes Mindestmaß (Berücksichtigung Stellplatzsatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock); Notwendigkeit für Stellplatzanforderlichkeit: Einordnung multifunktionale Veranstaltungsfläche im südlichen Uferbereich, temporärer Sattelplatz und dauerhafte Slipanlage im süd-östlichen Uferbereich sowie evtl. Entstehung einer möglichen Kleinst-Gastronomie; Realisierung Stellplätze auf Deponiegelände ausgeschlossen, Realisierung nur im nördlichen Randbereich möglich; Prüfung Ausweitung der Ausweisung von Stellplätzen auf angrenzende Gebiete und Mehrfachnutzungen
- im Gebiet besteht grundsätzlich ein sehr geringer Erschließungsaufwand – einzige Ausnahme bilden die folgenden zwei Nutzungsanforderungen: temporärer Bühnenstandort, öffentliche Slipanlage und temporärer Sattelplatz
- Verbesserung der Qualität des uferparallelen Fuß- und Radweges als Teil des Warnow-Rundweges; Herstellung des Uferweges in einer Wegbreite von zusammengerechnet mind. 6 m (Ausführung in 3 m Radweg + 3 m Fußweg sowie zusätzlicher Streifen als Joggingfläche, wobei die einzelnen Wegearten nicht zwangsläufig in einer zusammenhängenden Fläche und Materialität ausgeführt werden müssen), Vorschläge hinsichtlich der Ausführung des Uferweges sowie geeigneter Beläge/Materialien, unter Beachtung der Veränderung des bisherigen Nutzerkreises (zur Naherholung kommen mehr Alltagsradler hinzu), Hinweis: südlich befindet sich der geschützte Schilfgürtel, nördlich grenzt der Deponiekörper an die hier zur Verfügung stehende Fläche
- sinnvolle Kombinierung der unterschiedlichen verkehrlichen Anforderungen zur Minimierung der Flächeninanspruchnahme im Landschaftsraum

- Verbesserung ÖPNV-Erschließung für das südliche Planungsgebiet
- Anordnung zahlreicher Fahrradabstellmöglichkeiten im Plangebiet
- Berücksichtigung und Umsetzung des Uferkonzepts der Hanse- und Universitätsstadt Rostock

Umweltplanerische Ziele

- maßgebliche Voraussetzung für den Wettbewerb ist die Einhaltung der Anforderungen an einen zerstörungsfreien Bestand des Oberflächenabdichtungs- und Oberflächenentwässerungssystems, inklusive Rekultivierungsschicht, der Deponie (*ausführliche Erläuterungen siehe Aufgabenstellung Wettbewerbstext*)
- Erhalt der angrenzenden offenen Gewässer und der zugehörigen Gewässerrandstreifen (Hechtgraben im Westen und Speckgraben im Osten); Vermeidung Eingriffe, bei zwingenden Veränderungen ist ein naturnaher Ausbau anzustreben
- Erstellung eines autarken Energiekonzeptes für den Stadtpark durch Nutzung regenerativer Energien
- Entwicklung Konzept für nachhaltiges Regenwassermanagement im gesamten Stadtpark
- Schaffung einer modernen und nachhaltigen Strom- und Wärmeversorgung geplanter Gebäude
- Hinweis: Stadtparkentwicklung als Teil eines übergreifenden Umweltbildungsprojektes im Rahmen der BUGA mit dem Ziel einer Sensibilisierung für Natur und Umwelt (z.B. Bodenlehrpfad zur Vermittlung der möglichen Variabilität von Stadtböden) und zur Förderung eines verantwortungsvollen Handelns (z.B. Abfallvermeidung)
- Entwicklung intelligentes Beleuchtungskonzept; Vermeidung von unnötiger Lichtemission durch Reduzierung von Lichtpunkten auf ein unbedingt erforderliches Maß
- Konzeptentwicklung für weitest gehende Abfallvermeidung vor Ort bzw. Entwicklung/Umsetzung eines „müllfreien“ Stadtparks („zero-waste-Konzept“) in Anlehnung zur Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses „Vermeidung von Müll und Einweg-Plastik im öffentlichen Raum“ (2019/AN/4355), trotzdem soll Stadtpark für Picknick- und Grillnutzung zur Verfügung stehen (Ideen-/ Lösungsentwicklung für Spannungsfeld); Bindung Gewerbetreibender (z.B. temporäre Aussteller/ saisonale Betreiber) an Konzept
- Hinweise und Anforderungen in Bezug auf Abfallentsorgung und Straßenreinigung (*siehe ausführliche Aufgabenstellung Wettbewerbstext*)
- Berücksichtigung öffentlicher Sanitär-/Toilettenanlagen entsprechend des beschriebenen Nutzungskonzeptes (dauerhaft und/oder temporär) mit Empfehlungen zur Anzahl, Lage und Ausstattung der Anlagen

Änderungsantrag	Datum:	18.11.2019
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft		
Uwe Flachsmeyer (für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Freiraum-Wettbewerb Gestaltung eines Stadtparks auf einer ehemaligen Deponie Wassersportanlage im Südosten streichen		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
27.11.2019	Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus	Vorberatung
28.11.2019	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung	Vorberatung
04.12.2019	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Auslobungstext zu ändern:

Das Thema Wassersportanlage im Südosten des Geländes, einschließlich des Sattelplatzes und der dauerhaften öffentlichen Slipanlage ist in Gänze aus dem Ausschreibungstext zu streichen und der Text entsprechend anzupassen.

Sachverhalt:

Eine entsprechende Infrastruktur für den Wassersport an diesem Standort war nicht Teil der Bewerbung.

Ein entsprechendes Element an diesem Standort ist nicht sinnvoll:

- Es würde Autoverkehr direkt an die Wasserkante gezogen, inkl. Flächen für das Halten und Wenden von Fahrzeugen inkl. Bootstrailer
- Der Fuß- und Radweg in Verlängerung der Hinrichsdorfer Straße zur Warnow würde für den Autoverkehr freigeben, als Zugang zur Slipanlage
- Der Fuß- und Radweg entlang des Ufers würde unterbrochen, zumindest der Fuß- und Radverkehr erheblich gestört
- Der Schilfgürtel im Mündungsbereich des Speckgrabens würde massiv zerstört.

gez.
 Uwe Flachsmeyer
 Fraktionsvorsitzender

Änderungsantrag	Datum: 25.11.2019
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft	
Kurt Massenthe Ortsbeirat Gehlsdorf, Hinrichsdorf, Krummendorf, Nienhagen, Peez, Stuthof, Jürgeshof Freiraum-Wettbewerb Gestaltung eines Stadtparks auf einer ehemaligen Deponie Frühmittelalterliche Ausgrabungsstätte am Primelberg in der Hechtgrabenniederung	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
	Zuständigkeit
27.11.2019	Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus
28.11.2019	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung
	Vorberatung
04.12.2019	Bürgerschaft
	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Auslobungstext zu ändern:

Aufnahme der frühmittelalterlichen Ausgrabungsstätte am Primelberg

Sachverhalt:

Im Sachverhalt zur Beschlussvorlage fehlt ein Hinweis auf die frühmittelalterliche Ausgrabungsstätte des Seehandelsplatzes am Primelberg in der Hechtgrabenniederung. Dorf befinden sich die Überreste des ersten Hafenviertels von Rostock.

Dieser Standort muss unbedingt in die Betrachtung einbezogen werden für eine Zweigstelle des Archäologischen Landesmuseums.

Dies ist auch als Punkt in die Aufgabenbeschreibung und auch in die Zielstellungen aufzunehmen.



Kurt Massenthe
Vorsitzender

Hanse- und Universitätsstadt
Rostock
 Der Oberbürgermeister

Vorlage-Nr:
 Status:

2019/IV/0512
 öffentlich

Informationsvorlage	Datum: 12.11.2019
Federführendes Amt: Amt für Umweltschutz	fed. Senator/-in: S 4, Holger Matthäus
Beteiligte Ämter:	bet. Senator/-in:
	bet. Senator/-in:
Gemeinsame Konzeption zur Vorbereitung und Durchführung des kommunalen Winterdienstes 2019/2020 auf dem Territorium der Hanse- und Universitätsstadt Rostock	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
	Zuständigkeit
28.11.2019	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung
	Kenntnisnahme
04.12.2019	Bürgerschaft
	Kenntnisnahme

Sachverhalt:

Die Konzeption zur Vorbereitung und Durchführung des Winterdienstes in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock 2019/2020 wurde durch das Amt für Umweltschutz in Zusammenarbeit mit der Stadtentsorgung Rostock GmbH erarbeitet.

Am 17.10.2019 haben die Mitglieder der Arbeitsgruppe Winterdienst auf ihrer Beratung die vorliegende Fassung der Winterdienstkonzeption bestätigt.

Claus Ruhe Madsen

Anlage:

Winterdienstkonzeption 2019/2020

Winterdienstkonzeption der Hanse- und Universitätsstadt Rostock 2019 / 2020

Stand 17.10.2019

**Gemeinsame Konzeption
zur Vorbereitung und Durchführung
des kommunalen Winterdienstes 2019/2020
auf dem Territorium der Hanse- und
Universitätsstadt Rostock**

- Winterdienstkonzeption-



Hanse- und Universitätsstadt
ROSTOCK

Hanse- und Universitätsstadt Rostock
Der Senator für Bau und Umwelt
Amt für Umweltschutz
Holbeinplatz 14
18069 Rostock



Stadtentsorgung Rostock GmbH
Die Geschäftsführung
Petridamm 26
18146 Rostock

Winterdienstkonzeption der Hanse- und Universitätsstadt Rostock 2019 / 2020

Stand 17.10.2019

Inhaltsverzeichnis**Grundsatz****1. Organisation und Leitung des Winterdienstes**

- 1.1 Zusammensetzung der WD Kommission
- 1.2 Organisation aller Räum- und Streuarbeiten
- 1.3 Einsatzzentrale
- 1.4 tauende und abstumpfende Streustoffe
- 1.5 Straßenzustands- und Wetterinformationen
- 1.6 Beschwerdemanagement
- 1.7 Pressemitteilung zur Räum- und Streupflicht

2. Flächen- und Objekteinstufungen**3. Winterdienst auf öffentlichen Gehwegen**

- 3.1 Zeitlicher Umfang der Gehwegräumung
- 3.2 Räumlicher Umfang der Gehwegräumung
- 3.3 Streugutbeseitigung

4. Winterdienst auf kombinierten Geh- und Radwegen

- 4.1 Einsatzgebiet bzw. geplanten Touren

5. Maßnahmen zur Sicherung des Winterdienstes auf den Fahrbahnen in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock

- 5.1 Kontrollfahrten der Einsatzleitung
- 5.2 Zeitlicher Umfang der Fahrbahnräumung
- 5.3 Schneezäune
- 5.4 Streugutbehälter

6. Personelle und materielle Absicherung

- 6.1 Rufbereitschaften
- 6.2 Personal
- 6.3 Technik
- 6.4 Sonderregelung

7. Maßnahmen bei extremer Witterung

- 7.1 Das Amt für Stadtgrün
- 7.2 Das Amt für Verkehrsanlagen
- 7.3 Handarbeitsgeräte
- 7.4 Schneeabfuhr

8. Streustoffe**9. Schneeablageplätze im Stadtgebiet****10. Arbeitsgrundlagen**

Winterdienstkonzeption der Hanse- und Universitätsstadt Rostock 2019 / 2020

Stand 17.10.2019

Gemeinsame Konzeption

zur Vorbereitung und Durchführung des kommunalen Winterdienstes 2019/2020 auf dem Territorium der Hanse- und Universitätsstadt Rostock

Grundsatz

Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock (im weiteren Stadt genannt) gewährleistet nach Maßgabe dieser Konzeption die Vorbereitung und Durchführung des Winterdienstes 2019/2020 auf der Grundlage von § 50 des Straßen- und Wegegesetzes Mecklenburg-Vorpommerns sowie der aktuellen Straßenreinigungssatzung (Beschlussfassung der Bürgerschaft am 30.11.2018) der HRO.

Die Stadt bedient sich bei der Durchführung des Winterdienstes der Stadtentsorgung Rostock GmbH als Drittbeauftragte.

Zur Durchführung einzelner, sich aus dieser Konzeption ergebender Aufgaben, kann sich die Stadtentsorgung Rostock GmbH in Abstimmung mit der Stadt weiterer Dritter bedienen.

1. Organisation und Leitung des Winterdienstes

Die Umsetzung der Maßnahmen dieser Winterdienstkonzeption gilt für den Zeitraum vom 01.11.2019 bis zum 31.03.2020.

Für die Stadt ist ein differenzierter Winterdienst vorgesehen. Dabei wird versucht, den bestmöglichen Kompromiss zwischen Verkehrssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz zu erreichen. Differenzierung bedeutet, dass nicht auf allen öffentlichen Verkehrsflächen und bei jeder Wetterlage die gleiche Strategie angewendet wird.

Auf Grundlage der gültigen Straßenreinigungssatzung der Stadt und des dazugehörigen Straßenverzeichnis inklusive der dort festgeschriebenen Dringlichkeitsstufen stehen die Sicherung des Fußgängerverkehrs, die Einsatzfähigkeit der Rettungsdienste, des ÖPNV die Befahrbarkeit der Haupt- u. Versorgungsstraßen sowie die Sicherung des Individualverkehrs im Vordergrund.

Für die steigenden Bedürfnisse des Radverkehrs werden bei normalen winterlichen Verhältnissen auf Rad- sowie kombinierten Geh- und Radwegen Schneeräumbürsten eingesetzt. Auf ausgewählten Radwegen sowie auf einigen kombinierten Geh- und Radwegen kommt die Soletechnologie FS100 zum Einsatz (Anlage 3).

In Vorbereitung der Winterdiensteinsätze führt die Stadtentsorgung Rostock GmbH auch in diesem Jahr für ihre Mitarbeiter einen Tag der Winterdienstbereitschaft durch. Die Schulung findet in diesem Jahr am 19.10.2019 statt.

1.1. Zusammensetzung der WD Kommission

Leiter WD Kommission
Verantwortliche Mitglieder

„
„
„
„
„
„
„
„
„
„
„

- Senator für Bau und Umwelt
- Amt für Umweltschutz
- Mobilitätskoordinator
- Stadtamt (SB Innendienst KOD und Vertreter der Ortsämter)
- Amt für Verkehrsanlagen
- Amt für Stadtgrün
- Brandschutz- und Rettungsamt
- Presse- und Informationsstelle
- Polizeipräsidium Rostock
- Rostocker Straßenbahn- AG
- VEOLIA Umweltservice Nord
- Geschäftsführer der SR GmbH
- Leiter Technik der SR GmbH

Winterdienstkonzeption der Hanse- und Universitätsstadt Rostock 2019 / 2020

Stand 17.10.2019

- Leiter Straßenreinigung/Winterdienst der SR GmbH

1.2. Organisation aller Räum- und Streuarbeiten

Die Organisation aller Räum- und Streuarbeiten erfolgt auf der Grundlage der „Anweisung für den Winterdienst 2019/2020“ durch die Einsatzzentrale der Stadtentsorgung Rostock GmbH, Petridamm 26.

Die durchzuführenden Straßen- und Wegekontrollen nach dem vorgelegten Kontrollplan können grundsätzlich von einem Einsatzfahrzeug aus vorgenommen werden. Dabei ist allerdings zu gewährleisten, dass verkehrsgefährdende Mängel wahrgenommen und gegebenenfalls näher untersucht werden können, um diese bei Bedarf zu dokumentieren und deren Beseitigung umgehend zu veranlassen“

Folgende weitere Einsatzdokumente sind zu beachten:

- Informationssystem für die Einsatzkräfte
- Räum- und Streupläne
- Wettervorhersagen des Vertragspartners
- Plan der Kontrollfahrten
- Protokoll Kontrollfahrten (Muster)
- Belehrungsnachweise der eingesetzten Mitarbeiter über die betrieblichen Regelungen zur Durchführung des WD

Bei besonderen Witterungssituationen, die über die Entscheidungsbefugnisse der Einsatzzentrale hinausgehen, wird die WD Kommission einberufen. Die Entscheidung zur Einberufung trifft der Leiter der WD Kommission. Durch die WD Kommission werden dann die Entscheidungen über den Einsatz der Räum- und Streutechnik, sowie über die Einbindung zusätzlicher Kräfte getroffen. Die Beratungen der WD Kommission bei besonderen Witterungslagen finden auf gesonderte Anforderung in den Geschäftsräumen der Stadtentsorgung Rostock GmbH, Petridamm 26 statt.

1.3. Einsatzzentrale

Die Einsatzzentrale der Stadtentsorgung Rostock GmbH ist für den Winterdienst ab dem 01.11.2019 bis zum 31.03.2020 bei Bedarf durchgehend besetzt. Die Einsatzzentrale oder der Leitungsdienst SR ist vom 01.11.2019 bis 31.03.2020 24 h durchgehend erreichbar.

1.4. Tauende und abstumpfende Streustoffe

Für Winterdienstarbeiten auf Fahrbahnen der Dringlichkeitsstufen A und B wird überwiegend die ressourcenschonende und umweltgerechte Feuchtsalztechnologie FS30 angewandt.

Auf Gehbahnen und auf Straßen in ausgewiesenen Trinkwasserschutzgebieten kommen ausschließlich abstumpfende Streustoffe, z.B. Kies, zum Einsatz.

Auf Straßen und auf ausgewählten kombinierten Geh- und Radwegen kommt darüber hinaus die Soletechnologie FS 100 zum Einsatz, sofern die Witterungslage dies zulässt.

In Anlehnung an die Hinweise und Vorgaben der FGSV (Forschungsanstalt für Straßen- und Verkehrswesen) gelten nachfolgende Richtwerte für die Dosierung der Streumengen an Feuchtsalz (FS 30):

Winterdienstkonzeption der Hanse- und Universitätsstadt Rostock 2019 / 2020

Stand 17.10.2019

Anhaltswerte für die Streudichten im Winterdienst in g/m² (generell Einsatz von Feuchtsalz)

vorhandener (sichtbarer) Fahrbahnzustand	erwarteter Fahrbahnzustand	erwartete Fahrbahntemperatur bis ...					Bemerkungen
		um 0 °C	-3 °C	-6 °C	-10 °C	unter -10 °C	
trocken	Reif	5	7,5	10	15	–	unter –6 °C nur selten Reifglätte zu erwarten
Reif							
feucht (keine Sprühfahnen, Fahrbahn dunkel)	überfrierende Feuchte	5	10	15	25	30	Nachstreumengen 5 bis max. 10 g/m ² (Grund: bei vorhandener Feuchte und Nässe unter 0 °C ist noch Restsalz vorhanden)
Teilvereisung (Eisflecken)							
feucht-nass (einsetzende Sprühfahnenbildung)	überfrierende leichte Nässe	10	15	25	35	40	
Nässe (deutliche Sprühfahnen)	überfrierende Nässe (Eisglätte)	15	20	30	40	40	
großflächige Vereisung Eisglätte	Eisglätte						
trocken	Schneefall (Schneeglätte)	20	25	30	40	40	vorbeugend möglichst zeitnah vor Niederschlagsbeginn
Schneeglätte Schneefall							gleichzeitig Schneeräumung
trocken	Eisregen (Glattels)	30	40	40	40	40	vorbeugend möglichst zeitnah vor Niederschlagsbeginn

vorbeugender Streueinsatz
 Streuung bei vorhandener Glätte

Quelle: Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV), An Lyskirchen 14, 50676 Köln

Bei den angegebenen Dosierungsmengen handelt es sich um Maximalwerte, die bei entsprechender Witterung nach unten abweichen können. Durch die Disponenten ist den Fahrern der Streufahrzeuge die einzustellende Streumenge vorzugeben.

1.5. Straßenzustands- und Wetterinformationen

Als Informationsquellen über den Straßenzustand und die Witterungsbedingungen im Stadtgebiet werden in der Winterperiode 2019 / 2020 folgende Systeme genutzt:

- Glatteiswarnanlage in der Doberaner Landstraße am Parkplatz Rohrmansche Koppel
- Wettervorhersagen des Vertragspartners
- Abstimmung mit dem Einsatzleiter der Rostocker Straßenbahn AG operativ nach Notwendigkeit.
- Abstimmung mit der Polizeiinspektion
- Eigenkontrollen
- bei Winterwetterlagen die einen Einsatz der WD Technik begründen ist täglich bis 8:00 Uhr ein Lagebericht an das Umweltamt zu geben

1.6. Beschwerdemanagement

Die bei der SR GmbH eingehenden Beschwerden sind grundsätzlich an das Sachgebiet Straßenreinigung / Winterdienst beim Amt für Umweltschutz weiterzuleiten. Bei Nutzung der elektronischen Post ist die Adresse strassenreinigung@rostock.de zu verwenden. Zusätzliche Aufträge zur Beräumung oder Glättebeseitigung werden von den Mitarbeitern dieses Sachgebietes ausgelöst.

Zur Kontrolle der Anliegerpflichten der Grundstückseigentümer hinsichtlich der Beräumung und Abstumpfung der Gehwege sowie zur Durchsetzung des Streusalzverbotes auf Gehwegen werden

Winterdienstkonzeption der Hanse- und Universitätsstadt Rostock 2019 / 2020

Stand 17.10.2019

die Mitarbeiter des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) des Stadtamtes eingesetzt. Kontrollen zur Qualität der Auftragserledigung und der Nachweisführung beim Auftragnehmer und dessen Subunternehmern werden durch die Mitarbeiter des Sachgebietes Straßenreinigung durchgeführt. Für Bürgerinnen und Bürger der Stadt besteht die Möglichkeit, die Onlineplattform „Klarschiff. HRO“ für Beschwerden, Hinweise oder Ideen zu nutzen. Mit Hilfe eines interaktiven Auswahlverfahrens werden konkrete Sachverhalte direkt an die SR GmbH delegiert, so auch Hinweise zur Ausführung beauftragter Winterdienstleistungen.

1.7. Pressemitteilung zur Räum- und Streupflicht

In Vorbereitung der Winterperiode 2019 / 2020 sind die Grundstückseigentümer, die Firmen und Institutionen sowie die grundstücksverwaltenden Organisationseinheiten der Stadt durch die Stadtverwaltung im Rahmen von Pressemitteilungen auf ihre Räum- und Streupflicht hinzuweisen.

2. Flächen- und Objekteinstufungen

Straßen im Winterdienst gesamt	418,431 km
- davon Dringlichkeitsstufe A	240,138 km
- davon Dringlichkeitsstufe B	83,958 km
- davon Dringlichkeitsstufe C	94,335 km

Die Durchführung des Winterdienstes erfolgt in Abhängigkeit der Dringlichkeitsstufen, denen die Straßen zugeordnet sind.

Geh- und Radwege insgesamt	239.151 m ²
davon Kombinierte Geh- und Radwege	140.672 m ²
davon mit FS 100 (Solestreueung)	18.983 m ²
Fußgängerüberwege mit Ampelanlagen	
und wichtige Kreuzungsbereiche	178 Stück
Treppenanlagen	24 Stück
Fußgängerbrücken	4 Stück
Haltestellenbereiche für KOM	
- RSAG und alle Bustaschen	344 Stück
- zusätzliche Haltestellen der Nachtlinien	38 Stück
- RVK	27 Stück

Parkplätze	20 Stück
-------------------	----------

- 1 Hauptbahnhof Ausgang Südstadt 1
- 2 Hauptbahnhof Ausgang Südstadt 2
- 3 An der Jägerbäk
- 4 An der Fischerbastion
- 5 Gutenbergstraße/Dierkower Kreuz einschl. Fahrradabstellplatz
- 6 Dierkower Allee (Wendeschleife RSAG vor Autohaus Ford)
- 7 Wendeschleife Straßenbahn Südblick einschl. Fahrradabstellplatz +PP
- 8 Mühlendamm
- 9 Stadthafen (Silos)
- 10 Hinter dem Rathaus
- 11 Kirchenplatz Warnemünde
- 12 Parkplatz An der See Hohe Düne
- 13 Hafenmarkt

Winterdienstkonzeption der Hanse- und Universitätsstadt Rostock 2019 / 2020

Stand 17.10.2019

- | | |
|----|--|
| 14 | Schweriner Straße |
| 15 | Am Bürgermeistergarten |
| 16 | Beim Kuhtor |
| 17 | Trelleborger Straße |
| 18 | Parkplatz unterhalb der Stadtmauer im Petriviertel |
| 19 | Platz der Freiheit |
| 20 | Alte Warnemünder Chaussee (Bhf. Lütten Klein) |

Fußgängerzonen in der Innenstadt - Boulevardbereich

- Neuer Markt – Winterdienstarbeiten auf der **gesamten** Fläche zwischen Rathaus und Kröpeliner Straße. Die Schneeablageflächen sind definiert und in (Anlage 8) hinterlegt
- Kröpeliner Straße, einschl. Breite Straße in Abhängigkeit von der Witterungslage mit Soleeinsatz (FS 100) oder Räumen und Abstumpfen mit Streukies. Die evtl. Schneeabfuhr der Flächen wird gesondert beauftragt.

Behindertenparkplätze

130 Stück (Anlage 5)

Stellplätze für Bring System

zur Glas- und Papiererfassung

35 Stück (Anlage 6)

Mit der Winterdienstdurchführung der weiteren Stellplätze

für das Bringsystem zur Glas- und Papiererfassung wurde die Firma Veolia Umweltservice Nord GmbH beauftragt.

Auf den Radwegen sowie den kombinierten Geh- und Radwegen

wird bei normalen winterlichen Verhältnissen mit geringer Schneehöhe die Schneeräumung mit einem Geräteträgerfahrzeug mit Vorbaubesen sowie auf den ausgewählten Radwegen (Anlage 3) mit FS100-Technologie durchgeführt.

In den Räum- und Streuplänen sind alle, für den Winterdienst beauftragten Einzelobjekte hinterlegt.

3. Winterdienst auf öffentlichen Gehwegen

Für öffentliche Gehwege, Fußgängerüberwege, Treppen und Fußgängerbrücken gilt grundsätzlich die Räum- u. Streupflicht nach den Grundsätzen der Straßenreinigungssatzung. Beim überwiegenden Teil der Gehwege ist die Räum- u. Streupflicht auf die Eigentümer der anliegenden Grundstücke übertragen.

Für die Verkehrssicherungspflichten, die der Stadt auf den öffentlichen Gehwegen obliegen, sind die laut Straßenreinigungssatzung notwendigen Winterdienstarbeiten durch die Stadtentsorgung Rostock GmbH zu organisieren und durchzuführen.

Die Beräumung und Abstumpfung aller für den Geh- und Radverkehr vorgesehenen Verkehrsflächen haben grundsätzlich höchste Priorität. Dabei ist insbesondere auf eine rechtzeitige Beräumung zu achten.

Ist eine Schneehöhe von mehr als fünf Zentimeter erreicht, ist mit der Beräumung zu beginnen, auch wenn der Schneefall weiter anhält.

Die vertraglich gebundenen Subunternehmer sind entsprechend zu unterweisen und durch die SR bei der Durchführung zu kontrollieren.

Stand 17.10.2019

3.1. Zeitlicher Umfang der Gehwegräumung

Die öffentlichen Geh- und Radwege sind grundsätzlich in der Zeit von 07:00 – 20:00 Uhr durch die Grundstückseigentümer bei Übertragung der Anliegerpflicht und für die beauftragten Flächen durch die Stadtentsorgung Rostock GmbH winterdienstlich zu betreuen (räumen und abzustumpfen).

3.2. Räumlicher Umfang der Gehwegräumung

Schnee und Eis sind auf dem an die Fahrbahn grenzenden Drittel des Geh- oder Radweges bzw. auf dem Seitenstreifen zu lagern. Dort, wo dies nicht möglich ist, erfolgt die Ablagerung direkt am Fahrbahnrand.

Auf Gehwegen ohne Fahrbahn hat die Ablagerung auf dem an das Grundstück des Reinigungspflichtigen grenzenden Teil des Gehweges zu erfolgen. Von anliegenden Grundstücken dürfen Schnee und Eis nicht auf die Straße gebracht werden. Bei Straßenkreuzungen, Einmündungen und gekennzeichneten Fußgängerüberwegen hat die Beräumung so zu erfolgen, dass ein Überqueren der Straße möglich ist.

3.3. Streugutbeseitigung

Das ausgebrachte Streugut, insbesondere auf Geh- und Radwegen, ist unter Beachtung der Witterungsbedingungen nach dem Ende der Winterperiode im Rahmen der operativen Einsatzplanung unverzüglich zu beseitigen und bis Ende April zu beenden.

4. Winterdienst auf kombinierten Geh- und Radwegen

Der Winterdienst auf kombinierten Geh- und Radwegen (Anlage 3) wird ähnlich wie bei reinen Gehwegen durchgeführt. In erster Linie wird abstumpfendes Material wie Kies zum Einsatz kommen. Auf einem ausgewählten Streckennetz (Anlage 3) wird die FS 100-Technologie eingesetzt. Weiterhin wird auf bestimmten Strecken mit Vario-Schneepflügen gearbeitet, die eine Räumbreite bis ca. 200 cm ermöglichen. Grund ist die gleichzeitige Nutzung der Verkehrsflächen durch Fußgänger und Radfahrer. Die bisherige beauftragte Räumbreite von 150 cm ist hier nicht ausreichend, um ein gefahrloses Benutzen beider Verkehrsteilnehmer zu garantieren.

Der Radwegewart wird auch in diesem Jahr Aufgaben im Winterdienst übernehmen. Durch die maschinelle Beräumung der Fahrbahnen und der Gehwege entstehen häufig Schneeablagerungen auf den fahrbahnbegleitenden Radwegen und an den Übergängen von den fahrbahnbegleitenden Radwegen zu den kombinierten Geh- und Radwegen. Auch durch ein- und ausparkende Fahrzeuge kommt es auf den fahrbahnbegleitenden Radwegen immer wieder zu Behinderungen. Die Beseitigung dieser Behinderungen ist größtenteils nur manuell möglich. Es wird die Aufgabe des Radwegewartes sein, insbesondere in der Innenstadt, die beschriebenen Behinderungen zu beseitigen. (Anlage 4)

Für Bürgerhinweise zu Mängeln an Radverkehrsanlagen stehen Formulare unter www.radregion-rostock.de zur Verfügung.

Stand 17.10.2019

4.1. Einsatzgebiet der FS100 Technologie auf ausgesuchten Radwegen

Die Strecke des kombinierten Geh- und Radweges beginnt im Stadtteil Gehlsdorf, führt über den Dierkower Damm in den Stadthafen, weiter über den Kabutzenhof bis Werftdreieck, wechselt in der Lübecker Straße auf die linke Seite in Richtung Westen, führt dann weiter über den Holbeinplatz zur Hamburger Straße und weiter bis zum Kreuzungsbauwerk Schutow und zurück. Nach Auslaufen der Verträge mit den gegenwärtig gebundenen Subunternehmern wird die Strecke der Solestreuung ab dem 01.11.2022 nach Norden erweitert: Stadtautobahn von Kreuzungsbauwerk Lütten Klein bis Warnemünde, Parkstraße Warnemünde und Doberaner Landstraße.

5. Maßnahmen zur Sicherung des Winterdienstes auf den Fahrbahnen in der – und Universitätsstadt Rostock

Auf Grund der übertragenen Verkehrssicherungspflicht werden derzeit in der Stadt 324,096 km (Stufe A u. B) mit besonderer Verkehrsbedeutung im Winter bevorzugt geräumt und abgestumpft. Bei den Straßen der Stufen A und B in den Wohngebieten werden nur die Hauptzüge bevorzugt geräumt und abgestumpft, die abzweigenden Wohnstraßen werden entsprechend Stufe C behandelt. Beispiele für solche Straßen sind die Helsingier Straße und der Kurt-Schumacher-Ring. Bei der Beräumung der Straßen ist darauf zu achten, dass in Kreuzungsbereichen und an Einmündungen die entstehenden Schneewälle zu den Nebenstraßen beseitigt werden. Für verkehrswichtige Kreuzungen sind entsprechende Touren eingerichtet. Zur Verminderung des Salzeinsatzes werden die 94,335 km der Dringlichkeitsstufe C lediglich mechanisch beräumt. Auf den Einsatz von Taustoffen wird in dieser Stufe bewusst verzichtet.

Bei einer Schneehöhe ab fünf Zentimeter werden im C-Straßennetz zeitgleich zur Beräumung des A und B-Netzes zwei Räumfahrzeuge eingesetzt. Bei extremen Witterungsereignissen oder extremer Glätte auf Fahrbahnabschnitten wird in Abstimmung mit dem Auftraggeber Kies, in ganz besonderen Ausnahmen Feuchtsalz gestreut.

Der Einsatz von Feuchtsalz im C-Straßennetz wird nach Rücksprache mit der SR GmbH grundsätzlich durch den Auftraggeber (Stadt) ausgelöst. Während der Dienstzeiten erfolgt die Beauftragung durch die entsprechenden Mitarbeiter des Amtes für Umweltschutz. Außerhalb der Dienstzeiten entscheidet der Geschäftsführer der Stadtentsorgung GmbH im Rahmen der Beauftragung eigenständig über den Einsatz von Streusalz und den rechtzeitigen Beginn der Streumaßnahmen im C-Straßennetz.

Eine Räum- und Streupflicht auf Fahrbahnen im Winterdienst besteht innerhalb der geschlossenen Ortslage nur an verkehrswichtigen und gefährlichen Stellen. Bei vereinzelt auftretender Glättebildung besteht keine generelle Streupflicht. Es ist der Kommune nicht zuzumuten, alle Straßen daraufhin zu kontrollieren, ob nicht vereinzelt Glättebildung aufgetreten ist. Die Verkehrsteilnehmer können nicht erwarten, dass auch bei nur stellenweise auftretender Reif- und Eisglätte die Streufahrzeuge der Stadtentsorgung Rostock GmbH zur Sicherung des Verkehrs zum Einsatz kommen. Eine Streupflicht besteht daher grundsätzlich nur bei allgemeiner Straßenglätte. Verkehrswichtige Stellen sind die Durchgangsstraßen und sonstige Verkehrsmittelpunkte auf denen erfahrungsgemäß mit stärkerem Verkehrsaufkommen gerechnet werden muss, sowie die Strecken des öffentlichen Personennahverkehrs. Gefährliche Stellen sind vor allem scharfe Kurven, Gefällstrecken, Kreuzungen, Einmündungen und Brückenfahrbahnen.

5.1. Kontrollfahrten der Winterdienst Einsatzleitung

Bei unsicherer Wetterlage werden durch die Stadtentsorgung Rostock GmbH am Tage sowie in den Nachtstunden Kontrollfahrten im Stadtgebiet durchgeführt und entsprechend den Erfordernissen Streu- und Räumtechnik eingesetzt. Die Ergebnisse der Kontrollfahrten werden dokumentiert. Schwerpunkte der Kontrollfahrten sind gefährliche und verkehrswichtige Bereiche sowie die Einschätzung der Glättebildung auf Gehwegen. In die Kontrollpläne sind die

Winterdienstkonzeption der Hanse- und Universitätsstadt Rostock 2019 / 2020

Stand 17.10.2019

Straßenabschnitte einzubeziehen, die auf Grund der Unfallstatistik als besonders gefährliche Stellen ausgewiesen sind.

5.2. Zeitlicher Umfang der Fahrbahnräumung

Bei normalen winterlichen Bedingungen ist die Befahrbarkeit der in der Dringlichkeitsstufen A und B aufgeführten Straßen bis 07.00 Uhr zu sichern. Bei einsetzenden Winterbedingungen erfolgt der Einsatzbeginn innerhalb von 60 Min.

5.3. Schneezäune

Zur Sicherung der schneeverwehungsgefährdeten Straßenabschnitte sind Schneefangnetze in folgenden Abschnitten aufzustellen.

Gesamt:	1100 m
Straße von Langenort bis Krummendorf, rechte Seite	400 m
Stadtteil Lichtenhagen in Richtung Elmenhorst (Elmenhorster Weg Nr. 25 bis letztes Haus rechte Seite)	200 m
Timmermannsstraat	200 m
Peezer Weg	100 m
Bäderstraße Kurve nach Jürgeshof	200m

Nach § 35 Abs. 1 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern haben Eigentümer und Besitzer von an die Straßen angrenzenden Grundstücken, Maßnahmen zum Schutz der Straßen gegen nachteilige Einwirkungen der Natur, wie zum Beispiel Schneeverwehungen, zu dulden.

Wenn keine unmittelbare Gefahr im Verzug ist, sind die Maßnahmen dem Betroffenen zwei Wochen vor Beginn anzuzeigen.

Termin zur Aufstellung: bis zum 31.10.2019

5.4. Streugutbehälter

An folgenden Schwerpunktkreuzungen sind Streugutbehälter 0,4 m³ mit Streugutentnahmeöffnung bis zum 31.10.2019 aufzustellen:

1 Streugutbehälter	Holbeinplatz, Verkehrsinsel
1 Streugutbehälter	Slüterstraße auf der Grünfläche unterer Bereich
1 Streugutbehälter	Werftdreieck, Verkehrsinsel
1 Streugutbehälter	Krämerstraße / Vogelsang
1 Streugutbehälter	Steintorkreuzung / VK-Insel E.-Barlach-Straße
1 Streugutbehälter	Verbindungsweg / Tessiner Straße
2 Streugutbehälter	Am Kanonsberg, obere und untere Verkehrsinsel
1 Streugutbehälter	Riekdahler Weg, Wendeschleife RSAG
1 Streugutbehälter	ÖPNV Verknüpfungspunkt Warnemünde

10 Streugutbehälter Gesamt

Winterdienstkonzeption der Hanse- und Universitätsstadt Rostock 2019 / 2020

Stand 17.10.2019

6. Personelle und materielle Absicherung**6.1. Rufbereitschaften**

Zur Sicherung der

- Leitung des Winterdienstes,
- Besetzung der Winterdiensttechnik,
- Reparatur der Technik

sind entsprechende Rufbereitschaften abzuschließen.

6.2. Personal

Die Aufgaben unter normalen Wetterbedingungen werden von Arbeitnehmern der Stadtentsorgung Rostock GmbH gelöst, die sich wie folgt untergliedern:

- | | | |
|---------------------|----|--|
| - Kraftfahrer | 44 | |
| - Handarbeitskräfte | 5 | (ab dem 01.01.2020 stehen 18 Handarbeitskräfte bereit) |
| - Einsatzleiter | 4 | |

Zur Beräumung und Abstumpfung der Gehwege, Radwege, Treppen, Tunnel, Überwege und Brücken sowie den Bushaltestellen der RSAG werden durch die SR GmbH Verträge mit Subunternehmern abgeschlossen (Anlage 2).

Die Ortsämter geben durch Kontrollen Unterstützung und informieren die Einsatzleitung der Stadtentsorgung Rostock GmbH bzw. das Amt für Umweltschutz.

6.3. Technik

Zur Durchführung des planmäßigen Winterdienstes steht folgende Einsatztechnik der Stadtentsorgung Rostock GmbH zur Verfügung:

Räum- und Streufahrzeuge Fahrbahn	20 Stück
- davon wahlweise ausrüstbar mit Schneefräsen	2 Stück
Räum- und Streufahrzeuge für Rad- und Gehwege	12 Stück
Kleintechnik für das C-Straßennetz	2 Stück
Radlader / Ladetechnik	2 Stück
Kontrollfahrzeuge	2 Stück

Die Winterdiensttechnik der SR GmbH ist mit einem Telematik System ausgestattet. Das Telematik System beinhaltet eine Betriebsdatenerfassung, eine Zielführung/Navigation sowie eine Routenaufzeichnung / Fahrzeug-Positionsübermittlung sämtlicher Fahrzeuge. Es werden Betriebszustände sowie -aktivitäten des Fahrzeugs und einzelner Anbaugeräte wie zum Beispiel Räumschild oder Streugerät aufgezeichnet. Die Positions- / Routenaufzeichnung wird per GPS mit Uhrzeitbezug erfasst. Die Mitarbeiter, die im Winterdienst tätig sind, erhalten eine jährliche Schulung zur Bedienung der im Fahrzeug eingebauten Bordcomputer. Somit ist eine eindeutige Nachweisführung der geleisteten Winterdiensttätigkeit sichergestellt.

6.4. Sonderregelung

Winterdienstkonzeption der Hanse- und Universitätsstadt Rostock 2019 / 2020

Stand 17.10.2019

Für die Bereiche am Hauptbahnhof und am Haltepunkt Lütten Klein wurden in Ergänzung zur Straßenreinigungssatzung gesonderte Verträge zwischen der Hansestadt Rostock und der DB Station & Service AG abgeschlossen.

7. Maßnahmen bei extremer Witterung

Auf der Grundlage einer besonderen Beauftragung (WD Kommission oder Verwaltungsstab der HRO) sind folgende Maßnahmen zur Sicherung des öffentlichen Lebens in der Hansestadt Rostock durchzusetzen:

Der Einsatz von zusätzlichen Ämtern und Unternehmen mit Räum-, Streu- und Ladetechnik sowie Handarbeitskräften erfolgt durch den Verwaltungsstab bzw. durch den Leiter der WD Kommission, wenn bei extremen Witterungsverhältnissen, Glatteis und bei stärkerem Schneefall mit Schneeverwehungen zu rechnen ist und mit der zur Verfügung stehenden Technik bzw. den Arbeitnehmern der SR GmbH die Winterdienstaufgaben nicht mehr bewältigt werden können.

7.1. Das Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege stellt:

- 20 Arbeitskräfte (5 Kleintransporter mit jeweils 4 Arbeitskräften)
- 1 Multicar mit Streuautomat sowie Frontkehrbesen oder Schiebeschild
- 1 Kommunalschlepper mit Frontkehrbesen oder Schiebeschild
- 1 LKW Kipper mit Ladekran

zur Verfügung.

7.2. Das Amt für Verkehrsanlagen stellt:

- 15 Arbeitskräfte
- 1 LKW mit Ladekran
- 1 Multicar mit Schiebeschild
- 1 Radlader mit 1 m³ Schaufel oder wahlweise mit Schiebeschild
- 6 Transporter
- 1 Multicar

zur Verfügung

Die Mitarbeiter und die Technik beider Ämter werden vorwiegend zur Beräumung der für den Fußgängerverkehr vorgesehenen Verkehrsflächen, aber auch der Behindertenparkplätze und der Taxistellplätze eingesetzt. Für die Arbeiten erhalten die Mitarbeiter vorbereitete Einsatzpläne.

7.3. Handarbeitsgeräte

Für ganz besondere Witterungsbedingungen sind Schaufeln, Schneeschieber, Handschuhe und Warnwesten zum Einsatz weiterer Kräfte eingelagert.

7.4. Schneeabfuhr

Die Schneeabfuhr erfolgt nach Abstimmung zwischen Umweltamt und SR GmbH aus den nachfolgend aufgelisteten Vorrangstraßen, Fußgängerzonen und Taxistandplätzen:

Vorrangstraßen:

Winterdienstkonzeption der Hanse- und Universitätsstadt Rostock 2019 / 2020

Stand 17.10.2019

- Richard –Wagner -Straße (Innenstadt)
- Steintorkreuzung
- Steinstraße
- Lange Straße (jeweils auf der den bebauten Grundstücken zugewandten Straßenseite)
- Schröderplatz
- Am Vögenteich
- Goetheplatz
- Goethestraße
- Rosa-Luxemburg-Straße
- Wismarsche Straße
- Doberaner Straße
- Friedhofsweg bis Stampfmüllerstr.

Fußgängerzonen:

- Kröpeliner Straße mit Nebenstraßen
- Universitätsplatz und Breite Straße
- Neuer Markt

Taxistandplätze:

- die Liste umfasst 35 Taxistandplätze mit insgesamt 133 Einzelstellplätzen (Anlage 7)

8. Streustoffe

Für die Winterperiode 2019/2020 werden zur Betreuung der Straßen und Gehwege insgesamt

500 t	Kies (Vorjahr 800 t)
1.800 t	Streusalz (Vorjahr 1.800 t)

eingelagert.

davon:

- am Hauptsitz der Stadtentsorgung Rostock GmbH, Petridamm 26

500 t	Kies (Vorjahr 800 t)
600 t	Streusalz (Vorjahr 600 t)

- im Streugutlager der Stadtentsorgung Rostock GmbH, Koppelweg 1

0t	Kies (Vorjahr 0 t)
1.200 t	Salz (Vorjahr 1.200 t)

Die Lieferanten versichern eine kontinuierliche Belieferung der Streustoffe auch bei extremer Witterung.

Das eingelagerte Streusalz wird auch für die Produktion der Solelösung eingesetzt. Solelöse-Anlagen befinden sich ebenfalls an den Salzlagerstätten. Das derzeitige Lösevermögen aller Anlagen zusammen beträgt ca. 30 m³ pro Tag + 30m³ Vorrat. Auf Grund des technischen Verschleißes der Anlage am Petridamm wird die Soleproduktion manuell sichergestellt. Diese Anlage wird in 2020 erneuert.

Winterdienstkonzeption der Hanse- und Universitätsstadt Rostock 2019 / 2020

Stand 17.10.2019

9. Schneeabladeplätze im Stadtgebiet

Für die Schneeabfuhr aus dem Stadtgebiet ist eine Fläche in der Hellingstraße, der Parkplatz Rohrmannsche Koppel (Doberaner Landstraße) sowie eine Fläche im Fritz Triddelfitz Weg / An der Jägerbäk (Kurve im Bereich der Überführung zum Bhf. Bramow) vorgesehen.

Bei außergewöhnlich viel Schnee, können darüber hinaus die wenig genutzten Parkplätze im Katt un Mus Weg (hinter dem Hotel) und in der Erich- Schlesinger- Straße (gegenüber ehemals DMR) genutzt werden. Die Nutzung ist im Vorfeld mit Amt für Verkehrsanlagen abzustimmen oder erfolgt im Auftrag der WD Kommission.

10. Arbeitsgrundlagen

Neben dieser Konzeption sind folgende Dokumente Arbeitsgrundlage für die Durchführung des Winterdienstes:

- Straßen- und Wegegesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern
- Straßenreinigungssatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock
- Straßenverzeichnis mit den entsprechenden Einstufungen
- Anweisung für den Winterdienst
- Räum- und Streupläne

Verteiler:

- 1 x Senator für Bau und Umwelt
- 2 x Amt für Umweltschutz
- 1 x Mobilitätskoordinator
- 1 x Presse- und Informationsstelle
- 2 x Amt für Verkehrsanlagen
- 1 x Stadtamt (KOD)
- 1 x Brandschutz- und Rettungsamt
- 5 x Stadtamt (alle Ortsämter)
- 1 x Polizeidirektion
- 1 x Rostocker Straßenbahn -AG
- 1 x Amt für Stadtgrün
- 1 x Stadtentsorgung Rostock GmbH
- 1 x rebus Regionalbus Rostock GmbH
- 1 x VEOLIA Umweltservice
- 1 x IHK Regionaler Verkehrsausschuss „Region Rostock“

Winterdienstkonzeption der Hanse- und Universitätsstadt Rostock 2019 / 2020

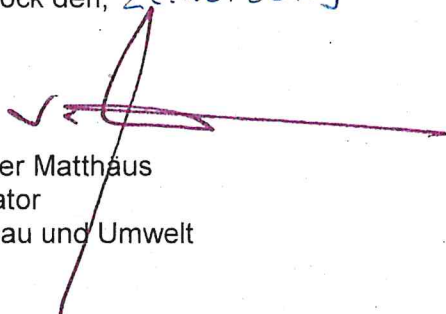
Stand 17.10.2019

Die Gemeinsame Konzeption

zur Vorbereitung und Durchführung des kommunalen Winterdienstes 2019/2020 auf dem Territorium der Hanse- und Universitätsstadt Rostock

in der Fassung vom 17.10.2019 wird bestätigt und in Kraft gesetzt.

Rostock den, 22.10.2019



Holger Matthäus
Senator
für Bau und Umwelt



Henning Möbius
Geschäftsführer
Stadtentsorgung Rostock GmbH



Birger Bludszweit
Geschäftsführer

- Anlage 1: aktuelle Telefonliste der WD Kommission
- Anlage 2: Vertragspartner der Stadtentsorgung
- Anlage 3: abgestimmtes Netz der Kombinierten Geh- und Radwege
- Anlage 4: Einsatzbereich Radwegewart
- Anlage 5: Übersicht Behindertenparkplätze
- Anlage 6: Übersicht Stellplätze für Bringsystem zur Glas- und Papiererfassung
- Anlage 7: Übersicht Taxistandplätze
- Anlage 8: Neuer Markt

Winterdienstkonzeption
Anlage 1

Amt / Behörde	Name	Telefon	Telefon mobil	E-Mail
Senator für Bau und Umwelt	Herr Mattäus	381 6000	0151 40516724	Holger.Matthaeus@rostock.de
Mobilitätskoordinator	Herr Nozon	381 6002	0170 7846490	steffen.nozon@rostock.de
Amt für Umweltschutz	Herr Welk	381 7308	0151 17203153	Matthias.Welk@rostock.de
	Herr Böttner	381 7305	0160 8803158	Ulrich.Boettner@rostock.de
Pressestelle	Herr Kunze	381 1418	0171 8604448	ulrich.kunze@rostock.de
	Frau Kanaa	381 1409		kerstin.kanaa@rostock.de
Stadtamt (Ortsämter)	Frau Teubel	381 2860		franka.teubel@rostock.de
Amt für Verkehrsanlagen (Verkehrsbehörde)	Herr Scholz	381 3131		volker.scholz@rostock.de
Amt für Verkehrsanlagen Abt. Straßenverwaltung	Herr Tiburtius Herr Fischer	381 6677 68 12 23	0160 8801835	joerg-uwe.fischer@rostock.de heiko.tiburtius@rostock.de
Amt für Stadtgrün	Frau Dr. Fischer-Gäde	381 8500		ute.fischer-gaede@rostock.de
Brandschutz-und Rettungsamt	Herr Kilmer	381 3890		ronald.kilmer@rostock.de
Stadtentsorgung Rostock GmbH				
Geschäftsführer	Herr Möbius	45 93 110	0160 3635989	hmoebius@stadtentsorgung-rostock.de
Leiter Technik	Herr Kühn	45 93 281	0160 3635993	akuehn@stadtentsorgung-rostock.de
Leiter Straßenreinigung/ WD	Herr Weilandt	45 93 168	0171 1494096	weilandt@stadtentsorgung-rostock.de
Polizeiinspektion Rostock	Herr Dahm	49163120		sbe-verkehr-pi.rostock@polmv.de
Polizeihauptrevier Rostock	DGL	49162224		phr.rostock@polmw.de
Polizeipräsidium Rostock	ELST	038208 8882224		Elst-pp.rostock@polmv.de
Rostocker Straßenbahn AG	Herr Lüdtkke	802 1500	0160 7185675	a.luedtke@rsag-online.de
	Herr Neubert	802 1540	0160 7185668	b.neubert@rsag-online.de
	Betriebsleiter vom Dienst	802 1841		
Veolia Umweltservice Nord	Herr Kaltwasser	4051421		ronald.kaltwasser@veolia-umweltservice.de

Winterdienstkonzeption
Anlage 2

Vertragspartner der Stadtentsorgung Rostock GmbH

➤ Firma	Anschrift	Telefon
Rostocker Gehwegreinigung	Dalwitzhofer Weg 5 18055 Rostock	0381 444460
Exakt Service Rostock GmbH	Rostocker Str. 18 18184 Neu Roggentin	038204 899210
KGS Kommunal- und Grundstücksservice Marcel Machotzek	Klein Bartelsdorf 5a 18182 Bentwisch	0381 63729787

Winterdienstkonzeption
Anlage 3

**In den Winterdienstplänen enthaltene kombinierte oder parallel verlaufende
Geh- und Radwege 2018-2019**

Nr.	Geh- und Radweg	Länge	Streu- material
1	Radweg/ Gehweg Doberaner Landstraße W'mde	2186	Kies
2	Parkstr. von Schillerstr. bis Kleingartenanlage rechte Seite	1640	Kies
3	Werftallee von Am Passagierkai bis Kleiner Warnowdamm	3430	Kies
4	Geh- und Radweg Stadtautobahn von Lütten-Klein bis Warnemünde beidseitig nur WD	8000	Kies
5	Hohe Düne von Fähre bis Ortsausgang	1000	Kies
6	Ortslage Markgrafenheide von Brücke bis Ortsausgang linke Seite	900	Kies
7	Geh- und Radweg von Alte Warnemünder Chaus. zum Bootsbauerweg 8 (Rückseite)	150	Kies
8	Alte W'mder Chaussee von S-Bahnhof bis Kleiner Warnowdamm linke Seite	655	Kies
9	Alte W'mder Chaussee von Kleiner Warnowdamm bis A.-Tischbein-Str. rechte Seite	220	Kies
10	Groß-Kleiner-Damm zw. Warnowallee und Kleiner Warnowdamm	780	Kies
11	Geh- und Radweg von Kleiner Warnowdamm zur Schule	170	Kies
12	Kl. Warnowdamm von Alte W'mder Chaussee bis Werftallee linke Seite	940	Kies
13	Geh- und Radweg von Werftallee über Blockmacherring 49 zum Schiffbauerring	500	Kies
14	Geh- und Radweg von Zum Laakkanal 3 bis Sprengmeisterweg, sowie drei Durchgänge zum Baggermeisterring	700	Kies
15	Groß-Kleiner-Weg	1941	Kies
16	Schleswiger Str. von Mecklenburger Allee bis Möllner Str. östl. Seite	1100	Kies
17	Schleswiger Straße westliche Seite	1100	Kies
18	Geh- und Radweg von B 103 zur Möllner Straße	250	Kies
19	Radweg/ Gehweg Mecklenburger Allee von Schleswiger Str. bis Kühlungsborner Str.	830	Kies
20	Geh- und Radweg durch den Erholungspark Fischerdorf nach Evershagen	620	Kies
21	Warnowallee von Osloer Str. bis St. Petersburger Str. rechte Seite	700	Kies
22	St.-Petersburger-Str. von Warnowallee bis Th.-Morus-Str. linke Seite	1550	Kies
23	St.-Petersburger-Str. zwischen Möllner Str. und Rigaer Str. beidseitig	1000	Kies
24	St.-Petersburger-Str. bis Schule Th.-Morus-Str. entlang Gleise	1400	Kies
25	Warnowallee von St.-Petersburger-Str. bis S-Bahn Tunnel südliche Seite	370	Kies
26	Hundsburgallee von S-Bahnhaltepunkt Evershagen bis Schmarler Damm linke Seite zum Wohngebiet	850	Kies

Winterdienstkonzeption Anlage 3

Nr.	Geh- und Radweg	Länge	Streu- material
27	Geh- und Radweg von Hundsburgallee zum St.-Jantzen-Ring aus Richtung S-Bahnhaltepunkt	175	Kies
28	Hundsburgallee von S-Bahnhaltepunkt bis Nr.17 rechte Seite	300	Kies
29	Radweg/ Gehweg Schmarler Damm von Hundsburgallee bis Groß Kleiner Damm	900	Kies
30	Geh- und Radweg von Kreuzung Warnowallee/Groß-Kleiner Damm bis Schmarl Dorf	900	Kies
31	Marieneher Str. von Hundsburgallee bis Eingang Fischereihafen rechte Seite	700	Kies
32	Geh- und Radweg von S-Bahnhaltepunkt Lütten-Klein bis Wohngebiet Schmarl	595	Kies
33	Schmarler Damm von Industriestr. bis Hundsburgallee rechte Seite	400	Kies
34	Schmarler Damm von B 103 bis Handelsstraße linke Seite teilweise rechte Seite	1800	Kies
35	An der Jägerbäk von B 103 in Richtung Marienehe	900	Kies
36	Messestr. von B.-Brecht-Str. bis B 105	1400	Kies
37	Geh- und Radweg von der Messestraße zum Messegelände	450	Kies
38	B.-Brecht-Str. von B103 bis M.-A.-Nexö-Ring rechte Seite (WendeschleifeStraßenbahn)	1500	Kies
39	B.-Brecht-Str. von B103 bis Th.-Storm-Str. linke Seite	800	Kies
40	Geh- und Radweg Fritz-Triddelfitz-Weg von Elbotel bis An der Jägerbäk	650	Kies
41	Hamburger Str. von Holbeinplatz bis Schutower Kreuz linke Seite (nur WD)	2560	FS100
42	Hamburger Str. von Einmündung Grazer Str. bis Schutower Kreuz unter der Brücke NEU ab 2017	2650	Kies
43	Barnstorfer Ring von Schutower Kreuz bis Westfriedhof Seite Reutershagen	2180	Kies
44	Tiergartenallee	1100	Kies
45	Geh- und Radweg von Tiergartenallee zum Platz der Jugend	250	Kies
46	A.-Bernhard-Str. von Hundertmännerstr. bis Am Vögenteich	705	Kies
47	Geh-und Radweg Lübecker Straße von Warnowufer bis Holbeinplatz nur WD	1000	FS100
48	Geh- und Radweg von E.-Schlesinger-Str. zum Platz der Freundschaft entlang Stadthalle	400	Kies
49	E.-Schlesinger-Straße von Südring bis ehem. Dieselmotorenwerk	620	Kies
50	Platz der Freundschaft von Südring bis Höhe Telekom rechte Seite	600	Kies
51	Platz der Freundschaft zum Busbahnhof hinter den Gleisen	380	Kies
52	Satower Str. von Voßstr. bis Ecke Fichtenweg rechte Seite	680	Kies
53	Satower Str. zwischen Rennbahnallee und Am Richtfunkturn	420	Kies
54	Südring von Goetheplatz bis Satower Str. beidseitig	5200	Kies
55	Nobelstr. über den Kringelgraben beidseitig	350	Kies
56	Nobelstr. von Tychsenstr. bis Ch.-Darwin-Ring linke Seite	450	Kies

Winterdienstkonzeption
Anlage 3

Nr.	Geh- und Radweg	Länge	Streu- material
57	Nobelstr. von E.-Haeckel-Str. bis Weidengrund rechte Seite	650	Kies
58	Beim Pulverturm nur Winterdienst	300	Kies
59	Am Petridamm (Alte Warnowbrücke) von Lichtsignalanlage bis Einmündung Dierkower Damm beidseitig	640	FS100
60	Am Strande von Grubenstr. bis Am Petridamm (nur WD)	810	FS100
61	Gerbergang von Fischerbruch bis Gerberbruch	125	FS100
62	Geh- und Radweg von Gerberbruch zur Vorpommernbrücke	350	FS100
63	Einfahrt Hafengelände gegenüber Hafenmarkt bis Kabutzenhof nur WD	1200	FS100
64	Stadthafen von Holzdrehkran bis Alter Fritz	280	FS100
65	Stadthafen von Speicher bis Wendeschleife	490	FS100
66	Warnowufer/Am Strande von Haedgestraße bis Lagerstraße nur WD	630	Kies
67	Geh- und Radweg Lübecker Straße von Warnowufer bis Holbeinplatz bis Maßmannstraße rechte Seite danach linke Seite	1000	FS100
68	Geh- und Radweg von A.-Bebel-Straße entlag Schröderplatz, Beim grünen Tor, Am Kanonsberg bis Am Strande rechte Seite	700	Kies
69	Am Kanonsberg von Beim grünen Tor bis Am Strande linke Seite	400	Kies
70	Modersohn-Becker-Weg von Tessiner Str. bis V.-Schorler-Ring	650	Kies
71	Mühlendamm von Fischerbruch bis Hausnummer 32	1000	Kies
72	Brinckmannsdorfer Weg von Höger Up bis A.-Schulz-Str.	700	Kies
73	Tessiner Str. von Höger Up bis Timmermannsstrat linke Seite	500	Kies
74	Tessiner Str. von Kassebohmer Weg bis Hüerbaasweg	1200	Kies
75	Dierkower Allee von Hinrichsdorfer Str. bis B105	1754	Kies
76	Dierkower Damm von An der Zingelwiese bis Hinrichsdorfer Str. rechte Seite	400	Kies
77	Dierkower Damm von Hinrichsdorfer Str. bis Schenkendorfweg beidseitig	1000	FS100
78	Dierkower Damm von Schenkendorfweg bis Hafenallee linke Seite	800	FS100
79	Gutenbergstr. von Hinrichsdorfer Str. bis Lorenzstr. beidseitig	550	
80	Dierkower Damm von Petridamm bis Hinrichsdorfer Str. westliche Seite	1300	FS100
81	Geh- und Radweg durch Hauptgrünraum K.-Schumacher-Ring sowie sieben Nebenwege	800	Kies
82	Durchgang von Gutenbergstraße zur Berringerstraße	160	Kies
83	Hinrichsdorfer Str. von Dierkower Damm bis Gutenbergstr. zum Teil beidseitig	800	Kies
84	Hinrichsdorfer Str. von K.-Schumacher-Ring bis Neu Hinrichsdorf rechte Seite	1500	Kies
85	Geh- und Radweg von Hinrichsdorfer Str. bis Lorenzstr. Entlang der Gleise	400	Kies

Winterdienstkonzeption
Anlage 3

Nr.	Geh- und Radweg	Länge	Streu- material
86	Lorenzstr. von K.-Schumacher-Ring bis Gutenbergstr. Linke Seite	725	Kies
87	K.-Schumacher-Ring von Hinrichsdorfer Str. bis Ph.- Brandin-Str. beidseitig	500	Kies
88	Hafenallee	1000	Kies
89	Durchgang von Hinrichsdorfer Str. zur M.-Niemöller-Str. 48	100	Kies
90	Durchgang P.-Neruda-Str. Ecke Hausnummer 12/13 bis Straßenbahnhaltestelle Hölderlinweg einschließlich Treppe	140	Kies
91	Fußweg P.-Neruda-Str. Ecke Hausnummer 12/13 bis O.- Palme-Str. 18	100	Kies
92	Toitenwinkler Allee	1680	Kies
93	Weidendamm	850	Kies
94	Geh- und Radweg entlang Straßenbahntrasse Toitenwinkel	1400	Kies
95	Gehlsheimer Str. von Hafenallee bis Fährstr. linke Seite	1100	FS100
96	Uferpromenade	1100	Kies

Legende	FS100
----------------	--------------

Gesamtfläche bei 1,50 m - Räumung	140.672 m ²
davon in FS100 - Betreuung	18.983 m ²

Winterdienst auf Stellflächen

	Ortsteil	ADRESSE	Stand.-Ider Winterdienst	
1	Biestow	Am Kringelgraben 36	18-02	C
2	Biestow	Am Rodelberg 9	18-01	C
3	Brinckmansdorf	Albert-Schulz-Str. 31	20-01	B
4	Brinckmansdorf	Am Teich 20	20-13	B
5	Brinckmansdorf	Arno-Esch-Str. 1	20-02	B
6	Brinckmansdorf	Edith-Lindenberg-Str. 21	20-03	B
7	Brinckmansdorf	Flaßkoppweg 2	20-10	B
8	Brinckmansdorf	Kassebohrer Weg 11	20-06	SR
9	Brinckmansdorf	Kassebohrer Weg 1a	20-07	B
10	Brinckmansdorf	Knallerballerweg 11	20-08	B
11	Brinckmansdorf	Luten-Bohn-Weg 5	20-09	B
12	Brinckmansdorf	Roggentiner Weg 9b	20-05	B
13	Brinckmansdorf	Vagel-Grip-Weg 10a	20-04	B
14	Brinckmansdorf	Vicke-Schorler-Ring 110	20-12	B
15	Brinckmansdorf	Vicke-Schorler-Ring 67	20-11	B
16	Diedrichshagen	Hagebuttenweg 1	02-03	B
17	Diedrichshagen	Streuwiesenweg 58	02-02	B
18	Dierkow-Neu	Berringerstr. 16	21-01	B
19	Dierkow-Neu	Berringerstr. 27	21-02	B
20	Dierkow-Neu	Berringerstr. 6	21-03	B
21	Dierkow-Neu	Bruno-Taut-Str. 1	21-05	B
22	Dierkow-Neu	Bruno-Taut-Str. 17	21-04	B
23	Dierkow-Neu	Dierkower Höhe 16	21-06	B
24	Dierkow-Neu	Dierkower Höhe 29	21-07	B
25	Dierkow-Neu	Hartmut-Colden-Str. 21	21-10	B
26	Dierkow-Neu	Hartmut-Colden-Str. 4	21-11	B
27	Dierkow-Neu	Heinrich-Tessenow-Str. 34	21-08	B
28	Dierkow-Neu	Heinrich-Tessenow-Str. 35	21-09	B
29	Dierkow-Neu	Karl-Theodor-Severin-Str. 2	21-20	B
30	Dierkow-Neu	Kurt-Schumacher-Ring 141	21-12	B
31	Dierkow-Neu	Kurt-Schumacher-Ring 167	21-13	B
32	Dierkow-Neu	Kurt-Schumacher-Ring 27	21-15	B
33	Dierkow-Neu	Kurt-Schumacher-Ring 58	21-16	B
34	Dierkow-Neu	Lorenzstr. 2	21-17	B
35	Dierkow-Neu	Lorenzstr. 38	21-18	B
36	Dierkow-Neu	Philipp-Brandin-Str. 6	21-19	B
37	Dierkow-Neu	Theodor-Heuss-Str. 11	21-21	B
38	Dierkow-Neu	Theodor-Heuss-Str. 20	21-22	B
39	Dierkow-Neu	Theodor-Heuss-Str. 3	21-23	B
40	Dierkow-Neu	Walter-Butzek-Str. 21	21-24	B
41	Dierkow-Neu	Gutenbergstr. 40	22-01	B
42	Dierkow-Neu	Gutenbergstr. 79a	22-02	B
43	Dierkow-Neu	Lewarkweg 25	22-03	B
44	Dierkow-Neu	Heinrich-Heine-Platz 10	23-02	B
45	Dierkow-Neu	Ludwig-Feuerbach-Weg 15a	23-01	B
46	Dierkow-Neu	Petridamm 10a	23-03	B

47	Evershagen	Aleksis-Kivi-Str. 14	11-02	B
48	Evershagen	Aleksis-Kivi-Str. 2	11-01	B
49	Evershagen	An der Obstplantage 1	11-04	B
50	Evershagen	Anton-Makarenko-Str. 7	11-19	SR
51	Evershagen	Bertolt-Brecht-Str. 19	11-09	B
52	Evershagen	Dostojewskistr. 4	11-05	B
53	Evershagen	Ehm-Welk-Str. 1	11-06	B
54	Evershagen	Ehm-Welk-Str. 11	11-07	B
55	Evershagen	Erich-Kästner-Weg 8	11-21	B
56	Evershagen	Franz-Fühmann-Weg 8	11-10	B
57	Evershagen	Knud-Rasmussen-Str. 12	11-15	B
58	Evershagen	Martin-Andersen-Nexö-Ring 15	11-13	B
59	Evershagen	Maxim-Gorki-Str. 13	11-14	SR
60	Evershagen	Maxim-Gorki-Str. 3	11-18	B
61	Evershagen	Maxim-Gorki-Str. 46	11-16	B
62	Evershagen	Maxim-Gorki-Str. 63	11-17	B
63	Evershagen	Ricarda-Huch-Str. 1	11-20	B
64	Evershagen	Strindbergstr. 1	11-08	SR
65	Evershagen	Strindbergstr. 13	11-22	B
66	Evershagen	Theodor-Storm-Str. 3	11-23	B
67	Gartenstadt	Am Richtfunkturn 1	15-04	B
68	Gartenstadt	Am Waldessaum 1b	15-01	C
69	Gartenstadt	Damerower Weg 23	15-02	C
70	Gartenstadt	Kopernikusstr. 33	15-06	A
71	Gartenstadt	Satower Str. 65	15-05	C
72	Gartenstadt	Stadtweide Reihenhäuser 30	15-03	C
73	Gehlsdorf	Katamaranweg 1	25-03	B
74	Gehlsdorf	Landreiterstr. 7	25-02	SR
75	Gehlsdorf	Weizenweg 1	25-01	B
76	Gehlsdorf	Langenort		B
77	Groß Klein	A.-Tischbein-Str. 2	09-01	B
78	Groß Klein	A.-Tischbein-Str. 28	09-02	B
79	Groß Klein	Alte Warnemünder Chaussee 40	09-18	B
80	Groß Klein	Baggermeisterring 20	09-03	B
81	Groß Klein	Baggermeisterring 5b	09-04	B
82	Groß Klein	Blockmacherring 14	09-06	B
83	Groß Klein	Blockmacherring 2	09-05	B
84	Groß Klein	Blockmacherring 20	09-15	B
85	Groß Klein	Blockmacherring 27	09-07	B
86	Groß Klein	F.-M.-Scharffenberg-Weg 10	09-09	SR
87	Groß Klein	Gerüstbauerring 20	09-12	B
88	Groß Klein	Gerüstbauerring 38	09-10	B
89	Groß Klein	Gerüstbauerring 45	09-11	B
90	Groß Klein	Groß Kleiner Allee 1	09-08	B
91	Groß Klein	Herrmann-Flach-Str. 1	09-13	B
92	Groß Klein	Herrmann-Flach-Str. 9	09-14	B
93	Groß Klein	Kleiner Warnowdamm 20	09-16	B
94	Groß Klein	Klockenbrink 3	09-17	B
95	Groß Klein	Schiffbauerring 20	09-20	B
96	Groß Klein	Schiffbauerring 25	09-22	B
97	Groß Klein	Schiffbauerring 42	09-21	B
98	Groß Klein	Schiffbauerring 53	09-23	B
99	Groß Klein	Seelotsenring 21	09-24	B
100	Groß Klein	Seelotsenring 4	09-25	B
101	Groß Klein	Signalgastweg 22	09-26	B
102	Groß Klein	Sprengmeisterweg 1	09-27	B
103	Groß Klein	Taklerring 11	09-28	B
104	Groß Klein	Taklerring 23	09-29	B
105	Groß Klein	Willi-Döbler-Str. 12	09-30	SR
106	Groß Klein	Willi-Döbler-Str. 2	09-31	SR

107	Hansaviertel	Bei der Tweel 3	14-01	A
108	Hansaviertel	Dürerplatz 3	14-02	SR
109	Hansaviertel	Hans-Sachs-Allee 43	14-03	SR
110	Hansaviertel	Kopernikusstr. 17	14-08	A
111	Hansaviertel	Laurembergstr. 19	14-10	SR
112	Hansaviertel	Laurembergstr. 7	14-05	A
113	Hansaviertel	Platz der Freiheit 8	14-06	A
114	Hansaviertel	Schillingallee 51	14-09	A
115	Hansaviertel	Schliemannstr. 23	14-07	A
116	Hansaviertel	Voßstr. 21	14-04	SR
117	Hinrichsdorf	Hinrichsdorf 1a	26-01	C
118	Hinrichshagen	Erich-Weinert-Siedlung 6	05-01	C
119	Hinrichshagen	Markgrafenheider Str. 1	03-01	C
120	Hohe Düne	Hohe Düne 22	04-01	C
121	Hohe Düne	Kapitän-Hahn-Weg 1	04-02	C
122	Kröpeliner-Tor-Vorsta	Am Kayenmühlengraben	16-19	C
123	Kröpeliner-Tor-Vorsta	Bei den Polizeigärten 8	16-03	A
124	Kröpeliner-Tor-Vorsta	Borwinstr. 8	16-04	A
125	Kröpeliner-Tor-Vorsta	Fahrenstr. 6	16-02	A
126	Kröpeliner-Tor-Vorsta	Friedhofsweg 2	16-17	A
127	Kröpeliner-Tor-Vorsta	Gertrudenstr. 7	16-06	A
128	Kröpeliner-Tor-Vorsta	Haedgestr. 17	16-07	A
129	Kröpeliner-Tor-Vorsta	Maßmannstr. 23	16-09	A
130	Kröpeliner-Tor-Vorsta	Neubramowstr. 9	16-10	SR
131	Kröpeliner-Tor-Vorsta	Niklotstr. 3	16-18	A
132	Kröpeliner-Tor-Vorsta	Patriotischer Weg 110	16-11	A
133	Kröpeliner-Tor-Vorsta	Ratsplatz 1	16-12	A
134	Kröpeliner-Tor-Vorsta	Stampfmüllerstr. 1	16-13	A
135	Kröpeliner-Tor-Vorsta	Thomas-Müntzer-Platz 1	16-14	A
136	Kröpeliner-Tor-Vorsta	Waldemarstr. 22	16-15	A
137	Kröpeliner-Tor-Vorsta	Waldemarstr. 60	16-16	A
138	Krummendorf	Kirchsteig 8	27-01	C
139	Lichtenhagen	Bützower Str. 7	08-01	B
140	Lichtenhagen	Eutiner Str. 12	08-02	B
141	Lichtenhagen	Flensburger Str. 1	08-04	B
142	Lichtenhagen	Husumer Str. 10	08-05	B
143	Lichtenhagen	Husumer Str. 2	08-06	B
144	Lichtenhagen	Malchiner Str. 3	08-07	B
145	Lichtenhagen	Mecklenburger Allee 13	08-08	B
146	Lichtenhagen	Mecklenburger Allee 4	08-09	B
147	Lichtenhagen	Möllner Str. 2	08-10	B
148	Lichtenhagen	Neustrelitzer Str. 2	08-11	B
149	Lichtenhagen	Neustrelitzer Str. 22	08-12	B
150	Lichtenhagen	Neustrelitzer Str. 6	08-13	B
151	Lichtenhagen	Parchimer Str. 4	08-14	B
152	Lichtenhagen	Ratzeburger Str. 1	08-15	B
153	Lichtenhagen	Richtenberger Str. 31	08-16	B
154	Lichtenhagen	Schleswiger Str. 10	08-17	B
155	Lichtenhagen	Sternberger Str. 5	08-18	SR
156	Lichtenhagen	Teterower Str. 2	08-19	B

157	Lütten Klein	Ahlbecker Str. 8	10-01	A
158	Lütten Klein	Binzer Str. 14	10-02	A
159	Lütten Klein	Danziger Str. 41	10-03	A
160	Lütten Klein	Gedser Str. 3	10-04	A
161	Lütten Klein	Gedser Str. 8	10-05	A
162	Lütten Klein	Helsinkier Str. 47	10-10	A
163	Lütten Klein	Helsinkier Str. 68	10-07	A
164	Lütten Klein	Helsinkier Str. 74	10-08	A
165	Lütten Klein	Helsinkier Str. 85	10-09	A
166	Lütten Klein	Helsinkier Str. 9	10-06	A
167	Lütten Klein	Kopenhagener Str. 13	10-12	A
168	Lütten Klein	Möhlenkamp 1	10-13	A
169	Lütten Klein	Osloer Str. 28	10-14	A
170	Lütten Klein	Ostseeallee 15	10-15	A
171	Lütten Klein	Sassnitzer Str. 15	10-16	SR
172	Lütten Klein	St.-Petersburger Str. 43	10-17	A
173	Lütten Klein	Stockholmer Str. 18	10-18	A
174	Lütten Klein	Turkuer Str. 1	10-19	A
175	Lütten Klein	Turkuer Str. 57	10-20	A
176	Lütten Klein	Usedomer Str. 14	10-21	SR
177	Lütten Klein	Usedomer Str. 46	10-22	A
178	Markgrafenheide	Albin-Köbis-Str. 4b	03-02	C
179	Markgrafenheide	Albin-Köbis-Str. 8c	03-04	C
180	Markgrafenheide	Max-Reichpietsch-Str. 9	03-03	C
181	Nienhagen	Joe-Duty-Weg 1	28-02	C
182	Nienhagen	Max-Garthe-Str. 30	28-01	C
183	Reutershagen	Alfred-Schulze-Str. 21	13-01	A
184	Reutershagen	Anton-Saefkow-Str. 1	13-30	A
185	Reutershagen	Bonhoefferstr. 6	13-03	A
186	Reutershagen	Clara-Zetkin-Str. 15	13-14	A
187	Reutershagen	Eikbomweg 32c	13-08	SR
188	Reutershagen	Erich-Mühsam-Str. 8	13-07	A
189	Reutershagen	Etkar-Andre-Str. 3	13-04	A
190	Reutershagen	Etkar-Andre-Str. 39	13-05	A
191	Reutershagen	Etkar-Andre-Str. 50	13-06	A
192	Reutershagen	Fritz-Triddelfitz-Weg 1a	13-02	A
193	Reutershagen	Goerdelerstr. 20	13-28	A
194	Reutershagen	Heinrich-Schütz-Str. 16	13-09	A
195	Reutershagen	Heinrich-Schütz-Str. 7	13-10	A
196	Reutershagen	Jung-Jochen-Weg 9	13-13	A
197	Reutershagen	Kärntner Str. 38	13-15	A
198	Reutershagen	Krischanweg 11	13-31	A
199	Reutershagen	Kufsteiner Str. 6	13-16	A
200	Reutershagen	Kuphalstr. 14	13-19	A
201	Reutershagen	Kuphalstr. 19a	13-17	A
202	Reutershagen	Kuphalstr. 36	13-18	SR
203	Reutershagen	Mathias-Thesen-Str. 18	13-29	A
204	Reutershagen	Mathias-Thesen-Str. 2	13-20	SR
205	Reutershagen	Schulenburgstr. 8	13-22	SR
206	Reutershagen	Schweriner Str. 21a	13-23	SR
207	Reutershagen	Tschaikowskistr. 45	13-12	A
208	Reutershagen	Tschaikowskistr. 58	13-25	A
209	Reutershagen	Tschaikowskistr. 8	13-26	A
210	Reutershagen	Walter-Husemann-Str. 12	13-11	A
211	Reutershagen	Werner-Seelenbinder-Str. 16	13-24	A
212	Reutershagen	Wiener Platz 9	13-27	A
213	Reutershagen	Willi-Schröder-Str. 7	13-21	A

214	Schmarl	Adam-J.-Krusenstern-Str. 14	12-01	C
215	Schmarl	Adam-J.-Krusenstern-Str. 2	12-02	C
216	Schmarl	Adam-J.-Krusenstern-Str. 20	12-03	C
217	Schmarl	Adam-J.-Krusenstern-Str. 30	12-04	C
218	Schmarl	Hundsburgallee 2	12-05	C
219	Schmarl	Kolumbusring 16	12-06	C
220	Schmarl	Kolumbusring 2	12-07	C
221	Schmarl	Kolumbusring 35	12-08	A
222	Schmarl	Kolumbusring 57	12-09	A
223	Schmarl	Roald-Amundsen-Str. 24	12-10	SR
224	Schmarl	Roald-Amundsen-Str. 27	12-11	C
225	Schmarl	Stephan-Jantzen-Ring 16	12-12	C
226	Schmarl	Stephan-Jantzen-Ring 36	12-13	C
227	Schmarl	Stephan-Jantzen-Ring 45	12-14	C
228	Schmarl	Vitus-Bering-Str. 24	12-15	C
229	Schmarl	Vitus-Bering-Str. 32	12-16	C
230	Schmarl	Willem-Barents-Str. 28	12-17	C
231	Stadtmitte	Alter Markt 1	19-11	A
232	Stadtmitte	Am Strande 2a	19-17	A
233	Stadtmitte	Am Strande 50	19-15	SR
234	Stadtmitte	Am Wendländer Schilde 7	19-14	A
235	Stadtmitte	August-Bebel-Str. 36	19-02	A
236	Stadtmitte	Bahnhofstr. 11a	19-09	A
237	Stadtmitte	Bahnhofstr. 3	19-03	A
238	Stadtmitte	Blücherstr. 54a	19-08	A
239	Stadtmitte	Küterbruch	19-10	A
240	Stadtmitte	Apostelstraße	19-04	A
241	Stadtmitte	Johannisstr. 8	19-16	A
242	Stadtmitte	Kleine Wasserstr. 10	19-18	A
243	Stadtmitte	Paulstr. 41	19-05	A
244	Stadtmitte	Schillerplatz 11	19-06	SR
245	Stuthof	Stuthof 10	30-01	C
246	Südstadt	Albert-Einstein-Str. 19	17-16	A
247	Südstadt	Brahestr. 36	17-01	SR
248	Südstadt	Brahestr. 6a	17-02	A
249	Südstadt	Erich-Schlesinger-Str. 50	17-03	A
250	Südstadt	Erich-Weinert-Str. 18	17-04	A
251	Südstadt	Ernst-Haeckel-Str. 1	17-05	A
252	Südstadt	Galileistr. 8	17-06	A
253	Südstadt	Lomonossowstr. 13	17-07	A
254	Südstadt	Majakowskistr. 26	17-08	SR
255	Südstadt	Max-Planck-Str. 5a	17-15	SR
256	Südstadt	Platz der Freundschaft 7	17-09	A
257	Südstadt	Robert-Koch-Str. 8	17-14	A
258	Südstadt	Rudolf-Diesel-Str. 3	17-10	A
259	Südstadt	Tychsenstr. 11	17-12	SR
260	Südstadt	Weidengrund 75	17-13	A
261	Südstadt	Ziolkowskistr. 10	24-19	A
262	Südstadt	Zur Mooskuhle 26c	17-11	C

263	Toitenwinkel	Albert-Schweitzer-Str. 8	24-01	C
264	Toitenwinkel	Baumschulenweg 1	24-24	C
265	Toitenwinkel	Baumschulenweg 6	24-03	C
266	Toitenwinkel	Bertha-von-Suttner-Ring 24	24-02	C
267	Toitenwinkel	Hafenbahnweg 7	24-04	SR
268	Toitenwinkel	Ilja-Ehrenburg-Str. 6	24-05	C
269	Toitenwinkel	Jawaharlal-Nehru-Str. 12	24-06	SR
270	Toitenwinkel	Joliot-Curie-Allee 62	24-07	C
271	Toitenwinkel	Krummendorfer Str. 11d	24-08	C
272	Toitenwinkel	Martin-Luther-King-Allee 23	24-22	C
273	Toitenwinkel	Martin-Luther-King-Allee 35	24-10	C
274	Toitenwinkel	Martin-Luther-King-Allee 8	24-09	C
275	Toitenwinkel	Martin-Niemöller-Str. 20	24-11	C
276	Toitenwinkel	Pablo-Neruda-Str. 12	24-12	SR
277	Toitenwinkel	Pablo-Picasso-Str. 1	24-13	C
278	Toitenwinkel	Pablo-Picasso-Str. 20	24-14	C
279	Toitenwinkel	Salvador-Allende-Str. 46	24-15	C
280	Toitenwinkel	Schlehenweg 2	24-17	C
281	Toitenwinkel	Schlehenweg 6	24-18	C
282	Toitenwinkel	Urho-Kekkonen-Str. 16	24-20	C
283	Toitenwinkel	Zum Lebensbaum 22	24-21	C
284	Toitenwinkel	Zum Schäfersteich 20	24-16	C
285	Toitenwinkel	Zum Vogelneist 6	24-23	C
286	Torfbrücke	Torfbrücke 7	07-01	C
287	Warnemünde	Wiesenweg 10	01-03	A
288	Warnemünde	Am Strom 3	01-01	SR
289	Warnemünde	Heinrich-Heine-Str. 4	01-02	SR
290	Warnemünde	Parkstr. 12	01-05	A
291	Warnemünde	Parkstr. 32	01-06	SR
292	Warnemünde	Schillerstr. 10e	01-07	SR
293	Wiethagen	Wiethagen 3a	06-01	C

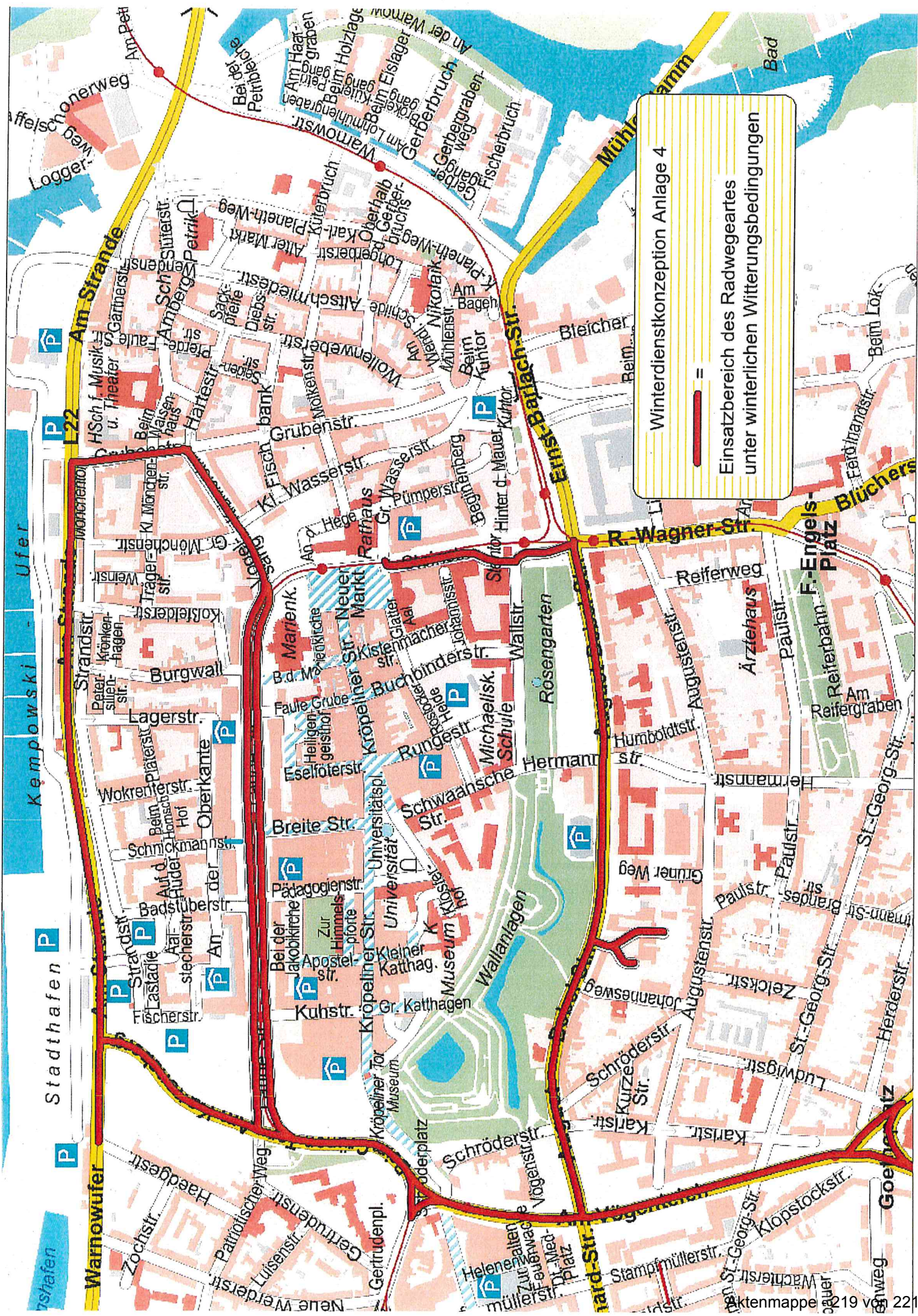
Legende:

SR	Städtensorgung im Rahmen Auftrag Straßenreinigung / Winterdienst
A	erste Priorität Beauftragung Veolia
B	zweite Priorität Beauftragung Veolia
C	dritte Priorität Beauftragung Veolia

Behinderten-Parkplätze in der Hansestadt Rostock

Stadtteil	Straße	Platz	Anzahl	Zeitzusatz
Stadtmitte				
	Aalstecherstr.	gegenüber Nr. 4	2	ohne
	Alter Markt	gegenüber Petrikirche	2	ohne
	Am Strande	Höhe Speicher (Stadthafen)	2	ohne
	Am Strande	Ecke Fischerstr.	2	ohne
	August-Bebel-Str.	Höhe Haus Nr. 12	2	ohne
	Augustenstr.	gegenüber Höhe Nr. 103	1	Mo-Fr 8-18
	Augustenstr.	Höhe Caritas	1	Mo-Fr 7-18
	An der Hege	hinter dem Rathaus	4	ohne
	Fischerstraße	Höhe Einfahrt Parkhaus	1	ohne
	Glatte Aal	Vor dem ehemaligen Postgebäude	3	Davon 2 ohne
	Grubenstr.	Höhe Nr. 48 Sparkasse	1	ohne
	K.-Adenauer-Platz	Bahnhofsvorplatz	2	ohne
	Lange Str.	Höhe Haus Nr. 17/18 (Ecke Burgwall)	1	ohne
	Lange Str.	Sparkasse Nr. 7/8	1	ohne
	Lange Str.	Durchgang Esselföter Nr. 27	2	ohne
	Lange Str.	Durchgang Nr. 35/36	1	ohne
	Paulstr.	Ärztelhaus	2	Mo-Fr 8-18
	Petrisschanze		5	ohne
	Schillerplatz	vor Haus Nr. 8	1	ohne
	Schwaansche Str.	Rostocker Hof	2	ohne
	Universitätsplatz	Hauptgebäude Univers.	5	ohne
KTV				
	Am Brink	Höhe Haus 2	1	ohne
	Barnstorfer Weg	Höhe Apotheke	1	werkt.8-18
	Doberaner Str.	Höhe Theaterkasse Volkstheater	1	Mo-Fr 9-18
	Fritz-Reuter-Str.	Höhe Apotheke	1	werktags 8-18
	Margaretenplatz	Höhe Orthopädielwerkstatt	2	ohne
	Patriotischer Weg	gegenüber Theater	1	ohne
	Stampfmüllerstr.	Ecke Doberaner Hof	1	ohne
	Waldemarstr.	Höhe Waldemarhof	1	Mo-Fr 7-18
	Waldemarstr.	Höhe Blutspende	1	
	Warnowufer	gegenüber Bühne 602 (Stadthafen)	2	ohne
	Wismarsche Str.	Höhe Ärztelhaus Atrium Am Saarplatz	2	Mo-Fr 8-18
	Ulmenmarkt	Parkplatz	2	Mo-Fr 8-18
	Gertrudenstr.	Höhe Haus 4/4a	1	ohne
Hansa-viertel				
	Neuer Friedhof		1	ohne
	Westfriedhof	Parkplatz	3	ohne

Reutershagen				
	E.-Thälmann-Str.	vor Ärztehaus/Apotheke	1	Mo-Fr. 8-18
	Goerdelerstr.	gegenüber Haus Nr. 20 - Kita Anne Frank	1	Mo-Fr 6-17
	W.-Stöcker-Str.	Parkplatz Markt	2	Mo-Fr 8-18
Evershagen				
	Ehm-Welk-Str.	Höhe Ospa (Kundenparkplatz Ostseesparkasse)	2	ohne
	Ehm-Welk-Str.	Höhe Ärztehaus/Apotheke	1	Mo-Fr 8-18
Groß Klein				
	Gerüstbauerring	gegenüber Haus Nr. 32	1	ohne
	Schiffbauerring	Höhe Klenowtor	2	ohne
	Schiffbauerring	Höhe Haus Nr. 14	1	Mo-Fr 7-19
	Schiffbauerring	Höhe Haus Nr. 15	1	Mo-Fr 7-19
Lütten Klein				
	Helsinkier Str.	Höhe Haus 21 (Behindertenschule) – in Planung:	1	Mo-Fr 6-18 ½ Stunde
Schmarl				
	Kolumbusring	Höhe Einkaufszentrum	3	werkt. 8-20
Südstadt				
	Brahestr.	gegenüber NETTO	1	Mo-Fr 8-18
	Platz der Freundschaft	Parkplatz Hauptbahnhof	4	ohne
Warnemünde				
	Am Strom	Höhe Haus Nr. 38	3	ohne
	Am Strom	Höhe Haus Nr. 39	1	ohne
	Friedhof	Parkplatz (nur für Friedhofsbesucher)	2	ohne
	H.-Heine-Str.	Ecke Schulstr.	2	ohne
	Kirchenplatz	Je 3 links und rechts der Kirche	6	ohne
	Kurhausstr.	vor Apotheke	1	
	Parkstr.	gegenüber Haus Nr. 10	2	ohne
	Parkstr.	gegenüber Haus Nr. 18	2	ohne
	Scandlines Parkplatz	vor beschränktem Parkplatz	2	ohne
	Seestr.	gegenüber Haus Nr. 10	3	ohne
	Seestr.	gegenüber Haus Nr. 13-14	5	ohne
	Strandweg	Höhe Haus „Stolteraa“	2	
	Strandweg	Höhe Haus Nr. 1	3	ohne
	Wachtlerstr.	gegenüber Haus Nr. 3	2	ohne
	Wachtlerstr.	gegenüber Haus Nr. 11	2	Mo-Fr 7.30 – 16.00
Hohe Düne				
	An der See	Großer Parkplatz 1. Parkreihe (Ende)	3	ohne
	An der See	Großer Parkplatz am Anfang der 1. Parkreihe	4	ohne
			130	



Nr.	Stadtteil	Lage	Plätze	Bemerkung
1	KTV	Kabutzenhof	1	am Parkplatz Liegeplatz der Georg-Büchner
2	Brinkmannsdorf	Höger Up	3	Tessiner Str. Höhe Hotel Brinkmannsdorf
3	KTV	Brink	8	in Richtung Wismarsche Straße / Ecke Feldstr.
4	Innenstadt	Glatte Aal	5	Sackgasse gegenüber der Gaststätte "Vabiano"
5	Innenstadt	Kaufhof	3	Lange Straße, Eingang zum Kaufhof vor der Ecke Breite Straße
6	Hansaviertel	Schillingallee	8	Ecke Dethardingstr./ Anklamer Str.
7	Südstadt	Max-Planck-Str	7	gegenüber dem Eingang zur Südstadtklinik, nach der Kreuzung Südring/M.-Pl.-Str.
8	Reutershagen	Graf-Schwerin-Str	6	Ecke Hamburger Str., Abfahrt Bus Linien
9	Dierkow	Brandinstr.	4	Brandin-Str. / Ecke Kurt-Schumacher-Ring
10	Toitenwinkel	M.-L.-King Allee	4	Ecke M.-L.-King-Allee / Nehru-Str.
11	Dierkow	Dierkower Allee	3	Kurt-Schumacher-Ring Ecke Dierkower Alle, Höhe Autohaus Krüll
12	Überseehafen	Fährterminal	4	Ost-West-Str., direkt am Fährterminal
13	Evershagen	E.-Welk-Str.	4	Ehm-Welk-Str. an der Kreuzung Ehm-Welk-Str./B.-Brecht-Str./Nexö-Ring
14	Schmarl	Kolumbusring	4	Kolumbusring, Am Einkaufscenter
15	Lütten Klein	Rigaer Str.	5	auf dem Netto-Parkplatz zur Rigaer Str. Ecke Warnowallee
16	Lütten Klein	Warnowallee	5	neben Einfahrt Tiefgarage beim Warnowpark, gegenüber Haltestelle Lüttenklein-Zentrum
17	Lichtenhagen	Güstrower Str.	3	gegenüber Einkaufszentrum Hammer, Güstrower Ecke Flensburger Str.
18	Groß Klein	Schiffbauerring	4	Parkplätze Schiffbauerring Ecke A.-Tischbein-Str., gegenüber Seiteneingang Klenowtor, in der Nähe S-Bahn-Halte Lichtenhagen
19	Warnemünde	Kirchplatz	3	Kirchenplatz, Ecke Kirchstr.
20	Warnemünde	Kurhausstr.	4	Kurhausstr. Ecke Seestr.
21	Warnemünde	Bhf	2	vom Bahnhof kommend Richtung Strom linksseitig vor der Brücke
22	Südstadt	Südstadtcenter	3	Nobelstraße Ecke Majakowskie Str.
23	Toitenwinkel	J.-Curie-Allee	3	J.-Curie-Allee Ecke Picassostr.
24	Sievershagen	Ostseepark	2	Parkplatz, Nähe Eingang zum Real
25	Groß Klein	S-Bahnhof, L.-Kl.	4	S-Bahnhof Lütten-Klein, Abfahrt der Buslinien, direkt neben der Alten Warnemünder Chaussee
26	Dierkow	Dierkower Kreuz	2	Parkplatz, Abfahrt der Buslinien
27	Bentwisch	Hanse-Center	2	Hansestraße, Mittig Einkaufszentrum Hanse Center
28	Innenstadt	Lange Str.	3	Lange Straße Richtung Doberaner Platz vor der Fußgängerampel Höhe ehemals Gastst. Storch rechts direkt vor dem Warnowpark nach der Kreuzung Warnowallee/Petersburger Str. Richtung Lichtenhagen
29	Lütten Klein	Warnowpark	3	
30	Warnemünde	Passargierkai	6	Parkplatz am Fährterminal
31	Bhf	Nordseite	5	Bahnhof Ausgang Richtung Rostock Zentrum
32	Bhf	Südseite	4	Bahnhof Ausgang Richtung Südstadt, ZOB
33	Lütten Klein	Kino Cine Star	4	Petersburger Str., direkt vor dem Cinestar gegenüber dem Warnowpark
34	Innenstadt	Universitätsplatz	4	Nähe Barocksaal
35	Hohe Düne	An der See	2	auf dem Parkplatz vor dem Fähranleger /von/nach Warnemünde

